

VERFASSUNGS SCHUTZ BERICHT 1996



Bayerisches
Staatsministerium
des Innern

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München
RB Nr. 03 A / 97 / 03

Druck: Color-Offset GmbH, Geretsrieder Straße 10, 81379 München

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier

Deutschland hat leidvolle Erfahrungen mit dem politischen Extremismus. Die Weimarer Demokratie wurde zwischen Verfassungsfeinden von links und rechts zerrieben und endete in der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft. Mit der DDR bestand mehr als 40 Jahre lang eine kommunistische Diktatur auf deutschem Boden. Damit Freiheit und Demokratie in Deutschland nicht noch einmal Beute von Extremisten werden, haben die Väter des Grundgesetzes unsere Verfassungsordnung als wehrhafte Demokratie ausgestaltet. Teil dieser Wehrhaftigkeit ist der Verfassungsschutz, mit dem der Staat über ein wirksames Instrument verfügt, extremistische Bestrebungen zu erkennen, zu beobachten und zu entlarven. Damit wurde ein Frühwarnsystem geschaffen, das sich immer wieder als notwendig erweist.

Wenn wir bisher in jedem Jahresrückblick feststellen konnten, daß trotz aller verfassungsfeindlichen Bestrebungen die freiheitliche demokratische Grundordnung in Bayern nicht ernsthaft gefährdet ist, so verdanken wir das auch der Arbeit des Verfassungsschutzes:

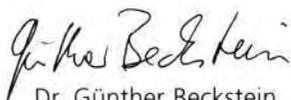
- Der Verfassungsschutz deckt verfassungsfeindliche Bestrebungen auf. Er liefert aufgrund seiner Beobachtung Erkenntnisse über Extremisten und Gefährdungsanalysen. Diese Informationen sind die Voraussetzung, um notwendige Gegenmaßnahmen treffen, die Öffentlichkeit aufklären und eine intensive öffentliche Auseinandersetzung zur Bekämpfung des Extremismus führen zu können.
- Der Verfassungsschutz gibt in konkreten Fällen auch wichtige Hinweise zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten.

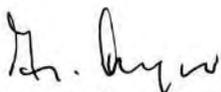
Dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt unser Dank für diese erfolgreiche Tätigkeit im vergangenen Jahr.

Dieser Bericht gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Arbeit des Verfassungsschutzes bei der Beobachtung des politischen Extremismus, der Spionageabwehr und der Beobachtung von Bestrebungen der Organisierten Kriminalität in Bayern im Jahr 1996. Er zeigt wiederum, daß Extremisten nicht in der Lage waren, unsere freiheitliche demokratische Ordnung ernsthaft zu gefährden. Jedoch wurde die öffentliche Sicherheit insbesondere durch politisch motivierte Gewalt teilweise empfindlich gestört. Erfreulich ist, daß die politisch motivierten Gewalttaten insgesamt deutlich abgenommen haben. Die linksextremistisch motivierten Gewalttaten dagegen haben erheblich zugenommen, seit im Widerstand gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie militante Autonome ihre Gewaltbereitschaft ausleben.

Auch dieser Erscheinung gegenüber gilt der Satz „Wehret den Anfängen!“, an dem Bayern die Bekämpfung des Extremismus aller Schattierungen schon immer ausgerichtet hat. Wenn wir dazu bereit sind, wird es - mit Hilfe des Verfassungsschutzes - auch künftig gelingen, Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

München, im März 1997


Dr. Günther Beckstein
Staatsminister


Hermann Regensburger
Staatssekretär

Verfassungsschutz in Bayern

Einführung	10
1. Gesetzliche Grundlagen	11
2. Aufgaben des Verfassungsschutzes	11
3. Informationsbeschaffung	12
4. Kontrolle	13
5. Verfassungsschutz durch Aufklärung	14

1. Abschnitt

Rechtsextremismus

1. Allgemeines	17
1.1 Merkmale des Rechtsextremismus	17
1.2 Entwicklung	18
2. Die Republikaner (REP)	21
2.1 Ideologisch-politischer Standort	21
2.2 Wahlbeteiligung	23
2.3 Umstrittener Abgrenzungskurs	23
2.4 Organisation	26
2.5 Sonstige Aktivitäten	27
2.6 Verwaltungsgerichtsverfahren	28
3. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	30
3.1 Ideologisch-politischer Standort	30
3.2 Organisation	34
3.3 Bündnispolitik	35
3.4 Sonstige Aktivitäten	36
3.5 Strafverfahren	38
3.6 Junge Nationaldemokraten (JN)	39
4. Deutsche Volksunion (DVU)	41
4.1 Ideologisch-politischer Standort	41
4.2 Organisation	45
4.3 Bündnispolitik	46
4.4 Teilnahme an Wahlen	47
4.5 Sonstige Aktivitäten	47
5. Neonazismus	48
5.1 Allgemeines	48
5.2 Verbotene Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	50
5.3 Deutsche Nationalisten (DN)	51

5.4	Neonazistisches Potential bei Skinheads	51
5.5	Aktionen zum 9. Todestag von Rudolf Heß (17. August)	55
5.6	Rechtsextremistisch motivierte Straftaten	56
6.	Sonstige rechtsextremistische Organisationen	58
6.1	Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	58
6.1.1	Ideologisch-politischer Standort	58
6.1.2	Organisation	59
6.1.3	Umwandlung in einen Verein	59
6.1.4	Bündnisbemühungen	60
6.2	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)	60
6.3	Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.	61
6.4	Deutsches Kolleg (DK)	61
7.	Revisionismus-Kampagne	62
7.1	Ziele und Methoden	62
7.2	Entwicklung	63
7.3	Träger der Revisionismus-Kampagne	64
8.	Organisationsunabhängige Publizistik	66
8.1	Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)	66
8.2	Nation Europa Verlag GmbH	67
9.	Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus	69
9.1	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	69
9.2	Verlag Samisdat Publishers Ltd.	70
10.	Nutzung moderner Informationstechnologien durch Rechtsextremisten	70
10.1	Internet	70
10.2.	Mailboxen	72
10.3	Nationale Info-Telefone (NIT)	72
10.4	Strafverfahren	73
10.5	Ausblick	73
11.	Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	75

2. Abschnitt

Linksextremismus

1.	Allgemeines	77
1.1	Merkmale des Linksextremismus	77
1.2	Entwicklung in Bayern	78

2.	Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	80
2.1	Überblick	80
2.2	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	80
2.2.1	Ideologische Ausrichtung	81
2.2.2	Organisation	94
2.2.2.1	Bundesweite Gliederung	94
2.2.2.2	Landesverband Bayern	97
2.2.3	Plattformen und Arbeitsgemeinschaften	98
2.2.3.1	Kommunistische Plattform (KPF)	99
2.2.3.2	Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS	102
2.2.3.3	Marxistisches Forum	104
2.2.4	Teilnahme an Wahlen	106
2.2.5	Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Linksextremisten	107
2.2.5.1	Kommunistischer Internationalismus	107
2.2.5.2	Inländische Zusammenarbeit	110
2.3	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	112
2.3.1	Ideologische Ausrichtung	112
2.3.2	Organisation	116
2.3.3	Teilnahme an Wahlen	117
2.3.4	Umfeld der DKP	117
2.4	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) ..	118
2.5	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	119
3.	Autonome	120
3.1	Überblick	120
3.2	Ideologische Ausrichtung	121
3.3	Aktionsthemen	123
3.4	Autonome Strukturen	126
3.4.1	Autonome in Bayern	126
3.4.2	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)	127
3.4.3	Informationelle Vernetzung	129
3.5	Autonome Publikationen *	130
3.6	Aktivitäten autonomer Gruppen in Bayern	131
3.6.1	Autonome München	131
3.6.2	Autonome Nürnberg	133
3.6.3	Autonome Passau	137
3.7	Entwicklungstendenzen	139
4.	Bündnisse gegen Rassismus	139

5.	Linksextremistischer Einfluß auf die Antikernkraftbewegung	140
5.1	Entwicklung im Bundesgebiet	141
5.2	Entwicklung in Bayern	144
6.	Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	148

3. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1.	Allgemeines	151
2.	Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)	155
2.1	Ideologie und Organisation	155
2.2	Unterstützer der PKK	157
2.3	Doppelstrategie	158
2.4	Aktivitäten	162
2.5	Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren	164
3.	Türkische Gruppen	166
3.1	Linksextremisten	166
3.1.1	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	166
3.1.2	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	167
3.1.3	Aktionen türkischer Linksextremisten	169
3.2	Extreme Nationalisten	170
3.3	Islamische Extremisten	171
3.3.1	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)	171
3.3.2	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)	173
4.	Iranische Gruppen	175
5.	Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	178

4. Abschnitt

Scientology-Organisation	182
--------------------------------	-----

5. Abschnitt

Terror und sonstige politisch motivierte Gewalt

1.	Entwicklung im Bundesgebiet	184
1.1	Rechtsextremistische Gewalt	186
1.2	Linksextremistische Gewalt	190
1.3	Gewalttaten ausländischer Extremisten	193
2.	Politisch motivierte Gewalt in Bayern	196
2.1	Rechtsextremistische Gewalt	197
2.1.1	Brandanschläge	198
2.1.2	Sonstige rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten ..	199
2.2	Linksextremistische Gewalt	200
2.2.1	Brandanschläge	201
2.2.2	Sonstige linksextremistisch motivierte Gewalttaten	202
2.3	Gewalttaten ausländischer Extremisten	203
2.3.1	Anschläge und Gewalttaten in Bayern	203
2.3.2	Urteile gegen PKK-Anhänger	204
2.3.3	Exekutivmaßnahmen gegen die PKK	206
2.3.4	Spendengelderpressungen durch die PKK	207
3.	Rote Armee Fraktion (RAF)	207
3.1	Überblick	207
3.2	Entwicklung der RAF	208
3.2.1	Äußerungen früherer RAF-Mitglieder	209
3.2.2	Erfolg des Aussteigerprogramms des Bundesamts für Verfassungsschutz	210
3.2.3	Erklärungen der RAF-Kommandoebene	211
3.3	Verurteilungen	212
3.4	Ausblick	214
4.	Antiimperialistischer Widerstand	214
4.1	Antiimperialistische Zelle (AIZ)	214
4.2	Internationale Zusammenhänge im antiimperialistischen Widerstand	215
5.	Revolutionäre Zellen (RZ) und Frauengruppe Rote Zora	216

6. Abschnitt**Spionageabwehr**

1.	Ausgangslage	218
2.	Die Nachrichtendienste Rußlands	218
3.	Sonstige Nachrichtendienste des ehemaligen Ostblocks	220
3.1	Polen	220
3.2	Rumänien	220
3.3	Bulgarien	221
3.4	Ehemaliges Jugoslawien	221
4.	Nachrichtendienstliche Bedrohung aus dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten	221
4.1	Allgemeines	221
4.2	Iran	222
4.3	Irak	222
4.4	Libyen	222
4.5	Syrien	223
4.6	Pakistan	223
4.7	Volksrepublik China	223
5.	Ausblick	224

7. Abschnitt

Organisierte Kriminalität	225
--	------------

Anhang	229
---------------------	------------

Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen	230
--	-----

Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)	231
--	-----

Sachwortregister	239
------------------------	-----

Verfassungsschutz in Bayern

Einführung

*Wehrhafte
Demokratie*

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung eine wertgebundene, wachsame und wehrhafte Demokratie. Der Staat kann gegen Bestrebungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen, die in der Verfassung vorgesehenen Abwehrmittel einsetzen, sei es durch ein Partei- oder Vereinsverbot, sei es durch die Aberkennung demokratischer Grundrechte. Dies setzt voraus, daß er solche Bestrebungen oder Aktivitäten, die als „extremistisch“ oder als „verfassungsfeindlich“ bezeichnet werden - diese Begriffe sind gleichbedeutend -, erkennen kann. Hier setzt die Aufgabe des Verfassungsschutzes ein. Er dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Schutz des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes.

*Freiheitliche
demokratische
Grundordnung*

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine Ordnung zu verstehen, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

Zu den grundlegenden Prinzipien dieser freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören mindestens:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

1. Gesetzliche Grundlagen

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich genau festgelegt. Das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz beschreibt die von Bund und Ländern auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben. Es ist zugleich Rechtsgrundlage für die Arbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz. Neben diesem Bundesgesetz bestehen in allen Ländern eigene Verfassungsschutzgesetze. In Bayern regelt das im **Anhang** abgedruckte Bayerische Verfassungsschutzgesetz die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, das seinen Sitz in München hat und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet ist. Für das Landesamt wurden im Haushaltsplan 1996 insgesamt 424 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter ausgewiesen; das Haushaltsvolumen 1996 betrug 35,4 Millionen DM.

*Rechtliche
Grundlagen*

2. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Nach dem Bayerischen Verfassungsschutzgesetz hat das Landesamt für Verfassungsschutz im wesentlichen den Auftrag,

Beobachtungsauftrag

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht (Sabotage und Spionage),
- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität zu beobachten.

Darüber hinaus wirkt das Landesamt für Verfassungsschutz u.a. bei Sicherheitsüberprüfungen mit. Rechtsgrundlage hierfür ist vom 1. April 1997 an das Bayerische Sicherheitsüberprüfungsgesetz.

Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen Aktivitäten von extremistischen Organisationen. Dabei müssen zwangsläufig auch die handelnden Personen, die Mitglieder dieser Organisationen sind oder die

deren Aktivitäten unterstützen, erfaßt werden. Aber auch die Beobachtung von Einzelpersonen ist zulässig.

Der Verfassungsschutz beobachtet verfassungsfeindliche Bestrebungen im Inland. Er informiert die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Beobachtung, vor allem über mögliche Gefahren. Er versetzt die zuständigen staatlichen Stellen des Bundes und der Länder in die Lage, verfassungsfeindlichen Kräften rechtzeitig und angemessen zu begegnen. Die Erkenntnisse bilden die Grundlage für Exekutivmaßnahmen wie beispielsweise Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z.B. für Sammlungen, Info-Stände).

*Abgrenzung zu
BND und MAD*

Im Gegensatz zum Verfassungsschutz beschafft der Bundesnachrichtendienst (BND) Informationen über das Ausland, die für die Bundesrepublik Deutschland außen- und sicherheitspolitisch von Interesse sind. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) nimmt Verfassungsschutzaufgaben im Bereich der Bundeswehr wahr. Einen zentralen Nachrichtendienst gibt es nicht.

3. Informationsbeschaffung

Zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz verpflichtet, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu speichern. Diese Nachrichten werden zum weit überwiegenden Teil aus offenen Quellen gewonnen (z.B. aus Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren und sonstigem Material extremistischer Organisationen sowie bei deren öffentlichen Veranstaltungen). Nur etwa 20 % der Informationen erhält der Verfassungsschutz durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel. Zu diesen Mitteln gehören im wesentlichen:

*Nachrichten-
dienstliche Mittel*

- der Einsatz von verdeckt arbeitenden V-Leuten („V“ steht für „Vertrauen“) in extremistischen Organisationen,
- das kontinuierliche Beobachten verdächtiger Personen (Observation) sowie
- verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen.

Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Öffnen von Briefen, Abhören von Telefongesprächen) sind besonders strengen

rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen. Sie sind in einem eigenen Gesetz geregelt, das nach dem Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses „Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz“ (G 10) genannt wird. Ein Verfahren mit mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt sicher, daß in dieses Grundrecht nur eingegriffen wird, wenn die im Gesetz genannten besonderen Gründe vorliegen. Die gleichen Sicherungen gelten für den Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes, also für den Einsatz von Abhörgeräten oder versteckten Kameras in Wohnungen und Büros.

*Brief- und
Telefonkontrolle*

Dem Verfassungsschutz stehen keine polizeilichen Befugnisse zu. Polizeibehörden und Verfassungsschutz sind voneinander getrennt. Deshalb dürfen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes keinerlei Zwangsmaßnahmen, wie z.B. Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw., durchführen. Verfassungsschutzbehörden dürfen auch keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden. Dies steht aber einer Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung in Form der Amtshilfe nicht entgegen.

*Keine polizei-
lichen Befugnisse*

Erscheint aufgrund der dem Verfassungsschutz vorliegenden Informationen ein sicherheitsrechtliches Eingreifen erforderlich, so wird die zuständige Sicherheitsbehörde unterrichtet. Diese entscheidet dann selbständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

4. Kontrolle

Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden unterliegt einer vielfältigen Kontrolle. Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle, die durch die Berichtspflicht des verantwortlichen Ministers gegenüber dem Landtag im Rahmen von aktuellen Stunden, Anfragen von Abgeordneten, Petitionen usw. ausgeübt wird. Eine besondere Kommission des Bayerischen Landtags, die Parlamentarische Kontrollkommission, überwacht die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die G 10-Kommission überprüft die Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die Verwaltungskontrolle obliegt dem Innenminister im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht, ferner dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Diese Kontrollen werden ergänzt durch eine mögliche gerichtliche Nachprüfung belastender Einzelmaßnahmen sowie durch die Öffentlichkeit in Form von Presse, Funk und Fernsehen.

*Vielfältige
Kontrollen*

5. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Aufklärungs-
tätigkeit

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann dauerhaft nicht ohne die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus gesichert werden. Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes gewährleistet, daß Regierung und Parlament, aber auch die Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Organisationen informiert werden.

In Bayern werden die Aufgaben des „Verfassungsschutzes durch Aufklärung“ vom Innenministerium mit Unterstützung des Landesamts für Verfassungsschutz wahrgenommen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden kostenlos der Verfassungsschutzbericht sowie weitere Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt.

Aufklärungs-
kampagne



Ziele Methoden



Die Verfassung ist das Fundament der Demokratie. Sie garantiert die Freiheit der Bürger und die Einheit des Staates. Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, die Verfassung zu schützen und die Freiheiten der Bürger zu gewährleisten. Er arbeitet gegen alle Formen des Extremismus, die die Verfassung gefährden. Dazu gehören der Kommunismus, der Nationalsozialismus, der Faschismus, der Terrorismus und der Revisionismus. Der Verfassungsschutz ist ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Grundordnung. Er arbeitet in Zusammenarbeit mit den anderen Behörden des Staates, um die Verfassung zu schützen und die Freiheiten der Bürger zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund der Zunahme überwiegend politisch motivierter Gewalttaten gegen Ausländer und ihre Unterkünfte beschlossen die Innenminister des Bundes und der Länder 1992 eine bundesweite Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit. Ziel dieser im März 1993 mit dem Logo „FAIRSTÄNDNIS - Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß“ eingeleiteten und auch im Jahr 1996 fortgeführten Kampagne ist die Aufklärung der Bevölkerung über den Extremismus und seine Gefahren, über Fremdenfeindlichkeit, über Rassismus und Antisemitismus als Elemente rechtsextremistischer Ideologie und Propaganda. Im Rahmen dieser Aufklärungskampagne wurden in Bayern im Jahr 1996 u.a. 30.000 Hefte des erstmals 1994 herausgegebenen und 1996 völlig neu bearbeiteten Jugendmagazins „basta - Nein zur Gewalt“ mit 10.000 pädagogischen Handreichungen kostenlos abgegeben.



Das Bayerische Staatsministerium des Innern stellte zur Aufklärung über extremistische Bestrebungen und über die Arbeit des Verfassungsschutzes darüber hinaus eigene Publikationen vor: Die erstmals 1995 erschienenen sechs Faltposter der Serie „UNSERE DEMOKRATIE SCHÜTZEN“ mit den Titeln „Verfassungsschutz“, „Rechtsextreme Parteien“, „Kommunismus“, „Neonazismus“, „Terror und Gewalt“ sowie „Revisionismus“ wurden 1996 überarbeitet und als zweite Auflage mit jeweils 15.500 Exemplaren nachgedruckt. Die Faltposterreihe wurde zudem um drei neue Faltposter zu den Themen „Kurdischer Extremismus“, „Spionage“ und „Organisierte Kriminalität“ mit Auflagen von jeweils 18.000 Exemplaren erweitert. Auch die Bro-



schüren der seit 1995 bestehenden Reihe „DER VERFASSUNGSSCHUTZ INFORMIERT“ mit den Themen „Kurdischer Extremismus“, „Islamischer Extremismus“ und „Revisionismus“ wurden aktualisiert und mit jeweils knapp 16.000 Heften neu veröffentlicht. Ergänzt wurde diese Reihe um die Publikation „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“ mit einer Auflage von knapp 19.000 Exemplaren. Von der erstmals 1995 vorgestellten Broschüre „Portrait eines Nachrichtendienstes“ wurden 1996 weitere 3.000 Exemplare kostenlos verteilt. Teil der Öffentlichkeitsarbeit ist auch dieser Verfassungsschutzbericht.



Das Informationsmaterial erhalten Sie kostenlos beim Bayerischen Staatsministerium des Innern - Sachgebiet Verfassungsschutz -, Odeonsplatz 3, 80539 München (Telefax: 0 89/2 19 21 28 42).



1. Abschnitt

Rechtsextremismus

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus verfügt über kein gefestigtes theoretisches System, ganz im Gegensatz zum Linksextremismus, der mit dem Marxismus-Leninismus bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Machtblocks auf einem geschlossenen ideologischen Weltbild beruhte. Die Bestrebungen rechtsextremistischer Organisationen in Deutschland sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und - aus taktischen Gründen meist nicht offen erklärt - statt dessen eine totalitäre Regierungsform unter Einschluß des Führerprinzips anstreben, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist. Bestimmende Merkmale des organisierten Rechtsextremismus sind vor allem

Ablehnung der Grundlagen der Demokratie

- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des einzelnen, die eine Aushöhlung der Grundrechte bedeutet (völkischer Kollektivismus), *Kollektivismus*
- ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus, *Nationalismus*
- die offene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus und anderer rassistischer Thesen, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind, *Rassismus*
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reiches zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen. *Verharmlosung des NS-Unrechts*

Hinzu kommt die allen Extremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten. *Verunglimpfung der Demokratie*

Ziel dieser Angriffe ist es, die eigene Organisation und ihre Repräsentanten als die alleinigen Wahrer der Interessen von Staat und Bürgern darzustellen, was im Ergebnis auf die Ablehnung des Mehrparteienprinzips und des Rechts auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition hinausläuft.

Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen Rechtsextremisten zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Mittel des Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich.

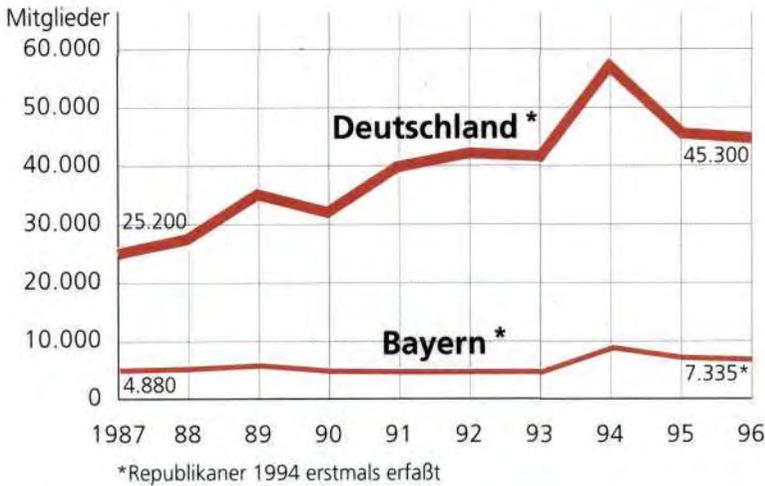
1.2 Entwicklung

Die Entwicklung der Zahl rechtsextremistischer Organisationen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen. Bei erkannten Mehrfachmitgliedschaften wurde die Person nur bei einer Organisation mitgezählt.

Zahl und Mitgliederstärke rechtsextremistischer Organisationen

	1994	1995	1996
Anzahl der Organisationen	23	23	26
Mitgliederstärken			
Die Republikaner (REP)	5.000	4.000	4.000
NPD mit JN und NHB	800	790	715
DVU*	2.800	2.000	1.800
Neonazistische Organisationen	100	65	85
Sonstige Organisationen	440	360	300
	9.140	7.215	6.900
Neonazistische Einzelaktivisten	40	45	75
Rechtsextremistische Skinheads	330	325	360
Rechtsextremisten insgesamt	9.510	7.585	7.335

* Die Zahlen umfassen die Mitglieder der Partei und des gleichnamigen Vereins.



Wie bisher stellte die Partei „Die Republikaner“ (REP) in Bayern mehr als die Hälfte des gesamten rechtsextremistischen Potentials. Ihre Mitgliederzahl ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Personellen Einbußen bei den übrigen Parteien und sonstigen Organisationen stehen geringe Zugänge bei Neonazis und Skinheads gegenüber.

Während bislang das Thema „Überfremdung“ und die rassistisch motivierte Hetze gegen Ausländer und Asylanten dominierende Bestandteile rechtsextremistischer Propaganda waren, greifen Rechtsextremisten neuerdings zunehmend sozial- und wirtschaftspolitische Fragen auf. Diese Neuorientierung bedeutet zwar nicht den völligen Verzicht auf bekannte Argumentationsmuster wie Nationalismus und NS-Apologie, aber eine neue Gewichtung. Durch Verknüpfung sozialer Problemfelder mit rechtsextremistischen Theorieelementen hoffen Rechtsextremisten, aus der derzeitigen wirtschaftlichen Situation, der hohen Arbeitslosigkeit und den Sorgen der Bevölkerung um die Sicherheit der Renten Kapital schlagen zu können und in der allgemeinen politischen Auseinandersetzung akzeptiert zu werden. So rufen sie zum Widerstand gegen die „kapitalistische Ausbeutungspolitik“ und die „Zerstörung des Sozialstaates“ auf. Dabei sehen sie vor dem Hintergrund einer von ihnen erwarteten Zunahme sozialer Spannungen eine Chance, sich als politische Alternative zu präsentieren.

*Ideologische
Neuorientierung*

Teilnahme an
Wahlen

Bei den Landtagswahlen am 24. März gelang den REP der Wiedereinzug in den Stuttgarter Landtag. Damit konnten die REP ihren Niedergang teilweise aufhalten und ihre Führungsrolle im rechtsextremistischen Spektrum neben der Deutschen Volksunion (DVU) behaupten. Die DVU scheiterte in Schleswig-Holstein knapp an der Fünf-Prozent-Hürde und ist seitdem in keinem Landesparlament mehr vertreten. Die übrigen rechtsextremistischen Parteien erzielten die gewohnten marginalen Ergebnisse.

Bündnispolitik

In den öffentlichen Verlautbarungen der REP haben Aussagen mit erkennbar extremistischer Zielsetzung 1996 quantitativ weiter abgenommen. Die REP-Bundesführung lehnt eine Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten ab, konnte aber die Teilnahme einzelner Funktionäre an „Runden Tischen“ nicht verhindern. Aufmerksamer Beobachtung bedarf das Engagement von Neonazis bei der Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).

Die Bemühungen der NPD und der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) um ein Bündnis des „rechten Lagers“ blieben ohne nennenswerten Erfolg, zumal der DVU-Vorsitzende Dr. Gerhard Frey trotz der Teilnahme von DVU-Mitgliedern an „Runden Tischen“ nach wie vor kein Interesse an einer rechtsextremistischen Allianz hat. Außerdem sind nach den jüngsten Wahlerfolgen der REP die Chancen für eine Einigung des rechtsextremistischen Spektrums erheblich gesunken. Insbesondere die Bestrebungen der „Runden Tische“ haben Rückschläge erfahren.

Stagnation
neonazistischer
Projekte

Der organisierte Neonazismus ist in Bayern mit der Auflösung eines Allgäuer Skinhead-Vereins weitgehend zerschlagen. Ebenso zeigen die sonstigen Exekutivmaßnahmen Wirkung. So ist es dem neonazistischen Spektrum in Bayern bisher nicht gelungen, durch Bildung strukturloser Zusammenschlüsse auf regionaler Ebene („Kameradschaften“) staatlichem Druck auszuweichen und neue schlagkräftige Organisationsformen zu finden. Die „Kameradschaften“ leiden unter Mitgliederschwund und Inaktivität. Auch die stagnierende Anti-Antifa-Kampagne fand nicht den von ihren Initiatoren erhofften Widerhall.

Informationelle
Vernetzung

Unverminderter Aufmerksamkeit bedarf die fortschreitende Nutzung neuer Nachrichten- und Informationssysteme durch Rechtsextremisten. Mit der zunehmenden Akzeptanz moderner Kommunikationsmittel (z.B. Mailboxen, Info-Telefone, Internet) rückt das rechtsextremistische Spektrum, insbesondere die neonazistische Szene, dem Ziel einer informationellen Vernetzung näher. Obwohl innerhalb dieser

Szene militante Verhaltensweisen diskutiert werden, gibt es nach wie vor jedoch keine Hinweise auf terroristische Strukturen; insbesondere fehlt ein entsprechendes Sympathisantenumfeld.

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten, insbesondere der fremdenfeindlichen Gewalttaten war weiterhin rückläufig, bewegte sich aber immer noch auf hohem Niveau. Obwohl der Rechtsextremismus für unseren Staat derzeit keine akute Bedrohung bedeutet, gefährdet er oftmals die öffentliche Ordnung und das internationale Ansehen Deutschlands. Er ist Brutstätte menschenverachtender Gewalt und Nährboden für Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und nationalistische Exzesse. Rechtsextremistisch motivierte Gewalt gefährdet zwar nicht die Verfassungsordnung; sie stellt aber unverändert eine Herausforderung für die Innere Sicherheit dar.

*Rückgang der
Gewalttaten*

2. Die Republikaner (REP)

2.1 Ideologisch-politischer Standort

In Äußerungen aus der Partei ist ein übersteigerter, oft aggressiver Nationalismus, verbunden mit Feindschaft gegen fremde Staaten und Minderheiten zu erkennen. Ihre Überbetonung nationaler und völkischer Gedanken deutet auf ein Staatsverständnis hin, in dessen Mittelpunkt nicht das Individuum, sondern das Volk als Gemeinschaft steht.

Nationalismus

„Weder Demonstrationen noch Verteilungsoperationen schaffen Arbeitsplätze. Ausschließlich eine deutsche Politik für Deutsche kann dieses nationale Problem lösen. Schluß mit dem Export deutscher Arbeitsplätze und dem Import ausländischer Arbeitsloser.“

(Landesverband Thüringen, Grundsätze 01/96)

„Auf dem Altar der Europa-Illusion wird von den Altparteien mit der Währungsunion nicht nur unsere D-Mark geopfert, sondern zugleich Arbeitsplätze und Sparguthaben vernichtet. (...) Deutschland kann weder das Sozialamt für Mitteleuropa spielen noch Fremdreuten in beliebigem Umfang zahlen.“

(„Der Republikaner“ Nummern 1-2/1996)

„Sie (Die Republikaner) ist die einzige Partei, die an erster Stelle die Interessen der hier schon immer lebenden Deutschen vertritt. Die Republikaner sind die einzigen wahren Interessenvertreter des deutschen Volkes ...“
(Pressemitteilung der REP im „Alster-Report“ Nummer 6, Januar/Februar 1996).

Weitere Verlautbarungen im Parteiorgan „Der Republikaner“ lassen fremdenfeindliche Tendenzen erkennen:

„Millionen von soliden deutschen Bürgern haben es schlichtweg satt, für Drückeberger und Faulenzer aus aller Herren Länder zu arbeiten.“
(„Der Republikaner“ Nummer 3/1996)

Antisemitismus

Sichtbar werden auch antisemitische Tendenzen:

„Als deutsche Patrioten behalten wir uns das Recht vor, auch jüdischen Verleumdungen und jüdischen Bevormundungen entgegenzutreten. Schluß mit der jüdischen Indoktrination deutschen Schuldbewußtseins zwecks finanzieller Ausbeutung.“
(Landesverband Thüringen, Grundsätze 01/96)

Diffamierung demokratischer Institutionen

Die Diffamierung demokratisch legitimierter Institutionen und Personen offenbart eine Tendenz zur Ablehnung des Mehrparteienprinzips und des Grundsatzes der Chancengleichheit der Parteien:

„Die Altparteien verwechseln Verfassungsschutz mit dem Schutz ihrer eigenen Privilegien. (...) Wo eine demokratische Opposition regierungsamtlich diffamiert wird, ist das Ende der Demokratie nicht mehr weit.“
(Wahl-Sonderausgabe Baden-Württemberg)

„Die Auflösungsparteien CDU alias Zentrum, SPD, FDP alias DStP, PDS alias KPD/SED betreiben als Versager der Weimarer Republik und Umerzogene der Alliierten die grundgesetzwidrige Auflösung der Bundesrepublik Deutschland unter Herstellung eines Multikulti-Staatsmonsters ohne Deutsche Identität und ohne Deutsche Mark.“
(Landesverband Thüringen, Grundsätze 01/96)

Rückgang extremistischer Äußerungen

Insgesamt ist festzustellen, daß Aussagen mit erkennbar extremistischer Zielsetzung in den öffentlichen Verlautbarungen der REP quantitativ weiter abgenommen haben. Der neue Parteivorsitzende und der Landesverband Bayern sind darauf bedacht, keine Angriffsflächen zu bieten und die REP gegenüber potentiellen Interessenten und Sympathisanten als demokratische Partei darzustellen. Sie bemühen sich offiziell um den Ausschluß extremistischer Strömungen. Dieser Kurs ist nur zum Teil erfolgreich. Nach wie vor kommt es an der Basis zur Zusammenarbeit mit Vertretern anderer rechtsextremistischer Organisationen.



2.2 Wahlbeteiligung

Bei den Landtagswahlen am 24. März gewannen die REP in Baden-Württemberg einen Stimmenanteil von 9,1 % (1992: 10,9 %). Auf die Partei entfielen 14 (1992: 15) Mandate. Offensichtlich hatte die aktuelle politische Situation – hohe Arbeitslosigkeit, Aussiedler-Diskussion, Ausschreitungen kurdischer Extremisten – der Propaganda der REP Gewicht verliehen. In Rheinland-Pfalz konnte die Partei ihren Stimmenanteil auf 3,5 % (1990: 2,0 %) steigern. Auf eine Kandidatur bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl hatte sie verzichtet.

Weniger erfolgreich schnitt die Partei zuvor bei den Kommunalwahlen am 10. März in Bayern ab. Sie erreichte in den kreisfreien Städten und den Landkreisen nur noch 1,8 % (1990: 5,3 %) der Stimmen und verlor damit rund zwei Drittel ihres bei der letzten Kommunalwahl erzielten Anteils. Insbesondere in früheren städtischen Hochburgen wie Augsburg, München, Passau und Rosenheim mußte sie deutliche Verluste hinnehmen.



Mit den Wahlergebnissen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz konnte der Parteivorsitzende Dr. Schlierer seine Position intern festigen. Dr. Schlierer betrachtet diese Wahlerfolge als Bestätigung seines strikten Abgrenzungskurses gegenüber anderen rechts-extremistischen Organisationen. Die auf allen Parteiebenen vorhandenen Befürworter eines Bündnisses des „rechten Lagers“ wurden damit weiter zurückgedrängt.

2.3 Umstrittener Abgrenzungskurs

Der Parteivorstand bestätigte in seiner Sitzung vom 25. März einstimmig den Abgrenzungsbeschuß gegenüber Organisationen der „Alten Rechten (NPD, DVU, DLVH, FAP etc.)“ vom 18. Juni 1995 und stellte nochmals klar, daß es keine Beteiligung der Partei an „Runden Tischen“ geben werde. Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg mache deutlich, daß die REP die einzige rechte demokratische Partei mit parlamentarischer Verankerung sei.

*Distanzierung
von anderen
Rechtsextremisten*

Auch der bayerische Landesvorstand lehnte mit Beschluß vom 5. April erneut jegliche Form der Zusammenarbeit mit Parteien oder Gruppie-

rungen der „Alten Rechten“ ab. Pflicht jedes Republikaners sei es, eine etwaige Teilnahme von Parteimitgliedern an Veranstaltungen der „Alten Rechten“ sofort der Landesgeschäftsstellé oder dem Landesvorstand mitzuteilen. Ebenso sprach sich auf dem Bundesparteitag in Hannover eine große Mehrheit der Delegierten für den von Dr. Schlierer vertretenen Kurs der Abgrenzung von anderen rechtsextremistischen Parteien aus.

*Verstöße gegen
den offiziellen
Abgrenzungskurs*

Nach wie vor gibt es aber Bündnisbemühungen von REP-Funktionären und -Mitgliedern, die zeigen, daß in Teilen der Partei weiterhin die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen besteht. So fand auf Einladung von Jürgen Schützinger, einem der drei Bundesvorsitzenden der DLVH, sowie des DLVH-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz und eines REP-Mitglieds am 13. April in Ludwigshafen der „2. Runde Tisch der Rechten in Rheinland-Pfalz“ statt. Daran beteiligten sich Funktionäre und Anhänger der DLVH, der REP, der DVU und der NPD. Hauptredner war der DLVH-Bundesvorsitzende Harald Neubauer, der ein Bündnis aller „rechten“ Parteien forderte. Der stellvertretende Landesvorsitzende der REP im Saarland kritisierte die ablehnende Haltung seines eigenen Parteivorsitzenden Dr. Schlierer in der Bündnisfrage. Die Teilnehmer verabschiedeten eine an der „Pulheimer Erklärung“ vom 2. September 1995 orientierte Resolution zur Gründung eines „Förderkreises Bündnis Deutschland/Runder Tisch Rheinland-Pfalz“.

Bei den Kommunalwahlen in Bayern kandidierten in Herzogenaurach, Landkreis Erlangen-Höchstadt, auf der Liste der REP auch drei NPD-Mitglieder. Nach Angaben der NPD wurde die Wahlaussage „gemeinsam geplant“. Ein Funktionär des Bezirksverbands Mittelfranken forderte die Rücknahme eines gegen einen Parteifreund wegen Unterstützung von „Runden Tischen“ eingeleiteten Ausschlußverfahrens. Dazu erklärte er, das „Machterhaltungskartell der Altparteien“ sei nur zum Einsturz zu bringen, wenn sich die nationalen Kräfte nicht gegenseitig Konkurrenz machten. Diese Vorgänge zeigen, daß auch in Bayern Teile der Partei den Abgrenzungskurs des Parteivorsitzenden nicht akzeptieren.

In seinem Info-Telefon warb der REP-Kreisverband Berlin-Charlottenburg mit einer Ansage vom 31. Juli für den rechtsextremistischen Liedermacher Frank Rennicke. Bereits im Jahre 1994 hatte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zwei seiner Tonträger indiziert.

Unter dem Motto „Der deutschen Jugend eine Zukunft“ organisierte der NPD-Landesverband Thüringen am 9. März eine Kundgebung in Sonneberg/Thüringen. Daran beteiligten sich rund 90 Personen, überwiegend Mitglieder und Anhänger der NPD, der REP und der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Das Mitglied des JN-Landesvorstands Bayern Klaus Beier erklärte, die Veranstaltung sei die erste gemeinsame Aktion von NPD und REP in Thüringen. Demonstrationen dieser Art in anderen Städten Thüringens würden folgen. Weitere Redner waren der stellvertretende REP-Landesvorsitzende von Thüringen Lutz Diener, der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel und das NPD-Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Nahrath, ehemals langjähriger Vorsitzender der 1994 verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend e.V. (WJ).

*Weitere
Kontakte zu
Rechtsextremisten*

Auf Einladung des REP-Landesverbands Thüringen und nach bundesweiter Mobilisierung durch Nationale Info-Telefone (NIT) fand am 4. Mai in Neuhaus am Rennweg/Thüringen eine Gedenkveranstaltung aus Anlaß des ersten Todestages von Sandro Weilkes statt. Dieser war am 6. Mai 1995 bei Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen getötet worden. Unter den rund 250 Teilnehmern befanden sich neben etwa 50 REP-Angehörigen und dem DLVH-Bundesvorstandsmitglied Peter Dehoust zahlreiche Skinheads und Anhänger der militanten „Anti-Antifa Ostthüringen“, die bereits aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes als Neonazis erkennbar waren. Als Redner traten das damalige REP-Bundespräsidiumsmitglied Otmar Wallner sowie die stellvertretenden REP-Landesvorsitzenden von Thüringen Lutz Diener und Dr. Heinz Schneider auf. Im Verlauf der Veranstaltung nahm die Polizei zwölf Personen - u.a. wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen - vorläufig fest.

In einem Rundschreiben vom 18. April erklärte Dr. Schlierer, die Hoffnungen derjenigen, die noch bis kurz vor den Landtagswahlen am 24. März alles daran gesetzt hätten, eine „Vereinte Rechte“ aus der Taufe zu heben, seien endgültig geplatzt. Der Kurs der Partei folge den Vorstandsbeschlüssen vom 18. Juni 1995 bzw. 25. März 1996. Wer meine, sich an „Runden Tischen“ beteiligen zu müssen, solle der Partei den Rücken kehren. Inzwischen gehen die REP zunehmend gegen Parteimitglieder vor, die sich extremistisch äußern oder den Abgrenzungskurs gegen andere rechtsextremistische Parteien verlassen.

*Ordnungsmaß-
nahmen gegen
Parteimitglieder*

So entband der REP-Bundesvorstand Ende Oktober den Beisitzer im Bundesvorstand Otmar Wallner seiner Parteifunktionen und ordnete

das Ruhen der Mitgliedschaft an. Darüber hinaus beschloß er, beim zuständigen Landesschiedsgericht den Parteiausschluß wegen parteischädigenden Verhaltens zu beantragen, da Wallner durch dauernde Angriffe auf das Judentum und das Propagieren „völkischer“ und neuheidnischer Positionen republikanische Grundpositionen verlassen habe. Wallner kündigte rechtliche Schritte gegen die Ordnungsmaßnahmen an. Noch im Juli hatte der Bundesvorstand die Entscheidung über ein vom Landesverband Bayern gegen Wallner angestrebtes Parteiausschlußverfahren vertagt. Mit der Amtsenthebung Wallners, der auf dem Bundesparteitag gegen Dr. Schlierer kandidiert hatte, wurde erneut ein exponierter Gegner des Parteivorstehenden und Befürworter einer „Vereinigten Rechten“ seiner Parteifunktion enthoben.

Der bayerische Landesvorstand beantragte beim Landesschiedsgericht, den Jugendbeauftragten des REP-Bezirksverbands Mittelfranken aus der Partei auszuschließen. Dieser hatte im Mai Sympathien für zwei rechtsextremistische Skinhead-Bands geäußert und damit gezeigt, daß sich Teile der Partei weiterhin an extremistischen Leitbildern orientieren.

Ferner beschloß der Landesvorstand die Einleitung von Ordnungsmaßnahmen gegen den Vorsitzenden des REP-Kreisverbands Weißenburg-Gunzenhausen, der zu zwei Buchvorstellungen des ehemaligen REP-Bundesvorsitzenden Schönhuber eingeladen und für „überparteiliche Gemeinschaftsinitiativen“ geworben hatte. Außerdem war er als Repräsentant eines „Freundeskreises Franz Schönhuber“ für eine Kooperation des „rechten Lagers“ eingetreten.

2.4 Organisation

Dem neuen Parteivorstehenden ist es gelungen, den Abwärtstrend der REP zu stoppen. Dies spiegelt sich in einer stabilisierten Mitgliederzahl, der verbesserten Finanzsituation und einem Nachlassen interner Querelen und Richtungskämpfe wider. Die Partei zählte Ende 1996 bundesweit rund 15.000 (1995: 16.000) Mitglieder in 16 Landesverbänden. Die Schwerpunkte liegen in Süddeutschland und in Nordrhein-Westfalen. Bundesvorsitzender ist seit Dezember 1994 Dr. Rolf Schlierer. Seine Stellvertreter sind Bernd Bernhard, Ursula Winkelsett, Christian Käs, Johann Gärtner und Hans Hirzel.

Der Landesverband Bayern gliedert sich wie im Vorjahr in acht Bezirksverbände, die in rund 85 Kreis- und etwa 290 Ortsverbände

Bundespartei

*Landesverband
Bayern*

mit insgesamt rund 4.000 Mitgliedern unterteilt sind. Landesvorsitzender ist Johann Gärtner.

Der Ende Oktober 1993 gegründete „Republikanische Bund der öffentlichen Bediensteten“ (RepBB) und der seit August 1995 bestehende „Republikanische Bund der Frauen“ (RBF) treten öffentlich kaum in Erscheinung. Der Aufbau der Jugendorganisation „Republikanische Jugend“ (RJ) verläuft nach wie vor sehr schleppend.

Um 1998 den Einzug in den Deutschen Bundestag zu erreichen, will sich die Partei durch eine Reform von innen her erneuern und reorganisieren. Dies bedeute - so Schlierer - neben dem Neuaufbau von Kreis- und Bezirksverbänden vor allem eine nüchterne Bestandsaufnahme und Analyse des gegenwärtigen Zustands der Partei. Beabsichtigt ist auch eine Überarbeitung des Parteiprogramms und der Satzung.

*Geplante
Reorganisation*

Die Präsidentin des Deutschen Bundestags hat die den REP nach dem Parteiengesetz auf Bundes- und Landesebene zustehende staatliche Teilfinanzierung für 1995 auf rund 4,8 Millionen DM festgesetzt (Bundesverband: rund 3,6 Millionen DM, Landesverbände: rund 1,2 Millionen DM). Nach Aufrechnung mit noch offenen Forderungen aus dem Jahre 1994 wurde dem Bundesverband ein Betrag von rund 2,2 Millionen DM überwiesen. Der erste Abschlag auf die staatliche Teilfinanzierung für 1996 beträgt für den Bundesverband etwa 900.000 DM. Die zeitweise prekäre finanzielle Lage der Partei hat sich damit gebessert. Für das Jahr 1994 hatten die REP wegen eines Fristversäumnisses keine staatliche Teilfinanzierung erhalten.

*Stabilisierte
Finanzen*

2.5 Sonstige Aktivitäten

Am 21. Februar führten die REP in einem Gasthaus in Rosenheim ihre alljährliche Aschermittwochsveranstaltung durch. Daran nahmen rund 450 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil, unter ihnen der Bundesvorsitzende Dr. Schlierer, sein damaliger Stellvertreter Otmar Wallner, die stellvertretende Bundesschriftführerin Ingeborg Akkermann sowie der bayerische Landesvorsitzende Johann Gärtner. Dr. Schlierer stellte zu Beginn seiner Rede fest, daß die Partei sich im vergangenen Jahr stabilisiert habe. Daneben ging er insbesondere auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland ein. „Thema Nummer 1“ der REP sei die Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland. Wer ernsthaft die Arbeitslosigkeit abbauen wolle, müsse die Zuwande-

*„Politischer
Aschermittwoch“*

rung von Ausländern beenden. Deutschland könne nicht Sozial- und Arbeitsamt für Mitteleuropa spielen. Jede Mark, die an die Europäische Union gezahlt werde, sei eine Mark zuviel und solle besser für „Mitteldeutschland“ verwendet werden. 1995 hatten an der Veranstaltung noch rund 600 Personen teilgenommen, 1994 sogar rund 6.500 Personen. Nach Angaben Gärtners traten während der Veranstaltung rund 40 Personen in die Partei ein.

Bundesparteitag

Am Bundesparteitag der REP vom 4. bis 6. Oktober in Hannover nahmen rund 500 Personen teil. Die Delegierten bestätigten den bisherigen Bundesvorsitzenden Dr. Schlierer mit 346 von 448 gültigen Stimmen in seiner Funktion. Der unterlegene Gegenkandidat Otmar Wallner, der sich erst um den Parteivorsitz beworben hatte, nachdem Dr. Schlierers Kritiker Dr. Krause seinen Verzicht auf eine Kandidatur bekanntgegeben hatte, wurde als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. In seiner Rede unterstrich Dr. Schlierer die positive Entwicklung der REP und erteilte einer Kooperation mit der NPD, der DVU oder der DLVH eine entschiedene Absage. Ferner warnte er vor wachsender Überfremdung und forderte die Beendigung der Massenzuwanderung. Er bekannte sich zu Nation und Nationalstaat und betonte, für die REP habe der Nationalsozialismus die Idee der Nation nicht widerlegt. Zu Tumulten führte der von der Parteispitze unterstützte Antrag des Landesverbands Nordrhein-Westfalen, künftig auch Ausländern die Mitgliedschaft in der Partei zu ermöglichen. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen. Dr. Schlierers Position hat sich mit dem Parteitag weiter gefestigt. Sämtliche Stellvertreter gehören seinem Lager an. Der Einzug Wallners, der noch im selben Monat wegen seiner extremistischen Positionen wieder von seinen Parteifunktionen entbunden wurde, in den Bundesvorstand und die emotionsbeladene Diskussion um den Satzungsänderungsantrag zeigen aber, daß innerhalb der REP nach wie vor ein rechtsextremistisches Potential vorhanden ist.

2.6 **Verwaltungsgerichtsverfahren**

Die REP haben bereits mehrmals erfolglos versucht, gegen ihre Bewertung als rechtsextremistisch auf dem Rechtsweg vorzugehen. So hat das Verwaltungsgericht Köln am 24. Mai den Antrag der REP auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts des Bundes für 1995 abgelehnt. Dazu führte das Gericht aus, im Rahmen der in diesem Verfahren gebote-

nen Überprüfung könne nicht festgestellt werden, daß es sich bei den angegriffenen Äußerungen um nicht der Wahrheit entsprechende Tatsachenbehauptungen oder ehrverletzende Werturteile handele. Vielmehr spreche eine überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür, daß einzelne Parteimitglieder sowohl nach innen als auch nach außen rechtsextremistische Positionen vertreten würden. Die gegen den Beschluß eingereichte Beschwerde wurde vom Obergericht Münster verworfen.

Desgleichen wies der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am 17. Juni eine Beschwerde des REP-Landesverbands Bayern gegen einen Beschluß des Verwaltungsgerichts München zurück. Das Gericht hatte am 18. Dezember 1995 einen Antrag der REP abgelehnt, dem Freistaat Bayern im Wege der einstweiligen Anordnung zu untersagen, die Partei im Verfassungsschutzbericht 1994 als verfassungsfeindlich zu bezeichnen und den Bericht zu verbreiten. Zuvor hatte auch das Bremer Verwaltungsgericht am 30. Mai einen entsprechenden Eilantrag zurückgewiesen.

Das Verwaltungsgericht München lehnte mit Beschluß vom 7. Oktober einen Eilantrag des REP-Landesverbands Bayern ab, dem Freistaat Bayern durch einstweilige Anordnung zu untersagen, ihn im „Verfassungsschutzbericht Bayern 1995“ als extremistisch zu bezeichnen. Dazu erklärte das Gericht, die Bemühungen des Landesvorstands, gegen extremistische Bestrebungen vorzugehen, seien zwar grundsätzlich positiv zu bewerten. Da sie jedoch nicht konsequent durchgesetzt würden, reichten sie nicht aus, um eine andere Bewertung zu rechtfertigen. Das Gericht habe dabei auch Erkenntnisse aus anderen Landesverbänden und dem Bundesverband berücksichtigt. Gegen den Beschluß legte der Landesverband Bayern Beschwerde ein. Das mit Klage vom 7. April eingeleitete Hauptsacheverfahren ist noch beim Verwaltungsgericht München anhängig.

Mit einem weiteren Eilantrag versuchte der Landesverband Bayern, die Weiterverbreitung der „Verfassungsschutzinformationen Bayern, 1. Halbjahr 1996“ zu verhindern bzw. den Freistaat Bayern zu einem Hinweis zu verpflichten, daß es sich um eine politische und nicht etwa um eine rechtliche Wertung handle. Auch über die deswegen am 20. Oktober erhobene Klage ist noch nicht entschieden.

Zwei beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof anhängige Normenkontrollanträge wenden sich gegen die Bekanntmachung der Staatsregierung zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst betreffend die

Partei „Die Republikaner“ und gegen die Bekanntmachung der Staatsregierung über das „Verzeichnis der wichtigsten extremistischen Organisationen“, in das die REP im Sommer 1995 aufgenommen wurden. Ferner begehrt der Landesverband Bayern mit einer Verpflichtungsklage vom 20. Oktober die Streichung der Partei aus diesem Verzeichnis.

3. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

3.1 Ideologisch-politischer Standort

Das auf einem außerordentlichen Bundesparteitag am 7./8. Dezember bei Bremen verabschiedete neue Parteiprogramm läßt keine Abkehr von extremistischen Positionen erkennen. Nach wie vor lehnt die NPD wesentliche Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab und erstrebt einen Staat mit einer von völkisch-kollektivistischen Strukturen bestimmten „Volksgemeinschaft“:

„Wir ... setzen uns ... für eine neue Gemeinschaftsordnung ein, die in nationaler Solidarität vorhandene Gruppenegoismen überwindet und zu sozialer Gerechtigkeit führt.“

(„Deutsche Stimme“ Ausgabe 1-96)

„Nicht das Volk dient der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft muß dem Volke dienen!“

(„Deutsche Stimme“ Ausgabe 12-96)

Völkischer
Kollektivismus

Die Partei knüpft damit an ein Leitbild an, das wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie war. Die Auffassungen der NPD über die Stellung des einzelnen in Staat und Gemeinschaft sind mit der Staats- und Gesellschaftsordnung des Grundgesetzes unvereinbar. Die NPD gibt dem Staat vor dem einzelnen den Vorrang. Diese Betrachtungsweise läuft dem Rang der in Art. 1 des Grundgesetzes normierten Menschenwürde, insbesondere dem daraus resultierenden Vorrang des einzelnen vor dem Staat, zuwider. Die Überbewertung der „Volksgemeinschaft“ im Sinn eines völkischen Kollektivismus und die Absicht, Interessengegensätze innerhalb der Gesellschaft durch die Unterordnung des einzelnen unter nicht näher definierte Gemeinschaftsinteressen aufzuheben, stehen außerdem im Gegensatz zur Verbindlichkeit der Grundrechte gegenüber der staatlichen Gewalt.

Rassismus und
Nationalismus

Ferner lassen Veröffentlichungen der Partei nach wie vor rassistische und nationalistische Zielsetzungen und Denkweisen erkennen. Die

NPD versucht, ihre für Rechtsextremisten charakteristische Ablehnung alles Andersartigen, hinter der sich die Überzeugung von der Höherwertigkeit der eigenen Rasse und Nation verbirgt, unter Berufung auf die „Vielfalt des Lebens und seiner Erscheinungen“ zu rechtfertigen. Sie präsentiert sich dabei als Gegnerin des „Dogmas von der angeblichen Gleichheit aller Menschen“ und fordert „eine neue Ordnung mit einem lebensrichtigen Menschenbild“. Diese Grundeinstellung läuft auf eine mit Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes unvereinbare Rassendiskriminierung hinaus. Dementsprechend behandelt die Partei das Ausländer- und Asylantenproblem vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der „Überfremdung“ und vertritt die Auffassung, die „Zwangsgermanisierung“ der hier lebenden Ausländer bedrohe die „deutsche Volkssubstanz“:



„Es ist für unser Volk lebensbedrohlich, daß die in Bonn durch Einwanderungsförderung die Zerstörung unseres Volkes vorantreiben. (...) Wir sind gegen den Rassismus der Umvolkung und damit der Auslöschung der Deutschen.“

(„Oberpfälzer Stimme“ Ausgabe Februar/März 1996)

„Das multiethnisch überfremdete Vielvölkergulasch zerstört die Kulturen und den Frieden, die Freiheit und die Würde des Menschen.“

(„Deutsche Stimme“ Ausgabe 7-96)

„Nur eine starke NPD ist Garant dafür, daß die Überfremdung Deutschlands beendet wird, daß Deutschland das Land der Deutschen bleibt.“

(Flugblatt „Wer wir sind - was wir wollen“)

Nationalistische Bestrebungen kamen insbesondere in der Agitation gegen die europäische Einigung zum Ausdruck:

Agitation gegen die EU

„Maastricht ... ist der Versailler-Vertrag ohne Krieg - d.h. eine Dauerschwächung der Deutschen.“

(„Oberpfälzer Stimme“ Ausgabe Februar/März 1996)

„Die NPD fordert eine nationale Politik, die nicht die Interessen der US-Regierung bzw. fremder Staaten im Rahmen einer Europäischen Union vertritt ... Die NPD fordert daher auch die unverzügliche Aufkündigung von Mitgliedschaften in räumfremden Bündnissen wie NATO und EU, da diese einzig und allein mit dem Ziel geschlossen wurden, die Herrschaft des Kapitals zu Lasten der Völker zu stabilisieren.“

(Flugblatt „Wer wir sind - was wir wollen“)

„Deutschland darf nicht länger die Melkkuh der ganzen Welt sein und mit unserer ‚harten‘ DM die EU, NATO und UNO finanzieren. Deshalb fordert die NPD: Deutsches Geld für deutsche Aufgaben!“

(„Deutsche Stimme“ Ausgabe 9-96)

Antisemitismus

Der Antisemitismus der NPD wurde insbesondere bei Angriffen gegen Vertreter des Staates Israel sowie Repräsentanten jüdischer Institutionen deutlich. So polemisierte die Partei gegen den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Ignatz Bubis und das Präsidiumsmitglied Michel Friedman:

„Gut geübt im Ausstreuen von Rassismusverdächtigungen sind ihre Auftritte für die nach Schuldzuweisungen gegen die Deutschen lechzende Journaille eine Art seelischer Orgasmus. (...) So aber werden weiter, wie unlängst in Lübeck wieder geschehen, statt dessen Leute wie Friedmann & Co. als moralische Anklageinstanz herungereicht, um bei den von Pharisäern geführten Deutschen die adressierten Schuldreflexe nicht erlahmen zu lassen.“

(„Deutsche Stimme“ Ausgabe 2-96)

„Während es einen Beleidigungstatbestand zum Schutz vor Kollektivverunglimpfungen zum Nachteil der Deutschen nicht gibt, dürfen sich Vertreter anderer Gemeinschaften, die einem selbst angemäßen Auswähltheitsanspruch bis heute nicht abgeschworen haben, bereits beleidigt fühlen, wenn in Deutschland dogmatisch festgeschriebene historische Tatsachenbehauptungen in Frage gestellt werden.“

(„Deutsche Stimme“ Ausgabe 8-96)

NS-Apologie

Das demokratische Verfassungsleben nach 1945 wird als Ergebnis einer verfälschten Geschichtsschreibung und einer „Umerziehung“ zum Schlechten herabgesetzt:

„Auch das Bekenntnis zur unteilbaren deutschen Geschichte ist in Zeiten fortgesetzter Umerziehungsversuche der BRD-Politiker unerlässlich geworden. Nur noch wir Nationaldemokraten wehren uns öffentlich ... gegen die Verteufelung unserer Vergangenheit.“

(„Deutsche Stimme“ Ausgabe 12-96)

„Da die Erlebnisgeneration auch in den sechziger Jahren noch nicht bereit war, vollständig das Büßergewand anzuziehen, wird jetzt der ‚Enkelgeneration‘ ein neues Schuldbewußtsein eingehämmert.“

(„Bayern-Stimme“ Ausgabe 1-96)

*Diffamierung
demokratischer
Institutionen*

Zu den Hauptangriffszielen der Partei gehören nach wie vor die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und ihre Repräsentanten. Dabei tritt an die Stelle konstruktiver Kritik an einzelnen Mißständen eine bewußt entstellende und überspitzt verallgemeinernde Form der Darstellung. So bezeichnete die NPD das „staatliche Machtkartell der BRD“ als „Ausdruck eines Unrechtsstaates“, in dem „das Recht zur Hure der Politik degradiert wird“. Sie bezichtigte die Gesetzgebung der „Schändung des Grundgesetzes“ und warf ihr vor, „verfassungsrechtliche Taschenspielertricks zur Deckung der Meinungsunterdrückung“ anzuwenden. Die politische Führung in Deutschland zwingt die Deutschen „mit Hilfe des Strafrechts zur widerspruchslosen Hinnahme jedweder antideutschen Greuelbehauptung“. Die NPD behauptete ferner, das „Bonner Parteienkartell“ sei „nach Kriegsende von den Besatzungsmächten lizenziert“ worden. Erforderlich sei eine „wirkliche nationale Fundamentalopposition“, die „deutsche Interessen in den Vordergrund stellt und nicht gegen den Bürger regiert“.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Deckert polemisierte gegen „dieses demokratische Geldwegnahme- und Umverteilungssystem“ und die „Bonner Versagerriege“. Den Bundespräsidenten bezeichnete er als „Verzichtler“, „Vaterlandsverräter“, „Nationalverräter“ und „Vorsteher der Bananenrepublik brddr von FDP- wie Unions Gnaden“ („Frankenspiegel“ Nummern 5 und 6/1996).

„Wir ... wollen eine wirkliche Demokratie, wo das Volk bestimmt und nicht eine volksfremde Politikerkaste. (...) Von den Bonner volkszerstörenden Parteien ist eine Änderung ihrer inländerfeindlichen Politik nicht mehr zu erwarten.“

(„Oberpfälzer Stimme“ Ausgabe Februar/März 1996)

„Die demokratische, soziale und nationale, die hieraus resultierende kulturelle, mediale und religiös-weltanschauliche Verkommenheit und Niedertracht unserer Republik schreitet unaufhaltsam voran. (...) Gegenüber einer manipulierten Verfassungswirklichkeit und einer Scheindemokratie der Parteienoligarchie ist verbaler Widerstand oberste Pflicht. (...) Verfassungsrecht wird durch Verfassungswirklichkeit prostituiert.“

(„Deutsche Stimme“ Ausgabe 7-96)

Diese diffamierende Polemik läßt darauf schließen, daß die NPD die Prinzipien des Mehrparteiensystems und der Chancengleichheit der Parteien trotz ihres formalen Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnt.

Öffnung gegenüber Neonazis

Die schwindende Abgrenzung gegenüber Neonazis zeigt sich nicht nur in der Tolerierung der Kontakte von JN-Mitgliedern zum neonazistischen Spektrum, sondern auch in der Aufnahme von Neonazis. Die Parteiführung ist allerdings bestrebt, ehemals führenden Exponenten verbotener Gruppierungen den Eintritt zu erschweren, um das Erscheinungsbild der NPD nicht übermäßig zu beeinträchtigen.

Mit der Bereitschaft, sich gegenüber Neonazis zu öffnen, korrespondiert auch ein im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (Ausgabe 8-96) veröffentlichter „Appell an alle aufrechten Deutschen in rechten Gruppierungen“, in dem die NPD allen „aufrecht national, sozial und demokratisch gesinnten Deutschen“ eine „politische Heimat“ anbietet.

3.2 Organisation

Rückläufige Mitgliederzahlen

Die am 28. November 1964 in Hannover von Funktionären der ehemaligen Deutschen Reichspartei (DRP) gegründete NPD gliedert sich derzeit in 15 Landesverbände, die wiederum in Bezirks- und Kreisverbände unterteilt sind. Die Partei zählte Ende 1996 nach erneuten personellen Einbußen bundesweit noch rund 3.500 (1995: 4.000) Mitglieder. Parteivorsitzender ist seit März der Diplom-Politologe Udo Voigt aus Moosburg a.d. Isar. Seine Stellvertreter sind sein Vorgänger Günter Deckert aus Weinheim, der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Udo Holtmann und der bisherige Beisitzer im Bundesvorstand Jürgen Schön aus Sachsen.

Organisation in Bayern

Der Landesverband Bayern mit Sitz in München zählt rund 650 (1995: 730) Mitglieder (ohne JN und NHB). Er gliedert sich in sieben Bezirks- und rund 50 Kreisverbände, von denen aber mehr als die Hälfte nicht aktiv ist. Der Landesvorsitzende Udo Voigt wurde auf dem Landesparteitag am 28. Juli in Berching, Landkreis Neumarkt i.d.OPf., in seiner Funktion bestätigt. Sein Stellvertreter Ralf Ollert hatte zuvor am 3. Juli seinen Rücktritt erklärt mit der Begründung, das Vertrauensverhältnis zu Voigt, der die Partei auf dem Bundesparteitag im März „unnötig in eine Kampf abstimmung gezwungen“ habe, sei nachhaltig gestört.

Schleichender Mitgliederschwund, eine Verschuldung von rund 1,1 Millionen DM, interne Spannungen wegen der Entmachtung des bisherigen Parteivorsitzenden Günter Deckert und eine unverändert geringe Akzeptanz beim Wähler kennzeichnen die derzeitige Lage

der NPD. Erheblichen Schwierigkeiten begegnet die Auswahl geeigneter Personen für Parteifunktionen. Die Öffentlichkeitsarbeit leidet unter schwindender Motivation und nachlassender Mobilisierbarkeit der Mitglieder; dies erschwert auch die Werbung neuer Interessenten. Infolge sinkender Zahlungs- und Abrechnungsmoral sind verschiedene Verbände nur noch bedingt funktionsfähig. Dennoch ist es dem neuen Bundesvorsitzenden gelungen, die Partei etwas zu stabilisieren und die seit Jahren rückläufige Mitgliederentwicklung zu stoppen. Auch das Verhältnis zu den JN entspannt sich zusehends. Mit der selbstbewußten Behauptung, die NPD sei derzeit die einzige nationale Opposition, beansprucht Voigt für die Partei allerdings eine Führungsrolle, die ihr insbesondere im Hinblick auf die Wahlerfolge der REP tatsächlich nicht zukommt. Ob sich die NPD künftig zu einem Auffangbecken ehemaliger Anhänger der in einen Verein umgewandelten Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) entwickeln wird, ist noch nicht abzusehen.



*Leichte
Konsolidierung*

3.3 Bündnispolitik

Der neue Parteivorsitzende Voigt befürwortet eine Abkehr vom antisemitischen Kurs seines Vorgängers zugunsten verstärkter Einigungsbestrebungen des „rechten Lagers“. Beim Bundesparteitag im März sprachen sich die Delegierten dafür aus, eine „gemeinsame Wahlplattform der nationalen Rechten unter Einbeziehung von DVU, REP, DLVH etc.“ zu schaffen und die an „Runden Tischen“ bereits bestehenden informellen Kontakte auszubauen, um schon zur nächsten Bundestagswahl eine einheitliche „patriotische“ Liste aufstellen zu können. Kontakte zur DVU mit dem Ziel, die Möglichkeiten eines künftigen Wahlbündnisses auszuloten, blieben jedoch ergebnislos. Ebenso zeigten die REP keinerlei Neigung, sich auf das von der NPD propagierte „Bündnis Deutschland“ einzulassen.

Erfolgreiche Bündnisbemühungen

In einem Rundschreiben vom 6. Juni kritisierte Voigt die ablehnende Haltung der REP in der Bündnisfrage als Anbiederungsversuch an das „System“, der die nationale Opposition in Deutschland erheblich schädige und sie politisch unwirksam mache. Man brauche keine systemangepaßten „BRD-Nationalen“ eines Dr. Schlierer, sondern eine nationale Fundamental-Opposition.

Keine nennenswerte Resonanz fand auch ein im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (Ausgabe 8-96) veröffentlichter „Appell an alle aufrechten Deutschen in rechten Gruppierungen“. Darin verwies die NPD auf den von der DLVH beschlossenen Verzicht auf den Parteistatus und rief dazu auf, „in der Stunde der Gefahr auch die Stunde der Deutschen Einheit zu erkennen und in der erneuerten NPD die politische Heimat zu sehen“.

Kontakte nach Osteuropa

Der außenpolitische Sprecher der NPD Wolfgang Nahrath und der NPD-Sozialreferent Axel Schunk reisten Mitte Mai in die ukrainische Hauptstadt Kiew. Sie schlossen dort mit Billigung des NPD-Parteivorstands einen „Partnerschafts- und Freundschaftsvertrag“ mit der nationalistischen Organisation „Ukrainische Nationalversammlung“ (UNA/UNSO). In einem Grußwort wies der NPD-Bundesvorsitzende Voigt auf die partnerschaftliche Verbundenheit zwischen Deutschen und Ukrainern hin, die sich im Zweiten Weltkrieg in der SS-Division „Galizien“ fortgesetzt habe:

„Ihr an den Grenzen Europas und wir unter dem Druck der US-Imperialisten müssen zusammenhalten, um dem Abendland seine alte Größe und Würde wiederzugeben. Und ich bin sicher: Gemeinsam schaffen wir es!“

Eine sechsköpfige Delegation der NPD unter der Leitung von Voigt hielt sich Anfang August in Kiew auf, um die Kontakte zur UNA/UNSO zu vertiefen. Weitere Verbindungen bestehen zu Vertretern der Nationalen Partei Litauens - Junges Litauen (NPL).

3.4 Sonstige Aktivitäten

Vor dem Hintergrund der Amtsenthebung und der Inhaftierung des Parteivorsitzenden Günter Deckert fand am 23./24. März in Bad Dürkheim/Rheinland-Pfalz ein Sonderparteitag zur Neuwahl des Bundesvorstands statt. Zuvor hatte es in der Parteispitze interne Kontroversen wegen Deckerts erneuter Kandidatur gegeben. Bei der Wahl des Parteivorsitzenden konnte sich der bayerische Landesvorsitzende Voigt mit knapper Mehrheit gegen seinen Mitbewerber Deckert durchsetzen. Dieser wurde anschließend auf Vorschlag von Voigt zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt - eine Geste Voigts gegenüber seinem früheren Förderer. Abgewählt wurden u.a. vier bisherige Funktionsträger, die im Herbst 1995 maßgeblich die vorübergehende Amtsenthebung Deckerts betrieben hatten. Der neue Parteivorsitzende will die politische Arbeit der NPD-Jugendorgani-

Bundesparteitag

sation Junge Nationaldemokraten (JN) stärken und sich vor allem auf die Selbstdarstellung der Partei in den „Neuen Medien“ konzentrieren. Außerdem befürwortet er eine stärkere Betonung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Er gibt sich optimistisch hinsichtlich der Zukunftschancen der NPD und appelliert an die innerparteiliche Solidarität, um Deckerts Anhänger für sich zu gewinnen.

Mehr als 250 Rechtsextremisten - etwa doppelt so viele wie 1995 - versammelten sich am 24. Februar in Aschaffenburg zum diesjährigen „Hans-Münstermann-Trauermarsch“; Veranstalter waren die NPD und ihre Jugendorganisation. Der Schüler Hans Münstermann war am Faschingsdienstag 1993 bei einer tätlichen Auseinandersetzung von einem Albaner erstochen worden. Während der Kundgebung, die zunächst von der Stadt verboten, letztinstanzlich aber vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zugelassen worden war, kam es zu Zusammenstößen mit etwa 350 politischen Gegnern. Die Polizei nahm 31 Personen, darunter rund 20 Rechtsextremisten, vorübergehend fest und stellte u.a. Schlag- und Schreckschußwaffen sowie Messer und ein Beil sicher. Die JN hatten bereits seit längerer Zeit bundesweit für die Veranstaltung mobilisiert; auch verschiedene Nationale Info-Telefone (NIT) hatten zur Beteiligung aufgerufen. Eine u.a. vom JN-Bundesvorsitzenden Holger Apfel unterzeichnete Einladung nannte die Rufnummern von vier Funktelefonen, bei denen anreisende Teilnehmer Informationen über die Sammelpunkte (Autobahnraststätten) für die anschließende Weiterfahrt zur Veranstaltung erhalten konnten.

*Trauermarsch in
Aschaffenburg*

Der Parteivorstand mißt der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationsmittel einen hohen Stellenwert bei und ist bemüht, das Internet zum elektronischen Sprachrohr der NPD zu machen. Ein lokaler Internet-Knotenpunkt der NPD in Augsburg soll bundesweit ausgebaut werden. Ziel ist eine stärkere elektronische Vernetzung der europäischen „Nationalisten“. Auch Rechtsberatung für „patriotische Jugendliche“ soll im Internet angeboten werden.

*Nutzung
moderner
Informations-
technologien*

Nachdem die rechtsextremistischen Mailboxen des Thule-Netzes schon um die Jahresmitte 1995 Vorkehrungen für die technische Verknüpfung mit dem Internet trafen, hat nunmehr die NPD dort Beiträge eingestellt. In der Datei „Der Aufbruch - Die nationale Internetseite aus Schwaben“ bietet die NPD unter dem Motto „Unser Grundsatz: Dem Feind entgegentreten“ vier Nachrichtenbereiche an. Darin werden u.a. Bezugsquellen rechtsextremistischer Publikationen

genannt, Nationale Info-Telefone und Mailboxen aufgelistet und auf weitere Beiträge zum Thema „Nationalismus im Internet“ verwiesen. Unter dem Schlagwort „Bündnis Deutschland“ ruft die NPD alle nationalen Kräfte in Bayern zur Bildung einer neuen nationalen Fundamentalopposition gegen eine „terroristische Staatsmacht“ auf. Die Machthaber seien entschlossen, eine deutsch-nationale Wahlpartei mit allen, auch kriminellen und verfassungswidrigen Mitteln, zu verhindern.

Auf Einladung der NPD fand am 20./21. Juli in Augsburg ein „Nationaler Internet-Kongreß“ unter dem Motto „Zusammenarbeit und Vernetzung der an moderner Informationstechnik beteiligten nationalen Gruppen“ statt. Daran beteiligten sich auch Betreiber mehrerer Mailboxen des Thule-Netzes. Ein anschließend gegründeter NPD-Arbeitskreis „Internet“ soll nationale Internet-Projekte koordinieren, Schulungen durchführen und die fortschreitende informationelle Vernetzung der rechtsextremistischen Szene fördern.

*Programm-
parteitag*

Auf einem außerordentlichen Bundesparteitag am 7./8. Dezember bei Bremen verabschiedeten die Delegierten ein neues Parteiprogramm mit „richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit“. Es wendet sich auf der Grundlage eines „lebensrichtigen“ Menschenbildes gegen „multiethnische Exzesse“, „Fremdherrschaft“ und „Überfremdung“. Eine Abkehr von extremistischen Positionen ist nicht erkennbar.

3.5 Strafverfahren

Das Amtsgericht Stuttgart verurteilte den stellvertretenden NPD-Bundsvorsitzenden am 27. März wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten mit Bewährung. Deckert hatte das Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland Michel Friedman im Mai 1994 in einem Offenen Brief als „jüdischen Hochkommissar“ bezeichnet und ihn aufgefordert, Deutschland zu verlassen und nach Israel zu gehen, wo er als Jude hingehöre.

Am 21. Juni verhängte das Amtsgericht Weinheim/Baden-Württemberg gegen Deckert eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten ohne Bewährung wegen Beihilfe zur Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung. Der Angeklagte hatte 1990 in Weinheim eine Veranstaltung mit dem britischen Revisionisten David Irving organisiert, der in seiner Rede den Holocaust als „Legende“ und als Mittel bezeichnete, vom deutschen

Volk finanzielle Wiedergutmachung zu erpressen. Außerdem hatte Deckert 1994 und 1995 das Buch „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ des deutschen Revisionisten Germar Scheerer geb. Rudolf vertrieben und unter einem Pseudonym das Buch „Der Fall Günter Deckert“ verfaßt. In beiden Büchern wird der Holocaust geleugnet. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, bei Deckert handele es sich um einen „Amokläufer“, der Argumenten nicht mehr zugänglich sei. Diese Unbelehrbarkeit verhindere die Aussetzung der Strafe zur Bewährung; sie werde nicht auf die von ihm gegenwärtig verbüßte zweijährige Haftstrafe angerechnet.

3.6 Junge Nationaldemokraten (JN)

Die JN als Jugendorganisation der NPD sind nach ihrem Statut zur aktiven Mitarbeit in den Gremien der NPD verpflichtet. In Ideologie und Zielsetzung bekennen sie sich zum Programm der Mutterpartei. Obwohl sie mitunter um mehr Eigenständigkeit bemüht waren, folgen sie inzwischen der Linie und den Anordnungen der NPD-Führung. Die JN halten sich für eine „weltanschaulich geschlossene Jugendbewegung neuen Typs“ und propagieren als Vorhut eines „anderen Deutschlands“ eine „revolutionäre Umwälzung der Machtverhältnisse“. Sie verstehen sich auch als Scharnier zwischen NPD, anderen rechtsextremistischen Organisationen und Neonazis. Ihr aggressiverer, auf Konfrontation ausgerichteter Kurs läßt befürchten, daß neonazistische Denkmuster überhandnehmen.

*Unveränderter
ideologisch-
politischer
Standort*

Nach wie vor unterhalten die JN Kontakte zur neonazistischen Szene mit dem Ziel einer engen Zusammenarbeit. Sie versuchen, dort Interessenten zu werben und auch „politikfähige“ ehemalige Angehörige verbotener Organisationen für die JN zu gewinnen. Dabei nehmen sie in Kauf, daß Neonazis auch nach ihrer Aufnahme noch eigene Ziele verfolgen. Die Berufung solcher Personen in den JN-Bundesvorstand macht deutlich, daß die JN dem Erstarken neonazistischer Kräfte in den eigenen Reihen keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen. Diese Entwicklung korrespondiert mit Plänen zur Umwandlung der JN in eine Kaderorganisation. Offenbar bestehen auch keine Berührungängste gegenüber Skinheads. Bemerkenswert ist die erhöhte Bereitschaft anderer rechtsextremistischer Gruppen zur Zusammenarbeit mit den JN. Insbesondere neonazistische „Kameradschaften“ beteiligten sich in erheblich größerem Umfang als früher an JN-Veranstaltungen.

*Zunehmender
neonazistischer
Einfluß*

Leichter
Aufwärtstrend

Obwohl die JN derzeit der größte und aktivste Zusammenschluß jüngerer Rechtsextremisten sind, konnten sie die von ihnen angestrebte Meinungsführerschaft im „nationalen Widerstand“ bislang nicht erringen. Aufgrund einer offenbar planvollen Zuwanderung von Neonazis hat sich der bisherige Abwärtstrend gewendet. Ende 1996 zählten die JN bundesweit rund 200 (1995: 150) Mitglieder, davon wie im Vorjahr etwa 55 in Bayern. Bundesvorsitzender ist Holger Apfel, der beim JN-Bundeskongreß am 25./26. Mai in Leipzig in seiner Funktion bestätigt wurde. Mit dem JN-Landesvorsitzenden von Hamburg Jan Zobel, dem Landesbeauftragten für Sachsen-Anhalt Steffen Hupka und dem bayerischen Landesvorstandsmitglied Jens



Pühse wurden drei ehemalige Mitglieder verbotener neonazistischer Organisationen zu Beisitzern im Bundesvorstand gewählt. Der Landesverband Bayern gliedert sich in die beiden „Regionalen Arbeitsgruppen“ (RAG) Franken und München/Oberbayern mit jeweils vier örtlichen Stützpunkten; Landesvorsitzender ist Rainer Hatz aus Nürnberg.

Aktivitäten

Öffentliche Kundgebungen, aber auch interne Treffen der JN stoßen regelmäßig auf massive Proteste politischer Gegner. Veranstaltungen der JN werden aber zunehmend wieder öffentlich angekündigt. So rief der JN-Bundesvorstand „den gesamten nationalistischen Widerstand“ zu einer Aktionswoche vom 26. April bis 5. Mai auf. In deren Mittelpunkt sollte der 1. Mai als „zentraler Kampftag“ unter dem Motto „Zusammen den Bonzen den Marsch blasen!“ stehen. An einer Demonstration der JN in Berlin am 1. Mai nahmen rund 300 Personen teil. Eine vom JN-Bundesvorstand unter dem Motto „Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national!“ geplante zentrale „Nationalrevolutionäre 1. Mai-Demonstration“ in Nürnberg mit einem Marsch zur Bundesanstalt für Arbeit wurde verboten, ebenso eine in Bayreuth angemeldete Kundgebung. In Bamberg löste die Polizei einen verbotenen Aufmarsch von etwa 100 JN-Anhängern - darunter auch Neonazis - auf. Einige Personen wurden festgenommen, darunter vier Neonazis aus Österreich.

Die JN waren in die Planung des „Aktionskomitees Rudolf Heß“ eingebunden, das Aktionen des rechtsextremistischen Spektrums zum Todestag von Rudolf Heß vorbereitete. Die Uneinigkeit und die feh-

lende Durchsetzungskraft der JN-Führung behinderten jedoch ein gemeinsames Vorgehen. So waren von den rund 200 Teilnehmern eines „Heß-Gedenkmarschs“ am 17. August in Worms nur etwa zehn Prozent den JN zuzurechnen. Die von den JN im Rahmen einer eigenen Heß-Aktionswoche im August geplanten Kundgebungen in Bayern wurden verboten.

Regen Zuspruch fand der konspirativ vorbereitete „3. Europäische Kongreß der Jugend“ am 14. September in Groß Rosenburg/Sachsen-Anhalt. An der Veranstaltung unter dem Motto „Europas Wiedergeburt durch den Befreiungsnationalismus der Völker“ nahmen rund 350 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland teil. Die JN wollten mit diesem Kongreß ein Zeichen für die internationale Zusammenarbeit der europäischen Nationalisten setzen.

4. Deutsche Volksunion (DVU)

4.1 Ideologisch-politischer Standort

Das im Sommer 1993 beschlossene Parteiprogramm läßt das Bestreben erkennen, problematische Aussagen zu vermeiden oder zumindest zu entschärfen, um die verfassungsfeindliche Zielsetzung der Partei noch besser zu tarnen. Die DVU warnt vor einer angeblich von Politikern geplanten Auflösung Deutschlands in einen „Vielvölkerstaat“ und tritt mit Parolen wie „Bewahrung der deutschen Identität“ und „Gleichberechtigung für Deutschland“ dafür ein, den Ausländeranteil zu begrenzen, den „zunehmenden Ausländerzustrom“ in das Bundesgebiet zu stoppen und die „Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung“ an die Deutschen einzustellen.

Die am Programm nicht ohne weiteres erkennbare rechtsextremistische Grundhaltung der Partei wird vor allem an den ihr zurechenbaren Äußerungen führender Funktionäre sowie am Inhalt ihrer publizistischen Sprachrohre deutlich, die im Verlag des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey erscheinen. Diese greifen regelmäßig aktuelle Probleme auf, für die sie ihre langjährig entwickelten Feindbilder wie etwa die „unverschämten“ Polen, die „erpresserischen“ Juden oder die „kriminellen“ Ausländer verantwortlich machen. Dabei bedient sich die Partei einer taktischen „Ja - aber“-Methodik, die darauf angelegt ist, brisante Aussagen sofort wieder zu relativieren in der Hoffnung, die extremistische Botschaft bleibe beim Adressaten dennoch haften.

*Extremistische
Grundhaltung*

NS-Apologie

Wie im Vorjahr konzentrierte sich die DVU verstärkt auf Kritik an der „extrem einseitigen Vergangenheitsbewältigung“. Dabei versuchte die Partei, die Einmaligkeit des Holocaust durch Hinweise auf „Völkermorde der Geschichte“ zu relativieren und das Gedenken an die NS-Opfer herabzusetzen:

„Alle Schuld soll auf deutscher Seite liegen und die - unzweifelhaft entsetzliche - NS-Judenverfolgung wird zum ‚schlimmsten Verbrechen der Weltgeschichte‘ erklärt. Die Ausrottung unzähliger Völker, die einst für immer verschwanden, ist demgegenüber offenbar keiner Erwähnung wert.“

(DNZ vom 20. September)

„Das geltende Gesinnungsstrafrecht jedenfalls behindert die wissenschaftliche Forschung von Historikern, die praktisch bei dieser Thematik mit einem Fuß im Gefängnis stehen.“

(DNZ und DWZ vom 29. März)

„Die Mahnmalmanie in Deutschland wird immer grotesker. (...) Am Ende werden womöglich noch das Geburtshaus eines jeden einzelnen KZ-Häftlings sowie Kindergarten und Schule, die er besucht hat, zum Mahnmal ausgebaut.“

(DNZ vom 30. August)

Diese ständige Relativierung dient nicht der historischen Wahrheitsfindung, sondern ergibt in der Gesamtschau eine systematische Verharmlosung der menschenverachtenden Politik des NS-Unrechtsstaats. Rechtfertigung soll angeblich das deutsche Volk, in Wirklichkeit aber die NS-Diktatur erfahren.

Die rassistisch unterlegte Agitation der DVU erweckt den Eindruck, ausländische Zuwanderer seien - mit Ausnahme der Aus- und Übersiedler - durchwegs Asylbetrüger, Kriminelle und Schmarotzer:

„Die meisten der illegal einreisenden Ausländer tauchen in Großstädten unter, wo sie nicht selten im Drogengeschäft ihre Schulden bei den Schleuserbanden abarbeiten. (...) Wieder andere lassen sich als Asylbewerber registrieren und verlängern unter Ausschöpfung aller Rechtsmittel ihren Aufenthalt in Deutschland um viele Jahre, wobei immer öfters Betrüger gefaßt werden, die mit gefälschten Papieren in verschiedenen

Rassismus



Städten mehrfach Sozialhilfe kassieren und dabei auf monatliche Einnahmen von 15000,- Mark und mehr kommen. (...) Es geht um das Riesenheer der Scheinasylanten und um kriminelle Ausländer, die unser soziales Netz zerreißen, unsere Sicherheit bedrohen und einen unermesslichen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten. Sie müssen raus aus Deutschland, und zwar so schnell wie möglich!"

(DWZ vom 11. Oktober)

„Schluß mit dem Terror auf deutschen Straßen! ‚Volksvertreter‘ sind aufgefordert, endlich dafür zu sorgen, daß Deutschland das Land der Deutschen bleibt und nicht Kriminellen aus aller Herren Länder überlassen wird.“

(DWZ vom 29. März)

Die Warnung vor einer „Entdeutschung Deutschlands“ und die pauschale Abwertung fremdländischer Personen als Kriminelle zeugen von einer diskriminierenden, rassistisch motivierten fremdenfeindlichen Haltung, die mit Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes unvereinbar ist.

Kennzeichnend für die nationalistische Einstellung der DVU ist ihre Ablehnung supranationaler Institutionen: *Nationalismus*

„Es ist ohnedies durch nichts gerechtfertigt, daß 1997 schon 25 Milliarden Mark an deutschen Überzahlungen aus unseren Steuergeldern an die EU fließen, und daß wir damit unsere rasch wachsende Konkurrenz im Süden Europas selbst hochzüchten.“

(DNZ vom 20. September)

„Für alle nur denkbaren Staaten, Organisationen, Verfolgte, Kriegsflüchtlinge und sonstige Humanitätstümeleien werden Milliarden von DM unaufgefordert und ohne jeglichen Zugzwang verschenkt. (...) Es muß Schluß sein mit dem verschwenderischen Umgang mit Steuergeldern, Deutschland darf und kann nicht mehr länger der Zahlmeister oder die Melkkuh für die ganze Welt sein.“

(DNZ vom 6. September)

Die zunehmend subtiler gewordene Agitationsmethodik der DVU vermeidet offenen Antisemitismus. Gleichwohl sind ihre Aussagen zu den Themen „Juden“ und „Israel“ vielfach negativ geprägt. *Latenter Antisemitismus*

„Alle möglichen Konflikte des letzten halben Jahrhunderts sind zum Anlaß genommen worden, immer neue deutsche Leistungen und Zahlungen zugunsten der israelischen Seite durchzusetzen.“

(DWZ vom 15. März)

„Der wirklich grenzenlose Byzantinismus (schmeichlerische Unterwürfigkeit), der vor und für Bubis und Friedman in der Meinungsindustrie unserer freiesten Gesellschaft der deutschen Geschichte zelebriert wird, war selbst in der nazistischen Journaille gegenüber der NS-Prominenz wohl unvorstellbar.“

(DNZ vom 30. August)

Diffamierung
demokratischer
Institutionen

Ständige diffamierende Äußerungen über demokratische Parteien und deren Repräsentanten lassen das vom Mehrparteienprinzip und dem Prinzip der Chancengleichheit der Parteien geforderte Mindestmaß an Toleranz gegenüber politischen Konkurrenten vermissen. Hierbei geht es der DVU nicht um eine durch Art. 5 des Grundgesetzes gedeckte politische Auseinandersetzung. Vielmehr werden die demokratischen Parteien durch Polemik auf vielfältige Weise verächtlich gemacht. Dadurch soll das Vertrauen in die Wertordnung des Grundgesetzes erschüttert und insgesamt das Staatswertbewußtsein geschmälert werden.

„Was sich herrschende Politiker ... leisten, treibt Normalbürgern die Zornesröte ins Gesicht. Noch nie zuvor wurde so viel gelogen und betrogen wie in unserer Zeit. (...) Asylbetrug, Schubladenaffaire, Steuerlüge, Volksverdummung - wesentliche Merkmale der Politik Herrschender des etablierten Parteienkartells.“

(DWZ vom 23. Februar)

Hinter solchen Diffamierungen steht die Absicht, auf diesem Weg die freiheitliche demokratische Grundordnung zu treffen. Diese soll als Ganzes fragwürdig erscheinen, indem der Eindruck entstehen soll, die kritisierten „Mißstände“ hätten letztlich ihre Ursache in der Grundordnung selbst.

Haltung zur
Gewalt

Nach wie vor ist die Partei bestrebt, das Ausmaß rechtsextremistisch motivierter Militanz zu relativieren. Dabei knüpft sie vielfach an Straftaten mit rechtsextremistischem Anfangsverdacht an, der sich nachträglich als unzutreffend herausstellte. Täter aus dem rechtsextremistischen Spektrum werden dagegen als Außenseiter bezeichnet.

„Politiker der etablierten Parteien und tonangebende Organe der Meinungsindustrie haben vergeblich versucht, die Schandtat von Lübeck ... in ein ausländerfeindliches Verbrechen umzufälschen (...), während selbst der lächerlichste Verdacht auf rechtsradikale Taten in einer nur noch idiotisch zu nennenden Weise hochgespielt wird.“

(DNZ und DWZ vom 26. Januar)

„Unter 100 Millionen Deutschen gibt es gewiß auch einige tausend von Wahnvorstellungen geplagte kriminelle Psychopathen, die durch die anti-deutsche Hetze von Massenmedien ansprechbar sind. Dieser Personenkreis läßt sich durch von der Journaille ausgeschlachtete oder erfundene, gegen Ausländer gerichtete Verbrechen ohne weiteres zu Nachahmungstaten anregen.“

(DNZ und DWZ vom 29. März)

4.2 Organisation

Die DVU zählte Ende 1996 nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes wie im Vorjahr bundesweit knapp 15.000 Mitglieder, davon etwa 1.800 (1995: 2.000) in Bayern. Mit eingerechnet sind dabei die Angehörigen des bereits seit 1971 bestehenden gleichnamigen Vereins, die nach Vollendung des 16. Lebensjahres auch der Partei angehören, sofern sie nicht widersprechen. Bundesvorsitzender ist der Verleger Dr. Gerhard Frey aus München. Ende 1996 verfügte die Partei in allen Bundesländern nominell über Landesverbände, die jedoch teilweise völlig inaktiv waren. Insbesondere ist es der DVU bisher nicht gelungen, in den neuen Ländern Fuß zu fassen. In Bayern bestehen die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Mittelfranken, Oberpfalz und Schwaben sowie 16 Kreisverbände und vier Ortsverbände, die ebenfalls kaum Aktivitäten zeigen. Vorsitzender des Landesverbands Bayern ist Bruno Wetzel.

Stagnierende
Mitgliederzahl



Im Verlag des Parteivorsitzenden erscheinen die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) und die teilweise inhaltsgleiche „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ). Beide fungieren als Werbeträger und publizistische Sprachrohre sowohl der Partei als auch des gleichnamigen eingetragenen Vereins.

Die Partei ist nach wie vor bei Dr. Frey hoch verschuldet. Nach dem Rechenschaftsbericht beträgt das Defizit der DVU rund acht Millionen DM. Die Abhängigkeit der DVU von den Finanzmitteln des Par-

teivorsitzenden ermöglicht es Dr. Frey, den Kurs der Partei nicht nur inhaltlich, sondern auch personell zu bestimmen.

4.3 Bündnispolitik

Unter der Überschrift „Einheit der Rechten“ hieß es in der DNZ und DWZ vom 21. Juni, der DVU-Vorsitzende habe die Bereitschaft der Partei bekräftigt, mit allen „demokratischen nationalen Rechten“ zusammenzuarbeiten. Das Gegeneinander im eigenen Lager müsse endlich überwunden werden. Die Mitglieder und Anhänger aller Gruppierungen müßten intern auf eine sinnvolle Zusammenarbeit drängen. Trennungslinien seien zu ziehen gegenüber „NS-Zirkeln“, die zu Kriminalisierung und Verbot führen würden, sowie gegenüber chronischen Querulanten, die schon sämtliche Rechtsparteien durchlaufen und überall nur Schaden angerichtet hätten; diese würden zwar die „rechte Einheit“ lauthals verkünden, in Wahrheit aber nur sabotieren.

*Desinteresse an
Einigungsbestrebungen*

Das Angebot der DVU richtete sich vor allem an REP und NPD. Mit dem Hinweis auf „chronische Querulanten“ schloß es eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) aus. Diese Initiative bedeutete indes keinen Kurswechsel, sondern diente - vor dem Hintergrund der 1998 anstehenden Bundestagswahl - wohl eher der Beruhigung der eigenen Klientel. Zugleich zielte sie auf unzufriedene Mitglieder und Wähler der REP, die Dr. Schlierers Abgrenzungskurs nicht mittragen. Dr. Frey muß nicht befürchten, von den REP beim Wort genommen zu werden. Er hatte auch bislang kein ernsthaftes Interesse an einer Zusammenarbeit des „rechten Lagers“, in dem er nicht alleiniger „Führer“ sein könnte.

*Kontakte nach
Rußland*

Die seit 1992 bestehenden Kontakte zum Vorsitzenden der „Liberal-demokratischen Partei Rußlands“ (LDPR) Wladimir Schirinowskij wurden nicht weiter intensiviert. Bei der Feier von Schirinowskij's 50. Geburtstag am 25. April in Moskau trat Dr. Frey als Redner auf und überreichte dem LDPR-Vorsitzenden den mit 10.000 DM dotierten „Deutsch-russischen Freundschaftspreis der Deutschen National-Zeitung“. Die Preisverleihung sollte bereits 1994 bzw. 1995 bei der alljährlichen DVU-Großkundgebung in Passau stattfinden; sie mußte damals wegen der gegen Schirinowskij verhängten Einreiseverbote entfallen. Schirinowskij's Beziehungen zur DVU beschränkten sich 1996 auf einige in der DNZ und DWZ veröffentlichte Beiträge sowie auf ein Grußwort zur Passauer Großkundgebung.

4.4 Teilnahme an Wahlen

Bei den Landtagswahlen am 24. März in Schleswig-Holstein konnte die DVU mit einem Stimmenanteil von 4,3 % trotz Einsatzes erheblicher finanzieller Mittel nicht mehr an ihr Ergebnis von 1992 (6,3 %) anknüpfen. Insbesondere wegen ihrer desolaten Parlamentsarbeit in den vergangenen vier Jahren stellte die Partei für den Wähler offensichtlich keine attraktive Alternative dar. Auch die Querelen innerhalb der Landtagsfraktion (einige Abgeordnete hatten sich vorübergehend der DLVH angeschlossen) trugen zum Ausscheiden der DVU aus dem Landtag bei.

*Verlust der
Landtagsmandate*

Zum Wahlausgang erklärte die Partei, das Ergebnis sei zwar enttäuschend im Hinblick auf das gesteckte Wahlziel. Im Vergleich mit den Kandidaturen der letzten drei Jahre bedeute der jetzt erzielte Stimmenanteil aber eine erhebliche Steigerung. Die DVU sei in ihrer Rolle als „eine entscheidende Kraft des rechten Lagers“ bestätigt worden. Nur eine gigantische Koalition etablierter Parteien, die sich allesamt auf die DVU eingeschossen hätten, habe mit ihrer gewaltigen Medienmacht knapp den Wiedereinzug der Partei in den Landtag verhindert. Nicht zuletzt um ein Zeichen gegen „rechte Zersplitterung“ zu setzen, sei die DVU in Baden-Württemberg nicht angetreten, wie auch die REP auf eine Kandidatur in Schleswig-Holstein verzichtet hätten. Ein „rechter Burgfrieden“ sei notwendig. An der DVU werde er nicht scheitern. Die Partei hat das Wahlergebnis inzwischen wegen „Wahlterrors, schwerer Eingriffe in die Wahlfreiheit und extremer Ungleichbehandlung“ angefochten.

4.5 Sonstige Aktivitäten

Abgesehen von der jährlichen Großkundgebung ist die DVU in Bayern kaum aktiv. Nach wie vor fehlt ein organisiertes Eigenleben. Die Partei tritt im allgemeinen nur durch die von ihrem Vorsitzenden herausgegebenen Wochenzeitungen öffentlich in Erscheinung, in denen sie die gewohnte Feindbildpflege und Gruppenstigmatisierung betreibt.

Die diesjährige Großkundgebung der DVU am 28. September in der Passauer Nibelungenhalle stand unter dem Motto „Noch ist Deutschland nicht verloren“. An der Veranstaltung nahmen rund 2.300 Personen teil. Aufgrund der umfangreichen polizeilichen Sicherungsmaßnahmen verlief die Kundgebung weitgehend störungsfrei.

*Jährliche
Großkundgebung*

Hauptredner war der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Frey, der sich in seiner „Abrechnung mit den Polit-Versagern in Bonn“ als Anwalt für die Interessen des deutschen Volkes aufspielte. Er warf den Politikern vor, Auswüchse bei „Scheinasylanten“ und Bürgerkriegsflüchtlingen untätig hinzunehmen und nicht genügend gegen die Kriminalität und Arbeitslosigkeit vorzugehen. Zu seinen stereotypen Anklagen gehörten ferner der Luftterror der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, Israels Verhältnis zu den Palästinensern sowie die Politik der Europäischen Union.

In einem Grußwort betonte der Vorsitzende der nationalistischen „Liberaldemokratischen Partei Rußlands“ (LDPR) Wladimir Schirinowskij die Notwendigkeit einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Rußland und Deutschland. Ihm war - wie im Vorjahr - die Einreise verweigert worden. Als Referenten waren u.a. zwei Vertreter von Indianerstämmen und ein Bürgerrechtler aus den USA anwesend. Die Auswahl der Redner sowie die Teilnahme von Delegationen aus Polen (ehemals Oberschlesien) und Südtirol zeigen, daß Dr. Frey wie schon im Vorjahr Wert darauf legt, der Veranstaltung einen internationalen Anstrich zu geben und dadurch seine Isolierung innerhalb des deutschen Rechtsextremismus zu überspielen.

Den diesjährigen „Andreas-Hofer-Preis“ erhielt der Schriftsteller Wolfram Mallebrein, der Dr. Frey eigenen Angaben zufolge seit 50 Jahren publizistisch verbunden ist. Der „Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung“ wurde dem Rechtsextremisten und Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger verliehen. In der Laudatio wurde er als unerschrockener Kämpfer für deutsche Lebensinteressen bezeichnet.

Gegen die DVU-Veranstaltung demonstrierten rund 350 Personen. Die Polizei nahm 28 Personen in Gewahrsam, davon 20 aus dem rechtsextremistischen Spektrum. Gegen mehrere DVU-Kundgebungsteilnehmer wurden Anzeigen wegen Verwendens des Hitler-Grußes erstattet.

5. Neonazismus

5.1 Allgemeines

Eine besonders abstoßende Erscheinungsform des Rechtsextremismus ist nach wie vor der Neonazismus (neuer Nationalsozialismus). Er umfaßt alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekennt-

nis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und auf die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staates gerichtet sind.

Die Agitation der Neonazis richtet sich insbesondere gegen die vom Grundgesetz (Art. 1, 3 und 20) garantierte Menschenwürde, den Gleichheitsgrundsatz und das Demokratieprinzip. Sie umfaßt vor allem Bestrebungen zur Wiedereinführung des NS-Systems, unverhohlenen Antisemitismus und sonstigen Rassismus, Verharmlosung und Leugnung der NS-Verbrechen sowie Verherrlichung von Institutionen und Personen der Hitler-Diktatur. Einen Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten bilden seit Jahren die maßgeblich von Neonazis getragenen Veranstaltungen zum Gedenken an den 1987 verstorbenen „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß. Dabei zeigte sich, daß die Mobilisierungsfähigkeit der Szene im Vergleich zu früheren Jahren nicht wesentlich zurückgegangen ist.

Agitationsschwerpunkte

Nach wie vor findet in neonazistischen Kreisen eine Diskussion über militante Verhaltensweisen statt. Daneben kursieren Anleitungen zum Bombenbau und zu terroristischen Handlungen, wie z.B. die Schriftenreihe „Eine Bewegung in Waffen“. Mailbox-Verbundsysteme und das Internet enthalten verschiedene Nachrichtenbretter mit Instruktionen zur Herstellung von Sprengstoffen und Sprengkörpern. Bei Durchsuchungen wurden ferner wiederholt Waffen und Sprengstoff gefunden. Gleichwohl gibt es keine Hinweise auf terroristische Strukturen.

Die Zahl der Neonazis in Bayern betrug Ende 1996 rund 160 (1995: 110); davon gehören etwa 85 (1995: 65) neonazistischen Organisationen an. Diese Zunahme beruht u.a. auf einem verbesserten Erkenntnisstand und ist daher kaum sicherheitsrelevant. Mit den als Defensivreaktion auf den zunehmenden staatlichen Verfolgungsdruck (Organisationsverbote, Verbote von Veranstaltungen, Strafurteile) gegründeten regionalen Zusammenschlüssen ist es den Neonazis nicht gelungen, neue schlagkräftige Strukturen zu bilden und sich der Beobachtung zu entziehen. In diesen sogenannten Kameradschaften gibt es weder eine formelle Mitgliedschaft noch Vorstandspositionen. Anführer ist meist ein besonders aktiver Rechtsextremist, der es versteht, seinen Gefolgsleuten die den ideologischen Zusammenhalt stärkenden „Feindbilder“ zu vermitteln. In Bayern sind derartige themen- und aktionsbezogene regionale Zusammenschlüsse u.a. in Deggendorf, Freising, München, Neu-Ulm, Nürnberg, Strau-

Regionale Kameradschaften

bing sowie im Raum Passau und Rottal-Inn bekannt. Eine kontinuierliche Vernetzung hat bisher nicht stattgefunden; die einzelnen Gruppen agieren weitgehend isoliert.

Einige führende Neonazis sind daneben zunehmend bestrebt, die Jungen Nationaldemokraten (JN) als Scharnier zwischen dem rechtsextremistischen Parteienspektrum und der neonazistischen Szene zu nutzen. Damit versuchen sie, sich auch eine legale Aktionsplattform unter dem Deckmantel einer nicht verbotenen Partei zu schaffen.

Aufmerksamer Beobachtung bedarf ein im Umfeld von Neonazis und Skinheads entstandenes Potential von rund 250 Jugendlichen, die offenbar mit neonazistischem Gedankengut sympathisieren, ohne sich organisatorisch zu binden.

Anti-Antifa-
Bewegung

Die ursprüngliche Erwartung, daß sich die Anti-Antifa-Bewegung als maßgeblich eigenständige Mobilisierungskampagne entwickeln werde, hat sich nur teilweise bestätigt. Namhafte Neonazis stellen das bisherige „Anti-Antifa-Konzept“ in Frage und propagieren einen „systemfeindlichen progressiven Nationalismus“. Zwar gibt es weiterhin Hinweise auf die Ausspähung und Sammlung von Namen und Daten politischer Gegner sowie die Gründung örtlicher „Anti-Antifa“-Gruppen, die Tendenz ist jedoch rückläufig. Insbesondere die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die Verfasser von „Anti-Antifa“-Publikationen, aber auch der Rückzug ehemals führender neonazistischer Aktivisten aus der politischen Tätigkeit haben sich allem Anschein nach lähmend ausgewirkt. In Bayern gibt es keine Anzeichen für eine handlungsfähige Anti-Antifa-Bewegung, wie sie etwa in den neuen Ländern existiert. Die organisatorischen Strukturen sind nur schwach ausgeprägt. Einige Aktivisten in Nordbayern unterhalten Kontakte zu Gesinnungsgenossen der relativ starken Anti-Antifa-Bewegung in Thüringen.

5.2 Verbotene Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Derzeit gibt es keine Anzeichen für eine Fortführung der FAP oder den Aufbau einer Nachfolgeorganisation. Offenbar haben sich die ehemaligen FAP-Funktionäre inzwischen mit der Auflösung der FAP abgefunden, wie nicht zuletzt auch die Rücknahme der Klage gegen die Verbotungsverfügung des Bundesministeriums des Innern vom 22. Februar 1995 zeigt. Sie sind aber nicht gewillt, ihre neonazistischen Aktivitäten einzustellen. So ist der ehemalige FAP-Vorsitzende

Friedhelm Busse auch 1996 als Teilnehmer und Redner bei Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums in Erscheinung getreten. Insbesondere warb er in München als Organisator und Leiter von „Kameradschaftsabenden“, die vorwiegend von Skinheads besucht wurden, für seine politischen Ziele. Offensichtlich versucht Busse, seine schwindende Bedeutung in der neonazistischen Szene durch zunehmende Kontakte zu Skinheads zu kompensieren. Ferner war er im Rahmen eines bundesweiten rechtsextremistischen Zeitungsprojekts für die seit Oktober 1995 erscheinende „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) tätig, wurde aber nach nur einmaligem Erscheinen der von ihm gestalteten Regionalausgabe „Süddeutsche Allgemeine - Zeitung der nationalen Erneuerung“ abgelöst. Als Regionalausgabe der BBZ fungiert nunmehr die Zeitung „Junges Franken“.

5.3 Deutsche Nationalisten (DN)

Die Mitte 1993 in Mainz gegründete Vereinigung hat ihren Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz. Bundesvorsitzender ist der ehemalige Leiter des Landesverbands Rheinland-Pfalz der 1992 verbotenen neonazistischen „Deutschen Alternative“ (DA) Michael Petri. Die Organisation versteht sich selbst als politische Partei, die „an öffentlichen Wahlen“ teilnehmen will. Das Programm der DN weist auffallende Parallelen zu den Zielen der DA auf. Es fordert u.a. einen „deutschen Nationalstaat in den völkerrechtlich gültigen Grenzen“, die Beendigung der „Wiedergutmachungszahlungen“ an „ausländische Mächte“, den Austritt Deutschlands aus NATO und EU sowie eine staatliche Kontrolle der „Zinswirtschaft“. Ferner treten die DN für einen sofortigen „Ausländerstopp“ und eine „stufenweise Ausländerrückführung“ ein.

*Neonazistische
Zielsetzung*

Der am 4. März 1994 gegründete Landesverband Bayern wurde im Januar von seinem kommissarischen Leiter Robert Iwanzik aufgelöst. Seitdem waren in Bayern keine Aktivitäten mehr feststellbar.

*Auflösung des
Landesverbands
Bayern*

5.4 Neonazistisches Potential bei Skinheads

Die in Großbritannien entstandene, Ende der 70er Jahre erstmals auch im Bundesgebiet in Erscheinung getretene Skinhead-Bewegung war ursprünglich eine jugendliche Subkultur. Ihr Auftreten (kahlrasierte Köpfe, Uniformjacken) signalisierte eine extreme Ablehnung

*Weltanschauung
und Politikver-
ständnis*

der bürgerlichen Gesellschaft. Inzwischen passen sich Skinheads in ihrem äußeren Erscheinungsbild oft der bürgerlichen Umgebung an und sind damit von anderen militanten Rechtsextremisten kaum noch zu unterscheiden. Obwohl sie zu einer



rational bestimmten politischen Meinungsbildung häufig nicht fähig und deshalb an einer fundierten politischen Auseinandersetzung kaum interessiert sind, hat sich in diesen Kreisen inzwischen eine vom organisierten Rechtsextremismus unabhängige diffuse rechtsextremistische Weltanschauung herangebildet. Sie ist vielfach von rassistischer Ausländerfeindlichkeit und übersteigertem Nationalbewußtsein geprägt. Diese Einstellung,

die vor allem wegen ihrer rassistischen Grundhaltung an wesentliche Elemente des Nationalsozialismus anknüpft, ist nicht verstandesmäßig begründet und spiegelt sich daher nicht in programmatisch-ideologischen Aussagen, sondern meist in spontanen, vielfach militanten Aktionen wider.

*Einfluß der
Skinhead-Bands
und „Fanzines“*



Die von Skinhead-Bands vorgetragene sogenannte Oi-Musik ist das wichtigste Medium der Szene und übt einen anhaltenden rechtsextremistischen Einfluß aus. Die Liedertexte solcher Gruppen diffamieren und bedrohen Ausländer, propagieren Gewalt und verbreiten nationalistisch-rassistisches Gedankengut bis hin zur Glorifizierung des Nationalsozialismus. Auch die intern verbreiteten Skinhead-Publikationen („Fanzines“) weisen vielfach rechtsextremistische Bezüge auf.

*zunahme
der Skinhead-
konzerte*

Mit 68 (1995: 35) **Veranstaltungen in Deutschland**, davon **sechs (1995: zwei) in Bayern**, hat sich die Zahl der Skinhead-Konzerte gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Die mitunter hohe Zahl der Teilnehmer belegt die weiterhin beachtliche Mobilisierungsfähigkeit der deutschen Skinhead-Szene. Bei den **drei in Oberfranken** durchgeführten Konzerten kam ein Großteil der Besucher aus Thüringen und

Sachsen. Um Verbandsverbote zu vermeiden, wurden die Konzerte zum Teil konspirativ organisiert oder Veranstaltungsorte erst kurzfristig bekanntgegeben. Wegen des in Bayern anhaltenden hohen polizeilichen Verfolgungsdrucks besuchten bayerische Skinheads bevorzugt Konzerte in den neuen Ländern. Allgäuer Skinheads wichen auch nach Norditalien aus; dort unterhalten sie enge Kontakte zu einem Skinhead-Verein in Vicenza. Einige Veranstalter versuchen, die Skinhead-Szene durch neonazistische Musik politisch zu beeinflussen. Andere haben an der Durchführung solcher Konzerte eher finanzielle als ideologische Interessen; geringen Kosten stehen zum Teil erhebliche Einnahmen gegenüber. Seit der „Aktion Notenschlüssel“ von 1993 verzichten Produzenten und Vertrieber von Skinhead-Musik überwiegend auf die Herstellung bzw. den Vertrieb von Tonträgern mit strafbaren Inhalten. Produktion und Vertrieb erfolgen nun vermehrt im Ausland.

Gewalt ist das bevorzugte Mittel der von Skinheads auf der Straße ausgetragenen „politischen“ Auseinandersetzungen mit tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern. Als „Vorbild“ für den „Straßenkampf“ um die - nach Auffassung der Skinheads bislang nur vom NS-Regime erfolgreich verwirklichte - Vorherrschaft der weißen Rasse dient dabei der SA-Mann.

*Gewalt-
bereitschaft*

In Deutschland gibt es derzeit rund 6.400 (1995: 6.200) überwiegend den Skinheads zuzurechnende militante Rechtsextremisten. In Bayern sind aufgrund eines verbesserten Erkenntnisstands rund 360 (1995: 325) Skinheads mit rechtsextremistischem Hintergrund bekannt. Ihre deutlich rückläufigen Aktivitäten beschränkten sich meist auf interne Treffen auf lokaler Ebene.

Der am 23. September 1995 gegründete Verein „Skinheads Allgäu“ wurde vom Bayerischen Staatsministerium des Innern mit Verfügung vom 22. Juli verboten, da Tätigkeit und Zweck des Vereins wegen der Anlehnung an den Nationalsozialismus den Strafgesetzen zuwiderliefen und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richteten. Beim Vollzug des Verbots am 30. Juli durchsuchte die Polizei die Wohnungen mehrerer Vorstandsmitglieder. Die Auswertung der dabei beschlagnahmten Schriften und Tonträger bestätigte die neonazistische Ausrichtung des Vereins.



*Verbot der
„Skinheads
Allgäu“*

Bereits am 29. Januar hatte das Amtsgericht Kaufbeuren die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister abgelehnt. In dem Beschluß hatte das Gericht ausgeführt, der satzungsgemäße Zweck des Vereins, eine Kultur zu pflegen, die Wesensgleichheit mit dem Nationalsozialismus aufweise, richte sich gegen die durch das Grundgesetz garantierten Menschenrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung. Darüber hinaus müßten die Vereinsmitglieder bei der praktischen Umsetzung des Vereinsprogramms gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs (u.a. Volksverhetzung und Verbreiten von Propagandamitteln verbotener Organisationen) verstoßen. •

Exekutivmaßnahmen

Veranstaltungen rechtsextremistischer Skinheads führten auch in Bayern zu polizeilichen Einsätzen. So wurden im März bei einem Treffen von Angehörigen der „Skinheads Allgäu“ in Kempten mehrere Musikkassetten mit strafbarem Inhalt sichergestellt. Gegen fünf Personen leitete die Polizei ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung ein.

In der Nacht zum 5. April kam es in einem als Treffpunkt von Skinheads bekannten Lokal in München zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen anwesenden Gästen und einer Gruppe von etwa 15 Skinheads. Die Polizei nahm zehn Skinheads, darunter drei Mitglieder der „Skinheads Allgäu“, vorübergehend fest. Bei anschließenden Wohnungsdurchsuchungen wurden Aufkleber, Munition, Reichskriegsflaggen und Tonträger mit Skinhead-Musik sichergestellt.

Bei einem Treffen von Skinheads am 6. April in Scheinfeld, Landkreis Neustadt a.d.Aisch - Bad Windsheim, nahm die Polizei 24 Teilnehmer vorübergehend in Gewahrsam. Sichergestellt wurden eine erlaubnisfreie Schußwaffe mit 13 Patronen, eine Gassprühdose, ein Butterfly-Messer und drei Musikkassetten mit vermutlich rechtsextremistischem Inhalt.

In Neumarkt i.d.OPf. beleidigte ein Skinhead am 18. April zwei Türken als „Kanaken“ und „Türkenschweine“; ferner rief er „Sieg Heil“ und „Deutschland den Deutschen - Ausländer raus“.

In Ebersdorf b. Coburg fand am 3. August ein Skinhead-Konzert mit über 1.000 Teilnehmern statt. Fünf Personen wurden wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorläufig festgenommen.

Am 14. September versammelten sich auf dem Anwesen eines ehemaligen FAP-Aktivisten in München rund 30 Personen, überwiegend

rechtsextremistische Skinheads, zu einem Konzert der Skinhead-Band „Sturmflagge“ aus Ottobrunn. Die Polizei stellte die Personalien der Teilnehmer fest; einige hatten die Beamten mit dem „Hitler-Gruß“ empfangen.

Am 16. November trafen sich in Kaufbeuren ehemalige Mitglieder des verbotenen Vereins „Skinheads Allgäu“ mit Angehörigen der regionalen Skinheadszene. Die Polizei löste die Versammlung auf, nachdem die Teilnehmer neonazistische Lieder gesungen und die Einsatzkräfte mit der Parole „Juden raus!“ beschimpft hatten.

Bei einem von rund 500 Personen besuchten Skinheadkonzert am 23. November in Stockheim, Landkreis Kronach, nahm die Polizei 15 Personen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorübergehend fest. Die Beamten stellten ferner u.a. eine Gaspistole und Stichwaffen sicher.

Das Amtsgericht Kempten erließ am 5. Dezember wegen Verdachts der Volksverhetzung einen allgemeinen Beschlagnahmebeschluß gegen eine Musikkassette mit dem Titel „Geächtet“. Produzentin dieser Kassette war die Band „Faustrecht“ des verbotenen Vereins „Skinheads Allgäu“.

Bei einem Skinhead-Treffen am 21. Dezember in Neu-Ulm stellte die Polizei die Personalien der 95 Teilnehmer fest. Ferner wurden ein Abzeichen mit einem Keltenkreuz und 32 Kassetten mit rechtsextremistischer Musik sichergestellt.

Versuche von NPD und JN, Skinheads politisch zu beeinflussen, wurden aus Augsburg, München und dem Raum Erlangen-Höchststadt bekannt. So nehmen an den regelmäßigen Stammtischtreffen des JN-Stützpunkts München jeweils rund zehn Skinheads teil. Zwei ehemalige Funktionäre des verbotenen Vereins „Skinheads Allgäu“ haben sich dem JN-Stützpunkt Augsburg angeschlossen. *Einflußversuche*

5.5 Aktionen zum 9. Todestag von Rudolf Heß (17. August)

Ein aus Neonazis zusammengesetztes „Aktionskomitee Rudolf Heß 1996“ plante für den 17. August eine bundesweite zentrale Kundgebung mit dem Ziel, u.a. Veranstaltungen zum Gedenken an Heß rechtlich durchzusetzen. Dazu sollten bundesweit für den 17. August zahlreiche Versammlungen angemeldet werden. Parallel dazu riefen die Jungen Nationaldemokraten (JN) zu „JN-Aktionswochen“ im *Acht Versammlungsverbote in Bayern*

Monat August auf. Insbesondere sollten dabei der Staat „vorgeführt“ und die Sicherheitskräfte durch eine Vielzahl von Scheinmeldungen zersplittert werden. Die für das erste und zweite „Heiß-Wochenende“ angemeldeten Kundgebungen wurden - mit einer Ausnahme - verboten, so auch in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Hof, Miltenberg, München, Nürnberg und Straubing.



Am dritten „Heiß-Wochenende“ (17./18. August) war eine gemeinsame Kundgebung des Aktionskomitees mit Teilen der JN geplant. Die zum Schein angemeldeten Demonstrationen wurden abermals bundesweit verboten. Den tatsächlichen Veranstaltungsort Worms gaben die Organisatoren erst kurzfristig bekannt. Die Polizei konnte zahlreiche Neonazis schon bei der Anreise in Gewahrsam nehmen. Ein Aufmarsch von rund 200 Rechtsextremisten in Worms wurde aufgelöst. Die Polizei nahm rund 170 Personen vorläufig fest, darunter auch 22 Teilnehmer aus Bayern.

Das rechtsextremistische Spektrum in Bayern und im übrigen Bundesgebiet hat die angekündigten Kleinaktionen (z.B. Verbreitung von Propagandamaterial) planmäßig durchgeführt bzw. zumindest versucht. Versammlungen wurden - mit Ausnahme in Worms - schon im Ansatz unterbunden. Die Organisatoren haben ihre Ziele insoweit erreicht, als die Aktionen in den Medien ein erhebliches - wenn auch negatives - Echo fanden. Auch haben die kostenintensiven Sicherheitsmaßnahmen zahlreiche Einsatzkräfte gebunden. In rechtsextremistischen Kreisen wurden die Aktionen daher als „Sieg“ gefeiert.

5.6 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten*

Straftaten mit neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Motiven

Die Gesamtzahl der bekanntgewordenen neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Straftaten ist in Bayern auf 803 (1995: 755) gestiegen. Dabei handelte es sich vielfach um Sachbeschädigungen, Nötigung, Bedrohung, Volksverhetzung und Verbreiten von Propagandamitteln bzw. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Insbesondere bei Schmier- und Klebeaktionen wurden Hakenkreuze und SS-Runen gesprüht oder Parolen wie „Heil Hitler“, „Sieg Heil“ und „Ausländer raus“ verbreitet. Nicht mitgezählt sind vergleichbare Fälle, in denen ein rechtsextremistisches Motiv

* ohne die im 5. Abschnitt genannten Gewalttaten

nicht vorhanden oder nicht erkennbar war (z.B. beim Verwenden von NS-Symbolen als Mittel der politischen Diffamierung).

Eine vorübergehende Häufung solcher Aktionen, die jedoch - wie bereits in den Vorjahren - keine überregionale Bedeutung besaßen, war zu Hitlers Geburtstag (20. April) zu verzeichnen. Es kam zu Hakenkreuzschmierereien und dem Anbringen von Transparenten. Daneben fanden einige private Veranstaltungen statt, bei denen vor allem der „Hitler-Gruß“ entboten und rechtsextremistische Parolen skandiert wurden. So trafen sich am 20. April mehrere Neonazis am Maillinger Weiher in der Nähe von Ingolstadt zu einer Feier mit rechtsextremistischer Musik. Wiederholt wurde „Jude verrecke, Ausländer raus, wir verheizen einen Juden“ gerufen. Die Polizei nahm 18 Tatverdächtige vorläufig fest. Bei der Anreise zu einer „Hitler-Feier“ in Garmisch-Partenkirchen wurden 24 Personen kontrolliert und 15 von ihnen in Unterbindungsgewahrsam genommen. Eine Gruppe von elf Personen sang in einem stillgelegten Bahnhof in München das Horst-Wessel-Lied und rief „Sieg Heil“. Die Polizei beendete das Treffen und erstattete Strafanzeige wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. In Riemerling, Landkreis München, entzündeten etwa 20 bis 30 Jugendliche auf einem als Treffpunkt von Rechtsextremisten bekannten Spielplatz ein Lagerfeuer. Die Polizei löste das Treffen auf, stellte die Personalien von 13 Teilnehmern fest und erstattete Anzeige gegen einen Neonazi, der ein T-Shirt mit dem Portrait Hitlers trug und „Sieg Heil“ gerufen hatte.

Aktionen zu
Hitlers Geburtstag

Unbekannte Täter verbreiteten auch in Bayern unter dem Pseudonym „Hagen Kreuz“ seit Anfang April per Telefax ein Flugblatt mit dem Portrait Adolf Hitlers. Darin hieß es unter der Überschrift „20. April“:

„In diesem Jahr jährt sich der Geburtstag des Führers unserer Bewegung zum 107. Mal. (...) Trotz Verbot, Gericht und Kerker werden wir uns auch in diesem Jahr nicht davon abhalten lassen, dem größten deutschen Politiker der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft die Ehre zu erweisen, die ihm gebührt. (...) Wir, die offensive Aktionsgemeinschaft der Nationalsozialisten in Deutschland haben uns eine Art der öffentlichen Feier vorgenommen, die IHM am ehesten gerecht wird. (...) Er marschiert im Geist in unseren Reihen mit!“

Offensichtlich war geplant, in Anlehnung an den Aufruf eines „Geburtstagskomitees 20. April“ vom letzten Jahr an verschiedenen Orten im Raum Bonn ein Feuerwerk abzubrennen. Die Polizei konnte dieses Vorhaben durch umfassende Kontrollen verhindern.

6. Sonstige rechtsextremistische Organisationen

6.1 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

6.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DLVH hat im Herbst 1996 die Umwandlung der Partei in einen Verein beschlossen. Sie versteht sich seitdem als eine „überparteiliche und unabhängige Gemeinschaft demokratischer Patrioten“. Ein neues „Manifest“, in dem sich die Vereinigung formal zur Wertordnung des Grundgesetzes bekennt, ist noch zurückhaltender formuliert als das einstige Parteiprogramm. Die nationalistische, rassistische und völkisch-kollektivistische Grundhaltung, die den Vorrang der in den Grundrechten konkretisierten Menschenrechte (Art. 1 Abs. 3 des Grundgesetzes) und das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot (Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes) in Frage stellt, ist gleichwohl unverkennbar:

Nationalismus

„Die DEUTSCHE LIGA wendet sich entschieden gegen maßlose und unkontrollierte Einwanderung, gegen Asylmißbrauch und Überfremdung. Deutschland darf nicht zum Vielvölkerstaat werden, (...) Die DEUTSCHE LIGA bekennt sich zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung der nationalen Präferenz. Arbeitsplätze, Wohnraum und soziale Versorgung müssen vorrangig den Einheimischen zur Verfügung gestellt werden. (...) Ihr Ziel ist eine sozialpatriotische Solidargemeinschaft des Volksganzen.“

Revisionismus

Unverändert sind auch die revisionistischen und antisemitischen Tendenzen:

„Die DEUTSCHE LIGA verlangt die Wiederherstellung der Meinungs-, Informations- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Gesetze ... dürfen nicht dazu mißbraucht werden, mißliebige Auffassungen und unerwünschte Forschungsergebnisse zu unterdrücken. Strafrechtliche Gruppenprivilegierung hat zu unterbleiben.“

Die extremistische Zielsetzung des Vereins wird durch die personelle Zusammensetzung der Führungsspitze bestätigt. Dem Bundesvorstand gehören - ebenso wie dem bayerischen Landesvorstand - mehrere Personen mit rechtsextremistischer Vergangenheit an, die bisher nicht erkennen ließen, daß sie ihre frühere politische Überzeugung geändert haben und nunmehr demokratische Positionen anstreben. Die frühere Abgrenzung gegenüber Neonazis wurde erheblich gelockert.

6.1.2 Organisation

Die DLVH zählte Ende 1996 bundesweit rund 700 (1995: 900) Mitglieder, davon etwa 120 (1995: 150) in Bayern. An der Spitze des Vereins stehen als gleichberechtigte Vorsitzende die bekannten Rechtsextremisten Harald Neubauer (früher: NPD, DNZ und REP) und Jürgen Schützinger (früher: NPD) sowie der ehemalige DVU-Funktionär Ingo Stawitz. Publizistisches Sprachrohr ist die im Nation Europa Verlag GmbH in Coburg erscheinende Monatsschrift „Nation und Europa - Deutsche Monatshefte“.

Bundesvorstand

Landesverbände bestehen mittlerweile in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Vorsitzender des in die Bezirksverbände Oberbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Oberpfalz gegliederten Landesverbands Bayern ist Werner Eichinger.

Landesverbände

6.1.3 Umwandlung in einen Verein

In der DLVH wuchs zunehmend die Erkenntnis, mit dem Versuch einer Einigung der rechtsextremistischen Parteienlandschaft gescheitert zu sein. Der bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 24. März erzielte Stimmenanteil von 0,2 % machte erneut deutlich, daß die DLVH auf absehbare Zeit keine Chance hat, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Auf dem Bundesparteitag am 19. Oktober in Pfofeld, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, löste sich die DLVH daher als politische Partei auf und nahm die Rechtsform eines Vereins an. Organisationsbezeichnung und -struktur blieben unverändert. Laut Vereinssatzung werden die bisherigen Funktionäre für eine Übergangszeit beibehalten. Die Umwandlung der DLVH in einen Verein war bereits Mitte April vom Bundesvorstand beschlossen worden. Dieser intern umstrittene Schritt soll den Mitgliedern die Möglichkeit eröffnen, sich anderen rechtsextremistischen Parteien, insbesondere den REP, anzuschließen, um die „Einheit der Rechten“ voranzutreiben. Entscheidend dürften aber auch finanzielle Gründe gewesen sein, da die DLVH nicht mehr über die für die Parteiarbeit erforderlichen Mittel verfügte.

Nach der Abstimmung über die Änderung der Rechtsform der Organisation kam es zu Tumulten durch eine etwa 25 Personen starke oppositionelle Gruppe um den Beisitzer im Landesvorstand Hamburg

und früheren Vorsitzenden der verbotenen neonazistischen Nationalen Liste (NL), Thomas Wulff, der sich vehement gegen die Aufgabe des Parteistatus ausgesprochen hatte.

6.1.4 Bündnisbemühungen

Die bisherigen Bündnisbemühungen scheiterten regelmäßig daran, daß insbesondere die Spitzenfunktionäre der DLVH im übrigen rechtsextremistischen Lager durchwegs auf entschiedene Ablehnung stießen. Wie im Vorjahr war die DLVH daher bemüht, als Veranstalterin „Runder Tische“, bei denen sie nicht von vornherein als Organisatorin erkennbar war, Mitglieder der NPD, DVU und REP für den Gedanken einer Zusammenarbeit zu gewinnen, um dadurch mittelbar Einfluß auf diese Parteien nehmen zu können. Solche Gesprächsrunden fanden z.B. am 2. Februar in Würzburg und am 27. April in Augsburg mit jeweils rund 30 Teilnehmern statt. Die Attraktivität dieser „Runden Tische“, die sich auch an parteipolitisch bisher inaktive Personen wandten, hat allerdings seit Mitte 1996 deutlich nachgelassen.

6.2 Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)

Die von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründete GFP stellt vor allem ein Podium für Publizisten dar, die rechtsextremistisches Gedankengut vertreten. Sie will in einer angeblich „durch Siegerrechte und Besiegtenpflichten beschränkten Öffentlichkeit“ eine „Freistatt für den deutschen Gedanken und das deutsche Wort“ schaffen und erhalten. So wendet sie sich gegen die „Entstellungen in der deutschen Geschichtsbetrachtung“ und die „unwahren Darstellungen der Ursachen und Hintergründe beider Weltkriege“. Ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung ergibt sich u.a. aus der Mitgliedschaft führender Aktivisten rechtsextremistischer Organisationen, insbesondere der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), und der Verbreitung deren Gedankenguts bei Vorträgen.

Die Vereinigung, die ihren Sitz in München hat, zählt im Bundesgebiet rund 400 (1995: 500) Mitglieder, davon etwa 40 in Bayern. Vorsitzender ist seit Mai 1992 der frühere „Chefideologe“ der NPD Dr. Rolf Kosiek.

Unter dem Motto „Deutschland im Europa freier Völker - Maastricht keine Lösung für die Zukunft“ hielt die GFP vom 19. bis 21. April in

Zielsetzung

Jahreskongreß

Neustadt b. Coburg ihren Jahreskongreß ab. Daran beteiligten sich bis zu 300 Personen. Als Redner trat u.a. der frühere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden auf. Die Mitgliederversammlung setzte sich in mehreren Entschließungen für die Grundrechte der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit ein, die nach Auffassung der GFP durch eine politische Justiz und „political correctness“ ausgehebelt und eingeschränkt seien. Die „Hutten-Medaille 1996“ wurde an den Herausgeber der Zeitschrift „Nation und Europa - Deutsche Monatshefte“ Peter Dehoust verliehen.

6.3 Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.

Der von Rechtsextremisten gegründete Freundeskreis Ulrich von Hutten vertritt rechtsextremistische, insbesondere rassistische, Thesen und verbreitet Äußerungen, die das NS-Regime verharmlosen und die Bundesrepublik Deutschland verunglimpfen. Die Vereinigung zählt wie im Vorjahr bundesweit rund 280 Mitglieder, davon etwa 30 in Bayern. Vorsitzende ist die Präsidentin der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) in Österreich Lisbeth Grolitsch.

Der Freundeskreis trat vorwiegend mit der Herausgabe und Verbreitung der Schrift „Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ in Erscheinung. Darin behauptete er, Hitlers Entschluß, im Juni 1941 die Sowjetunion anzugreifen, sei „die Rettung Europas“ gewesen. Nach der Niederlage sei das deutsche Volk mit der „infamen Kriegsschuldflüge der Sieger“ gedemütigt worden. Inzwischen ließen es künftige Europäer zu, daß „das Deutsche Volk, dem sie doch alle Gegenwart und Zukunft ihrer gelobten demokratischen Freiheit verdanken, geschändet, verleumdet, ausgeraubt und bis zum heutigen Tage erpreßt wird und nun auch dem Volkstod ausgeliefert werden soll“.

NS-Apologie

6.4 Deutsches Kolleg (DK)

Das seit Ende 1994 bestehende Deutsche Kolleg (DK) mit Sitz in Berlin versteht sich als Schulungseinrichtung der „nationalen Intelligenz“. Sein „Chefideologe“ Dr. Reinhold Oberlercher, der seine politische Laufbahn beim Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) begann, orientiert sich an den Kampfmustern der 68er Bewegung. Er bezeichnet sich als „völkisch-germanischen Nationalmarxi-

*Schulungs-
einrichtung*

sten“ und versucht, nationalistische und sozialistische Ideologieelemente zu vereinen. Da er dem parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus keine Chance einräumt, tritt er für ein Zusammenwirken von Rechts- und Linksextremisten ein, um als gemeinsames Ziel die Beseitigung des demokratischen Systems zu erreichen.

Das DK kommt mit seinem Programm einer in der rechtsextremistischen Szene vorhandenen Überzeugung entgegen, es sei notwendig, die politischen Kader sorgfältig zu schulen. Seine Veranstaltungen werden von Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis, besucht und stellen damit einen Treffpunkt verschiedener bisher nebeneinander wirkender Teile des Rechtsextremismus dar.

Dr. Oberlercher bietet auf diese Weise ein Forum für Aktivitäten, die scheinbar zwingend in Richtung einer nationalen Revolution weisen. Allerdings sind viele Schulungsteilnehmer nicht fähig, Dr. Oberlerchers intellektueller Diktion geistig zu folgen.

Am 27. Januar führte das DK in Räumen einer studentischen Verbindung in München eine sogenannte „Klausur“ durch. Des weiteren fanden im gesamten Bundesgebiet Schulungsveranstaltungen des DK statt, bei denen verfassungsfeindliche Thesen verbreitet wurden, so am 22. Mai in Erlangen und am 24. Mai in Aschaffenburg.

7. Revisionismus-Kampagne

7.1 Ziele und Methoden

Das rechtsextremistische Lager ist sich weitgehend darin einig, daß das deutsche Volk in wesentlichen Fragen seiner jüngeren Geschichte rehabilitiert werden müsse. Der Revisionismus, der die Geschichtsschreibung über die Zeit des „Dritten Reichs“ ändern will, ist daher zu einem Bindeglied zwischen den unterschiedlichsten rechtsextremistischen Strömungen geworden. Seinen Repräsentanten geht es allerdings nicht um die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern gezielt um die Rechtfertigung bzw. Aufwertung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Im Mittelpunkt der revisionistischen Agitation steht die Leugnung des nationalsozialistischen Massenmords an europäischen Juden in Gaskammern deutscher Konzentrationslager während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust).

Im Bestreben, das nationalsozialistische Unrechtsregime zu verteidigen, müssen die rechtsextremistischen Revisionisten freilich Regeln

der kritischen Geschichtswissenschaft mißachten und Forschungsergebnisse negieren, die nicht ihrem vorgefaßten Geschichtsbild entsprechen. Ihre Behauptungen zielen darauf ab, das auf seriöser Forschung beruhende Geschichtsbild propagandistisch zu unterminieren, um sich von einem vermeintlich aufgezwungenen „Schuldkomplex“ zu befreien. Die Revisionisten hoffen, mit Hilfe ihres angeblichen Wissenschaftlichkeitsanspruchs zunehmend aus der „braunen Ecke“ her austreten zu können und größere Publizität und Zustimmung zu finden. Dabei machen sie sich zunutze, daß das Wissen über den Nationalsozialismus vielfach nur noch bruchstückhaft vorhanden ist. Vor allem Jugendliche laufen Gefahr, der in wissenschaftlichem Gewand daher kommenden Vielzahl von unbewiesenen Behauptungen, Verdrehungen und absurden Thesen zu erliegen. Nationalismus und Antisemitismus bilden die Wurzeln dieses Revisionismus, der letztlich die Opfer zu Tätern und die Täter zu Opfern einer angeblich falschen Geschichtsschreibung machen will.

*Geschichts-
verfälschung*

7.2 Entwicklung

Revisionismus war von Anfang an keine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung, wobei der Anstoß zunächst aus Frankreich und den USA kam. Seit Beginn der 50er Jahre erschien eine große Anzahl von Büchern, die unter dem Schlagwort „Auschwitzlüge“ den „historischen“ Nachweis führen wollten, daß es keine Tötung von Juden in Gaskammern gegeben habe. Es fällt auf, daß die maßgeblichen Autoren keine Historiker waren, sondern andere Berufe hatten.

*Ursprung des
Schlagworts
„Auschwitzlüge“*

Größere Publizität erlangte der Revisionismus durch ein 1989 veröffentlichtes technisches „Gutachten“ des Amerikaners Fred A. Leuchter, wonach es in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern aufgrund der technischen Gegebenheiten nicht möglich gewesen sei, Menschen in Gaskammern zu töten. Die Fehler und Widersprüche dieses als „Leuchter-Bericht“ bekannt gewordenen „Gutachtens“ sind in verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen ausführlich nachgewiesen worden. Dies hinderte Revisionisten beiderseits des Atlantiks indes nicht, Leuchters Machwerk als überzeugenden Beweis ihrer Thesen anzusehen und als „Sieg für Deutschland“ sowie als „Anfang vom Ende des Auschwitz-Mythos“ zu feiern. Weiteren Auftrieb erhielt die Revisionismus-Kampagne durch das 1994 verbreitete „Rudolf-Gutachten“, das sich u.a. auf den „Leuchter-

„Leuchter-Bericht“

„Rudolf-
Gutachten“

Bericht“ bezieht. Verfasser ist der Diplomchemiker Germar Scheerer geb. Rudolf, ein ehemaliges Mitglied der Partei „Die Republikaner“ (REP). In seinem „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Zyanidverbindungen in den ‚Gaskammern‘ von Auschwitz“ kam er zu dem Schluß, daß die „behaupteten Menschentötungs-Gaskammern in Auschwitz niemals mit Zyklon B in Berührung gekommen sind“. Dabei verkannte er - wie Leuchter -, daß die beim Freisetzen von Blausäure entstehenden chemischen Verbindungen unter dem Einfluß der Witterung innerhalb kurzer Zeit zerfallen und dann nicht mehr nachweisbar sind. Das Landgericht Stuttgart verurteilte Scheerer am 23. Juni 1995 wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung. Im Frühjahr 1996 setzte sich Scheerer ins Ausland ab.

7.3 Träger der Revisionismus-Kampagne

Wegen behördlicher Gegenmaßnahmen und strafrechtlicher Verfolgung meiden die international aktivsten Revisionisten Deutschland als Betätigungsfeld. Sie weichen zunehmend in Länder aus, in denen Strafbestimmungen gegen das Verbreiten revisionistischen Gedankenguts fehlen. Entsprechendes gilt für die Veröffentlichung revisionistischer Publikationen.

David Irving

Der wohl bekannteste Vertreter des Revisionismus ist der international agierende britische Schriftsteller David Irving, der sich nach eigenen Angaben durch den „Leuchter-Bericht“ überzeugen ließ, daß der Holocaust nur eine „Propagandalüge“ der Sieger des Zweiten Weltkriegs sei. Seine Aktivitäten in Deutschland wurden durch die 1993 von der Landeshauptstadt München verfügte Ausweisung unterbunden. Die dagegen erhobene Klage blieb erfolglos.

Ernst Zündel

Einer der aktivsten Exponenten des Revisionismus ist der deutsche Staatsangehörige Ernst C. F. Zündel, der 1958 nach Kanada übersiedelte. Seit 1976 tritt er als Inhaber des Verlags Samisdat Publishers Ltd. in Toronto in Erscheinung. Er verfaßt und verschickt in erster Linie den „Germania“-Rundbrief, der neonazistische und anti-jüdische Thesen enthält (vgl. Nummer 9.2 dieses Abschnitts). Für seine Agitation nutzt Zündel bereits seit mehreren Jahren erfolgreich das weltumspannende Datenverbundnetz Internet. Darin erscheinen täglich neue Beiträge mit dem Titel „Good morning from the Zündelsite“.

Acht dieser Beiträge, in denen es u.a. hieß, die Massenmorde in „Gaskammern“ seien als „Mythos“ entlarvt, wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Zündel ließ sich dadurch nicht beeindrucken, sondern nutzte die Indizierung zur Werbung für seine Veröffentlichungen, indem er auf seiner Internet-Seite den Wortlaut der Indizierungsverfügung wiedergab.

Im Oktober kündigte Zündel einen neuen Mittelwellensender „Stimme der Freiheit“ an, der jeden Samstag aus Königsberg/Rußland ein Programm in deutscher Sprache senden sollte. Nach Ausstrahlung eines Testprogramms am 12. Oktober nahm Rußland die Sendegenehmigung zurück.

Das 1979 unter rechtsextremistischer Beteiligung gegründete Institute for Historical Review (IHR) mit Sitz in Kalifornien/USA trägt durch Veranstaltungen und Publikationen antisemitische und neonazistische Positionen an die amerikanische und internationale Öffentlichkeit. Es unterhält Verbindungen zu Rechtsextremisten in allen Kontinenten. Seit geraumer Zeit ist es auch im Internet vertreten. Mit seiner Zeitschrift „Journal of Historical Review“ und vor allem mit seinen jährlichen Kongressen bietet es revisionistischen Amateur-Historikern aus aller Welt eine Plattform, um gegen die Ergebnisse der seriösen zeitgeschichtlichen Forschung zu polemisieren. Auf diesen Tagungen traten nahezu alle bekannten Vertreter des Revisionismus auf.

*Institute for
Historical Review
(IHR)*

Der in Brighton/Großbritannien ansässige rechtsextremistische Verlag „Nineteen eighty for press“, der u.a. Werke bekannter Revisionisten anbietet, verbreitete im Sommer eine Broschüre mit dem Titel „Nicht schuldig in Nürnberg“. Der Autor versuchte, die Schuld der Hauptangeklagten im Nürnberger Prozeß zu relativieren, indem er behauptete, bei den von der Anklage als Beweisstücke vorgelegten Dokumenten habe es sich überwiegend um Fälschungen gehandelt.

Die Schrift „Deutschland Report“ des britischen Verlags „Media World“ ist 1996 nicht mehr erschienen. Nachfolgepublikation könnte das unter der gleichen Anschrift firmierende „National Journal“ sein, das antisemitische und revisionistische Beiträge enthält. Der Herausgeberkreis führt die Bezeichnung „Die Freunde im Ausland“.



„National Journal“

Das Urteil des Landgerichts Berlin vom 29. August 1995 gegen den inhaftierten Neonazi Ewald Bela Althans ist rechtskräftig, nachdem der Bundesgerichtshof am 14. Juni die Revision des Münchner Rechtsextremisten als offensichtlich unbegründet verworfen hat. Das Gericht hatte gegen Althans unter Einbeziehung eines Urteils des Landgerichts München vom 15. Dezember 1994 eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten wegen Volksverhetzung sowie Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener verhängt. Althans hatte als Mitwirkender in einem Dokumentarfilm über Neonazismus den Holocaust geleugnet.

8. Organisationsunabhängige Publizistik

*Konstante
Auflagenzahlen*

Die sieben Verlage, Vertriebs- und Buchdienste in Bayern, die Publikationen mit rechtsextremistischem Inhalt herausgeben bzw. verbreiten, entwickelten wiederum eine beachtliche Tätigkeit. Die Auflage der periodisch herausgegebenen einschlägigen Druckschriften, die im Vorjahr um rund 17 Prozent zurückgegangen war, blieb mit monatlich 250.000 (1995: 248.000) Exemplaren annähernd konstant, wobei erhöhte Auflagen zu besonderen Anlässen nicht eingerechnet sind. Das Angebot umfaßte außerdem Bücher und sonstige Druckschriften sowie Tonkassetten und Videofilme mit rechtsextremistischem Inhalt.

8.1 Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)

*DSZ-Verlag
Schwerpunkt der
rechtsextremisti-
schen Publizistik*



Wirkungsvollstes Propagandainstrument des Rechtsextremismus in Deutschland ist weiterhin der DSZ-Verlag in München unter der Leitung von Dr. Gerhard Frey. Im Verlag erscheinen die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) mit einer Wochenauflage von etwa 35.000 und die „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ) mit wöchentlich rund 21.000 (1995: 22.000) Exemplaren.

Die Wochenzeitungen Dr. Freys verbreiteten als Sprachrohre der DVU deren nationalistische, rassistische und revisionistische Grundhaltung:

„Die hier herrschenden Interessen der USA bzw. Israels sind die eine Sache. Das deutsche Volk aber kann nicht auf Dauer die Rolle von Hilfs-willigen eines neuen Imperialismus und Kolonialismus spielen.“

(DWZ vom 15. März)

„Die Not im eigenen Staat sollte diese volksvergessene Bonner Regierung endlich veranlassen, die Geschenke im eigenen Lande zu lassen ...“

(DNZ vom 6. September)

„Eine zunehmende Einwanderungswelle von Scheinasylanten, Bürgerkriegsflüchtlingen, Kontingentflüchtlingen, de facto-Flüchtlingen und Illegalen hat Zustände herbeigeführt, wie sie etwa in der einstigen DDR ganz und gar unvorstellbar waren.“

(DNZ vom 23. August)

„Je länger das Unrecht der Judenverfolgung in Deutschland zurückliegt, desto gnadenloser wird Kollektivschuld und Kollektivverantwortung sogar von lange nach 1945 geborenen Deutschen angemahnt. Auch kommende Generationen sollen diesem Wahn gemäß gewissermaßen in Sack und Asche gehen. Daß die Geschichte der gesamten Menschheit eine nicht endende Kette von Verbrechen gegen Völker oder Volksgruppen ausweist und systematische Ausrottungen bzw. Völkermorde in großer Zahl die Seiten im Buch der Weltgeschichte füllen, hindert antideutsche Dauerankläger nicht, stets nur eine ‚einmalige‘ und ‚unvergleichbare‘ deutsche Schuld in den Vordergrund zu rücken.“

(DWZ vom 9. Februar)

„Millionen Fernsehzuschauer ... haben erkannt, daß es den Drahtziehern der antideutschen Hetze und den in deren Dienst stehenden Medien nicht um Objektivität und schon gar nicht um Gerechtigkeit geht, sondern nur einzig darum, das deutsche Volk wieder einmal belasten und als verbrecherisch hinstellen und erpressen zu können.“

(DNZ und DWZ vom 26. Januar)

8.2 Nation Europa Verlag GmbH

Die im Nation Europa Verlag in Coburg erscheinende Monatsschrift „Nation und Europa - Deutsche Rundschau“ führt seit Februar wieder die frühere Bezeichnung „Nation und Europa - Deutsche Monatshefte“. Herausgeber sind der Funktionär der Deutschen Liga

*Sprachrohr der
DLVH*



für Volk und Heimat (DLVH) Peter Dehoust und der Vorstandssprecher der DLVH Harald Neubauer. Der bisherige Mitherausgeber Adolf von Thadden ist im Juli 1996 verstorben. Mit dem Verlag eng liiert ist der 1954 gegründete Verein „Nation-Europa-Freunde e.V.“.

Die Schrift bietet insbesondere Rechtsextremisten eine publizistische Plattform, so z.B. dem früheren REP-Vorsitzenden Franz Schönhuber, der inzwischen regelmäßig mit einer eigenen Kolumne vertreten ist. Sie gehört zu den einflußreichsten rechtsextremistischen

Theorieorganen und propagiert neben revisionistischen vor allem rassistische Thesen:

„Die einseitige und daher unmoralische Vergangenheitsbewältigung dient dem Ziel, jedes normale Volks- und Nationalbewußtsein zu zerstören und schon die Kinder ihrem Volk zu entfremden - bis hin zum deutschen Selbsthaß. Damit wird erreicht, daß jeder Widerstand des deutschen Volkes gegen seine Auflösung in einer Vielvölkeransammlung ausgeschaltet und gebrochen werden kann. (...) Kein gesundes Europa bei einer balkanisierten Canossa-Republik in seiner Mitte!“

In der Rubrik „Aktuelles aus Multikultopia“ hieß es:

„Verrückte Welt: Während in anderen Ländern die Hürden für legale oder illegale Zuwanderer höher und höher werden, gleicht die Bundesrepublik Deutschland einem Schwamm, der Einwanderungswillige förmlich ansaugt.“

Geplante Grenzschutzmaßnahmen gegen eine illegale Zuwanderung aus Osteuropa seien wenig erfolgversprechend,

„solange im Inland ganze Berufssparten von der Immigration leben: Asylanwälte, Lobbyisten, Sozialarbeiter, aber auch Politiker und nicht zuletzt Überzeugungstäter, für die der Ruf nach liberalen Einwanderungsgesetzen nur eine Umschreibung der Parole ‚Deutschland verrecke‘ ist.“

„Auch hierzulande stehen die Flammenzeichen des multikulturellen Desasters längst wie ein Menetekel an der Wand. Was soll man von einem Staat halten, der der förmlichen Invasion - anders kann man es nicht nennen - durch ausländische Diebes- und Verbrecherbanden beinahe hilflos zusieht?“

9. Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus

9.1 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)

Die neonazistische NSDAP-AO in den USA fordert die „Ausschaltung des jüdischen Einflusses“, die Überwindung des „Materialismus“ durch den Nationalsozialismus und die „Neugründung der NSDAP als legale Partei“. Endziel ist die „Schaffung eines nationalsozialistischen Staates“ in einem „nevereinigten Großdeutschen Reich“ und die „Errichtung einer Neuen Ordnung auf einer rassistischen Grundlage in der gesamten arischen Welt“. Die NSDAP-AO gibt große Mengen an Agitationsmaterial heraus, darunter das zweimonatlich erscheinende Publikationsorgan „NS Kampfruf“. Dieses NS-Propagandamaterial geht von der „Auslandszentrale“ in Lincoln/Nebraska den oft nur aus einer Person bestehenden Stützpunkten der NSDAP-AO im Bundesgebiet zu, denen die Weiterverbreitung im Inland obliegt. Die NSDAP-AO ist seit Mitte 1996 im Internet mit einer eigenen „homepage“ vertreten, bisher allerdings nur mit englischen Texten. Das Angebot umfaßt u.a. nationalsozialistische Kennzeichen und Textdokumente sowie Fotografien von führenden Persönlichkeiten des „Dritten Reiches“. Mit der Erweiterung des Angebots auf mehrere Sprachen soll künftig eine wesentlich größere Zahl an Interessenten weltweit angesprochen werden.

NS-Staat als Ziel



Der „Propagandaleiter“ der NSDAP-AO Gary Rex Lauck wurde am 20. März 1995 in Kopenhagen festgenommen und am 5. September 1995 an Deutschland ausgeliefert. Das Landgericht Hamburg verurteilte ihn am 22. August zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß sowie Verbreitens von Propagandamitteln und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Andere Anklagepunkte wurden wegen Verjährung fallengelassen.

Strafverfahren

Die Urteilsverkündung fand in der deutschen Neonazi-Szene kaum Resonanz. Bereits nach seiner Festnahme hatte sich gezeigt, daß Lauck nur über eine geringe Anhängerschaft in Deutschland verfügt und seine Bedeutung nicht über die eines Vertreibers von neonazistischem Propagandamaterial hinausgeht. So waren zur Prozeßeröffnung am 9. Mai trotz bundesweiter Mobilisierung nur etwa 40 rechtsextremistische Demonstranten erschienen, obwohl eine Sonderausgabe des „NS Kampfrufs“ (Nummer 116 vom März/April) zu Solidaritätsaktionen aufgerufen und für militante Aktionen geworben hatte.

9.2 Verlag Samisdat Publishers Ltd.

Inhaber des in Toronto/Kanada ansässigen Verlags ist der deutsche Staatsangehörige Ernst C. F. Zündel. Er hat internationale Kontakte und verbreitet zahlreiche Publikationen, darunter den „Germania“-Rundbrief in einer geschätzten Auflage von 50.000 Exemplaren. Die Schrift, die auch über das Internet abgerufen werden kann, enthält hauptsächlich antisemitische und revisionistische Propaganda. Die Herausgabe der im Frühjahr 1995 von dem deutschen Revisionisten Thies Christophersen übernommenen neonazistischen Publikation „Die Bauernschaft“ wurde ein Jahr später wegen finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten eingestellt.

10. Nutzung moderner Informationstechnologien durch Rechtsextremisten

Internationale Vernetzung

Die Vervollkommnung der Informationstechnik bietet auch Rechtsextremisten neue Möglichkeiten der Strukturierung und internationalen Vernetzung. Dabei kommen ihren propagandistischen Aktivitäten die weltweite Datenfreiheit und die in einzelnen Staaten jeweils unterschiedlichen Rechtsvorschriften zustatten. Die zunehmende Nutzung der für einen überregionalen Informationsaustausch geeigneten Kommunikationswege durch rechtsextremistische Gruppen zeigt, daß dieses Spektrum darin offenbar eine Chance sieht, aus seinem Ghetto an das Licht der Öffentlichkeit zu gelangen.

10.1 Internet

Das Internet ist ein weltweiter Netz- und Rechnerverbund mit derzeit über 54 Millionen Teilnehmern. Es gliedert sich in die Bereiche „world wide web“ (www), Electronic Mail (E-Mail), News-Dienst (Newsgroups), Mailing Lists und File Transfer Protocol (FTP). Der Zugang ist jedermann über sogenannte Service-Provider (gegen Gebühr tätige kommerzielle Unternehmen) möglich. Das Computernetz verfügt über keine zentrale Verwaltung und ist nicht hierarchisch konzipiert.

Da das Verbreiten extremistischen Gedankenguts über das Internet nur schwer eingedämmt werden kann, übt dieser Verbund auf deutsche Rechtsextremisten eine besondere Anziehungskraft aus. Vor allem eröffnet er ihnen ungehinderten Zugang auch zu Beiträgen

mit strafbarem Inhalt, die vielfach von ausländischen Gesinnungsgenossen eingespeichert werden.

Mit Ausnahme der DVU sind inzwischen alle bedeutenden Parteien und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums im Internet vertreten, insbesondere REP und NPD. Das breit gefächerte Angebot weist neben Informationsmaterial meist auch automatisierte Datenverbindungen („links“) untereinander auf, so daß der interessierte Benutzer so gut wie immer sein Ziel erreicht, auch wenn ihm die jeweilige „Internet-Anschrift“ nicht bekannt ist. Vermehrt werden im Internet rechtsextremistische Publikationen veröffentlicht, so z.B. die Schulungsmappe des Deutschen Kollegs (DK) und ein Einführungskurs zur „Reichsbürgerkunde“ des rechtsextremistischen Intellektuellen Dr. Reinhard Oberlercher aus Hamburg.

REP und NPD im Internet

Zusätzlich ist die NPD mit ihrer Jugendorganisation über eine eigene Domain* im Internet erreichbar. Die Seiten befinden sich noch im Aufbau; von dort gibt es Verweise auf alle anderen „homepages“ der NPD. In einer von deutschen Skinheads über einen US-Provider eingestellten „homepage“ werden die Bundesrepublik Deutschland, Ausländer und politische Gegner angegriffen und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verbreitet. Auch einige Thule-Mailboxen (vgl. Nummer 10.2 dieses Abschnitts), die wiederum „links“ zu weiteren Mailboxen des Thule-Netzes aufweisen, richteten eigene „homepages“ ein. Diese Einstellungen in das Internet sind ein weiterer Schritt zur informationellen Vernetzung der rechtsextremistischen Szene in Deutschland. Gleichzeitig wird damit auch die internationale Vernetzung ausgebaut.



Anbieter aus USA und Kanada

Zu den bekanntesten Anbietern aus dem Ausland gehören die von den USA aus tätige NSDAP-AO sowie der in Kanada ansässige Neonazi Ernst C. F. Zündel, der neben umfangreichen Text-, Ton- und Bild-dokumenten u.a. das revisionistische Buch „Der Holocaust auf dem Prüfstand“ offeriert.

* Bei einer Domain handelt es sich um eine Namensadresse im Internet, unter der mehrere „homepages“, d.h. „private Seiten“ von Teilnehmern im Internet-Bereich „world wide web“ (www), betrieben werden können.

10.2 Mailboxen

Zur Förderung ihrer informationellen Vernetzungsbestrebungen setzen Rechtsextremisten verstärkt Mailboxen und deren Zusammenschluß in Form des seit Frühjahr 1993 bestehenden Thule-Netzes ein. Nach eigenen Angaben hat das Thule-Netz als ein offenes Kommunikationsmedium kein Programm oder festgelegtes Ziel. Es versteht sich als „unabhängiger und überparteilicher Zusammenschluß von Mailboxen in Deutschland und Europa“. Ihm gehören bundesweit neun Mailboxen an, darunter in Bayern die Mailboxen Janus BBS in München und Kraftwerk BBS in Weißenbrunn sowie die im Thule-Netz führende Mailbox Widerstand BBS in Erlangen, deren Betreiber umfangreiche Kontakte zur in und ausländischen rechtsextremistischen Szene unterhält. Dem Thule-Netz sind ferner zwei Mailboxen in Norwegen und den Niederlanden angeschlossen. Bis September bestand zudem eine Mailbox in Österreich.

Thule-Netz

Im Thule-Netz gibt es unterschiedliche Kommunikationsebenen, die den Teilnehmern verschiedene Sicherheitsstufen bieten. Ein einheitliches Verschlüsselungsverfahren soll die Sicherheit von privaten Nachrichten gewährleisten.

Seit 8. Juli ist das Thule-Netz mit einer eigenen Domain im „www“ vertreten, während es bislang keine direkte Anbindung an das Internet gab. Neben umfangreichen Informationen zum Thule-Netz und dessen einzelnen Mailboxen werden u.a. Ausführungen über die Nutzung der Verschlüsselungssoftware „Pretty Good Privacy“ (PGP) angeboten. Automatisierte Weiterleitungen zu weiteren Datenfundstellen („links“) knüpfen Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Projekten. Die über einen außerhalb Deutschlands tätigen Provider eingerichtete Domain wird von dem Betreiber der Mailbox Janus BBS unter dem Pseudonym „Thorin Eichenschild“ betreut.

Verschlüsselung

10.3 Nationale Info-Telefone (NIT)

In Bayern weist das NIT Franken einen rechtsextremistischen Hintergrund auf. Das NIT Schwaben hat im Januar seinen Betrieb eingestellt.

Das NIT Franken rief alle „aktionswilligen nationalen Bürger“ zur „Rudolf-Heß-Aktion 1996“ auf. Die Kampagne stand unter dem Motto „Demokratie und Freiheit schützen - Grundrechte verteidigen“.

gen“. Desgleichen wurde Propagandamaterial der JN zur „Rudolf-Heß-Aktionswoche“ unter dem Motto „Versammlungsfreiheit statt Verbote“ angeboten.

10.4 Strafverfahren

Die Staatsanwaltschaft Mannheim leitete gegen mehrere Internet-Provider ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung ein. Sie werden beschuldigt, ihren Kunden den Zugang zu revisionistischen Texten im Internet zu ermöglichen, die dort u.a. von dem in Kanada lebenden deutschen Neonazi Zündel angeboten werden.

Das Amtsgericht Schwetzingen/Baden-Württemberg verurteilte am 8. Februar den Betreiber der im Thule-Netz eingebundenen Mailbox Elias BBS wegen Beihilfe zur Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten auf Bewährung und zu einer Geldbuße von 2.700 DM. Ein Nutzer hatte in der Mailbox einen volksverhetzenden Text mit der Überschrift „Zentralrat der Neandertaler“ eingestellt. Da dieser Text jedem Nutzer zugänglich war, wurde der Angeklagte der Verletzung seiner Sorgfaltspflicht für schuldig befunden; er habe es nämlich versäumt, ankommende Nachrichten auf ihren Inhalt hin zu prüfen und erforderlichenfalls zu löschen. Durch dieses rechtskräftige Urteil wird, soweit bekannt, erstmals die Verantwortlichkeit eines Mailbox-Betreibers für den jedem User (Nutzer) zugänglichen Inhalt der Mailbox festgestellt.

Das Amtsgericht Bamberg verhängte am 22. Mai gegen die Betreiberin des NIT Franken wegen Verunglimpfung des Staates eine Geldstrafe von 750 DM. Die Angeklagte hatte in einer Ansage vom Juni 1995 die Bundesrepublik Deutschland als eine „primitive Gesinnungsdiktatur“ bezeichnet.

*Verurteilung
in Bayern*

10.5 Ausblick

Das Internet, speziell das „www“, wird voraussichtlich in Zukunft noch vielseitiger von Rechtsextremisten genutzt werden, da auf technisch einfache, schnelle und preiswerte Art und Weise Informationen an ein potientes Publikum weitergegeben werden können.

Das Internet ist völlig unabhängig von Staatsgrenzen. In verschiedenen Ländern gibt es höchst unterschiedliche Meinungen zu juristi-

*Keine Unterbin-
dungsmöglichkeit*

schen Fragen. Durch Selbstkontrolle der Anbieter läßt sich die Verbreitung extremistischer Inhalte nur bedingt einschränken. Selbst wenn deutsche Provider und Onlinedienste den unmittelbaren Zugriff ihrer Kunden auf bestimmte Seiten sperren, wird jedem Internet-Nutzer der mittelbare Zugang über die vielen ausländischen Provider möglich bleiben. Gerade US-Provider sehen keinen Anlaß, auf die bei ihnen abgelegten Seiten Einfluß zu nehmen. Da weder in den USA und Kanada noch in den meisten skandinavischen Ländern Gesetze gegen Volksverhetzung existieren, fließt die rechtsextremistische Propaganda ungehindert bis nach Deutschland. Begrenzt werden könnte dies nur durch internationale Vereinbarungen.

11. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1996 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
1. Parteien einschließlich integrierter Vereinigungen			
Die Republikaner (REP) 26.11.1983, Berlin	4.000	15.000	Der Republikaner monatlich, 22.000
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 28.11.1964, Stuttgart	650	3.500	Deutsche Stimme monatlich, 35.000 Bayern-Stimme unregelmäßig, 1.500
Junge Nationaldemokraten (JN) 1969, Stade	55	200	Einheit und Kampf unregelmäßig, 2.800 Der Aktivist unregelmäßig, 1.000
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 1967, Nürnberg	Funktionärsgruppe		Vorderste Front jährlich, 1.000
Deutsche Volksunion (DVU) 05.03.1987, München	1.800	15.000	(Publizistische Sprachrohre: siehe DSZ-Verlag)
Deutsche Volksunion e.V. einschließlich Aktionsgemeinschaften 16.01.1971, München			(siehe DVU)
2. Neonazistische Organisationen			
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 02.07.1979, Frankfurt am Main	70	300	Nachrichten der HNG monatlich, 450
Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) 01.04.1983, Kaufbeuren	Funktionärsgruppe		Recht und Wahrheit zweimonatlich, 2.000
Kameradschaft Franken Nürnberg	20		
Bund Frankenland Dezember 1991, Würzburg	Funktionärsgruppe		
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 1972, Lincoln/USA, Stützpunkte im Bundesgebiet			NS Kampfruf unregelmäßig, 2.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1996 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
--	--------------------------------	-------------	--

3. Sonstige Organisationen

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) 03.10.1991, Berlin	120	700	(Publizistisches Sprachrohr: siehe Nation Europa Ver- lag GmbH)
Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) 1960, München	40	400	Das Freie Forum vierteljährlich, 1.000
Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. Februar 1982, Starnberg	30	280	Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht zweimonatlich, 4.000
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV) September 1981, München		300	
Deutsches Kolleg (DK) 1994, Berlin		Funktionärsgruppe	

4. Verlage

Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)			Deutsche National-Zeitung (DNZ), wöchentlich, 35.000 Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ), wöchentlich, 21.000
Nation Europa Verlag GmbH 1953, Coburg			Nation und Europa - Deutsche Monatshefte monatlich, 15.000
Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG 1949, Pähl			Mensch und Maß zweimal monatlich, 2.000
Denk mit!-Verlag Nürnberg			Denk mit! unregelmäßig, 1.000
Odal-Verlag Rodach b. Coburg			Der Scheinwerfer monatlich, 7.000
VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH Berg			Deutsche Geschichte zweimonatlich, 10.000
Castel del Monte Verlag München			Staatsbriefe monatlich, 800

2. Abschnitt

Linksextremismus

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Linksextremismus

Das ideologische Spektrum der Linksextremisten reicht von Anhängern des „wissenschaftlichen Sozialismus/Kommunismus“ in seiner klassischen Form über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichen diffusen Konzeptionen bis hin zu Anarchisten. Theoretische Grundlagen bilden im wesentlichen die Werke von Marx und Lenin, aber auch Trotzki, Stalin, Mao Tse-tung und andere. Die Bestrebungen der Linksextremisten sind darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen und durch eine ihren ideologischen Vorstellungen entsprechende Ordnung zu ersetzen. Diese Bestrebungen sind verfassungsfeindlich, weil die Ziele und die Mittel, mit denen sie erreicht werden sollen, gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen.

*Ideologisches
Spektrum*

So erstreben Linksextremisten, auch wenn sie es häufig nicht offen aussprechen,

*Ziele der Links-
extremisten*

- die „sozialistische“ Revolution,
- Klassenkampf und Klassenherrschaft,
- die Diktatur des Proletariats.

Diese Ziele verstoßen vor allem gegen das Mehrheits- und das Freiheitsprinzip sowie gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Eine Reihe von linksextremistischen Gruppierungen bekennt offen, daß ihre Ziele nur unter Anwendung von Gewalt zu erreichen sind. Teilweise verüben sie Gewalttaten oder arbeiten zur Erreichung ihrer Ziele mit Gewalttätern zusammen. Dies verstößt gegen den Grundsatz des Ausschlusses jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und verletzt, wenn sich die Gewalt gegen Personen richtet, das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

*Anwendung
von Gewalt*

*Nachlassende
Abwehrbereit-
schaft unserer
Demokratie
gegenüber
Linksextremisten*

Durch geschickte Wahl ihrer Aktionsfelder und Themen versuchen Linksextremisten, ihre wahren Ziele zu verschleiern. Beispiele hierfür sind der sogenannte Antifaschismus und die Antikernkraftbewegung. Durch gewandte Agitation ist es Linksextremisten teilweise gelungen, den bisherigen Konsens aller Demokraten in der Ablehnung jedweden politischen Extremismus zu durchbrechen. Indizien für eine Aufweichung dieser klaren Grenzziehung sind öffentliche Diskussionen über eine mögliche Beteiligung von Linksextremisten an Koalitionsregierungen und das Zusammenwirken demokratischer Gruppierungen mit Linksextremisten bei einzelnen Protestthemen wie z.B. in der Antikernkraftbewegung. Linksextremistische Positionen werden dadurch nicht als solche erkannt. Dies schwächt die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie gegenüber linksextremistischen Entwicklungen.

*Mailboxen und
Internet*

Für ihre Agitation verwenden Linksextremisten seit mehreren Jahren - in letzter Zeit verstärkt - die modernen Kommunikationsmöglichkeiten wie Mailboxen, das Mailbox-System „Spinnennetz“ und das internationale Informationssystem Internet.

1.2 Entwicklung in Bayern

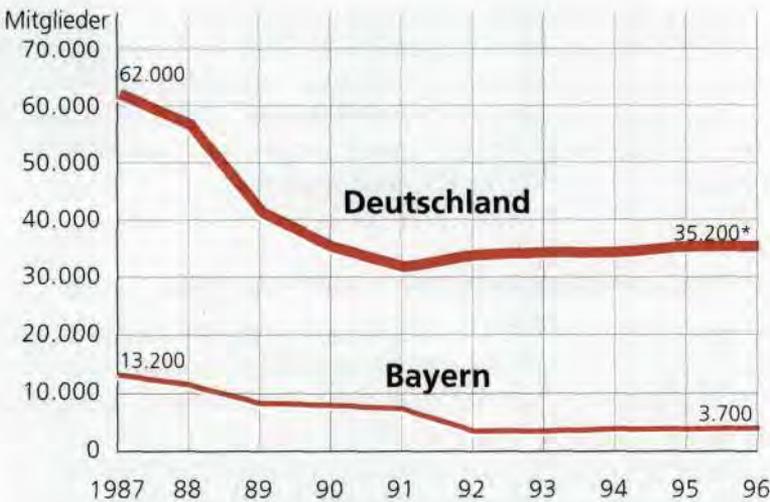
*Leichte Mitglieder-
zunahme*

Die Zahl der linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Parteien und Gruppierungen ist konstant geblieben, die Gesamtzahl der Mitglieder hat im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen. Die Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Bayern (PDS LV Bayern) konnte ihre Mitgliederzahl halten. Sie ist in Bayern wie auch in anderen westlichen Bundesländern ein Sammelbecken für Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten. Die Mitgliederzahl der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) blieb gleich. Zurückgegangen ist die Zahl der Anhänger autonomer Gruppen, die aber dennoch eine der bedeutendsten und gewalttätigsten Strömungen des Linksextremismus darstellen. Sie werden von anderen linksextremistischen Gruppen wie der PDS zunehmend als Partner für Aktionen akzeptiert.

Zentrale Agitationsthemen der Linksextremisten waren Neozionismus/Faschismus, Asyl- und Abschiebeproblematik, Rassismus, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Transport von abgebrannten Brennelementen aus Kernkraftwerken in Castor-Behältern. Vor allem gewaltbereite Autonome versuchten Einfluß in der Antikernkraftbewegung zu gewinnen. Der Kampf gegen die vermeintlichen

Zahl und Mitgliederstärke linksextremistischer Organisationen

	1994	1995	1996
Anzahl der Organisationen	42	42	42
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Kernorganisationen	2.180	2.150	2.150
Nebenorganisationen	80	110	110
beeinflusste Organisationen	830	830	920
Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre			
	550	550	520
Linksextremisten insgesamt	3.640	3.640	3.700



* Die Kurve für die bundesweite Entwicklung beruht auf Zahlen des Bundesamts für Verfassungsschutz, das von den Mitgliedern der PDS nur die der Kommunistischen Plattform (KPF) erfaßt. Die Zahlen für 1996: PDS Deutschland insgesamt 107.000, davon KPF 5.000

Gefahren der friedlichen Nutzung der Kernenergie dient den Autonomen als Vorwand für ihren Kampf gegen den Staat und für ihre Gewaltaktionen.

Die Entwicklung der Zahl linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen. Erkannte Mehrfachmitgliedschaften werden jeweils nur bei einer Organisation erfaßt.

2. Marxisten - Leninisten und andere revolutionäre Marxisten

2.1 Überblick

Versuch der Bündelung extremistischer Kräfte

Durch massive Kritik an den herrschenden Verhältnissen und Forderung nach „Fundamentalopposition“ versuchten marxistisch-leninistisch ausgerichtete Organisationen und andere revolutionäre Marxisten, ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näherzukommen. Dabei gelang es nur begrenzt, die unterschiedlichen Ideologien und Strömungen zu bündeln. Die PDS, die nach dem Zusammenbruch des SED-Unrechtsregimes einen neuen Weg des „demokratischen Sozialismus“ beschreiten will, versucht, Linksextremisten sämtlicher Couleur von Radikalsozialisten bis zu sogenannten Basisdemokraten aus dem ökologischen Bereich zu integrieren. Auch wenn sie es nicht offen aussprechen, bekennen sich die Marxisten-Leninisten und die anderen revolutionären Marxisten zum Marxismus-Leninismus, zu Klassenkampf und Klassenherrschaft. Sie halten damit an ihren verfassungsfeindlichen Zielsetzungen der „sozialistischen“ Revolution und der Diktatur des Proletariats fest.

Revolution und Diktatur des Proletariats

2.2 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Umbenannte SED

Die ehemals in der DDR herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hat sich nach der friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch ihres Unrechtsregimes nicht aufgelöst. Sie beschloß auf ihrem Sonderparteitag am 16./17. Dezember 1989 in Berlin-Weißensee, sich in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)“ umzubenennen. Auf einer Tagung des Parteivorstands der SED-PDS am 4. Februar 1990 wurde der Parteiname endgültig in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) geändert. Der 1. Parteitag der PDS am 24./25. Februar 1990 bestätigte die Namensänderung.

2.2.1 Ideologische Ausrichtung

Die PDS versteht sich als linke „Strömungspartei“ für sozialistische Gruppen und Personen, denen Kritik und Ablehnung der bestehenden politischen und ökonomischen Verhältnisse gemein sind. Das auf der 1. Tagung des 3. Parteitags der PDS vom 29. bis 31. Januar 1993 in Berlin beschlossene und bis heute gültige Parteiprogramm erklärt hierzu, die PDS sei ein Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte, die - bei allen Meinungsverschiedenheiten - darin übereinstimmen, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden müsse. Im Programm heißt es weiter:

*Gegen
Kapitalismus*

„In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden. Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend.“

Außerparlamentarischer Kampf

Die Beseitigung des Kapitalismus, die Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems und damit der Demokratie im Sinn unseres Grundgesetzes sowie die Errichtung einer neuen „sozialistischen Gesellschaft“ gehören somit, auch wenn die Revolutionsrhetorik des Marxismus-Leninismus vermieden wird, zu den Zielen der Partei. Im Parteiprogramm erklärt die PDS:

„Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens.“

Das Bekenntnis der Partei zum außerparlamentarischen Kampf und zum Widerstand gegen die „Herrschenden“ und „gegebenen Verhältnisse“ ist mit der Grundidee der parlamentarischen repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes unvereinbar.

Die PDS vertritt einen konsequenten Internationalismus und ist dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der revolutionären und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und „demokratischen“ Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet.

*Bekenntnis zu
Marx und Engels*

Die PDS bekennt sich zur Herkunft aus der marxistisch-leninistischen Staatspartei SED. Auf der 1. Tagung des 4. Parteitags der PDS vom 27. bis 29. Januar 1995 in Berlin erklärte der Parteivorsitzende

Prof. Dr. Lothar Bisky der PDS-Mitgliederzeitschrift „DISPUT“ Nummern 3-4/1995, 1./2. Februarheft, zufolge:

„Die PDS hat eine lange Vergangenheit von 43 Jahren SED, die sie nicht leugnet, die sie nicht loswerden wird und nicht loslassen will. Sie hat Wurzeln in der KPD und in der SPD und die eine oder andere in weiteren Bewegungen. (...) Viele (Parteimitglieder) sind über Jahrzehnte durch die SED geprägt worden. Und ich sage ihnen, daß wir sie mit ihren Erfahrungen akzeptieren und brauchen.“

Die Berufung auf Marx und Engels, die historische Entwicklung der Partei sowie die politische Herkunft ihrer Mitglieder aus kommunistischen Organisationen müssen auch bei der Auslegung ihrer programmatischen Äußerungen berücksichtigt werden. Die PDS verwendet Begriffe wie Demokratie und Menschenrechte, die sie auch schon als SED gebraucht hat. Die Realität der DDR bewies jedoch, daß diese Begriffe dort anders, nämlich freiheits- und demokratiefeindlich, definiert waren. Ursache für die andere Interpretation politischer Begriffe ist deren bewußte Umwidmung im Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus, in dessen Denkschule die Masse der Mitglieder der PDS erzogen wurde. Deshalb besitzen die in ihrer Programmatik verwendeten Begriffe für den unvoreingenommenen Beobachter eine schwer einschätzbare Doppeldeutigkeit.

Umwidmung
von Begriffen

In den programmatischen Äußerungen der PDS fällt die Kritik an den früheren kommunistischen Zwangssystemen Mittel- und Osteuropas sowie der DDR zurückhaltend aus. Die bolschewistische Oktoberrevolution von 1917 und die mit ihr verbundenen globalen politischen Umwälzungen bewertet das Parteiprogramm positiv:

„Dem welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 verdankt die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert.“

Die Kritik am „realen Sozialismus“ reduziert sich auf eine Verurteilung stalinistischer Herrschaftspraktiken. Entsprechend milde wird auch die Errichtung der SED-Diktatur in der ehemaligen DDR beurteilt. Das Parteiprogramm führt dazu aus:

„Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und dis-

kreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der werktätigen Bevölkerung, um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden. Es gab jedoch auch Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen.“

Das Parteiprogramm widmet der Rechtfertigung des „Sozialismusversuchs“ in der DDR und den übrigen osteuropäischen Staaten breiten Raum. Folgende Passagen sprechen für sich: *Rechtfertigung des DDR-Regimes*

„Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung.“

„Der Sozialismus in Osteuropa und in der DDR war nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt. Sein Zusammenbruch war eine notwendige Folge seiner zunehmenden Unfähigkeit, das Eigentum an den Produktionsmitteln in einer für die Produzenten spürbaren Weise zu vergesellschaften.“

Weiter heißt es:

„Unsere heutige Kritik am sozialistischen Versuch läuft weder auf Abwertung der vergangenen gesellschaftlichen Verhältnisse noch auf Ablehnung oder auf Nichtachtung des persönlichen Einsatzes von Frauen, Männern und Jugendlichen hinaus. Für die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Deutschlands wie auch für die Politik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten in diesem Land ist es ebenso notwendig, sich mit den Defiziten der DDR-Gesellschaft auseinanderzusetzen, wie die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden zu verteidigen.“

Ein Vergleich mit der Gründungserklärung der SED „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ vom 21./22. April 1946 (Protokoll des Vereinigungsparteitags, Berlin 1946, Seite 172 ff.) weist verblüffende Parallelen in der Diktion auf.

Zur weiteren programmatischen Orientierung verabschiedete der Parteivorstand der PDS am 28. November 1994 „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“, die eine noch anhaltende Ideologiedebatte entfacht haben. Auf der 1. Tagung des 4. Parteitags der PDS vom 27. bis 29. Januar 1995 in Berlin wurden diese Thesen zur weiteren Diskussion an die Basisorganisationen der Partei überwiesen. Anstelle dieser Thesen verabschiedete der Parteitag, der die ablehnende Haltung *„10 Thesen“*

gegenüber der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland bestätigte, das von Prof. Dr. Lothar Bisky, Dr. Gregor Gysi und Dr. Hans Modrow verfaßte Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel“.

Fünf-Punkte-Papier Das Fünf-Punkte-Papier steht in Kontinuität zum Parteiprogramm und hält am Anspruch grundlegender Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung fest. Der „sozialistische Charakter der PDS“ wird hervorgehoben:

„Er resultiert aus unserer Überzeugung, daß die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen die großen Menschheitsfragen nicht nur nicht gerecht, sondern gar nicht lösen können.“

Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung Das Papier dokumentiert auch die ablehnende Haltung der PDS gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wenn festgestellt wird

„(...), daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht.“

Weiter heißt es im beschlossenen Fünf-Punkte-Papier:

„Einig sind wir uns dahingehend, daß die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.“

esthalten am Kommunismus *„Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.“*

Die Begriffe „Demokratie“ und „Kommunismus“ schließen sich gegenseitig aus. Deshalb ist die Verwendung des Begriffspaares „demokratisch-kommunistisch“ ein Beispiel dafür, daß die PDS Demokratie nicht im Sinn des Grundgesetzes versteht.

Magdeburger parteitag Die 2. Tagung des 4. Parteitags der PDS am 27. und 28. Januar in Magdeburg verlief ohne große innerparteiliche Auseinandersetzungen. Der Parteiführung gelang es weitgehend, Richtungskämpfe zu vermeiden. Kontroverse Diskussionen blieben ohne praktische Auswirkungen auf den Kurs der Partei. An der Tagung nahmen 397 Delegierte teil. Der Landesverband Bayern der PDS war mit vier Delegierten und sechs Gastdelegierten vertreten. Das freundschaftliche

Verhältnis zu ausländischen kommunistischen Parteien unterstrichen etwa 40 erschienene Gastdelegationen. Unter den Gästen aus dem Inland befanden sich Delegationen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (AB). Der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky unterstrich dort die PDS-Position, daß die Probleme dieser Republik „system- und strukturbedingt“ seien und daß „umfassende Reformen“, welche die PDS für unausweichlich halte, immer auch „radikale Umbrüche“ seien. Die PDS wünsche eine „andere Republik“.



Der vom Parteivorstand der PDS vorgelegte Leitantrag „Veränderung von unten. Sozial und solidarisch, demokratisch und antimilitaristisch. Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998.“ wurde ebenso beschlossen wie der vom Parteivorstand und der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit vorgelegte Leitantrag „Kommunen stärken - Gesellschaft von unten verändern“. Ein zum letztgenannten Leitantrag angenommener Änderungsantrag der AG Junge GenossInnen bestätigte den Eindruck, daß die PDS bereit ist, bei der Durchsetzung ihrer Ziele „bewußte Regelverletzungen“ in Kauf zu nehmen. Im Parteitagsbeschluß - abgedruckt in der PDS-Mitgliederzeitschrift „DISPUT“ Nummer 2/1996 - heißt es:

Leitanträge

„Das (gemeint ist die Kommunalpolitik der PDS) setzt auch voraus, die bestehenden juristischen und finanziellen Spielräume auszuloten und zu nutzen und vermeintliche Sachzwänge aufzuheben. Dazu gehört gegebenenfalls die Zivilcourage zur bewußten Regelverletzung oder zum Rücktritt von Ämtern, in denen sich PDS-Politik nicht vertreten läßt. Das Handeln in vorhandenen Spielräumen muß damit einhergehen, ihre Grenzen aufzuzeigen und anzugreifen.“

Bewußte Regelverletzungen zur Durchsetzung der Ziele

Aus dem auf dem Magdeburger Parteitag beschlossenen Papier geht hervor, daß die PDS die Beseitigung des Kapitalismus, die Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems und die Errichtung einer neuen sozialistisch-kommunistisch orientierten Gesellschaft national wie auch international anstrebt. Die Partei verfolgt

das programmatische Ziel, das parlamentarische System mit Hilfe von anderen linksextremistischen Kräften aufzuweichen und von innen heraus zu zerstören.

Nach dem Parteitag erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Gehrcke in der Tageszeitung „junge Welt“ vom 29. Januar:

*Kampfansagen
an die jetzige
Verfaßtheit der
Republik*

„Ich finde, in fast allen Punkten sind die Positionen der PDS tatsächlich Kampfansagen an die jetzige Verfaßtheit“ der Republik. (...) „Eine Summe dieser tiefgehenden Reformen kann den Gehalt einer Gesellschaft so verändern, daß eine neue Qualität entsteht.“

Angela Marquardt, stellvertretende Parteivorsitzende der PDS bis zur 1. Tagung des 5. Parteitags im Januar 1997 und führende Vertreterin der AG Junge GenossInnen - ein politisches Ziehkind von Dr. Modrow und Dr. Gysi -, betonte der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 30. Januar zufolge:

„Die PDS ist für mich die einzige Partei, die in der Lage ist, sich dem Abbau von Errungenschaften der sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre in seiner ganzen Breite zu stellen. Weil sie eben eine sozialistische Partei ist. Eine Kraft also, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, an jeder erdenklichen Stelle zuerst die Systemfrage zu stellen. (...) Für mich aber fängt die Mitte der Gesellschaft auf der Straße an, nicht in den Fraktionsbüros und schon gar nicht in einer Staatskanzlei. Ich wünsche mir deshalb eine Partei, die nicht nach parlamentarischen Mehrheiten für die Machtbeteiligung, sondern nach gesellschaftlichen Mehrheiten für Veränderungen sucht.“

Dr. Gregor Gysi äußerte sich in der PDS-Mitgliederzeitschrift „DISPUT“ Nummer 2/1996 wie folgt:

„Für mich ist parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit kein Gegensatz. Im Gegenteil, wer die außerparlamentarische Arbeit vernachlässigt, wird keine wirksame parlamentarische leisten können. Wer aber leichtfertig auf parlamentarische Arbeit verzichtet, wird wiederum in seiner außerparlamentarischen Arbeit völlig unnötig an Wirksamkeit verlieren. Wer außerparlamentarische Arbeit ablehnt, lehnt 99% unserer Bevölkerung ab, die nämlich nicht in Parlamenten organisiert ist.“

In dem von Mitgliedern der AG Junge GenossInnen um Angela Marquardt verfaßten Grundsatzpapier - veröffentlicht im PDS-Presse-dienst Nummer 13 vom 29. März und Nummer 14 vom 4. April -, das auf dem Bundeskongreß der AG Junge GenossInnen am 16. und

17. März in Bielefeld vorgelegt wurde und Grundlage der weiteren Diskussion der AG sein soll, werden „radikale Veränderungen“ des „Herrschafts- und Machtsystems“ gefordert:

*Für radikale
Veränderungen*

„Aufgabe der PDS muß es sein, mit ihrer praktischen Politik zur Herausbildung einer linken Gegenmacht/linken Hegemonie beizutragen. (...) Schon um ihres Überlebens willen muß die PDS gesellschaftliche Opposition bleiben. Dies heißt, sich im Widerspruch zur existierenden Gesellschaft zu sehen, grundlegende Kritik am Herrschafts- und Machtsystem mit praktischen Alternativen zu verbinden, Mißstände öffentlich zu machen und sich in der Ausübung von Politik vom oppositionellen Programm und der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft leiten zu lassen. (...) Ein etatistischer (staatsfixierter, die Rolle des Staates bei Gesellschaftsveränderungen überbetonender) Ansatz steht in der Tradition des gescheiterten Sozialismusversuchs und verkennt die Möglichkeiten der politischen Einflußnahme aus der parlamentarischen Oppositionsrolle heraus, konterkariert unseren Ansatz, ein originärer Partner der linken außerparlamentarischen Opposition zu sein.“

In einer aktuellen Stunde des Deutschen Bundestags am 17. April hat die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter ihre Unterschrift unter einen Aufruf zu gewaltsamen Protestformen am Kernkraftwerk Gundremmingen verteidigt. Die Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 18. April berichtete dazu:

*Aufruf zu
gewaltsamen
Protestformen*

„Frau Bulling-Schröter verteidigte ihre Unterschrift. Mahnwachen hätten bis jetzt nicht zum Erfolg geführt. Deshalb sollen mit ‚handwerklichen Mitteln‘ absolut gewaltfrei Schienen demontiert werden, um auf die aktuellen Gefahren hinzuweisen, die vom AKW ausgehen‘. Das sei ein symbolischer Akt. Niemand werde auch nur eine Schraube lockern, wenn dadurch Menschen in Gefahr gebracht würden. Ziviler Ungehorsam habe in der Bundesrepublik Tradition. Es stelle sich die Frage, ob nicht das Grundrecht auf Leben ein höheres Motiv sei als etwa das Hausrecht eines Atomkraftwerkes.“

Diese Äußerungen zeigen Parallelen zu Aussagen führender Vertreter der AG Junge Genossinnen, die sich zu „unkonventionellen Methoden zivilen Ungehorsams“ und zu „Normübertretungen“ bekennen.

Unter dem Titel „Ausrangiert“ war in einer Anzeige in der Tageszeitung „taz“ vom 12. April für den 28. April dazu aufgerufen worden, „gemeinsam die Schienen vor dem AKW ... gewaltfrei und festlich zu demontieren“. Der Aufruf wurde initiiert von einer „Mahnwache

Gundremmingen“. Die „Mahnwache“ bezeichnete sich Ende Oktober 1995 in einem ähnlichen „Aufruf zur Schienendemontage“ für den 12. November 1995 als eine „gewaltfreie Aktionsgruppe“, die seit fünf Jahren „Widerstandsaktionen“ durchführe, egal ob der Staat sie genehmige, toleriere oder verbiete. Zu den Unterzeichnern gehörte damals auch der PDS-Bundestagsabgeordnete Rolf Köhne - er ist Mitglied der KPF -, der bei der Aktion am 12. November 1995 vorübergehend in Gewahrsam genommen worden war, weil er sich am Gleiskörper zu schaffen gemacht hatte.

Der Deutsche Bundestag hat die Immunität der PDS-Bundestagsabgeordneten Eva-Maria Bulling-Schröter und Rolf Köhne zwischenzeitlich aufgehoben, um Strafverfahren gegen beide zu ermöglichen.

Bekräftigung der Notwendigkeit einer „Systemüberwindung“

Die bis Januar 1997 amtierende stellvertretende Parteivorsitzende Angela Marquardt hat in einer Rede zur Eröffnung der „Volksuni“ in Berlin am 24. Mai die Notwendigkeit einer „Systemüberwindung“ bekräftigt und die Politik der militanten Autonomen Antifa (M) in Göttingen als Beispiel eines anderen Politikstils gepriesen. Der PDS-Pressedienst Nummer 23 vom 7. Juni dokumentiert die Ansprache, in der sie u.a. erklärte, die PDS brauche

„den Gedanken von Systemüberwindung, auch wenn einige von uns nur das System verbessern wollen. (...) Es gibt Ideen, es gibt Vorstellungen, gelebte und versuchte Ansätze. Es gibt einfach eine andere Politik, eine Politik jenseits der Parteienlogik, jenseits von Machtgewinn und Machterhalt ... (...) Ein Beispiel ist die Antifa (M) in Göttingen.“ Ihr Stil *„zeichnete sich durch Basisnähe und Problembewußtsein, durch Transparenz und Offenheit aus ... und erreichte, daß Neofaschisten im Raum Göttingen jede Basis verloren.“*

Wahlkampfpapier



In einem vom Parteivorstand der PDS am 10. Juni beschlossenen Wahlkampfpapier „Grundsätze und Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/99“ - veröffentlicht in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 12. Juni und im PDS-Pressedienst Nummer 24 vom 14. Juni - heißt es zu Strategie und Taktik der Partei in den nächsten Jahren:

„Die Bundesrepublik benötigt mehr denn je eine sozialistische Partei, die fähig und bereit ist, ihre politische Kraft und ihre geistige Kultur in die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften und sozialen Bewegungen zur Überwindung der konservativen Hegemonie, für eine demokrati-

sche und sozial gerechte Republik einzubringen. (...) Die Ostdeutschen müssen ihr Problembewußtsein aus den Erfahrungen mit zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen offensiv in die Veränderung der BRD einbringen. (...) Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation des Tolerierens einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, wird von der PDS - soweit es von ihr abhängt - je nach Zeit und Situation danach entschieden, wie ein Höchstmaß an gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne der politischen Zielstellung der PDS erreicht werden kann.“

In einem Interview mit der Illustrierten „Stern“ (Nummer 32 vom 1. August) warf Dr. André Brie, Mitglied des Parteivorstands, Wahlkampfleiter und Vorsitzender der PDS-Grundsatzkommission, der PDS vor, noch kein „positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz“ gefunden zu haben. Dr. Brie mahnte dringend eine Klärung des Verhältnisses zu allen poststalinistischen Kräften, insbesondere der Kommunistischen Plattform (KPF) - vgl. auch Nummer 2.2.3.1 dieses Abschnitts -, an. Die Partei habe nur dann eine Perspektive, wenn sie die Auseinandersetzung mit den Poststalinisten jetzt führe. Parteiausschlüsse halte er für unrealistisch. Die PDS müsse - so der strategische Kopf der Partei, der zu DDR-Zeiten für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet hatte - für „Poststalinisten unerträglich gemacht werden“.

*Verhältnis zu
Poststalinisten*

Die von Dr. Brie in dem Interview vertretene Position löste eine heftige Diskussion über die Haltung der Partei zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung aus. Auf vorsichtige Distanz zu Dr. Brie ging der PDS-Vorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky. In einem Interview mit der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 3./4. August sprach er davon, daß er die Formulierung von Dr. Brie „eher als einen Anstoß zur Diskussion, vielleicht auch als Provokation“ verstehe. Für den Parteivorsitzenden stelle die KPF keine Gefahr für die PDS dar; die KPF bewege „sich nach wie vor auf dem Boden von Programm und Statut der PDS“. Er sehe eher „die Gefahr, daß mit der KPF eine Gruppe pauschal ausgegrenzt werden soll“.

*Anhaltende
parteiinterne Aus-
einandersetzung*

Nach Berichten der Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ vom 13. August wies der Parteivorstand der PDS auf seiner Sitzung am Tage zuvor die Äußerungen von Dr. Brie, „die das Verhältnis der PDS zum Grundgesetz der Bundesrepublik und zur parlamentarischen Demokratie sowie die Etikettierung von Mitgliedern der PDS betreffen“ (gemeint ist die von Dr. Brie auf Teile der Partei

gemünzte Bezeichnung „Poststalinisten“) in einer kurzen Erklärung scharf zurück. Der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Gehrcke kritisierte - den Berichten zufolge - insbesondere die Stigmatisierung von Teilen der Basis als „Poststalinisten“ mit der Aussage: „Post-, also Nachstalinisten, sind wir fast alle. Schließlich kämen fast alle Vorstandsmitglieder aus ‚stalinistisch geprägten Parteien‘.“ Der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky betonte, die Vorstandserklärung solle der besorgten Basis deutlich machen, daß „kein neuer Kurs“ im Umgang mit bestimmten Mitgliedern der Partei eingeschlagen worden sei.

Mit der elfseitigen Erklärung „Zur gegenwärtigen Diskussion in unserer Partei“ - auszugsweise veröffentlicht in den Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ vom 22. August - griff der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, in die innerparteiliche Kontroverse um das Verhältnis der PDS zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Frage möglicher Regierungsbeteiligungen ein. Er führte dazu aus:

„Unsere berechnigte, antikapitalistische Haltung, das heißt unsere grundlegende Kritik an der Gesellschaft der BRD, ist nur in dem Maße glaubwürdig und überzeugend, wie sie einhergeht mit der Kritik an der realen Deformation und damit am administrativen, zentralistischen, undemokratischen und antiemanzipatorischen Charakter des sozialistischen Versuchs in Osteuropa, ... (...) Die differenzierte Auseinandersetzung mit restaurativen Tendenzen in unserer Partei halte ich also für erforderlich, aus Gründen der Selbstachtung, der Glaubwürdigkeit und für die Zukunft unserer Partei. Da wir die Hegemonie der Konservativen in Geist und Tat nicht allein brechen, die eingeleitete reaktionäre Entwicklung nicht allein stoppen und positive gesellschaftliche Veränderungen nicht allein erreichen können, werden wir zur außerparlamentarischen und parlamentarischen Zusammenarbeit bereit sein müssen, mit Gewerkschaften, Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchen, anderen Parteien. Diese Zusammenarbeit kann in verschiedenen Formen verlaufen, je nach Bedingungen und Kräfteverhältnissen parlamentarisch auch in der Form der Tolerierung von Minderheitsregierungen und gegebenenfalls sogar in Form von Koalitionen.“

Führende KPF-Funktionäre, darunter Ellen Brombacher, Dr. Heinz Mahron, Sahra Wagenknecht und Prof. Dr. Michael Benjamin, griffen mit einer in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 17. September auszugsweise veröffentlichten Erklärung in die innerparteiliche Kontroverse um den politischen Standort der PDS ein. Sie verwiesen

*Erneuerung der
Gesellschaft*

*Erklärung
Führender
KPF-Funktionäre*

auf den Beschluß des letzten PDS-Parteitags zur Kommunalpolitik, in dem es heiße, das Handeln in vorhandenen Spielräumen müsse damit einhergehen, deren Grenzen aufzuzeigen und anzugreifen. Sie - die KPF - wehre sich dagegen, den gesamten sozialistischen Versuch für „stalinistisch“ zu erklären. Die PDS könne nur existieren, wenn „ihre historisch gewachsene Besonderheit des Miteinanders von Sozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten“ erhalten werde. Die Kontroverse steht in einem untrennbaren Zusammenhang mit einer wichtigen Statutendiskussion in der Partei. Nach dem geltenden Statut haben die Mitglieder der PDS das Recht, auf der Basis sozialer Interessen, bestimmter politischer Themen- und Tätigkeitsfelder oder Weltanschauungen Zusammenschlüsse innerhalb der Partei zu bilden. Solche Zusammenschlüsse können Delegierte zum PDS-Parteitag entsenden. ber den Delegiertenschlssel entscheidet der Parteivorstand auf entsprechenden Antrag im Einvernehmen mit dem Parteirat der PDS.

Ein am 4. Mai gemeinsam gefaßter Beschluß von Parteivorstand und Parteirat sah für den Parteitag im Jahr 1997 eine Neuregelung des Delegierungsrechts vor, wodurch sich die KPF massiv in den ihr bisher zugestandenen Rechten angegriffen fühlt. Sie fürchtet eine rigorose Beschneidung ihrer derzeitigen Position, einen Verlust an Einfluß in der PDS und eine „Ausgrenzung der Kommunisten“.

Der Parteivorstand der PDS beriet am 23. September Vorschläge zur Änderung des Parteistatuts. Gegen die geplanten Statutenänderungen, die auf dem 5. Parteitag im Januar 1997 nicht die erforderliche Mehrheit fanden, habe sich - der Tageszeitung „junge Welt“ vom 24. September zufolge - der PDS-Ehrenvorsitzende Dr. Hans Modrow ausgesprochen; sie stellten eine Gefahr für den Pluralismus in der Partei dar. Dr. Modrow habe auch den Beschluß des Parteivorstands kritisiert, wonach Mitglieder anderer Parteien nicht mehr auf PDS-Listen kandidieren dürften. Damit werde das Verhältnis zur DKP in Frage gestellt.

In einer gemeinsamen Erklärung des Bundesvorstands und der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag unter dem Titel „Ostdeutschland - Herausforderung und Chance“ - veröffentlicht im PDS-Pressedienst vom 4. Oktober - fordert die PDS, die nach ihrer Ansicht vielfältige Benachteiligung Ostdeutscher zu überwinden und für einen grundsätzlichen „Richtungswechsel“ der Politik zu kämpfen.

*Änderung des
Delegierten-
schlüssels*



*Für einen „Richtungswechsel“
in der Politik*

Die Gesellschaft der BRD - am Ende der Bonner und am Beginn der Berliner Republik - sei vielfach gespalten und befinde sich in einer tiefen politischen, ökonomischen und sozialen Krise. Die PDS streite für eine Bundesrepublik Deutschland, die „Schritt für Schritt demokratisch-sozialistische Züge“ annehme. Der PDS-Vorsitzende Prof. Dr. Bisky hatte die Bezeichnungen „Bonner Republik“ und „Berliner Republik“ bereits auf der 1. Tagung des 4. Parteitags der PDS im Januar 1995 benutzt und gesagt, die „Bonner Republik“ sei am Ende, die PDS befinde sich auf dem Weg in die „Berliner Republik“, und die könne durchaus ein völlig anderes Gesicht erhalten, als es sich die Herrschenden wünschten.

Strategie- konferenz

Am 2./3. November fand in Berlin eine Strategiekonferenz der PDS statt. In Vorbereitung des 5. Parteitags im Januar 1997 sollte - dem PDS-Pressedienst Nummer 40 vom 4. Oktober zufolge - die Konferenz die „aktuelle Debatte in der PDS stärker zusammenführen und ihre weitere Richtung“ konkretisieren. Im Mittelpunkt der Debatte standen nach einem Bericht der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 4. November das Verhältnis der PDS zur „politischen Macht“, die Bedingungen für eine mögliche Regierungsbeteiligung und die Überwindung der „konservativen Hegemonie“. In der Berichterstattung wurde einleitend darauf verwiesen, daß wichtige Entscheidungen zu den auf der Strategiekonferenz diskutierten Fragen bereits mit dem Beschluß des Parteivorstands „Grundsätze und Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/99“ vom Juni vorlägen. Der Parteivorsitzende Prof. Dr. Bisky habe auf der Konferenz gefordert, die PDS müsse dazu beitragen, daß alternative Kräfte gegen die konservative Hegemonie gebündelt und Voraussetzungen für eine Reformpolitik geschaffen würden. Er habe die Partei aufgefordert, sich nicht in programmatische Schneckenhäuser zurückzuziehen. Dr. Gysi habe ausgeführt, die Regierungskoalition könne vorzeitig abgelöst werden; an der PDS werde dies nicht scheitern. Er würde es vorziehen, daß die Partei bei entsprechenden Verhältnissen eine rot-grüne Regierung toleriere; notfalls müsse auch übers Mitregieren nachgedacht werden.

Die Diskussion um Formen der Regierungsbeteiligung unter bestimmten Bedingungen bedeutet keineswegs, daß die PDS ihr Ziel der Systemüberwindung aufgegeben hat. Der Parteivorsitzende Prof. Dr. Bisky hatte am 29. Oktober im Vorfeld der Konferenz in einem Interview der „Berliner Zeitung“ betont, Sozialismus sei Weg, Wertorientierung und Ziel der PDS, und entsprechend „radikale Veränderungen“ propagiert.

Dr. Gregor Gysi beklagte mangelnde Solidarität in seiner Partei und forderte Disziplin und Geschlossenheit. In einem Beitrag der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 26. November führte er u.a. aus:

*Dr. Gysis Kritik
an der PDS*

„Demokratie wird in unserer Partei immer häufiger mit Zufälligkeit, Unberechenbarkeit, Unzuverlässigkeit und einem hohen Grad an Disziplinlosigkeit verwechselt. (...) Auf bestimmten Ebenen unserer Partei gibt es eine zunehmende Zahl von Wichtigtuern und Selbstdarstellern, die über Kritik an mir und anderen erhoffen, sich eine eigene Medienchance zu erobern. (...) In der Bundesrepublik reifen politische Veränderungen in beachtlichen Größenordnungen heran, und die PDS hat eine reelle Chance, an Einfluß zu gewinnen. Schon wenige Jahre nach dem Scheitern der DDR wird sozialistische Politik - und dann noch in Deutschland - zunehmend akzeptiert. (...) Einige von uns glauben, der Hauptzweck der PDS sei die Verteidigung ihrer Biographien und die Fortschreibung ideologischer Formeln. (...) Im übrigen ist es zumindest eine Illusion zu hoffen, man könnte so werden wie die DKP, aber den Einfluß der PDS bewahren oder gar verstärken. Wer so wird wie die DKP, endet auch bei ihrem Einfluß. (...) Die Herrschenden, davon bin ich überzeugt, werden noch erleben, daß ihre Ausgrenzungspolitik, ihr Desinteresse am Osten, ihre Diskreditierung der Ostdeutschen, ihr Verlangen nach Opportunismus und alleiniger Anerkennung ihres Wertespektrums für Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges durch die Ostdeutschen zur Reduzierung ihrer Akzeptanz gerade im Osten führen wird. Sie werden erleben, daß ihre Konzentration auf Kapitalverwertungsinteressen, ihre soziale Kälte, ihre Beförderung von immer mehr Reichtum und immer mehr Armut, ihre Negierung der ökologischen Frage neue Emanzipationsbewegungen hervorbringen wird. Daran könnte die PDS, wenn sie sozial, kulturell und strukturell eine Partei der gesamten Bundesrepublik Deutschland wird, wirksam beteiligt sein.“

Dr. Gysis Kritik an der eigenen Partei deutet darauf hin, daß es im Vorfeld des Parteitags im Januar 1997 mehr innere Widerstände - vor allem von seiten orthodoxer Kräfte - gegen den Kurs der Parteiführung gibt als erwartet. Sie kommen vor allem aus der KPF. Diese Richtungskämpfe waren Anlaß auch für andere Vorstandsmitglieder, ähnliche Überlegungen wie Dr. Gysi anzustellen. Derartige Ankündigungen der „Gemäßigten“ verfolgen das Ziel, die „Fundamentalisten“ zu disziplinieren.

Die immerwährenden Debatten in der PDS, ob die Partei auch „antikapitalistisch genug“ sei, „Westausdehnung“, „Regierungsbeteili-

*Vorzeichen
des Schweriner
Parteitags*

gung ja - nein", haben dazu geführt, daß mehrere Vorstandsmitglieder auf dem nächsten Parteitag in Schwerin im Januar 1997 nicht mehr kandidierten. Auch in der Bundestagsgruppe der PDS regte sich Unmut über die Partei; allen voran der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, der nach Berichten der Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ vom 5. Dezember am Tage zuvor vor Bonner Journalisten erklärt habe, die PDS müsse sich entscheiden, ob sie „politikfähig“ oder „ideologieträchtig“ sein wolle. Wenn sich die PDS nicht dafür entscheide, Bundespartei für den Osten und Westen gleichermaßen zu sein, sondern sich auf den Status einer Regionalpartei beschränke, dann wolle er nicht mehr an vorderster Front mitmachen.

2.2.2 Organisation

2.2.2.1 Bundesweite Gliederung

*Bundesweit
rückläufige
Mitgliederzahl*

Die PDS ist eine auf Bundesebene organisierte Partei mit Sitz in Berlin. Sie gliedert sich in 16 Landesverbände, deren Gebiete mit den Ländern identisch sind, mit Kreisverbänden und Basisorganisationen. Sie verfügt über etwa 107.000 (1995: 114.940) Mitglieder, davon rund 2.500 in den alten Bundesländern. Die Mitgliederentwicklung ist weiterhin rückläufig. Ursache für den Rückgang der Mitgliederzahl ist weniger der Austritt als vielmehr der Tod älterer Mitglieder. Angesichts der Altersstruktur kann dies nicht verwundern: Nur 6.000 von 107.000 Mitgliedern sind jünger als 35 Jahre. Das Durchschnittsalter der PDS-Mitglieder liegt bei etwa 60 Jahren.

*Kommunisten im
Parteivorstand*

Dem Parteivorstand gehören 18 Personen an. Vorsitzender der PDS ist Prof. Dr. Lothar Bisky, stellvertretende Vorsitzende sind Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Wolfgang Gehrcke und bis Januar 1997 Angela Marquardt. Unter den weiteren Mitgliedern des Parteivorstands befinden sich der Vordenker der Partei, Dr. André Brie, und bis Januar 1997 der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi. Sieben Personen des im Januar 1995 gewählten Parteivorstands waren bereits Mitglieder der SED. Drei Vorstandsmitglieder kamen aus westdeutschen linksextremistischen Gruppierungen. Die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS war bis Januar 1997 im Vorstand durch zwei Mitglieder vertreten. Der ehemalige Ministerpräsident der DDR, Dr. Hans Modrow, ist Ehrenvorsitzender der PDS.

An bundesweiten Zusammenschlüssen sind bedeutsam:

- Kommunistische Plattform (KPF)
- Arbeitsgemeinschaft (AG) Junge GenossInnen in und bei der PDS
- AG Cuba sí
- AG Antifaschismus und Antirassismus
- AG Autonome Gruppen in und bei der PDS
- AG Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) in der PDS
- Libertäres Forum bei der PDS
- Marxistisches Forum.

Nach wie vor ist das Thema „Westausdehnung der PDS“ in der Partei strittig. Der 1993 in Bonn gegründeten „Arbeitsgemeinschaft PDS/Linke Liste Westliche Bundesländer“ (AG West) ist es nicht gelungen, eine bessere Effizienz der Arbeit in den mitgliederschwachen westlichen Landesverbänden zu erzielen.

*Westausdehnung
der PDS*

Das für den Aufbau der PDS-West zuständige, bis Januar 1997 amtierende Mitglied des PDS-Parteivorstands, Claudia Gohde, schrieb in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 13. März zum verfehlten Einzug in den Nürnberger Stadtrat - nur dort hatte die PDS das Zulassungsverfahren zu den Kommunalwahlen in Bayern am 10. März erfolgreich abschließen können -:

„Offensichtlich sind weder mit Wahlkampf noch mit Konzepten die Faktoren auszutricksen, die strukturell einer gesellschaftlich relevanten Verankerung der PDS im Wege stehen. Es gibt keine linkssozialistische Tradition, an die die PDS im Westen naturwüchsig anknüpfen könnte. Sie ist im Westen ein künstliches Produkt. Weder läßt sich die Partei von Ost nach West exportieren, noch hat die PDS die auf sie übertragene tief verankerte Ablehnung von DDR und SED nennenswert aufweichen können.“

Nach einem Bericht der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 14. März debattierte die Bundestagsgruppe der PDS am 12. März über den Westaufbau der Partei. Der Vorsitzende der Abgeordneten-Gruppe, Dr. Gregor Gysi, habe erklärt, die meisten Politiker der PDS würden sich hinter den 20 % der Partei im Osten verschanzen und in den Westen wie ins Ausland reisen. Mit den Themen, mit denen die Partei im Osten ankomme, erreiche sie im Westen wenig, und umgekehrt.

Anläßlich einer Sitzung des PDS-Bundesvorstands am 1. April kam ein Diskussionspapier „Die PDS in den westlichen Bundesländern“ - ver-

*Enttäuschende
Bilanz*

faßt von Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Parteivorsitzender der PDS, und Claudia Gohde - zur Sprache, in dem für die PDS in Westdeutschland eine enttäuschende Bilanz skizziert wurde. So habe die Partei im Westen etwa 2.500 Mitglieder und sei in ca. 140 Städten und Gemeinden vertreten.

Forderungen nach Verzicht auf den Aufbau der PDS-West

Die in den Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ vom 8. Mai erhobene Forderung der sächsischen PDS-Funktionäre Christine Ostrowski und Ronald Weckesser, die PDS solle auf den „Westaufbau“ verzichten, deutliche Distanz zu militanten Gruppen wahren und den Umbau zu einer ostdeutschen, sozialistischen Volkspartei vorantreiben, führte zu lebhaften Reaktionen in der PDS. 17 Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Landesvorstandsmitglieder der PDS, darunter die bis Januar 1997 amtierende stellvertretende Parteivorsitzende Angela Marquardt, gaben eine Erklärung „Für eine gesamtdeutsche sozialistische Partei“ ab. Nach der Tageszeitung „junge Welt“ vom 13. Mai haben sie darin ausgeführt, der „Westaufbau“ der Partei sei ein strategisches Projekt, das untrennbar mit dem programmatischen Ansatz einer anderen gesellschaftlichen Verfaßtheit verbunden sei. Die Antwort auf die herrschenden Verhältnisse müsse eine andere Republik sein.

Der PDS-Vorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky hat - so die „junge Welt“ vom 14. Mai - die Erklärung dieser PDS-Funktionäre begrüßt. Zum „Brief aus Sachsen“ führte der Parteivorsitzende in der Tageszeitung „taz“ vom 31. Mai aus:

„Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder versteht die PDS als eine sozialistische und internationale Partei. Zugleich ist die Mitgliedschaft der PDS von einer kulturellen Identität des Ostens umarmt. Diesen Widerspruch darf die PDS nicht dadurch lösen, daß sie sich einseitig zur ostdeutschen Volkspartei erklärt. (...) ... ich befürchte eine große geistige Verengung, wenn sich die PDS allein auf diese Region zurückziehen würde.“

Nutzung des Internets

Zumindest seit Anfang des Jahres nutzt die PDS die Kommunikationsmöglichkeiten im Internet. Verschiedene Gliederungen der Partei, wie der Bundesvorstand, die Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag und die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS, sowie Einzelpersonen der PDS sind neben einer sogenannten Startseite der PDS bereits mit eigenen „homepages“ vertreten. Wegen des Verweises („link“) auf die Untergrundzeitschrift „radikal“ auf der „homepage“ der Repräsentantin der AG Junge GenossInnen Angela Marquardt wurde im Oktober deren Titelseite

vom Online-Dienst „Compuserve“ gesperrt. Angela Marquardt bot daraufhin ihre „homepage“ über einen britischen Rechner im Internet an. Diese „links“ unterstreichen die Funktion von Angela Marquardt und der AG Junge GenossInnen als Bindeglieder zum militanten linksextremistischen Spektrum.

Die KPF Göttingen ist seit dem Herbst mit einer eigenen „homepage“ (Internet-Titelseite) im Internet vertreten. Über „links“ (Verweise) gelangt man zu Internet-Titelseiten weiterer PDS-Gliederungen sowie ausländischer, vorwiegend kommunistischer Parteien, so u.a. zu den kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Japans, Luxemburgs, Nicaraguas, Spaniens und Südafrikas. Auf der „homepage“ der KPF Göttingen befinden sich ferner „links“ zur Autonomen Antifa (M) Göttingen und zu einer Antifaschistischen Liste Göttingen.

Die Partei kann es sich leisten, ihren Apparat mit hohem Aufwand weiter zu unterhalten und aufwendige Wahlkampagnen zu führen. Trotz gesunkener Mitgliederzahl hat die PDS im Jahr 1995 - einer Mitteilung des seinerzeitigen Schatzmeisters der PDS, Dr. Dietmar Bartsch, vom 30. Mai zufolge (veröffentlicht im PDS-Pressedienst Nummer 23 vom 7. Juni) - mit mehr als 16 Millionen DM das höchste Beitragsaufkommen seit 1990 erzielt.

Parteifinzenzen

2.2.2.2 Landesverband Bayern

Die seit September 1990 bestehende PDS in Bayern setzt sich aus dem Landesverband, sieben Kreisverbänden und rund 20 Basisorganisationen zusammen. Für eine Reihe von örtlichen Strukturen, die noch keine Basisorganisationen sind, bestehen Kontaktadressen. Bemühungen der PDS, an den Hochschulen in Erlangen, München und Würzburg Hochschulgruppen zu errichten, sind in den Anfängen steckengeblieben. Als nicht mehr existent ist die PDS-nahe Jugendgruppe Knallrot e.V. zu betrachten, die sich bayernweit etablieren wollte. Am 13. Dezember 1995 wurde in Nürnberg ein Kreisverband Mittelfranken der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS und am 29. Juli in München die AG Junge GenossInnen in und bei der PDS München gegründet; damit bestehen in Bayern zwei örtliche Gruppierungen dieser bundesweit agierenden Arbeitsgemeinschaft.

Organisation in Bayern



Der PDS Landesverband Bayern entwickelte bislang keine eigene politische Identität. Sein Sitz befindet sich in München. Der Landesverband hat innerhalb des Wahlbüros des PDS-Bundestagsabgeordneten Heinrich Graf von Einsiedel Räume angemietet.

*Sammelbecken
von Linksextremisten**

Mit etwa 230 beitragspflichtigen Mitgliedern und rund 220 Sympathisanten - laut PDS-Statut können den Sympathisanten Mitgliederrechte übertragen werden - ist die PDS-Anhängerschaft in Bayern im wesentlichen konstant geblieben. Von den beitragspflichtigen Mitgliedern des Landesverbands sind etwa 50 bereits früher als Linksextremisten in Erscheinung getreten bzw. als solche noch aktiv tätig. Rund 30 gehörten bzw. gehören der DKP und ihren Nebenorganisationen an. Der Rest verteilt sich auf VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten), BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten), VSP (Vereinigung für Sozialistische Politik), KB (Kommunistischer Bund) und andere.

Neuwahlen

Nach den bei der Landesmitgliederversammlung am 28. September in Nürnberg durchgeführten Neuwahlen zum Landesvorstand, zum Parteirat, zur Schieds- und zur Finanzrevisionskommission gehören dem Landesvorstand derzeit sieben Personen an, von denen vier in anderen linksextremistischen Gruppierungen tätig waren bzw. aktiv sind. Unter den Vorstandsmitgliedern befindet sich nun auch wieder die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter (früher DKP). Neue Landessprecherin ist Sima Sorayya.



Die Landesmitgliederversammlung beschloß eine neue Satzung, die gegenüber der erst am 11. Juni 1995 rechtsgültig gewordenen Vorgängerin nur geringe Änderungen aufweist.

So wurde u.a. die Zahl der zu wählenden Mitglieder für den Landesvorstand von „in der Regel“ 14 auf mindestens sechs und höchstens zwölf minimiert; zugleich wurde die Amtsdauer des Landesvorstands auf ein Jahr festgelegt.

Zur Unterrichtung der Mitglieder gibt der Landesverband in unregelmäßigen Abständen die Publikation „TITEL - Informationsforum der PDS Bayern“ heraus.

2.2.3 Plattformen und Arbeitsgemeinschaften

Integrale Bestandteile der PDS

Plattformen und Arbeitsgemeinschaften sind wesentlich für die Bündnis- und Integrationspolitik der PDS. Sie wirken im Rahmen des

Statuts in der Partei und können sich eigene Satzungen geben. Sie sind damit integrale Bestandteile der PDS. Diese Strukturen können gemäß den statuarischen Bestimmungen der PDS ihre politischen Ziele in der Partei offen vertreten. Die PDS muß sich deshalb die Tätigkeit der Plattformen und Arbeitsgemeinschaften sowie die Äußerungen ihrer Mitglieder als Gesamtpartei zurechnen lassen. Plattformen sind in der Regel Zusammenschlüsse mit gemeinsamer Ideologie, wohingegen Arbeitsgemeinschaften themenbezogen auf wichtigen Aktionsfeldern tätig werden. Arbeitsgemeinschaften dienen der PDS auch dazu, Potentiale außerhalb der Partei zu gewinnen und zu binden. Zur Kontrolle und Steuerung dieser Zusammenschlüsse sind Mitglieder des Parteivorstands in Plattformen und Arbeitsgemeinschaften vertreten.

Die Arbeitsgemeinschaften Junge GenossInnen in und bei der PDS, Autonome Gruppen in und bei der PDS sowie das Libertäre Forum bei der PDS zeigen, daß die PDS auch mit gewaltbereiten Gruppen zusammenarbeitet und diese sogar in den eigenen Reihen duldet und agieren läßt.

*Gewaltbereite
Gruppen in der
PDS*

2.2.3.1 Kommunistische Plattform (KPF)

Die am 30. Dezember 1989 gegründete Kommunistische Plattform (KPF) der PDS - ihr sind rund 5.000 Mitglieder zuzurechnen - ist eine marxistisch-leninistische Organisation. Sie betrachtet die DKP als natürliche Verbündete und arbeitet auch mit der noch in der DDR gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zusammen. Innerhalb der PDS ist die KPF die Gruppierung, die sich am deutlichsten zum Kommunismus bekennt. Sie strebt die Fortsetzung marxistischer und leninistischer Politik, also die Diktatur des Proletariats, an. In ihren Thesen zur Gründung betonte sie:

*Bekanntnis zum
Marxismus-Leni-
nismus*

„Die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Kommunismus, mit dem Marxismus-Leninismus, zu verbinden, aufgrund der marxistisch-leninistischen Analyse der realen Gesellschaftsentwicklung Strategie und Taktik zu bestimmen und Politik zu organisieren - ist vornehmste Aufgabe der Kommunisten und sie bleibt es.“

Nach einer programmatischen Erklärung vom Februar 1994, verfaßt von drei Sprechern der KPF, bildet der Wissenschaftliche Kommunismus, wie er durch Lenin, Luxemburg, Gramsci, Trotzki, Bucharin oder Mao Tse-tung weiterentwickelt worden sei, die Grundlage für die

*Klassenlose
Gesellschaft
als Ziel*

Politik der KPF. Ziel der KPF sei die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft. In der Erklärung heißt es:

„Der politische Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, der nunmehr dritte revolutionäre Versuch, den Kapitalismus zu überwinden, kann vielfältige Formen annehmen. Er muß sich nicht unbedingt gewaltsam vollziehen. (...) Der Übergang zu dieser neuen Zivilisationsstufe, die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft, dieser Übergang wird ein komplizierter, langwieriger, mehrere Phasen umfassender historischer Prozeß des erbitterten Klassenkampfes sein, ...“

Die Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 11. März veröffentlichte auszugsweise Beiträge eines Streitgesprächs von Ende Februar zum Thema „Kommunistische Plattform - Fluch oder Segen der PDS?“. Podiumsteilnehmer waren die Mitglieder des Bundeskoordinierungsrats der KPF, Prof. Dr. Michael Benjamin und Ellen Brombacher - sie ist auch Sprecherin der KPF -, sowie der PDS-Bundestagsabgeordnete Gerhard Zwerenz.

Zur Strategie der PDS und zur Rolle der KPF in der Partei führte Prof. Dr. Benjamin aus:

„Notwendig scheint zu sein, daß wir den antikapitalistischen Charakter unserer Partei, der ja in Programm und Statut niedergelegt ist, konsequent durchhalten und deutlich zum Ausdruck bringen. Entscheidend ist, alles zu tun, was den Menschen nützen kann. Das bedeutet aber auch, daß wir die juristischen und finanziellen Grenzen dieses Systems ausloten, daß wir bis an die Grenzen gehen, sie deutlich machen und versuchen, sie zu durchbrechen, zu verschieben. Dazu ist parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampf notwendig.“

„Wir sind Mitglieder der PDS. Wir haben kein Programm, das nicht das Programm der PDS wäre. Allerdings meinen wir, daß wir zu den entschiedeneren, linkeren, radikaleren Kräften in dieser Partei gehören. Darauf sind wir einigermaßen stolz. (...) Für die PDS behaupte ich, ein sehr großer Teil der Mitglieder fühlt sich in der einen oder anderen Weise dem Kommunismus verbunden. Damit sind sie keineswegs alle Anhänger der Plattform. Aber kommunistische Traditionen werden in dieser Partei von vielen geschätzt. Daß es in der PDS eine Kommunistische Plattform gibt, wissen die Leute. Trotzdem haben sie in Berlin 30 Prozent und mehr PDS gewählt.“

*Kampf gegen den
demokratischen
Rechtsstaat*

*Aufrechterhaltung
kommunistischer
Traditionen*

KPF-Mitglieder gehören zu den politisch aktivsten Personen in der Partei. Die Parteiführung bekennt sich zur KPF. Auf der 2. Tagung des 4. Parteitags im Januar erklärte der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky, die Diskussionsangebote der KPF gehörten zum Meinungsbildungsprozeß der Partei.

Die Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 25. März berichtete im Zusammenhang mit dem von Dr. Heinz Marohn, einem der Sprecher der Plattform, anläßlich der 1. Tagung der 7. Bundeskonferenz der KPF in Berlin am 23. März gehaltenen Grundsatzreferat:

„Befriedigt stellte Marohn fest, daß die PDS sich - wie zahlreiche Reaktionen auf Zwerenz gezeigt hätten - nicht antikommunistisch ausrichten lasse, sondern im Gegenteil empfindlicher gegen Phrasen geworden sei. Attacken aus CDU-Kreisen gegen die KPF betrachtete Marohn als Angriffe auf die Gesamtpartei, da ‚die PDS nur als Ganzes ein Problem für die Herrschenden‘ darstelle. (...)

Keine anti-kommunistische Ausrichtung

Überlegungen zu Regierungsverantwortung auf Landes- und später vielleicht auf Bundesebene hielt Marohn für deplaziert. ‚Die historische Aufgabe der PDS kann nicht darin bestehen, in der bürgerlichen Gesellschaft Ministersessel zu ergattern.‘ Die Plattform bleibe auch deshalb in der PDS, weil ohne sie ‚die pluralistische Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen von Reformen wahrscheinlich beendet wäre.‘“

Ellen Brombacher habe - dem Bericht zufolge - bei der 1. Tagung der 7. Bundeskonferenz der KPF bekräftigt, die Kommunisten in der PDS wollten dazu beitragen, „daß aus der Partei kein SPD-Ersatz“ werde.

Auch auf der 2. Tagung der 7. Bundeskonferenz der KPF am 8. Dezember in Berlin wurde - den Berichten in den Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ vom 9. Dezember zufolge - das Hauptaugenmerk der KPF weiterhin auf die außerparlamentarische Bewegung gelegt. Sahra Wagenknecht führte nach dem Bericht in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ dazu aus:

Vorrang der außerparlamentarischen Bewegung

„Der Parteivorstand setze auf Koalition statt Opposition. DKP-Mitglieder sollten nicht mehr auf PDS-Listen für Parlamente kandidieren. Wenn sich das fortsetze, werde die einzige wirkliche Oppositionspartei verschwinden - zugunsten einer Partei, die sich im Mitkugeln verschleißt. Regierungsbeteiligung unter den jetzigen Verhältnissen sei verantwortungslos.“

Andere Redner hätten - so dieselbe Tageszeitung - der Parteiführung vorgeworfen, sie weiche immer weiter von der Parteiprogrammatik

ab. „Immer offener werde der Kapitalismus akzeptiert; diese revisionistische Politik der Parteispitze müsse entlarvt werden. (...) Die PDS dürfe sich weder in die bürgerliche Politik einpassen noch antikomunistischen Normen unterwerfen.“

Mit dem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus verfolgt die KPF verfassungsfeindliche Ziele. Wesenskern des Marxismus-Leninismus ist der Klassenkampf, der über die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats in der klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus aufgehen soll. Diese Bestrebungen der KPF/PDS verstoßen gegen das Demokratieprinzip und damit gegen die Volkssouveränität.

Ständiger Rat
marxistischer
Parteien

Über die KPF ist die PDS nach wie vor im „Ständigen Rat marxistischer Parteien“ vertreten. Diesem 1991 in Berlin gegründeten Gremium gehören neben der PDS auch die Anfang 1990 in den fünf neuen Ländern gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/DDR) sowie der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) an. Ziel des Ständigen Rats ist die Kommunikation und Koordination der Marxisten Deutschlands in Theorie und Praxis.

2.2.3.2 Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS

Die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS (AG Junge GenossInnen) ist ein bundesweiter Zusammenschluß, der innerhalb der PDS unter eigenem Namen agiert. Diese Gruppierung, die sich rund 500 Mitglieder und 1.000 Sympathisanten zurechnet - ein Drittel der Mitglieder gehöre auch der PDS an; die Hälfte stamme aus den westlichen Ländern -, dient als Bindeglied der PDS zu jugendlichen undogmatischen Linksextremisten, besonders Autonomen. In einem auf dem Bundeskongreß der AG Junge GenossInnen am 16. und 17. März in Bielefeld vorgelegten Grundsatzpapier - veröffentlicht im PDS-Pressedienst Nummer 14 vom 4. April - heißt es:

Grundsatzpapier

„Die AG Junge GenossInnen sammelt Menschen um sich, die zum einen als linkes Korrektiv innerhalb der PDS mit vorwiegend außerparlamentarischen Bezugspartnern wirken wollen, einen antietatistischen Ansatz vertreten, und ... (...) Auf die PDS beziehen wir uns, da sie als einzige politisch relevante Kraft den Anspruch hat, sozialistische Partei zu sein. (...) Linksradikale Forderungen können in Parteien nicht unbeschränkt diskutiert werden, da sie zu einem Verbot führen könnten. (...) Auf die außerparlamentarische und undogmatische Linke wollen wir uns beziehen, da

wir viele ihrer Ansätze und Diskussionen interessant finden, mit ihnen zusammenarbeiten wollen, gerade weil ihre Forderungen weiter gehen als die der Partei, sie nicht in parlamentarische Zwängen stecken."

Das Mitglied der PDS im Kreisverband Potsdam, Jura Schröder, und das Mitglied des Landtags in Brandenburg, Harald Petzold, beide Mitverfasser des außerparlamentarisch orientierten Thesenpapiers „Sozialistische Opposition heute“ der AG Junge GenossInnen, welches auf dem Landesparteitag der PDS Brandenburg im Dezember 1995 eine Mehrheit gefunden hatte, forderten in einer im Frühjahr über Mailboxen verbreiteten Erklärung mehr Mut zu zivilem Ungehorsam und zu Normübertretungen. Dabei betonten sie, in dem Thesenpapier gehe es nicht um ein Entweder-Oder von parlamentarischen und außerparlamentarischen Formen politischen Handelns. Es sei zu erörtern, welche neuen Widerstandsformen eine starke PDS finden könne, wenn alle parlamentarischen Mittel wegen der systembedingten Sachzwänge versagten. Es sei zu fragen, ob man schon blind geworden sei für unkonventionelle Methoden zivilen Ungehorsams, ob man Angst habe vor Normübertretungen, wie sie manchmal von außerparlamentarischen Gruppen praktiziert würden, oder ob man gar nicht mehr außerhalb der Muster und Normen einer profitorientierten Gesellschaft denken wolle. Die AG Junge GenossInnen strebe an, die Menschen zu neuem Widerstand gegen das kapitalistische System zu ermutigen.

Bekennnis zu zivilem Ungehorsam und zu Normübertretungen

In einem Beitrag „Häuser besetzen schafft Raum & Freiräume“ eines im Frühjahr verbreiteten Faltblatts der AG Junge GenossInnen Berlin werden Hausbesetzungen als „bewußte Konfrontation mit dem Staat“ begrüßt.

Befürwortung von Hausbesetzungen

Unter dem Motto „Zurück in die Zukunft!“ fand am 19. und 20. Oktober in Berlin eine Bundeskonferenz der AG Junge GenossInnen statt. Nach den Berichten in den Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ vom 21. Oktober nahmen daran etwa 150 Delegierte teil. Am Vorabend der Konferenz - so die Berichte - habe eine Podiumsdiskussion mit der PDS-Bundestagsabgeordneten Christina Schenk, der PDS-Landesvorsitzenden in Berlin, Petra Pau, und dem PDS-Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, Roland Claus, zur Frage einer Regierungsbeteiligung der PDS stattgefunden. Dabei habe Christina Schenk betont, in einer Regierung gebe es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, Herrschaftskritik zu leben. Die entscheidende Frage sei, wie man gesellschaftliche Mehrheiten verändern könne; auch dürfe

Veränderung gesellschaftlicher Mehrheiten

der Systembruch als Ziel nicht aus den Augen verloren werden. Eine Teilnahme der AG Junge GenossInnen an den „XIV. Weltfestspielen der Jugend und der Studenten“ in Santiago de Cuba vom 27. Juli bis 5. August 1997 sei nach heftigen Diskussionen mehrheitlich abgelehnt worden; man sei gegen solche Massen-Jubelspektakel. Die AG plane jedoch, zu einem anderen Zeitpunkt eine Delegation nach Kuba zu schicken, die kritische und praktische Solidarität üben solle.

*Gewalt als
politisches Mittel*

Die AG Junge GenossInnen plädiert für außerparlamentarische Initiativen zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft und zur Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Das Bekenntnis zu „unkonventionellen Methoden zivilen Ungehorsams“ und zu „Norm-Übertretungen“ ist die Propagierung der Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Die AG unterhält Verbindungen zu gewaltbereiten Autonomen außerhalb der Partei und sympathisiert mit ausländischen extremistischen Gruppen. Außerdem plädiert die AG für eine Zusammenarbeit mit militanten Antifa-Gruppen. Die inhaltlichen Anliegen der Roten Armee Fraktion (RAF) wurden bisher von der AG unterstützt.

*Zusammenarbeit
mit Autonomen*

Die im September 1971 geborene Angela Marquardt, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der AG Junge GenossInnen, hob im Vorfeld der Ende Januar 1995 durchgeführten 1. Tagung des 4. Parteitags - auf dem sie dann zur stellvertretenden Parteivorsitzenden der PDS gewählt wurde - hervor, daß die AG mit Autonomen zusammenarbeite. Sie selbst würde als stellvertretende Parteivorsitzende versuchen, „außerparlamentarische Gruppen wie die Antifa“ in eine Diskussion mit der PDS zu bringen. Ihre Einstellung zum demokratischen Rechtsstaat faßte sie wie folgt zusammen:

„... Ich lebe jetzt und heute in dieser BRD. Sie will mich nicht und ich will sie auch nicht.“

2.2.3.3 Marxistisches Forum

Am 6. Juni 1995 konstituierte sich in Berlin das orthodox-kommunistisch ausgerichtete „Marxistische Forum“ (MF). In der vom PDS-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer - einer der fünf Sprecher des MF - moderierten Gründungsveranstaltung wurden Standort und Aufgaben des Forums erörtert. Es will die soziale, ökonomische und politische Situation mit den Mitteln des Marxismus analysieren, die marxistische Theorie weiterentwickeln und zur theoretischen Fundie-

rung der Politik der PDS beitragen. Dazu gehöre neben der marxistischen Aufarbeitung der Geschichte der DDR und des Sozialismus auch die Untersuchung der Dialektik von systemimmanenten und systemüberwindenden Reformen. Außerdem solle auf die notwendige Verstärkung des antimilitaristischen Kampfes aufmerksam gemacht werden.

Weiterentwicklung der marxistischen Theorie

In einem in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 2. November 1995 veröffentlichten Diskussionspapier bekennt sich das MF zum Sozialismus der ehemaligen DDR. Dort heißt es:

„Wer Sozialismus will, kann an dem gescheiterten Sozialismusversuch nicht vorbeigehen, sondern muß ihn kritisch annehmen. (...) Unter den Trümmern des DDR-Staates sind bewahrens-werte Bestandteile einer DDR-Gesellschaft sichtbar geworden.“

Das MF der PDS bezieht in einer auszugsweise in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 14. Oktober veröffentlichten Erklärung „Unsere Sorgen sind nicht geringer geworden“ Position zur aktuellen Debatte um den ideologisch-politischen Standort der PDS. In dem Papier, dessen Titel bewußt an den Forums-Gründungsauf Ruf „In großer Sorge“ vom 18. Mai 1995 anknüpft, heißt es, daß es im wesentlichen drei Forderungen gebe, die seit Jahren an die PDS gerichtet würden: Absage an die DDR, Absage an das Ziel einer anderen Gesellschaftsordnung und Bereitschaft, bestimmte Mitglieder auszugrenzen. Die „Totalkritik an der DDR“ untergrabe den Einfluß einer demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland und führe zur Schwächung der PDS. Die „Deformation des sozialistischen Ideals in der SED“ habe die innere Bindung der Ostdeutschen an dieses Ideal nicht zu zerstören vermocht. Die Ostdeutschen fühlten sich vielmehr durch die unablässige Verteufelung der DDR und ihrer Biographien gedemütigt. Die PDS müsse am Ziel des Sozialismus als Gesellschaftsordnung, nicht nur als unverbindlichem Wertekanon, festhalten.

Verharmlosung des kommunistischen Zwangssystems der ehemaligen DDR

Prof. Heinz Kallabis, führender Soziologe der ehemaligen DDR und Mitglied des MF der PDS, hat in einem Beitrag in der Tageszeitung „junge Welt“ vom 1. November die Notwendigkeit „revolutionärer Umgestaltung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse“ bekräftigt. Nichts sei wichtiger als Klarheit über die Ziele der sozialistischen Bewegung und deren orientierende Rolle im täglichen Kampf für die Interessen der vom Kapital Ausgebeuteten und Unterdrückten. Der Kampf um Reformen innerhalb des kapitalistischen Gesellschaftssystems sei notwendig. Er führe auch zu der Erkenntnis, daß der „Lösung der sozialen Frage“ im Rahmen der kapitalistischen

Notwendigkeit einer revolutionären Umgestaltung

Gesellschaft Grenzen gesetzt seien. Dieser Kampf werde schließlich an die notwendige revolutionäre Umgestaltung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse im Interesse der arbeitenden Mehrheit der Gesellschaft durch diese selbst heranzuführen. Es wäre eine Illusion anzunehmen, eine sozialistische Alternative, d.h. die grundlegende Veränderung und Ablösung der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse, stünde unmittelbar auf der Tagesordnung der Geschichte. Eine noch gefährlichere Illusion sei es aber, von Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems die „Lösung der sozialen Frage“ zu erwarten. Wer dem Klassenkampf und der revolutionären Veränderung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse abschwöre, gebe den sozialistischen Charakter der PDS auf.

2.2.4 Teilnahme an Wahlen

*Kommunalwahlen
in Bayern*

Die PDS/Linke Internationale Liste (PDS/LIL) Nürnberg - nur dort hatte die PDS das Zulassungsverfahren zu den Kommunalwahlen in Bayern am 10. März erfolgreich abschließen können - verfehlte mit 1,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen den angestrebten Einzug in den Stadtrat.

*Kommunalwahlen
in Niedersachsen*

Die PDS kandidierte bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 15. September mit eigenen Listen bzw. unterstützte linke und alternative Listen, auf denen auch PDS-Mitglieder oder PDS-Sympathisanten kandidierten. Sie erhielt landesweit 24.905 Stimmen (= 0,2 %). Pressemeldungen zufolge errang die PDS über eigene Listen bzw. Beteiligung an linken Listenverbindungen insgesamt acht Mandate: jeweils ein Mandat in Hannover, in der Stadt und im Landkreis Göttingen sowie jeweils zwei Mandate in Amt Neuhaus, Landkreis Lüneburg, und in Oldenburg. In Hannover wurde außerdem ein PDS-Kandidat in den Stadtbezirksrat Linden-Limmer gewählt.



Dr. André Brie, Mitglied des Bundesvorstands der PDS, erklärte zum Abschneiden der Partei bei den niedersächsischen Kommunalwahlen in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 17. September, dies sei „mehr als ein Achtungserfolg“. Der Vorsitzende des PDS-Landesverbands Niedersachsen, Hans-Henning Adler, der in Oldenburg ein Mandat erreichte, vertrat in einem Interview u.a. die Ansicht, die PDS fasse im Westen langsam Fuß. In dem Maß, wie die Assoziation zur SED in den Hintergrund trete, werde die PDS mehr als eigene, als neue Partei wahrgenommen und nicht so sehr als SED-Nachfolgerin.

2.2.5 Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Linksextremisten

2.2.5.1 Kommunistischer Internationalismus

Die PDS unterhält im Rahmen der sogenannten internationalen Solidarität vielfältige Verbindungen und Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien und anderen ausländischen Linksextremisten. Das Parteiprogramm der PDS nennt dies „Internationalismus“ und orientiert sich damit an der Idee des Weltkommunismus. Diese Praxis knüpft an das marxistisch-leninistische Prinzip des „Proletarischen Internationalismus“ - der Lehre von der „welthistorischen Mission der Arbeiterklasse“ - an. Die stellvertretende PDS-Vorsitzende Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann - verantwortlich für die internationalen Beziehungen der PDS - bekräftigte in einem Beitrag in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 24. Juli 1995 den „internationalistischen Charakter“ der Partei und die Zusammenarbeit mit linkssozialistischen und kommunistischen Parteien in Europa. Auch zu den Nachfolgeorganisationen der ehemaligen kommunistischen Staatsparteien des Ostblocks unterhält die PDS kontinuierliche freundschaftliche Beziehungen. Sie entsendet Delegationen zu Parteitagungen sowie sonstigen wichtigen Parteiveranstaltungen und pflegt regelmäßige Gesprächskontakte. In Europa sind die „Französische Kommunistische Partei“, die „Kommunistische Partei Österreichs“, die „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens“, die kommunistisch dominierte „Vereinigte Linke“ in Spanien, die italienische „Kommunistische Neugründung“ und die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“ die bevorzugten Adressaten dieser Politik.

*Proletarischer
Internationalismus*

*Beziehungen
zu Parteien in
Europa*

Seit Mitte 1995 gehört die PDS auch dem auf Initiative der spanischen „Vereinigten Linken“ gegründeten Forum der Neuen Europäischen Linken an, einer - so die Partei - „Struktur links neben der Sozialdemokratie“, in der überwiegend Linkssozialisten und Kommunisten zusammenarbeiten.

Der PDS-Pressedienst stellte in seiner Ausgabe vom 27. Juli die einjährige Tätigkeit der AG Mittel- und Osteuropa beim Parteivorstand der PDS dar. In dieser Arbeitsgruppe unter Leitung des PDS-Ehrenvorsitzenden Dr. Hans Modrow hätten ehemalige Mitarbeiter des außenpolitischen Dienstes der DDR sowie Experten früherer wissenschaftlicher Einrichtungen für internationale Politik und Wirtschaft eine engagierte ehrenamtliche Arbeit geleistet.

Nach eigener Darstellung entsandte die PDS auch Delegationen zu Parteitag ausländischer kommunistischer Parteien nach Südafrika, Indien, Vietnam, Griechenland und Spanien sowie in die Tschechische Republik und die Ukraine. Funktionäre der Partei nahmen darüber hinaus an Kongressen, Konferenzen und Symposien ausländischer kommunistischer Parteien in Florenz, Belgrad, Paris, Moskau, Prag, London und Chiapas/Mexiko sowie an Pressefesten von Zentralorganen ausländischer kommunistischer Parteien in Barcelona, Lissabon, Madrid und Paris teil. Auch zahlreiche bilaterale Gesprachskontakte festigten die freundschaftlichen Beziehungen der PDS zu ausländischen kommunistischen Parteien. Dazu zählten Treffen und Gespräche in Prag, Wien, Madrid, Moskau, Peking, Hanoi, New York und Havanna.

Die PDS hat dem unterlegenen russischen Präsidentschaftskandidaten, dem Vorsitzenden der „Kommunistischen Partei der Russischen Federation“ Gennadi Sjuganow, in einem Brief - unterzeichnet vom Parteivorsitzenden Prof. Dr. Lothar Bisky, vom Vorsitzenden der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag Dr. Gregor Gysi und vom Ehrenvorsitzenden der PDS Dr. Hans Modrow - einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur vom 4. Juli zufolge „Respekt“ für die Wahlergebnisse bezeugt.

Unterstützung für militante Kurden

Im Rahmen der Unterstützung sogenannter Befreiungsbewegungen unterhalten PDS-Funktionäre und PDS-Mitglieder seit längerem Kontakte zur terroristischen, marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Der PDS Landesverband Bayern bemucht sich seit Anfang 1994, das Thema „Kurdistan“ in die Agitation und Propaganda einzubinden. Seit Januar 1995 übt die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter heftige Kritik am Verbot der PKK, dem Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen PKK-Straftäter und der Abschiebep Praxis. Die Abgeordnete war Mitglied von Vereinen in Ingolstadt, die als Tarnorganisationen der PKK verboten wurden. Am 17. März sprach sie in Würzburg auf einer PDS-Veranstaltung mit dem Thema „Kriminalisierung der KurdInnen in der BRD“, in der die Reaktion der Polizei auf die Gewalttaten der PKK diffamiert wurde.

Versammlungsrechtliche Hilfestellung für die PKK

PDS-Mitglieder stellten sich wiederholt als versammlungsrechtliche Anmelder von PKK-Demonstrationen und sogenannten Kulturfesten zur Verfügung oder traten als Redner auf Veranstaltungen der PKK auf. Ein PDS-Aktivist trat als Mit-Anmelder einer Veranstaltung in Ingolstadt auf, die am 21. März stattfinden sollte. Die Stadt Ingolstadt

verbot die Veranstaltung, weil eindeutige Erkenntnisse vorlagen, daß die PKK der wahre Veranstalter gewesen wäre.

In einer im Frühjahr über Mailboxen verbreiteten Erklärung äußerte sich das Mitglied der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag Ulla Jelpke zur Situation der Kurden in Deutschland. Sie behauptete, nicht die PKK sei das Problem, sondern die „Willkür des Staates“. Weiter führte sie aus, seit dem Verbot der PKK durch den Bundesinnenminister im November 1993 habe eine Kriminalisierungswelle ungekannten Ausmaßes für hier lebende Kurden eingesetzt. Massiv werde in die Presse- und Meinungsfreiheit eingegriffen. Demonstrationen würden vom Staatsschutz verboten und Treffen durch Polizeikräfte gestürmt. Razzien in kurdischen Vereinen und Privatwohnungen gehörten inzwischen zum Alltag. Längst seien auch Deutsche, z.B. PDS-Mitglieder, von der Kriminalisierung betroffen.

Der PDS-Pressedienst Nummer 16 vom 19. April veröffentlichte ein Grußwort der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke vom 12. April an die Mitglieder des „Kurdischen Exilparlaments“ zu dessen einjährigem Bestehen. Darin kritisiert die Abgeordnete die Kurdenpolitik der Bundesregierung und fordert die Aufhebung des Verbots der PKK und ihrer Teilorganisation Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK). U.a. heißt es:

*Kritik am Verbot
kurdischer
Vereine*

„Die letzten Wochen und Monate waren in der Bundesrepublik geprägt von einer beispiellosen Hetze und Kriminalisierungswelle gegen hier lebende Kurdinnen und Kurden. Ausgangspunkt für eine der größten Polizeiaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik und für den gewaltvollen Verlauf der diesjährigen kurdischen Newroz-Feiern war das sogenannte PKK-Verbot, das die Grundrechte der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit für Kurdinnen und Kurden faktisch außer Kraft gesetzt hat. (...) Mit ihrer Drohung, statt dessen Kurdinnen und Kurden vermehrt wegen ‚Landfriedensbruchs‘ in die Türkei abzuschieben, instrumentalisiert die Bundesregierung die Folter in der Türkei für ihre eigene innenpolitische Abschreckungsstrategie. Sie will damit erreichen, daß die Wahrnehmung des Grundrechts auf Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit für Ausländerinnen und Ausländer zu einem unkalkulierbaren Risiko wird. (...) Die PDS-Abgeordnetengruppe hat einen Antrag für eine Vermittlungsinitiative der Bundesregierung in Kurdistan/Türkei in den Bundestag eingebracht.“

Nach einem Bericht der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 27. November wurde am Tage zuvor in Bonn der Presse eine Plakat-

aktion zur Aufhebung des Betätigungsverbots für die PKK und die ERNK vorgestellt. Zu den Unterstützern dieser Aktion zählte auch die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke und der Funktionär der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Peter Gingold. Die Parlamentarierin habe erklärt, die Kurden würden einen legitimen Befreiungskampf führen. Dieser könne nicht mit Hilfe des deutschen Strafrechts verboten werden.

Führende PDS-Funktionäre betonen die Solidarität der Partei mit dem sogenannten Befreiungskampf des kurdischen Volkes und zeigen Sympathie und Verständnis für die terroristische PKK. Die PDS lehnt zwar öffentlich die terroristischen Aktivitäten der PKK ab, unterstützt jedoch propagandistisch die strategischen Ziele, die die PKK u.a. mit ihren gewalttätigen Aktionen zu erreichen sucht, wie Aufhebung der Vereins- und Betätigungsverbote, Abschiebestopp für Kurden, Einstellung der Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die Türkei, Druck der Bundesrepublik auf die Türkei zur Lösung des „Kurdenproblems“, Anerkennung der PKK als Verhandlungspartner.

*Für Anerkennung
der PKK als Ver-
handlungspartner*

2.2.5.2 Inländische Zusammenarbeit

Im Inland hält die PDS Kontakte zu fast allen anderen linksextremistischen Gruppierungen, aber auch zu gewaltbereiten Autonomen. Die vielfältigen Verbindungen der PDS mit linksextremistischen Organisationen außerhalb der Partei bis hin zu Autonomen kommen u.a. in Freundschaftsbekundungen, gemeinsamen Veranstaltungen und Demonstrationen zum Ausdruck. Art und Intensität dieses Umgangs lassen eine politisch-ideologische Verbundenheit zu diesen erkennen.

*Verhältnis zur
DKP*

Das Verhältnis der PDS zur DKP ist von kritischer Solidarität geprägt. Intensive Kontakte unterhält die PDS zur DKP vor allem auf regionaler und örtlicher Ebene. Der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr erklärte in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 2. Februar:

„Wir waren immer dafür, sie (die PDS) als stärkste linke Kraft zu unterstützen.“

Neues Deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG - GEGRÜNDET 1948
Donnerstag, 10. September 1990

Eine kontinuierliche Zusammenarbeit beider Parteien hat sich in der früheren DKP-Nebenorganisation „Marx-Engels-Stiftung e.V.“

entwickelt. Diese betreibt gemeinsam mit der Geschichts-

kommission der DKP und dem - an der KPF orientierten - „Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS“ Geschichtsaufarbeitung im kommunistischen Sinn. In den Vorstand der „Marx-Engels-Stiftung e.V.“ (35 Personen) werden vermehrt Mitglieder der PDS aufgenommen. Wissenschaftler, besonders aus früheren Parteieinrichtungen der SED, treten als Referenten auf.

Funktionäre der PDS-Thüringen bekräftigten auch gegenüber der noch in der DDR gegründeten marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) die „Einheit im Widerstand“. Weiterhin pflegt die PDS Kontakte zum Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) und zur trotzkistischen Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP). Ein führender Funktionär der VSP (Dr. Winfried Wolf) gehört zur Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag. Die KPF der PDS unterhält darüber hinaus auch Kontakte zur Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD). Enge Kontakte bestehen auch zwischen der PDS und dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), der seine bisherigen Landesverbände 1995 in „Arbeitsgemeinschaften BWK in der PDS“ umgewandelt hat, sowie dem Verlagsunternehmen „Gesellschaften für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH“ (GNN), das u.a. die „Angehörigen-Infos“ des RAF-Umfelds herausgibt.

*Zusammenarbeit
mit Linksextremisten*

Entsprechend dem zweideutigen Verhältnis zur Gewalt arbeitet die PDS auch mit gewaltbereiten Linksextremisten (z.B. Autonomen) zusammen. Der sich laut Tageszeitung „junge Welt“ vom 4. September 1995 den Autonomen und Hausbesetzern zurechnende Frederik Over wurde am 22. Oktober 1995 für die PDS in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt.

Insbesondere im Rahmen der „Antifaschismus“- und auch „Antimilitarismus“-Arbeit tritt die Partei als Veranstalter und Anmelder von Demonstrationen und Kundgebungen von Bündnissen auf, an denen auch Autonome beteiligt sind. Die Partei ist durch ihre Gliederungen in Vorbereitung und Planung solcher Veranstaltungen eingebunden und leistet logistische Unterstützung.

Auf den „Offenen Listen“ der PDS zu Bundes- und Landtagswahlen stellen sich neben ehemaligen und aktiven DKP-Funktionären auch Vertreter anderer linksextremistischer Gruppierungen zur Wahl. Damit gelingt es der PDS, einen großen Teil des linksextremistischen Spektrums einzubinden und von dessen „Agitpropapparat“ zu profi-

tieren. Die PDS beabsichtigt damit den Aufbau einer von ihr beherrschten „Gegenmacht“, um die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland abzuschaffen.

2.3 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

2.3.1 Ideologische Ausrichtung

Bis zur Wende nahm die DKP - von der SED der DDR materiell und ideologisch abhängig - die Führung der Marxisten-Leninisten in Deutschland für sich in Anspruch. Seit 1990 unterstützt sie die PDS.

In den auf dem 12. Parteitag am 16./17. Januar 1993 in Mannheim gegen heftige Kritik aus der oppositionellen „Hardliner-Gruppe“ beschlossenen „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ unterstrich die DKP ihre gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung. In der Einleitung zu den „Thesen“ heißt es, die DKP kämpfe für eine Politik, die im Sozialismus die Zukunft, im Klassenkampf die zentrale Triebkraft der Geschichte und in der Arbeiterklasse die entscheidende soziale Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt sehe. Sie stütze sich auf die materialistische Wissenschaft, die von Marx und Engels begründet und von Lenin weiterentwickelt worden sei. In einer bereits 1993 aufgelegten Broschüre „Über den dritten sozialistischen Anlauf in Europa“ erläuterte ein DKP-Funktionär, die revolutionären Kräfte müßten sich auf Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871, des „Großen Anlaufs 1917 - 1989“ und auf Kenntnisse über Entwicklungen des Kapitalismus nach 1990 stützen. Eine revolutionäre Bewegung müsse letztlich die Entschlossenheit aufbringen, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen. Als revolutionäres Instrument habe sich die Partei leninistischer Konzeption bewährt, die bereit sei, Widerstände auch mit Gewalt zu brechen.

Zur politischen Ausrichtung erklärte - zitiert nach „DKP-Informationen“ Nummer 7 vom 24. Oktober 1994 - Rolf Priemer, einer der seinerzeitigen Sprecher der DKP, auf der 8. Parteivorstandstagung:

„Die Mehrheit unserer Mitglieder ist nach vielen Diskussionen über Politik und Praxis, über Thesen zur programmatischen Erneuerung und DKP-Statut zu der Erkenntnis gelangt, daß eine kommunistische Partei in Deutschland notwendig ist. Nämlich eine Partei, die festhält am sozialistischen Ziel im Sinne der im Manifest der Kommunistischen Partei von Marx und

*Bekennnis zu
Sozialismus und
Klassenkampf*

*Bekennnis zur
Gewalt*

Engels formulierten Grundaussagen; die den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen anstrebt; die sich auf die moderne Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft orientiert; die ihr theoretisches Fundament in der schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung der Theorie von Marx, Engels und Lenin für unsere heutigen Kampfbedingungen hat."

*Festhalten am
Marxismus-Leni-
nismus*

Am 13. Parteitag der DKP am 3. und 4. Februar in Dortmund nahmen etwa 350 Personen teil, darunter 238 gewählte Delegierte. 31 „Bruderparteien“ und „Befreiungsorganisationen“ aus 27 Ländern hatten Abordnungen entsandt. Zu den deutschen Gästen des Parteitags gehörten Vertreter der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), des Deutschen Freidenker-Verbandes, der Kommunistischen Plattform (KPF) der PDS und der Autonomen Antifa (M) Göttingen. Als prominente Gäste waren Egon Krenz (von Oktober bis Dezember 1989 Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzender der DDR) und Siegfried Lorenz (ehemaliger 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt) erschienen. In dem den Delegierten vorgelegten schriftlichen Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstands zwischen den Parteitagen wurde das Verhältnis zur PDS grundsätzlich positiv bewertet. Der Parteivorstand verwies in seinem Tätigkeitsbericht auch auf eine „rege internationale Tätigkeit“ der DKP. Schwerpunkte der internationalen Beziehungen seien die kommunistischen und sozialistischen Parteien Europas, insbesondere der Europäischen Union, gewesen. Ziel dieser Kontakte sei die Entwicklung gemeinsamer Positionen und Aktionen gegen das „Europa der Konzerne“. Besonders hervorgehoben wurde die Solidarität mit dem sozialistischen Kuba. Betont wurde auch die Solidarität mit dem „Kampf des kurdischen Volkes gegen die Aggression der reaktionären Kräfte in der Türkei“ verbunden mit der erneuten Forderung nach Aufhebung des Verbots von PKK-Organisationen.

*13. Parteitag
in Dortmund*

Der Sprecher der DKP, Heinz Stehr, führte in seinem Referat zur organisatorischen Entwicklung der Partei aus, sie habe 6.121 Mitglieder, davon rund 39 % Frauen. Es sei gelungen, den „freien Fall in der Mitgliederentwicklung“ zu stoppen. Die Altersgruppe der über 60jährigen sei beträchtlich und überwiege in einzelnen Bezirken. Gewinne die Partei in den nächsten Jahren nicht zunehmend Jugendliche als Mitglieder, sei die Existenz der DKP gefährdet. Knapp 60 % der DKP-Mitglieder seien gewerkschaftlich organisiert. Die DKP sei in

*Mitgliederent-
wicklung*

allen Bundesländern vertreten; sie verfüge über 205 Grund-, 109 Kreis- und 13 Bezirksorganisationen.

Rolf Priemer, ebenfalls Sprecher der DKP, bezeichnete in seinem Referat zur Perspektive des Parteiblatts „Unsere Zeit“ (UZ) diese Zeitung als wichtigstes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit. Während der Krise der Partei habe eine beträchtliche Zahl der DKP-Mitglieder aufgrund der zusammenbrechenden Parteistrukturen eine Parteizeitung für verzichtbar gehalten. Im Nachhinein sah sich Priemer aber in seinem Kurs des Festhaltens an der UZ bestätigt, da die UZ wesentlichen Anteil daran gehabt habe, daß die Partei zusammengeblieben sei und

ihre Strukturen habe erneuern können. Die UZ mit derzeit 9.300 zahlenden Abonnenten biete den Kommunisten in ganz Deutschland und weiterer an der DKP interessierter Leserschaft die Möglichkeit, sich über Politik und Praxis der Partei zu informieren.

Sie werde das ideologische, politische und organisatorische Niveau, die Aktionstätigkeit und die Schlagkraft der DKP erhöhen. Der Parteitag beschloß deshalb, die zuletzt nur 14tägig erscheinende UZ ab 1. Juli als Wochenzeitung herauszugeben. Damit will die DKP auf die „neuen politischen Entwicklungen der imperialistischen deutschen Großmachtspolitik mit ihren friedensgefährdenden, anti-demokratischen und sozialreaktionären Folgen“ reagieren. Die UZ sei das „wichtigste Werbemittel für die Partei“, die Mitglieder der Partei zu erreichen. Sie soll als „Diskussionstribüne für Gegenwarts- und Zukunftsfragen“ fungieren, einen „hohen politischen Gebrauchswert“ haben und „überregionaler Sympathieträger für die DKP“ sein.

Der Parteitag wählte Heinz Stehr zum Vorsitzenden, Rolf Priemer und Bruni Steiniger zu stellvertretenden Vorsitzenden der DKP. Damit wurde das 1990 eingeführte Modell mehrerer gleichberechtigter Sprecher wieder aufgegeben. In den Parteivorstand gelangten weitere 16 weibliche und 18 männliche Funktionäre, unter ihnen Justine Wazansky-Krack aus Nürnberg und Leo Mayer aus München.

Im Mittelpunkt des Parteitags standen Diskussion und Beschlußfassung über den Hauptantrag des Parteivorstands für ein Aktionsprogramm der DKP mit dem Titel „Die Rechtsentwicklung stoppen! Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau!“. Das Aktionsprogramm - abgedruckt in den vom Parteivorstand herausge-



UZ als Wochenzeitung

leuwahl des parteivorstands

ktionsprogramm

gebenen „DKP-Informationen“ Nummer 3 vom 29. Februar - ergänzt und konkretisiert die seit 1993 gültigen „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“. Mit ihm ändert die DKP ihre ideologische Ausrichtung nicht; sie beharrt nach wie vor auf der Notwendigkeit eines „revolutionären Bruchs“ mit der bestehenden Gesellschaftsordnung:

*Revolutionärer
Bruch mit der
bestehenden
Gesellschafts-
ordnung*

„Zur Lösung der Probleme muß das kapitalistische System nicht nur punktuell sozial und ökologisch gestaltet und verbessert, sondern überwunden werden. Der Kapitalismus kann unserer Meinung nach nicht auf dem Weg von Reformen, ohne tiefgreifende Umgestaltungen und ohne revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnissen in eine Gesellschaftsordnung umgewandelt werden, in der alle Menschen sich in gleicher Weise frei entfalten können. Dieser revolutionäre Bruch hin zu einer neuen Gesellschaft führt zum Sozialismus. Auf diesem Weg kommt der Arbeiterklasse aufgrund ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen eine entscheidende Bedeutung zu. (...) Revolutionäre Strategie muß einen gangbaren Weg zum Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen aufzeigen.“

Nach einem Bericht des DKP-Zentralorgans UZ vom 23. Februar hat die Partei Anfang des Jahres einen „Verein zur Förderung von sozialistischer Arbeiterjugend- und Kinderpolitik“ (SOJA) ins Leben gerufen. Er soll anknüpfen an den 1906 entstandenen „Verband der arbeitenden Jugend Deutschlands“ und Verbände unterstützen, die im Sinn sozialistischer Politik „Jugendliche und Kinder organisieren“.

Zu einem Forum unter dem Motto „Verteidigt die Einheitsgewerkschaft! Kein Bündnis mit Kohl und Kapital“ am 30. März in Hannover hatte die DKP Betriebsräte und Gewerkschafter eingeladen. Vor etwa 100 Teilnehmern sprachen die DKP-Funktionäre und Betriebsräte Leo Mayer und Rolf Knecht. In der Kritik standen insbesondere der Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms sowie das vom IG-Metall-Vorsitzenden geforderte „Bündnis für Arbeit“. Statt Sozialpartnerschaft anzustreben, sollten sich die Gewerkschaften für die Beseitigung des kapitalistischen Systems einsetzen. Dafür müßten wieder mehr Linke und Kommunisten in Führungspositionen der Gewerkschaften gebracht werden. Die DKP wolle außerparlamentarische Aktivitäten unterstützen, um im Klassenkampf die berechtigten Forderungen der arbeitenden Menschen durchzusetzen.

*Unterstützung
außerparlamentarischer
Aktivitäten*

Das DKP-Zentralorgan UZ berichtete in seiner Ausgabe vom 9. Februar über eine gemeinsame Erklärung der DKP, der Kommunistischen



Partei der Arbeit der Türkei (TKEP) und der Kommunistischen Partei Kurdistans (KKP). Die Erklärung sei ein „Signal von links“ gegen Rechtsentwicklung, Ausländerfeindlichkeit und militärische Abenteuer der Bundesrepublik Deutschland. In dem Papier werde die Türkei als reaktionäres und militär-autokratisches Regime charakterisiert, dessen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung der Stärkung der Südostflanke der NATO diene. Dagegen seien die Forderungen zu richten: Stopp der Militärhilfe, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes, Anerkennung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als Kriegspartei und Verhandlungspartner, Anerkennung des Kurdischen Exilparlaments und freie Betätigung für demokratische kurdische Organisationen in Deutschland.

Einem Bericht der Tageszeitung „junge Welt“ vom 25. Juni zufolge initiierte die DKP zum Jahrestag des KPD-Verbots (17. August 1956) am 22. Juni in Karlsruhe eine Veranstaltung mit dem Thema „40 Jahre KPD-Verbot - gegen politisches Unrecht gestern und heute“, auf der auch die KPF der PDS vertreten war. Der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr behauptete, bereits wenige Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus seien die konsequentesten Nazi-Gegner wieder verfolgt worden. In der BRD sei der Faschismus nie wirklich aufgearbeitet und daher der Antikommunismus als Staatsdoktrin übernommen worden. Der müsse gesellschaftlich gebrochen werden.

2.3.2 Organisation

In den westlichen Bundesländern unterhält die DKP zwölf Bezirksorganisationen, die in Kreis- und Grundorganisationen unterteilt sind. Die früher in Berlin-Ost und Berlin-West existierenden Bezirksorganisationen schlossen sich im Oktober 1995 zur Bezirksorganisation Berlin zusammen; sie soll vor allem die Mitglieder in den fünf neuen Ländern betreuen. Die Zahl der Mitglieder stagniert bei 6.000.

In Bayern bestehen zwei Bezirksorganisationen (Nord- und Südbayern) und zehn Kreisverbände sowie zwei Betriebsgruppen. Die Mitgliederzahl in Bayern verharrte bei rund 600. Die DKP wird überwiegend von Altkommunisten repräsentiert, bei denen sich zum Teil Resignation breit macht.

Die DKP hat weiterhin Schwierigkeiten mit der Finanzierung der Partiarbeit.

Jahrestag des
KPD-Verbots

Organisations-
strukturen

konstante
Mitgliederzahl
Bayern

2.3.3 Teilnahme an Wahlen

Die Beteiligung der DKP an den Kommunalwahlen am 10. März war für die Partei ohne Erfolg. Der linksextremistischen Partei gelang es in Bayern nicht, in kommunale Vertretungen einzuziehen.

*Erfolgreiche
Teilnahme an
Kommunalwahlen
in Bayern*

In Nürnberg traten acht Kandidaten der DKP auf der 25 Bewerber umfassenden Offenen Liste PDS/Linke Internationale Liste (PDS/LIL) zur Stadtratswahl an; das Wahlbündnis gewann aber kein Mandat. In Schwandorf trat die DKP mit einer Liste DKP/Linke Alternative Wähler (DKP/LAW) zur Stadtratswahl an, scheiterte jedoch mit einem Stimmenanteil vom 0,8 %. Dies bedeutete für den bisherigen Stadtrat der DKP und Spitzenkandidaten der Liste, Werner Zöttl, den Verlust seines Mandats. Erfolglos blieb auch die Kandidatur des DKP-Funktionärs Bruno Köhler, der in Schweinfurt auf der Offenen Liste BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Platz 32 nominiert war. In München war das aus „Linke alternative Liste München (LaLM) und PDS“ bestehende Wahlbündnis „LaLM & PDS“ - es wollten neun DKP-Mitglieder kandidieren - schon im Zulassungsverfahren erfolglos; die Listenverbindung erhielt nur 896 von 1.000 notwendigen Unterschriften. In Röthenbach/Pegnitz, Landkreis Nürnberger Land, wollte die DKP mit 10 Bewerbern (9 DKP-Mitglieder, 1 Parteiloser) mit einer eigenen Kandidatenliste antreten, schied jedoch im Zulassungsverfahren aus. Auch in Weibersbrunn, Landkreis Aschaffenburg, plante die DKP, sich an der Kommunalwahl mit einer eigenen Liste zu beteiligen, scheiterte jedoch ebenfalls im Zulassungsverfahren.

2.3.4 Umfeld der DKP

Zum Bundeskongreß der linksextremistisch dominierten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) am 1. und 2. Juni in Braunschweig waren - nach einem Bericht in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 3. Juni - 138 Delegierte gekommen. Die VVN-BdA sowie die Partnerverbände in den neuen Bundesländern - der Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener e.V. (IVVdN) und der Bund der Antifaschisten (BdA) - hätten neue Impulse für eine Zusammenarbeit setzen wollen. Julius Kurt Goldstein, Ehrenpräsident des IVVdN, habe angekündigt, zunächst werde sich sein Verband mit dem BdA unter ein gemeinsames Dach begeben. Der BdA-Vorsitzende Heinrich Fink (ehemaliger

*Bundeskongreß
der VVN-BdA*



Rektor der Humboldt-Universität Berlin; wegen IM-Tätigkeit für das MfS entlassen) habe sich zum Antifaschismus der DDR bekannt. Fink habe die Totalitarismusthese als eine Verfälschung der Geschichte des Faschismus und Antifaschismus verurteilt.

Unter dem Titel „Die VVN-Bund der Antifaschisten wird gebraucht“ veröffentlichte das DKP-Zentralorgan UZ vom 23. August einen Aufruf zum bevorstehenden 50. Jahrestag der Gründung der VVN-BdA am 15. März 1997. In dem „Appell aus der Gründergeneration der VVN an die nachfolgenden Generationen“, der vom Altkommunisten Kurt Bachmann (von 1969 bis 1973 Vorsitzender der DKP) unter Beteiligung von weiteren 39 älteren Mitgliedern der VVN-BdA initiiert wurde, heißt es, die Aufgaben des Antifaschismus seien noch nicht gelöst. Nach einem anfänglichen antifaschistischen Konsens 1945 seien in der BRD die alten Macht- und Besitzverhältnisse wieder hergestellt worden. Der Appell bewegt sich auf der Linie der orthodox-kommunistischen Faschismuskonzeption, der zufolge es gilt, den Faschismus mit seinen Ursprüngen - besonders der „kapitalistischen“ Wirtschaftsordnung - auszumerzen. Die Aufgaben antifaschistischer Politik seien demnach erst mit der Errichtung einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaftsordnung erledigt. (In der früheren DDR war die dortige VVN bereits 1953 mit der Begründung aufgelöst worden, mit der Ausrottung der „Wurzeln des Faschismus“ seien deren Aufgabe erfüllt.)

*„kommunistische
sicht des Anti-
faschismus“*

Internet

Seit Februar präsentiert sich die kommunistisch beeinflusste VVN-BdA im Internet. Sie bezeichnet sich dort als „mit knapp 10.000 Mitgliedern die größte Organisation von Antifaschisten und ehemaligen Widerstandskämpfern in Deutschland“.

2.4 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die 1982 in Bochum als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin“ gegründete MLPD fordert in ihrem Programm den revolutionären „Sturz der Herrschaft der Monopolkapitalisten“ und die „Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ unter einer „Diktatur des Proletariats“. Sie bekennt sich zu den Lehren von Marx, Lenin und Mao Tse-tung. In ihrem Zentralorgan Rote Fahne führt sie in dem ständigen Text, mit dem sie „Informatio-

*„Diktatur des
Proletariats“*

nen für neue Leserinnen und Leser“ gibt, unter anderem aus: „Die MLPD wendet den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungsideen schöpferisch auf die heutige Situation an.“

Mitglieder hat die Partei vor allem im west- und südwestdeutschen Raum. Sie sind in Betriebszellen, Ortsgruppen und Bezirken organisiert, die einer „zentralen Leitung“ mit Sitz in Essen unterstehen. Die MLPD verfügt bundesweit über rund 2.700 Mitglieder, davon etwa 140 in Bayern. Nebenorganisation der Partei ist der Jugendverband REBELL. Von der MLPD beeinflusst ist der Frauenverband Courage.



Als Vorfeldorganisation besteht seit 24./25. Februar die in Kassel gegründete Solidarität International (SI). Die Organisation entstand aus der Internationalen Solidaritäts- und Hilfsorganisation (ISHO) und hat nach Eigenangaben etwa 1.000 Mitglieder. Ziel der Organisation ist es, für den Gedanken der „internationalen Solidarität“ tätig zu werden. Angesichts der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion setze sie sich besonders für die internationale Koordinierung und Revolutionierung der Kämpfe ein. Die SI organisiert dem Grundsatzprogramm zufolge „Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstbefreiung“, indem sie befreundete Organisationen in anderen Ländern unterstützt. Auch der am 21. September in Gelsenkirchen gegründete Verein Deutsch-Philippinische Freunde fungiert als Vorfeldorganisation. Mit ihm soll der „Befreiungskampf“ auf den Philippinen unterstützt werden. Nach dem Programm gehört es zum Selbstverständnis des Vereins, „alle gerechten Kampfformen der Massen zu unterstützen, einschließlich des bewaffneten Befreiungskampfes“.

Gründung von Vorfeldorganisationen

Die MLPD ist aufgrund ihrer sektiererischen Haltung im gesamten linksextremistischen Lager weitgehend isoliert. Von anderen linksextremistischen Parteien grenzt sie sich durch scharfe kritische Äußerungen ab. Sie ist bemüht, trotz interner Probleme ihren Parteaufbau zu festigen. In Bayern zeigte die Partei keine nennenswerten Aktivitäten.

Weitgehende Isolierung

2.5 Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)

Mehrere örtlich tätige maoistisch orientierte Arbeiterbasisgruppen schlossen sich 1973 zum AB zusammen. Dieser beruft sich in seinen programmatischen Aussagen auf den Marxismus-Leninismus und die

Zusammenschluß von Basisgruppen

Ideen Stalins sowie Mao Tse-tungs. Sein Ziel ist die Beseitigung der „herrschenden Ausbeuterklasse“ und die „Errichtung einer Diktatur des Proletariats“, um den Kommunismus in einer „klassenlosen Gesellschaft“ zu verwirklichen. Der AB bekennt offen, daß dies nur mit Gewalt zu erreichen sei, da die „herrschende Klasse“ nicht freiwillig auf ihre Macht verzichte.

Schwerpunkt in
Bayern



Der AB ist vorwiegend in Bayern tätig. Es bestehen Gruppen in Augsburg, München, Nürnberg und Regensburg. „Freundeskreise“ in München, Nürnberg und Regensburg sollen den AB finanziell unterstützen. In weiteren Städten des Bundesgebiets verfügt der AB über Ortsgruppen bzw. Stützpunkte. Die Gesamtmitgliederzahl blieb konstant bei etwa 200, davon rund 100 in Bayern.

Zwei Flügel

Der AB ist in zwei Flügel gespalten. Der größere nennt sich nunmehr Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (Gruppe KAZ). Er sieht sich weiterhin in der Tradition des AB. In der KAZ wird über die Frage diskutiert, ob sich die Gruppe auflösen und kollektiv in die DKP eintreten soll. Es zeichnet sich ab, daß eine Doppelmemberschaft angestrebt wird. Der kleinere, der PDS nahestehende Flügel kritisierte in mehreren Veranstaltungen u. a. Menschenrechtsverletzungen und Folter in der Türkei. Da der AB kaum mehr eigene Aktionen durchführen kann, wird er künftig verstärkt die Zusammenarbeit mit anderen links-extremistischen Gruppierungen und Parteien suchen.

3. Autonome

3.1 Überblick

Die Gewaltbereitschaft der Autonomen hält unvermindert an und hat einen wesentlichen Anteil an der Bedrohung der Inneren Sicherheit in Deutschland. Autonomen sind über 80 % der linksextremistisch motivierten Gewalttaten zuzurechnen. Die ersten autonomen Gruppen entstanden Ende der 70er Jahre. Ihr Tätigkeitsfeld beschränkte sich seinerzeit im wesentlichen auf den Bereich der Antikernkraftbewegung. Inzwischen sind autonome Gruppen in allen Themenbereichen linksextremistischer Agitation tätig. Mit der Ausweitung der Aktivitäten konnten sie ihren Einfluß ausbauen und stetig neue Anhänger für

ihre diffusen Vorstellungen gewinnen. Inzwischen stellen sie eine der bedeutendsten Strömungen des Linksextremismus in Deutschland dar.

Durch geschickte Agitation versuchen Autonome, auch demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren. Auch für bayerische Autonome hat das Thema „Antikernkraft“, bundesweit ein Hauptaktionsfeld der Autonomen, mit dem Neubau des Forschungsreaktors für die Technische Universität in Garching und den Castor-Transporten aus dem Kernkraftwerk Gundremmingen an Bedeutung gewonnen. Das Thema „Antifaschismus“ stellt für Autonome nach wie vor ein Hauptthema für Aktionen dar.

*Mobilisierung
demokratischer
Protestbewe-
gungen über
Agitationsthemen*

3.2 Ideologische Ausrichtung

Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept. Sie folgen unklaren anarchistischen und anarchokommunistischen Vorstellungen. Wesentliches Element ist die ungehemmte Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, um frei von „Lohnarbeit“, sozialen Zwängen und Rücksichtnahmen, eben „autonom“ zu leben. Im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Gruppierungen ist Autonomen ein ausformuliertes Programm oder verbindliches Statut fremd. Die losen, überwiegend kurzlebigen Gruppen bilden sich meist über Aktionsthemen. Feste Bindungen an die Gruppen werden schon aufgrund der negativen Grundeinstellung gegenüber jeglichen hierarchischen Strukturen abgelehnt. Einig sind sich die Autonomen in der kategorischen Ablehnung von Staat und Gesellschaft. Ihr Ziel ist die Abschaffung des Staates und seiner Institutionen, um an seiner Stelle eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu errichten, von der indessen niemand weiß, wie sie im einzelnen aussehen soll. Vielen Anhängern genügt auch das Grundgefühl von „Antistaatlichkeit“.

*Grundgefühl von
„Antistaatlichkeit“*

Die autonome Gruppe „zusammen kämpfen“ aus München behauptete in einem Flugblatt zur Kommunalwahl in Bayern, der heutige Staat sei nichts anderes als ein Organ der Klassenherrschaft der Kapitalisten über das Proletariat. Die parlamentarische Demokratie sei eine „betrügerische Lösung des Problems der Demokratie“, die Vertretungskörperschaften seien an sich undemokratisch. Eine Partei könne nie repräsentativ für die Interessen der Bevölkerung sein. Zudem stehe das System der Bundesrepublik Deutschland in faschistischer Kontinuität. Durch die Übernahme des alten Systems, des Kapitalismus, gebe es „eine ungebrochene faschistische Kontinuität in allen wirt-

Kommunistische
klassenlose
Gesellschaft

schaftlich und politisch wichtigen Bereichen". Die Verfasser favorisieren dagegen die Selbstverwaltung und das Rätssystem als neue Gesellschaftsform. Eine kommunistische klassenlose Gesellschaft lasse sich nicht per Wahlzettel durchsetzen. Erforderlich sei hierfür vielmehr ein „langandauernder, harter und schwieriger Kampf gegen Staat und Kapital“, der sich überwiegend außerhalb der Parlamente abspiele. Dennoch empfehlen die Verfasser, die „Grünen als die liberalste und linkeste Partei“ zu wählen. Dies geschehe jedoch nicht aus der Illusion heraus, daß sich bei einem möglichen Wahlsieg am System grundsätzlich etwas verändere, sondern verfolge „die Taktik, einen möglichst großen legalen und öffentlichen Spielraum zu erhalten, um eine revolutionäre internationalistische proletarische Bewegung zu organisieren/entwickeln!“.

Die Antifaschistische Jugendfront Passau (AJF) führte in einer Selbstdarstellung, abgedruckt in ihrer Publikation „radikalender“, Ausgabe 1/96, u.a. aus:

Rechtfertigung
von Gewalt

„Unser utopisches Fernziel ist ... eine unterdrückungsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung. Da wir aber wissen, daß dieses Ziel nur schwer zu erreichen ist, beschränken wir uns ersteinmal auf ‚Schritt‘-Ziele: Wir versuchen, so viele alternative Freiräume wie möglich zu schaffen, ... (...) Um solche Freiräume zu schützen ist für uns militantes Vorgehen gerechtfertigt. Gewalt wird Nazis nicht ändern, allerdings hindert sie sie daran, ihre menschen-verachtenden Gedanken zu verbreiten. (...) Gewalt gegen Nazis ist die Verteidigung (die auch offensiv sein kann) der Menschenwürde.“

Die Ziele der Passauer Gruppe sollen zwar primär im Rahmen der Diskussion mit legalen Mitteln erreicht werden, aber:

„wir distanzieren entsolidarisieren uns aber auch nicht von Menschen, die diesen gesetzlichen Rahmen übertreten und gewaltsam oder auf sonst irgendeine ‚illegale‘ Art und Weise gegen Nazis, Vergewaltiger, die Staatsmacht o.ä. vorgehen um die HERRschenden Zustände zu ändern, ...“

Gewalt gegen
Personen

Die Bejahung von Gewalt zur Durchsetzung von Zielen ist unumstrittener Bestandteil autonomen Selbstverständnisses. Ihre Gewalttaten versuchen sie als „Gegengewalt“ gegen staatliche Maßnahmen und Regelungen zu rechtfertigen. Auch Gewalt gegen Personen wird von Autonomen entgegen früherer Praxis inzwischen insbesondere bei Aktionen gegen politische Gegner als geeignetes Mittel angesehen und angewendet.

Deutlich wird dies u.a. in einem Interview der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen, „Kopf“ der autonomen Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) mit dem Passauer „Antifa Jugendinfo“ (undatiert, im August verbreitet). Darin erklärt ein Vertreter der Gruppe, die Geschichte habe gezeigt, daß man Faschisten nicht durch Worte stoppen könne. Die den „Antifas“ oftmals entgegengehaltene These „Wenn ihr Gewalt anwendet seid ihr nicht besser als Faschisten“ sei Blödsinn:

„Die Frage ist nicht Gewalt gegen Gewalt, sondern gegen wen ich meine Aktionen richte (...) Linke und AntifaschistInnen haben viele Mittel der Auseinandersetzung, Militanz ist eines von vielen. Darüber hinaus ist Militanz kein blindes Umsichschlagen, sondern richtet sich gegen VerursacherInnen von Unterdrückung und ihre Strukturen. Also entweder gegen FaschistInnen, deren Strukturen oder gegen staatliche und wirtschaftliche Einrichtungen, die verantwortlich sind für Völkermord, Kriegseinsätze, Waffenlieferungen, Abschiebungen oder den Bau von Atomkraftwerken.“

Auch die Formierung von „Schwarzen Blöcken“ bei Demonstrationen sei in diesen Zusammenhang einzuordnen: Als Symbol für „militanten Antifaschismus“ und eine „Politik, die das Gewaltmonopol des Staates nicht anerkennt“. Das „Antifa-Jugendinfo“ ist als Sprachrohr der Antifaschistischen Aktion Passau anzusehen, die ebenso wie die Autonome Antifa (M) der AA/BO angehört.

Gewaltakte der Autonomen, im Szenejargon auch als „klandestine Aktionen“ bezeichnet, erfolgen äußerst konspirativ. Sie werden durch Ausspähung der Zielpersonen und Objekte vorbereitet. Hierzu sind in der Szene Anleitungen, z.B. „Tips und Tricks zur Vermeidung von Spuren“, im Umlauf. Die polizeilichen Ermittlungen sind deshalb häufig sehr schwierig.

*Gezielte
Vorbereitung der
Gewalttaten*

3.3 Aktionsthemen

Eine wesentliche Rolle nimmt für Autonome das Thema Antifaschismus ein. Darunter verstehen sie nicht nur den unmittelbaren Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern auch den Kampf gegen die Bundesrepublik Deutschland. Diese stehe in direkter Kontinuität zum „Dritten Reich“ und verfolge selbst „faschistische, rassistische und imperialistische“ Ziele. Mit ihren Aktionen soll der Staat selbst als „faschistisch“ vorgeführt werden.

Antifaschismus

Aktionsthemen hierfür sind u.a. „Rassismus“, „Kapitalismus“ und soziale Probleme.

So heißt es u.a. in einer Selbstdarstellung der Antifaschistischen Jugendfront Passau (AJF), abgedruckt in ihrer Publikation „radikalender“, Ausgabe 1/96:

„Antifa-Politik, also auch unsere Politik beinhaltet eine grundlegende Kritik und Auseinandersetzung mit diesem System und den HERRschenden Zuständen, konkret heißt das, daß wir als AntifaschistInnen erst mal aktiv gegen Nazis vorgehen, da wir Nazis ‚nur‘ als Symptom dieser Gesellschaft sehen, dessen Gründe tiefer in dieser Gesellschaft verwurzelt sind, wollen wir diese radikal (radikal: von der Wurzel her) angehen. Unser Antifaschismusverständnis bezieht sich also nicht nur auf reine Anti-Nazi Arbeit, sondern geht weit darüber hinaus, so daß wir uns mit vielen gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen, ...“

*Kampagne gegen
die JN*

Ein Schwerpunkt der „Antifa-Aktivitäten“ der Autonomen richtet sich derzeit gegen die Jungen Nationaldemokraten (JN). In einer in der linksextremistischen Szene verbreiteten ersten Ausgabe (Herbst 1996) einer „Antifaschistischen Sonderzeitung“ mit dem Titel „Tu Matsch Nazis“ heißt es zu Geschichte, Ideologie, Strukturen und Kadern der JN, diese hätten sich immer mehr als Führungsorganisation im militanten neofaschistischen Lager herauskristallisiert und seien für den alltäglichen rechten Terror verantwortlich. Bei ihnen arbeiteten zahlreiche Mitglieder und Funktionäre verbotener „NS-Gruppen“ mit. Im Gegensatz zu den meisten militanten Nazis lehnten die JN die Orientierung am Hitlerfaschismus ab und versuchten statt dessen, sich als „moderne“ Jugendbewegung darzustellen. Sie bedienten sich bei ihrer Propaganda gegen „Sozialabbau“ pseudolinker Sprüche wie „Gegen System und Kapital“, um uralte faschistische Ideen zu neuem Leben zu erwecken. Die Zeitung veröffentlicht Namen und Fotos von 12 JN-Funktionären und fordert:

„weg mit den jungen Nationaldemokraten! ... organisiert die antifaschistische Selbsthilfe!“

*Schwerpunkt
Antikernkraft*

Das Thema „Antikernkraft“ hat in der Szene mit den Castor-Transporten wieder zentrale Bedeutung erhalten. Die Autonomen und andere Linksextremisten benutzen den Kampf gegen vermeintliche Gefahren der friedlichen Nutzung der Kernenergie jedoch nur als Vorwand für ihre extremistischen Ziele, d.h. ihren Kampf gegen den Staat und seine Organe. In einer Publikation mit dem Titel „Der

Wurfanker“, verbreitet im August, heißt es hierzu u.a., bürgerliche Formen des Protests reichten allein nicht aus, um das Atomprogramm zu kippen. Es gehe vielmehr darum, im Sinn einer „sozialen Revolution“ schon bestehende militante Aktions- und Widerstandsformen auszubauen und zu koordinieren. Die Verfasser konkretisieren in einem weiteren redaktionellen Beitrag ihre Vorstellungen eines linksradikalen, antikapitalistischen Widerstands. Es müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß Atomenergie Teil des patriarchal-kapitalistischen Systems sei. Aus Profitinteresse werde gegen die Menschen gewirkt und die „Dritte Welt“ ausgebeutet und unterdrückt.

„Zentralisierte Energieerzeugung in AKWs und Zentralisierung staatlicher Macht hängen zusammen. Der Staatsapparat soll ‚stabile‘, kapitalistische Verhältnisse aufrechterhalten. Wir schießen auf diesen Staat sowieso, auf seinen Parlamentarismus - weil wir nicht in Staaten leben wollen und für ein selbstbestimmtes, HERRschaftsfreies Leben kämpfen (Wir nennen das Kommunismus und Anarchie).“

Eine Veränderung gelinge nur über die Abschaffung der „HERRschaft des Menschen über den Menschen“, d.h. die Zerschlagung des bestehenden Systems. Dabei sollen die Menschen durch einen „Prozeß der sozialen Revolution“ gehen:

*Zerschlagung
des Systems*

„die persönliche Verfügungsgewalt über ihr Leben zurückerobern, anfangen ..., die klassenlose Gesellschaft zu errichten und die patriarchalen Gewaltverhältnisse überwinden. Privateigentum an Produktionsmitteln, Geld und Lohnarbeit werden abgeschafft werden müssen ...“

Nach diesem kommunistischen Prinzip würden alle bekommen, was sie brauchen, und „die HERRschenden auf dem Misthaufen der Geschichte landen“. Der Kampf müsse die gesamte Struktur des Atomprogramms zum Angriffspunkt machen und dezentral in die Städte und Regionen getragen werden. Als ein denkbare Beispiel führen die Autoren an:

„Wie wäre es z.B., mit einer zerschlagen wir ‚Siemens‘-Kampagne statt einem ‚Siemens-Boycott‘? Natürlich mit den entsprechenden netten militanten Aktionen ... Generell sind die Firmen ausfindig zu machen, die HandlangerInnen des Atomkapitals, etc. Ideen und Fantasie haben wir genug.“

Die Zeitschrift enthält ferner eine Reihe bereits aus linksextremistischen Publikationen, wie „INTERIM“ oder „Agitare bene“, bekannter technischer und taktischer Anleitungen zur Herstellung von und zum Umgang mit Wurfankern sowie zum Zerstören von Strommasten.

*Anleitungen zu
Straftaten*

In Nürnberg nutzen die Autonomen die Auseinandersetzung um die Schließung des Kommunikationszentrum der Stadt Nürnberg (KOMM) nach dem Beschluß des Stadtrates zur Kündigung der Mietverträge zum 31. Dezember 1997 als Thema, um Bündnispartner aus dem gesamten linksextremistischen Lager für ihre zum Teil gewalttätigen Aktionen zu gewinnen.

Weitere Themen waren Solidaritätsaktionen zugunsten der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und anderer türkischer Gruppen, Sanierungsmaßnahmen in Großstädten und die Agitation gegen Sparmaßnahmen der Bundesregierung.

3.4 Autonome Strukturen

3.4.1 Autonome in Bayern

Schwerpunkte in Bayern

Örtliche Schwerpunkte der Autonomen in Bayern waren auch im Jahr 1996 Nürnberg, Passau und München. Die Passauer Autonomen beschränkten sich im Gegensatz zu den Vorjahren im wesentlichen auf publizistische und versammlungsrechtliche Aktivitäten sowie kleinere Sachbeschädigungen. Die in den Vorjahren feststellbare besonders hohe Gewaltbereitschaft der Passauer Gruppen ging vor allem aufgrund polizeilicher Maßnahmen deutlich zurück. Allerdings nahmen zum Jahresende, offenbar bedingt durch Neuzugänge, die Aktionen in Passau wieder deutlich an Schärfe zu. Demgegenüber zeigten die zunehmend aggressiver werdenden Autonomen in Nürnberg nach einer „Durststrecke“ insbesondere in den Auseinandersetzungen um die Schließung des KOMM gesteigerte Aktivitäten. Die Bedeutung des KOMM als zentrale Anlauf- und Kontaktstelle geht zurück. Den Autonomen scheint es zu gelingen, ihre ideologische und organisatorische Tätigkeit an anderen Orten fortzusetzen. Daneben bestehen autonome Gruppen in den Bereichen Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, Regensburg, Rosenheim und Würzburg. Auch aus anderen Städten wurden Aktivitäten bekannt, die als Indiz für das Vorhandensein autonomer Strukturen gewertet werden müssen. Insgesamt gehören autonomen Gruppen in Bayern rund 500 Personen an.

500 Autonome in Bayern

Die Verweildauer der Anhänger in den Gruppen beträgt regelmäßig nur wenige Jahre. Personelle Verluste durch „Rückzug ins Private“ füllen sich jedoch kontinuierlich auf. Die oft kurzlebigen, meist aus konkretem Anlaß gegründeten Gruppierungen tragen Namen wie

Rote Antifa Nürnberg, Autonome Zelle „Erich Mühsam“, „zusammen kämpfen“, Antifaschistische Jugendfront und Antifaschistische Aktion, z.B. die im Verlauf des Jahres erstmals in Erscheinung getretene autonome Gruppierung Antifaschistische Aktion München.

Die frühere grundsätzliche Ablehnung von Organisationsformen und verbindlichen Strukturen haben die Autonomen teilweise aufgegeben.

3.4.2 Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO)

Die AA/BO ist einer der wenigen erfolgreichen Versuche, im autonomen Bereich dauerhafte Organisationsstrukturen zu schaffen. Sie hat wesentliche Bedeutung für die gewaltbereite autonome antifaschistische Szene und ist eine Art Dach für gewaltorientierte Gruppierungen zur Verankerung und Verbreiterung des Widerstands. Eine zentrale Rolle in dieser Organisation nimmt die militante Autonome Antifa (M), Göttingen, ein. Daneben haben in der AA/BO auch die Antifaschistische Aktion Passau (AA Passau) und die AA Berlin erhebliche Bedeutung erlangt. Die linksextremistische Zielsetzung der AA/BO zeigt sich u.a. an der von ihr propagierten These, daß sich der Antifaschismuskampf gegen die Grundpfeiler der bürgerlichen Herrschaft richten müsse. Die Parole lautet „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System“.

*Wichtige Rolle
der AA Passau*

Der AA/BO gehören Gruppierungen aus etwa zehn Städten im gesamten Bundesgebiet an. In Bayern ist dies neben der AA Passau die Rote Antifa Nürnberg (RAN). Eine große Nähe zur AA/BO zeigt ferner die Antifaschistische Aktion München. Sie erklärte auf einer Demonstration gegen die Feiern zum Volkstrauertag am 17. November in München, im Kampf gegen die Jungen Nationaldemokraten (JN) mit den Passauer und Nürnberger Gruppen der Antifaschistischen Aktion zusammenarbeiten zu wollen. Das Aufrufflugblatt zu dieser Versammlung trug bereits das Logo der AA/BO.

*Mitglieder in
Bayern*

Die AA/BO zeigte Anfang des Jahres nach dem Austritt mehrerer Gruppen Zerfallserscheinungen. Unter wesentlicher Mitwirkung der AA Passau gelang es jedoch, die AA/BO zu stabilisieren. Mitglieder der autonomen AA Passau kritisierten in einem Positionspapier das Fehlen „jeglicher antifaschistischer Praxis innerhalb der AA/BO“. So seien die letzten

AA/BO stabilisiert



bundesweiten Treffen nicht mehr als „Vernetzungstreffen“ ohne „politische Zielrichtung“ gewesen. Die AA/BO laufe Gefahr, ein antifaschistischer Diskutierclub ohne jeglichen Praxisbezug und damit auch ohne politische Relevanz zu werden. Die AA/BO müsse heraus aus den Abgrenzungsbestrebungen gegenüber anderen Gruppen, um so eine Fraktionierung oder Spaltung zu verhindern. In einem Diskussionsvorschlag für eine bundesweite Kampagne der AA/BO schlug die AA Passau Themen vor, die für alle Mitglieder annehmbar sein sollten. Die AA/BO solle sich verstärkt den Themen „Repressiv nach innen, aggressiv nach außen“, „Innere Sicherheit“ und „Repression gegen Linke und MigrantInnen, Militarisierung nach außen - Machtpolitik der BRD in Europa“ widmen.

Die Arbeitsgruppe Internationalismus/Kurdistan innerhalb der AA/BO hat in einem internen Papier mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß „Antifaschismus“ und „Internationalismus“ untrennbare Bestandteile der „politischen Arbeit“ seien. Die „Linke“ müsse sich stärker als bisher mit den Kräften des „Kurdischen Befreiungskampfes“ solidarisieren und die AA/BO sollte diese Befreiungsbewegung zum Schwerpunkt ihrer „internationalistischen Arbeit“ machen. Ohne die Wirtschafts- und Militärhilfe der BRD könne die Türkei keinen Krieg gegen das kurdische Volk führen. Deshalb müsse der Imperialismus getreu dem Motto von Karl Liebknecht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ bekämpft werden. Die Gruppe fordert die einzelnen autonomen Gruppen und die AA/BO als Organisation auf, Kontakte zu den Kurden in Deutschland zu suchen bzw. bestehende auszubauen sowie in „praktischen Initiativen den Kampf der KurdInnen“ zu unterstützen. Angehörige autonomer Strukturen in Bayern nehmen verstärkt an überregionalen bundesweiten Treffen teil.

*Solidarität mit
der PKK*

Die erste Große Strafkammer des Landgerichts Lüneburg hat das Strafverfahren gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M), Göttingen, u.a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), eingestellt. Den Angeklagten wurde die Zahlung einer Geldbuße von je 3.000 DM und die Abgabe der Erklärung auferlegt, in Zukunft die Vorschriften des Versammlungsgesetzes zu „berücksichtigen“. Sie hatten sich geweigert, die anfänglich geforderte (eindeutige) Erklärung abzugeben, die Vorschriften des Versammlungsgesetzes „zu beachten und einzuhalten“. Das Sprachrohr der Gruppe, die Zeitschrift „EinSatz“, verhöhnnte in ihrer Ausgabe Nummer 13, Juli/August 1996, die Lüneburger Richter als „Gesetzesmarionetten“.

*Strafverfahren
gegen die AA/BO*

3.4.3 Informationelle Vernetzung

Dem Gedankenaustausch und Informationsfluß zwischen Autonomen dienen auf Ortsebene vor allem ständige Einrichtungen wie Info-Läden, Szenelokale und andere Begegnungsstätten, wie z.B. noch im Kommunikationszentrum der Stadt Nürnberg (KOMM), in denen auch einschlägige Publikationen aufliegen. Die als Anlauf- und Kontaktstellen fungierenden Info-Läden sind dabei als wesentlicher Faktor für die Kommunikation innerhalb der autonomen Szene anzusehen. Eine in der Szene verbreitete Übersicht führt mehr als 80 solcher Anlaufstellen im Bundesgebiet auf. In Bayern bestehen Info-Läden u.a. in Aschaffenburg, Augsburg, Fürth, München, Nürnberg, Passau und Regensburg. Für die landes- und bundesweite sowie die internationale Kommunikation werden moderne Kommunikationsmittel wie Telefax und Mailbox-Systeme in erheblichem Umfang verwendet, so das von Wiesbaden aus aufgebaute Mailbox-System „Spinnennetz“. Erhebliche Bedeutung hat inzwischen auch die Nutzung des internationalen Informationssystems Internet erlangt. Darin werden, zum Teil über ausländische Anbieter, sogenannte Provider, ebenso wie von Rechtsextremisten

und ausländischen Gruppen Nachrichten und Publikationen mit teilweise strafbarem Inhalt verbreitet. So erklärte z.B. die militante Autonome Antifa (M) in Göttingen zu ihrem ab 1. März vollzogenen Einstieg ins Internet, das sich „zunehmend verschärfende politische Klima in der BRD“ schränke die Möglichkeiten der Autonomen Antifa (M) ein, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen am politischen Diskurs teilzunehmen. Das weitgehend zensurfreie Internet habe sich den bisher praktizierten Holzhammermethoden deutscher Staatsanwaltschaften entziehen können und sich aufgrund seiner technischen Struktur als eine uneinnehmbare Bastion erwiesen. Der Internet-Provider der Autonomen Antifa (M) befinde sich in den Niederlanden und unterliege damit nicht dem Zugriff deutscher Behörden. Insbesondere mit Blick auf den vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg geplanten - inzwischen beendeten - Prozeß gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) erweise sich das Internet als ideal zur Koordinierung internationaler Proteste.

Info-Läden



Mailboxen und Internet

3.5 Autonome Publikationen

Eine weitere Informationsmöglichkeit bieten den Autonomen die Szenepublikationen. Diese werden meist konspirativ hergestellt und verbreitet; ihre Autoren sind weitgehend unbekannt. Neben der Berichterstattung über autonome und terroristische Aktivitäten schüren die Publikationen vor allem den Haß gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie enthalten ferner unverhohlene Aufforderungen und Anleitungen zu Gewalttaten u.a.

*Aufforderungen
zu Gewalttaten*



*Bundesweit
verbreitete
Publikationen*

*Verbreitung über
das Internet*

*Themen-
schwerpunkte*

gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechts-extremisten und deren Einrichtungen sowie - vor allem im Zusammenhang mit den Castor-Transporten - gegen Einrichtungen der Deutschen Bahn AG. Von den bundesweiten Szeneblättern hat nach wie vor die regelmäßig erscheinende, aus Berlin stammende Publikation „INTERIM“ zentrale Bedeutung. Erwähnenswert ist ferner eine Ausgabe der unter wechselnden ausländischen Tarnanschriften vertriebenen militanten autonomen Publikation „radikal“ (Nummer 154). Die Publikation wird auch über das Internet verbreitet, weil deutsche Behörden keinen Einfluß auf das Angebot von ausländischen Internetservern hätten. Deshalb werde es „radikal“ im Internet solange geben, wie der Provider keinen Druck ausübe, die Publikation aus dem Internet zu entfernen. Auch für diesen Fall sei jedoch bereits vorgesorgt, denn der komplette Inhalt sei bereits auf einen weiteren Internetcomputer in den USA transferiert worden. Damit könne in Zukunft allenfalls das Erscheinen gedruckter Exemplare verhindert werden.

Themenschwerpunkte waren 1996 „Antifaschismus“, „Organisierung im autonomen Spektrum“, der „kurdische Befreiungskampf“, „Rassismus“, Flüchtlingspolitik und die Castor-Transporte. Daneben waren wie in den Vorjahren eine Vielzahl von Selbstbezeichnungsschreiben zu Anschlägen sowie Handlungsanleitungen zu Straftaten abgedruckt.

Am 13. Juni, dem Jahrestag der Durchsuchungsmaßnahmen in den Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts gegen „radikal“ und die Terrorgruppen AIZ, RAF und Das K.O.M.I.T.E.E., stellten sich

drei im Juni 1995 abgetauchte mutmaßliche Redakteure der Publikation „radikal“ im Anschluß an eine Pressekonferenz in Bremen der Justiz. Gegenüber der Presse erklärten die drei Beschuldigten, der bisherige Verlauf des Verfahrens gegen vier bereits im Juni 1995 Festgenommene habe ihnen die Rückkehr nahegelegt. Diese seien im Dezember unter Auflagen aus der Haft entlassen und der Vorwurf der Unterstützung terroristischer Vereinigungen fallengelassen worden.

Auch sei es ihnen wichtig, den Prozeß zusammen mit den vier anderen zu führen. Der Prozeß reihe sich nahtlos in eine Vielzahl staatlicher Repressionsmaßnahmen gegen linke Gruppen und Strukturen ein, mit denen jeder Ansatz linken Widerstands zumindest kontrolliert und wenn möglich zerschlagen werden solle. Der letzte von insgesamt acht mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen Redakteuren stellte sich am 26. November den Behörden. Alle Haftbefehle wurden inzwischen gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Eine weitere Ausgabe der Publikation „radikal“ ist seither nicht bekanntgeworden.



In Bayern publizieren die Autonomen ihre politischen Artikel u.a. in regelmäßig erscheinenden Schriften, wie „Barricada“ und „wie weiter“, aus Nürnberg und ähnlichen regionalen, überwiegend unregelmäßig herausgegebenen Blättern. Die bayerischen Publikationen konnten bisher keine überregionale Bedeutung gewinnen. Oft werden darin auch nur Artikel aus bundesweiten Szenepublikationen, wie „INTERIM“ und „radikal“, übernommen und durch Hinweise auf aktuelle Themen und Termine der örtlichen oder regionalen Szene ergänzt.

*Bayerische
Publikationen*

3.6 Aktivitäten autonomer Gruppen in Bayern

3.6.1 Autonome München

Die autonomen Gruppen in München, in den letzten Jahren relativ inaktiv, dennoch aber drittstärkste autonome Szene in Bayern, beginnen, sich zunehmend in der Antikernkraftbewegung zu engagieren. Besondere Bedeutung hat dabei für die Münchner Szene der Neubau des Forschungsreaktors für die Technische Universität München in Garching. Neben den beiden in diesem Bereich seit einiger Zeit besonders aktiven Gruppen „zusammen kämpfen“ und der Autono-

*Protest gegen
Reaktorneubau*

men Zelle „Erich Mühsam“ ist am 28. April erstmals eine weitere Gruppe, die „autonome gruppe münchen“, mit Brandstiftungen in München in Erscheinung getreten. Das Selbstbeichtigungsschreiben, abgedruckt in der militanten autonomen Publikation „INTERIM“, weist Parallelen zu den beiden erstgenannten Gruppen auf. Es besteht die Gefahr, daß die Autonomen den Neubau des Forschungsreaktors in Garching zum Anlaß für gewalttätige Aktionen nehmen.

Die Gruppe „zusammen kämpfen“ beschrieb in der autonomen Publikation „INTERIM“ in einem Beitrag über eine Versammlung am 1. Februar in München den „Zustand der Protestbewegung“. Anlaß für den Beitrag war eine Demonstration gegen die angestrebte BAföG-Neuregelung am 1. Februar in München. Nach Einschätzung der Verfasser sei bei vielen Protestbewegungen die Forderung lediglich auf Reformen gerichtet. Für erfolgreiche Proteste sei jedoch eine Systemgegnerschaft unabdingbar. Ansonsten würden reformistische Kräfte versuchen, die Proteste in eine „staatskonforme Richtung zu kanalisieren“. Auch der massenhafte Protest bliebe ohne Verschärfung für das System ungefährlich. Statt dessen müsse eine soziale Bewegung mit „linksradiakalen Inhalten“ entstehen und der Protest insgesamt radikalisiert werden. Die Gruppe versucht damit, wie von Linksextremisten bereits in der Vergangenheit häufig praktiziert, auf demokratische und friedliche Protestaktionen einzuwirken und diese für ihre extremistischen Ziele zu nutzen. Darüber hinaus ist sie bestrebt, die Themen „Bündnis für Arbeit“ und Neubau des Forschungsreaktors in Garching in ihre Agitation einzubeziehen. Mit dieser Themenverbindung soll versucht werden, eine insgesamt gegen den Staat gerichtete Protestbewegung zu konstruieren und friedliche und demokratisch orientierte Demonstranten einzubeziehen.

*Radikalisierung
der Proteste*

Die autonome Antifaschistische Aktion München (AA München) veranstaltete am 17. November in München mit etwa 100 Teilnehmern einen Aufzug zum Thema „Gemeinsam gegen Faschismus und Militarismus! Wir gedenken den Opfern und nicht den Tätern!“. In ihrem Aufrufflugblatt griff die AA München einen vermeintlichen Versuch der JN an, gemeinsam und mit Duldung der offiziellen Stellen an den Feierlichkeiten zum Volkstrauertag teilzunehmen. Neben der Darstellung der Bedeutung der JN aus Sicht der AA München behaupteten die Verfasser u.a., die Feiern zum Volkstrauertag dienten vor allem dazu, „das Militär neu in der Gesellschaft zu etablieren“. Die erweiterten Funktionen der Bundeswehr bedeuteten „mit der neugewonnenen Souveränität Deutschlands“ jedoch „in Wirklichkeit

*Aktionen am
Volkstrauertag*

nur die Durchsetzung von wirtschaftlichen Interessen kapitalistischer Konzerne“. Wörtlich heißt es:

„Fazit: Veranstaltungen wie der Gedenkmarsch im Hofgarten, an denen rechte Politprominenz, Bundeswehr und Neofaschisten teilnehmen, sind nicht nur harmlose Treffen ‚Ewiggestriger‘, sondern haben die Funktion, deren reaktionäre und militärische Traditionen zu erhalten, diese in die Gegenwart zu transportieren und für die Zukunft nutzbar zu machen.“

Abschließend wurde dazu aufgerufen, die offiziellen Veranstaltungen zu stören. Etwa 30 Teilnehmer folgten dieser Aufforderung mit Zwischenrufen. Die Polizei drängte die grob störenden Personen nach erfolglosen Ermahnungen zur Wahrung des ernstesten Charakters der Trauerfeier ab und nahm sie vorläufig fest.

3.6.2 Autonome Nürnberg

Mehrere autonome Gruppen aus dem Großraum Nürnberg, PDS und DKP veranstalteten vom 24. April bis 1. Mai „Rot-schwarze Tage“ in Nürnberg. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe fanden mehrere Vortragsveranstaltungen im KOMM statt. Den Abschluß bildete ein internationalistisches Straßenfest zum „Revolutionären Mai“ unter dem Motto „Rebellion ist gerechtfertigt“ sowie eine „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“. Die Veranstaltungen wurden durchwegs von linksextremistischen, insbesondere autonomen Gruppierungen durchgeführt. Vor allem zur Demonstration am 1. Mai wurde bayernweit u.a. durch die Autonome Zelle „Erich Mühsam“ aus München aufgerufen. Während die Veranstaltungen im KOMM durchwegs relativ gering besucht waren, beteiligten sich bis zu 600 Personen an der von der Initiative neue ArbeiterInnen-Bewegung angemeldeten Demonstration. Bei Vorkontrollen wurden vier Personen u.a. wegen Mitführens von Waffen vorläufig festgenommen. Insgesamt stellte die Polizei durch massive Präsenz einen friedlichen Verlauf und die Durchsetzung versammlungsrechtlicher Auflagen sicher. In Aufrufflugblättern und u.a. einer Sondernummer der autonomen Publikation „Barricada“ beschrieben die Organisatoren den 1. Mai als Tag der Rebellion. Anhand von Beispielen zeigten sie aus ihrer Sicht negative Entwicklungen der Gesellschaft auf und forderten, gemeinsam für eine herrschaftsfreie, sozialistische klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unter-



1. Mai als Tag der Rebellion

Überregionale
Bedeutung der
Nürnberger
Autonomen

drückung auf die Straße zu gehen. Die Veranstaltungen zum 1. Mai, an deren Vorbereitung sie nach Eigenangaben seit Januar gearbeitet hatten, bewerteten sie als Erfolg. Dazu habe insbesondere die lange Vorbereitung durch die autonome Gruppierung Organisierte Autonomie beigetragen. Die Teilnahme und Aufrufe von Gruppen aus Passau und München sowie der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen zeigen die überregionale Bedeutung der Nürnberger Autonomen.

Zur Amtseinführung des neugewählten Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg am 2. Mai hatten autonome Gruppen aus Nürnberg zu Störungen aufgerufen. Etwa 80 Personen, darunter ein erheblicher Anteil Autonomen und Punker, störten die Veranstaltung mit Trillerpfeifen und skandierten die Parole „KOMM bleibt KOMM“.

Sachbeschädi-
gungen

Bei einem Polizeieinsatz am 4. Oktober in Nürnberg wurde ein griechischer Staatsangehöriger erschossen. Dieser tragische Vorfall war insbesondere für die örtlichen Autonomen Anlaß zu mehreren Aktionen. Am 5. Oktober verübten in Nürnberg unbekannte Täter Sachbeschädigungen durch Sprühaktionen und Ausbringen von Buttersäure. An verschiedenen Örtlichkeiten war u.a. die Parole „Bullen sind Mörder“ gesprüht worden. Zur Ausbringung von Buttersäure im Bereich des Einwohnermelde- und Ausländeramts ging am 8. Oktober bei einer Tageszeitung in Nürnberg ein Selbstbeichtigungsschreiben ein, welches mit „einige Antifaschistinnen“ unterzeichnet war. Die Selbstbeichtigung enthielt u.a. die Parolen:

„Dieses System stinkt zum Himmel - heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage“

„Wir haben uns im Zuge der immer stärker werdenden Bullenrepression (Hinrichtung Wolfgang GRAMS, Knüppelinsatz auf Demos) die in der Ermordung eines griechischen Menschen am 04. Oktober in Nürnberg gipfelte, entschlossen zurückzuschlagen!“

Am 12. Oktober folgten bis zu 400 Personen, darunter etwa 200 Linksextremisten, dem Demonstrationsaufruf eines Bündnisses gegen Polizeigewalt. Während die Versammlung weitgehend störungsfrei verlief, versuchten im Anschluß an die Kundgebung bis zu 30 Personen, in unmittelbarer Nähe des KOMM Pflastersteine auszugraben, was von Passanten unterbunden wurde. Am 19. Oktober demonstrierte das autonome Bündnis gegen Nationalismus und Rassismus unter dem Thema „Vassilis wurde ermordet - Rassismus ist kein Unfall“ mit etwa 80 Teilnehmern friedlich gegen den Vorfall. Im Ver-

lauf der Versammlung mußten jedoch aufgrund eines Beschlagnahmebeschlusses des Amtsgerichts Nürnberg Flugblätter mit strafbarem Inhalt sichergestellt und gegen die Verteiler Strafverfahren wegen Beleidigung eingeleitet werden. In den Flugblättern mit der Überschrift „Vassilis wurde ermordet - Rassismus ist kein Unfall“ wird eine Polizeibeamtin bezichtigt, den Griechen aus rassistischen Motiven ermordet zu haben. Darüber hinaus wird den Nürnberger Polizeibehörden permanentes rassistisches Handeln vorgeworfen.

*Verunglimpfung
der Polizei*

Die autonome Szene Nürnbergs ist derzeit besonders aktiv und aggressiv. Das Kommunikationszentrum KOMM der Stadt Nürnberg hatte für die Szene als Veranstaltungsraum, Anlauf- und Kontaktstelle bisher wesentliche Bedeutung. Die Auseinandersetzungen über die künftige Nutzung des derzeit durch bauliche Sanierungsmaßnahmen nur eingeschränkt nutzbaren Kommunikationszentrums zwischen Autonomen und Stadt waren mehrfach Anlaß von Schmierereien und sonstigen Aktionen. So störten am 4. Dezember mehrere Autonome eine Sitzung des Nürnberger Stadtrates, indem sie unter Skandieren der Parole „KOMM bleibt KOMM“ Flugblätter von der Zuschauertribüne des Sitzungssaales warfen. In dieser Sitzung kündigte der Stadtrat Nürnberg nach Weigerung des KOMM-Trägervereins, einem Kompromißangebot zuzustimmen, die Mietverträge zum 31. Dezember 1997. Am 6. Dezember verlegten unbekannte Täter einen Draht zwischen KOMM und dem Verlagsgebäude einer Tageszeitung. Durch den teilweise über die Straße gespannten Draht erlitt ein Radfahrer Verletzungen. In Flugblättern, die u.a. am Draht befestigt waren, kritisierten die Verfasser die Berichterstattung der Tageszeitung über das KOMM und drohten weitere Aktionen gegen die Schließung des KOMM an. Wörtlich heißt es:

*Auseinander-
setzungen um
das KOMM*

*Gemeingefähr-
liche Straftat*

„Wer also danach trachtet, dem KOMM das zu nehmen, was das KOMM ausmacht, spielt mit dem Feuer und wird sich die Finger verbrennen.“

Der Text endet mit der Forderung: „Für ein selbstverwaltetes linkes Kommunikationszentrum! KOMM bleibt KOMM!“.

Für den 14. Dezember mobilisierte ein Nürnberger Bündnis gegen Rechts und Sozialraub mit Beteiligung mehrerer Autonomer Gruppen sowie DKP, PDS-AG Betrieb und Gewerkschaft, AG Junge GenossInnen, SDAJ und VVN-BdA bundesweit unter dem Motto „OPPOSITION MACHEN WIR. Schlagt zurück gegen Rechts und Sozialraub. Vom Widerstand zur gesellschaftlichen Perspektive“ zu einer Demonstration in Nürnberg. Hintergrund für diese Versammlung mit

etwa 500 Teilnehmern, darunter 150 Autonome und eine Reihe weiterer Linksextremisten, war ebenfalls die Kündigung der Mietverträge für das KOMM. Vor Beginn des Aufzuges ließ die Polizei drei Plakate mit beleidigendem Inhalt entfernen. Sie zeigten den Kopf des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg mit seiner Amtskette. In Höhe der Stirn war ein Fadenkreuz aufgezeichnet, in dessen Mitte ein mit roter Farbe unterlegtes Einschubloch zu sehen war. Darunter stand:

„Alles was in dieser Stadt stört, wird entfernt“.

In einem Aufrufflugblatt der autonomen Gruppe ORGANISIERTE AUTONOMIE (OA) hieß es zur Bedeutung des KOMM für Autonome:

„Das KOMM ist ein bayernweit und sogar bundesweit genutztes Zentrum, es steht und stand der radikalen Linken in diesem Land immer wieder zur Verfügung.“

Der Aufzug verlief weitgehend störungsfrei. Im Verlauf eines am selben Tag im KOMM aus gleichem Anlaß durchgeführten Festes schoben gegen Mitternacht mehrere vermummte Personen Müll- und Papiercontainer auf die Fahrbahn und versuchten, diese in Brand zu setzen. Ein in der Nähe abgestellter PKW wurde dabei beschädigt. Aus dem Obergeschoß des KOMM bewarfen Unbekannte anrückende Einsatzkräfte der Polizei, die vier Tatverdächtige vorläufig festnehmen konnten, mit Flaschen. Im weiteren Verlauf stellte die Polizei in unmittelbarer Nähe des KOMM-Seiteneingangs 24 sogenannte Krähenfüße sicher.

*Versuchte
Brandstiftung*

*Kampagne gegen
Rechtsextremisten*

Die autonome Antifa-Szene im Großraum Nürnberg/Erlangen agiert seit November u.a. zum Thema „Die Spinne im braunen Netz“ gegen den Betreiber der Mailbox Widerstand BBS im rechtsextremistischen Thule-Netz. Seit 5. November werden in Erlangen in einer Briefkastenaktion Aufkleber verteilt, um eine breite Öffentlichkeit im „Kampf gegen den braunen Dreck“ herzustellen. Die Aufkleber, die mittlerweile auch in Herzogenaurach festgestellt wurden, sind u.a. mit folgenden Parolen versehen:

„Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

„Warnung! Das autonome Gesundheitsamt warnt vor braunem Dreck in Ihrer Umgebung! Bitte entfernen Sie diesen umgehend - SPARTAKUS-A.O.“

Bei „SPARTAKUS-A.O.“ handelt es sich vermutlich um eine neue linksextremistische Gruppe.

3.6.3 Autonome Passau

Die Polizei fand Anfang September in einem Anwesen in Passau, in dem Autonome in Wohngemeinschaften leben, Schriftenmaterial der Passauer Antifa-Szene. Neben zahlreichen Publikationen der AA Passau wurden auch Zeichen der verbotenen PKK/ERNK sichergestellt.

Kontakte zur PKK

In der Nacht zum 3. September brachten Unbekannte im Eingangsbereich des Vereinslokals der Burschenschaft „Markomania Wien zu Passau“ u.a. die Parole „Gegen Faschismus/Kampf“ an. An der Eingangstür wurden zwei Holzkassetten eingetreten, eine weitere beschädigt. Der Gesamtschaden beträgt ca. 500 DM. Das Vereinslokal war schon wiederholt Angriffsziel der autonomen antifaschistischen Szene Passau.

*Angriff gegen
Burschenschaft*

Vom 9. bis 11. September besprühten unbekannte Täter mehrere öffentliche Gebäude und Einrichtungen in Passau und Hauzenberg. Ein Tatzusammenhang mit der DVU-Veranstaltung am 28. September ist anzunehmen. Die gesprühten Parolen lauteten „Nazis schlagen - Nazis jagen!“, „Kampf dem Faschismus heißt Kampf der Reaktion!“, „28.09. - DVU angreifen“ und „Tod dem Staatsterrorismus!“. Der Schaden wird auf insgesamt 13.000 DM geschätzt.

*Kampf gegen
DVU*

Gegen die jährliche Großkundgebung in der Passauer Nibelungenhalle rief die AA Passau für den 28. September zur Demonstration „Gegen die faschistische DVU“ auf. Die etwa 350 überwiegend der autonomen/antifaschistischen Szene zuzurechnenden Teilnehmer führten u.a. Transparente mit Aufschriften mit wie „Kampf dem Faschismus - heißt Kampf dem reaktionären Vormarsch“, „Gegen staatliche Willkür - Kampf dem Staatsterrorismus“ und „Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf“. Insgesamt 28 Personen, darunter acht aus dem Bereich der Gegendemonstrationen, mußten wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und das Waffengesetz vorläufig festgenommen werden.



Am 29. September störten 24 Angehörige der AA Passau eine Gedenkstunde zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen im Rathaus Passau durch massive Zwischenrufe. Nachdem sich die Störer weigerten, den Saal zu verlassen, nahm die Polizei fünf bis zur Beendigung der Feierstunde in Unterbindungsgewahrsam.

Ein Angehöriger der autonomen AA Passau versuchte am 10. Oktober, den Verkauf der Publikationen „Deutsche National-Zeitung“, „Junge Freiheit“ und „Deutsche Wochen-Zeitung“ in der Passauer Bahnhofsbuchhandlung zu verhindern. Er entnahm die Druckwerke den Zeitungständern und versteckte sie hinter ausländischen Zeitschriften. Einem Kunden gegenüber äußerte er, daß hier „Nazipropaganda“ vertrieben werde. Im September 1992 wurden erste Aktionen gegen Zeitschriftenhändler im Rahmen einer bundesweiten Kampagne „Stoppt Nazizeitungen“ bekannt. Verfasser einer gleichnamigen Schrift forderten darin das „antifaschistische Protestpotential“ auf, in Briefen Zeitungshändler auf den Charakter der

angebotenen Zeitungen hinzuweisen und aufzufordern, „den Verkauf der betreffenden Blätter in Zukunft zu unterlassen“. In Bayern wurden bisher neun Fälle bekannt. Zuletzt blockierten am 29. Juni in Nürnberg mehrere Personen durch eine Sitzblockade den Eingang eines Zeitungsgeschäfts.

Am Abend des 12. Dezember stellte die Polizei im Stadtgebiet Passau mehrere Plakate der AA Passau und Aufkleber mit strafbarem Inhalt fest. Die Texte der Aufkleber lauteten:

*„Die ist ein Aufruf zur Revolte!
Kanther und Beckstein an die Wand!
Organisiert den Widerstand!
1/3 Heizöl 2/3 Benzin
Werdet aktiv gegen Faschismus, Rassismus und Kapital!“*

Die Plakate forderten die Abschaffung der Sicherheitswacht in Passau, riefen zur „Antifaschistischen Selbsthilfe“ auf bzw. forderten die Aufhebung des Verbots der KPD. Hinsichtlich der ohne Impressum verbreiteten Aufkleber wurde ein Ermittlungsverfahren wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten eingeleitet.



Aktion gegen
Zeitschriften-
händler

3.7 Entwicklungstendenzen

Die Gewaltbereitschaft der Autonomen stellt eine ernste Gefahr für die Innere Sicherheit dar. Die weitere Entwicklung des Gewaltpotentials der Autonomen hängt von den Reizthemen ab, die ihnen für ihren Aktionismus geeignet erscheinen. Der Schwerpunkt autonomer Aktivitäten und Gewalttaten liegt zeitweise im Bereich des Protests gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, und hier insbesondere beim vielfach gewalttätigen Protest gegen den Transport abgebrannter Brennelemente in sogenannten Castorbehältern. In Bayern versucht insbesondere die autonome Szene in München, den geplanten Neubau eines Forschungsreaktors in Garching, Landkreis München, zu thematisieren und als Vorwand für Aktionen bis hin zur Gewaltanwendung zu mißbrauchen (vgl. auch Nummer 5.2. dieses Abschnitts). Bereits früher wurden Vorbehalte gegen kerntechnische Anlagen zu breitgefächerten Aktionen und Bündnissen genutzt. Auch das Mobilisierungsthema Antifaschismus gewinnt mit den Aktivitäten gegen die rechtsextremistischen JN und den Aktionen gegen rechtsextremistische Publikationen wieder an Bedeutung. In Nürnberg stellt die Kündigung der Mietverträge für das KOMM durch den Nürnberger Stadtrat ein weiteres zentrales Thema dar, um ein Zusammenrücken der gewaltbereiten Szene und weitere Bündnisse zu fördern. Auffallend ist bundesweit die Gründung von Ortsgruppen der linksextremistischen Haft- und Rechtshilfeorganisation „Rote Hilfe e.V.“, in Bayern u.a. in München, Passau, Nürnberg/Fürth/Erlangen sowie der Aufbau von Gruppierungen mit der Bezeichnung Antifaschistische Aktion (AA) wie AA München, AA Nürnberg, AA Passau und AA Pfaffenhofen.

*Gefahr für die
Innere Sicherheit*

4. Bündnisse gegen Rassismus

An dem linksextremistisch beeinflussten Münchner Bündnis gegen Rassismus beteiligen sich neben demokratischen Gruppierungen die linksextremistisch beeinflusste VVN-BdA, marxistisch-leninistische Organisationen wie DKP, AB, Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) und die trotzkistische Sozialistische Arbeitergruppe (SAG). Die Leitung bei Treffen und Veranstaltungen oblag jeweils Aktivisten der linksextremistischen Gruppierungen. Diese zeichneten auch für Flugblätter des Bündnisses presserechtlich verantwortlich. Das Bündnis fungierte als Träger für eine Vielzahl von Aktivitäten, zu denen kleinere Gruppen alleine nicht in der Lage waren.

Linksextremistischer Einfluß

Aktionen am Tag der Deutschen Einheit

Das Münchner Bündnis gegen Rassismus war maßgeblich beteiligt an der Initiierung und Organisation der Protestaktionen „Einheitsfest“, Demonstration, Politikveranstaltung und „Volxxküche“ gegen die offiziellen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober in München. Das „Einheitsfest“ (gleichzeitig auch „6. Antifafestival“ der Autonomen) am 2. Oktober verlief mit einer Ausstellung, Filmen und Info-Ständen und Musik bei etwa 350 Besuchern störungsfrei. An



der Demonstration des „Aktionsbündnisses gegen die nationalen Einheitsfeiern“ unter dem Motto „Gegen die nationalen Einheitsfeiern am 3. Oktober in München. Es gibt nichts zu feiern, aber viele Gründe zum Widerstand“ beteiligten sich u.a. PDS, DKP, Antifaschistische Aktion München, Autonome Antifa (M) aus Göttingen sowie die Internationale Sozialistische Organisation (ISO). Von den ca. 1.200 Personen waren etwa 200 der autonomen Szene zuzuordnen. Im Zusammenhang mit der Demonstration mußten drei Personen, am Rande der offiziellen Festveranstaltungen vier Personen vorläufig festgenommen werden. Im Anschluß an die Demonstration lud das Aktionsbündnis zu einer von der PDS ausgerichteten Politikveranstaltung zum Thema „Einheitsopfer und Einheitsprofiteure“ in das Gewerkschaftshaus ein. Die

von den Autonomen im Café „Marat“ durchgeführte „Volxxküche“ besuchten etwa 100 Personen. Trotz bundesweiter Mobilisierung für die Gegenveranstaltung in München stellte sich das Protestpotential zersplittert dar und konnte sich nicht auf einen Demonstrationsort einigen. Die offiziellen Feierlichkeiten in München am 3. Oktober fanden programmgemäß und störungsfrei statt.

5. Linksextremistischer Einfluß auf die Antikernkraftbewegung

Kampf gegen die Demokratie

Die Proteste der Antikernkraftbewegung geben Linksextremisten aller Richtungen Anlaß für Gewalttaten - bereits rund 44% aller links-

extremistischen Gewalttaten sind diesem Bereich zuzurechnen - und für Bemühungen zur Gewinnung neuer Mitstreiter für ihre verfassungsfeindlichen Ziele. Ihr Ziel ist es, durch Schüren des Anti-Kernkraft-Protests und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen die demokratische Ordnung zu bekämpfen. Den Linksextremisten gelingt es durch geschickte Agitation, die Antikernkraftbewegung zunehmend für ihren verfassungsfeindlichen Kampf gegen den „Atom“-Staat zu instrumentalisieren.

Mit Aufrufen zu Gewalttaten und Sachbeschädigungen im Rahmen des „zivilen Ungehorsams“ stellen die Organisatoren von Protestveranstaltungen insbesondere im Bereich Gündremmingen auf die Seite der Autonomen und unterstützen damit im Ergebnis deren Agitation gegen Demokratie und Rechtsstaat.

Auch künftig muß im Zusammenhang mit Castor-Transporten nach Gorleben mit einer weiteren Zuspitzung gerechnet werden. Anlaß zu erhöhter Wachsamkeit bietet auch die bundesweite Thematisierung des Neubaus eines Forschungsreaktors für die Technische Universität München in Garching.

5.1 Entwicklung im Bundesgebiet

Bundesweit hatte der Anfang Mai durchgeführte Castor-Transport aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich zum atomaren Zwischenlager in Gorleben zentrale Bedeutung für die Proteste der Antikernkraftbewegung. Linksextremisten aller Richtungen schlossen sich den Protesten an. Bereits im Vorfeld versuchten autonome Gruppen, durch Veröffentlichungen in Szene-Zeitschriften die Protestbewegung zu radikalieren. Ihr Ziel war, die Castor-Transporte durch die von ihnen erzwungenen Polizeieinsätze und die erzielten Sachschäden durch Anschläge und sonstige Straftaten „unbezahlbar“ zu machen. Neben einer großen Anzahl von Aufrufen zu den Protestkundgebungen am eigentlichen Transporttag veröffentlichte u.a. das autonome Szeneblatt „INTERIM“ aus Berlin eine Reihe von Anleitungen zu Sachbeschädigungen an Bahnanlagen. Unmittelbar vor und während des Castor-Transports am 7. und 8. Mai kam es bundesweit zu einer erheblichen Steigerung von Protest- und Gewaltaktionen (vgl. 5. Abschnitt Nummer 1.2). Am 8. Mai demonstrierten an der Wegstrecke von der Castor-Umladestation in Dannenberg zum Zwischenlager in Gorleben etwa 6.000 zum Teil militante Linksextre-

*Radikalisierung
durch Autonome*

*Schwere
Gewalttaten*

misten gegen den Castor-Transport. Gewalttäter beschossen dabei die transportbegleitenden Polizeibeamten mit Leuchtmunition und bewarfen sie mit Flaschen und Steinen. Dabei wurden mehrere Polizeibeamte verletzt. Auf der gesamten Strecke behinderten Barrikaden und Sitzblockaden den Transport, der nur im Schrittempo vorankam. Weit über 100 Gewalttäter wurden vorläufig festgenommen. Insgesamt feierten autonome Gruppen die Protestaktionen als Erfolg. In der autonomen Szene-Zeitschrift „INTERIM“ vom 16. Mai hieß es u.a.:

„Der Tag x² ist voll aufgegangen - Der Transport ist auf allen Ebenen teurer gekommen, politisch wie materiell. (...) Wir im Widerstand dürfen der Gegenseite keine Atempause geben, sondern müssen politisch weiterhandeln und offensiv bleiben. Wenn weiterhin Atommülltransporte ins Wendland stattfinden, sollte schon jetzt darauf hingearbeitet werden, daß x³ noch teurer wird, daß noch mehr AKW-GegnerInnen sich an den Widerstandsaktionen beteiligen. Diese umfassen selbstverständlich das ganze Spektrum vom Infotisch bis zum Anschlag.“

*Aufrufe zur
Sabotage*

In derselben Ausgabe druckte die Publikation „INTERIM“ eine detaillierte Anleitung zur Sabotageaktionen an Signalkabeln der Deutschen Bahn AG ab.

*Keine Distanzierung
von Gewalt*

In einer weiteren Ausgabe der „INTERIM“ (Nummer 385 vom 9. August) betonten die sich „Die BesserWisserInnen“ nennenden Verfasser den bundesweiten Symbolcharakter der Protestaktionen im Wendland und in Gorleben und lehnten die Unterscheidung in „Friedliche Wendländer/Militante Auswärtige“ ab. Der Widerstand im Wendland sei Bestandteil einer bundesweiten Anti-AKW-Bewegung, die jeweils vor Ort agiere. Nach dem letzten Castor-Transport spiele das Thema Militanz auch im Wendland wieder eine Rolle. Die Autoren behaupteten dazu eine schrittweise Entwicklung der Motive. Zunächst habe es geheißen: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, dann habe die Parole gegolten: „Wenn ihr unser Leben nicht achtet, achten wir Eure Gesetze nicht“, jetzt heiße es vielerorts: „Wenn aufgebrachte Bevölkerung auf der Straße so beiseite geschoben wird, wenn auf eine Ablehnung geschissen wird, die die demokratischen Spielregeln einhält, dann müssen deutlichere Maßnahmen ergriffen werden“. Für den dritten Versuch, einen Castor-Transport durchzuführen, überlegten „viele für sich auch zum erstenmal eine härtere Gangart, mehr Schläue und Verschlagenheit, mehr Heimtücke und Zwangsstopps für Castor samt Polizeiarmada“.

Im Rahmen der auch von militanten Linksextremisten unterstützten Kampagne gegen den Transport und die Lagerung von Atommüll haben verschiedene Bürgerinitiativen in Norddeutschland die vierte Ausgabe ihrer Publikation „Restrisiko - Zeitung aus der Anti-Atom-Bewegung“ veröffentlicht. Sie ist als Beilage der „tageszeitung“ (taz) vom 16. August erschienen. Darin wurde zu Aktionen gegen den für Ende des Jahres geplanten, dann aber auf 1997 verschobenen, gemeinsamen Transport mehrerer Castor-Behälter mit insgesamt 49 Brennelementen aus den Atomkraftwerken Gundremmingen und Neckarwestheim nach Gorleben aufgefordert. Die Publikation forderte mittelbar zum Entfernen von Schotter, Herausschrauben von Bolzen und Zersägen von Schienen auf.

Die Zeitung „Restrisiko“ hat sich besonders während des Castor-Transports im Mai als ein Medium gezeigt, in dem auch Linksextremisten mitarbeiten und Texte veröffentlichen konnten. Auch die zitierte Ausgabe gab mutmaßlichen Linksextremisten Raum zur Äußerung. In einem Kommentar wurde die Ablehnung der Atomenergie lediglich als Bekämpfung eines Symptoms dargestellt; die eigentliche Wurzel des Problems liege im Kapitalismus, der „alle und alles in seine Logik integriert und fördert: Leistungsdenken, Machtstreben, Sexismus und Rassismus ...“. Daher gehe es auch darum, gegen diese allgegenwärtigen Strukturen anzugehen.

*Forum für
Linksextremisten*

Vom 27. bis 29. September fand in den Räumen der Universität Hamburg die „Herbstkonferenz“ der Anti-AKW-Bewegung statt. Daran nahmen etwa 200 Vertreter aus rund 50 Bürgerinitiativen teil; rund ein Viertel der Teilnehmer stammte aus autonomen Zusammenhängen. In verschiedenen Arbeitsgruppen (AGen) wurde das weitere Vorgehen im Hinblick auf den nächsten Castor-Transport erörtert. Ein von allen Teilnehmern getragenes Konzept konnte dabei nicht erreicht werden; akzeptiert wurden aber unterschiedliche „Widerstandsformen“. An der AG „Kampf gegen den Castor - Kampf gegen die herrschende Ordnung“ nahmen rund 30 Personen teil, etwa zur Hälfte Autonome. Sie bemängelten, daß der antikapitalistische Kampf in der Anti-AKW-Bewegung zu kurz komme. Die übrigen Teilnehmer betonten, daß es ihnen um die Verhinderung des Zwischenlagers in Gorleben und den Ausstieg aus der Atomkraft gehe. Sie akzeptierten aber, wenn andere ihren Kampf darüber hinaus führten. Der Ablauf der „Herbstkonferenz“ bestätigt die bereits die in ihrem Vorfeld erkennbare zunehmende Bereitschaft, durch Gesetzesverletzungen, auch mit militanten Mitteln, den nächsten Castor-Transport zu verhindern.

*Autonome bei
Herbstkonferenz
der Atomkraft-
gegner*

5.2 Entwicklung in Bayern

Schwerpunkte in Bayern

Auch bayerische autonome Gruppen riefen zu Protestaktionen gegen den Castor-Transport auf. Dabei versuchten insbesondere die Autonome Zelle „Erich Mühsam“ und die autonome Gruppe „zusammen kämpfen“ aus München, die Protestaktionen auch mit Castor-Transporten aus Gundremmingen und dem Neubau eines Forschungsreaktors für die Technische Universität München in Garching zu verbinden. Ziel der Linksextremisten ist es dabei, die Kernkraftgegner für ihre eigenen politischen Ziele und ihren Kampf gegen den Staat einzuspannen. So heißt es in einem Flugblatt der autonomen Gruppe „zusammen kämpfen“ mit der Überschrift „Der Atommafia das Handwerk legen“ zu den „Perspektiven des Widerstandes“, mit ein paar Flugblättern und Demonstrationen sei nichts zu gewinnen. Erforderlich sei vielmehr „langer und zäher Widerstand in einem langandauernden Kampf gegen das Kapital und seine Helfershelfer“.

Zu ihren Zielen führte die Gruppe aus, daß sie für die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die radikale Veränderung der Besitz- und Machtverhältnisse in der Gesellschaft kämpfe. Die Autonome Zelle „Erich Mühsam“ umschrieb in einem Flugblatt mit dem Titel „Auf nach Gorleben“ ihre eigentlichen Ziele. So hieß es u.a., gerade bei der Atompolitik entlarve sich ein System, dem die Interessen der Bevölkerung und die Natur und Umwelt vollkommen egal seien, dem es allein um „Profit und die Macht einiger Handvoll Wirtschaftsbosse und PolitikerInnen“ gehe. Das Flugblatt endete mit massiven Aufrufen zu Straf- und Gewalttaten. Die Castor-Transporte müßten mit allen Mitteln verhindert werden.

„Ob gewaltfrei oder militant - das muß jeder selbst für sich entscheiden. Alle Aktionsformen sind legitim, solange dieser Staat nicht umdenkt!“

Ein Teil der Kernkraftgegner hat die Gewaltbereitschaft der Autonomen übernommen. Neben der Bundestagsabgeordneten Elisabeth Altmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterzeichnete die PDS-Bundestagsabgeordnete Bulling-Schröter aus Ingolstadt einen Aufruf zur Schienendemontage am Kernkraftwerk Gundremmingen und forder-



Kampf gegen den Staat

Aufruf zu Gewalt durch Abgeordnete

te damit zusammen mit der Mahnwache Gundremmingen offen zu Straf- und Gewalttaten auf. In einem Beitrag in der PDS-nahen Zeitung „Neues Deutschland“ vom 18. April hatte die PDS-Abgeordnete u.a. erklärt, Mahnwachen hätten bis jetzt nicht zum Erfolg geführt. Deshalb sollten mit handwerklichen Mitteln „absolut gewaltfrei“ Schienen demontiert werden, um auf die aktuellen Gefahren hinzuweisen, die vom AKW ausgingen. „Ziviler Ungehorsam“ habe in der Bundesrepublik Deutschland Tradition. Im Verlauf der Protestkundgebung am Kernkraftwerk Gundremmingen am 28. April wurden 22 Personen wegen versuchter Sachbeschädigung festgenommen und 37 Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen in Gewahrsam genommen. Die Teilnehmer hatten versucht, die Gleisanlagen zu beschädigen. Die Autonomen kommentierten die Aktion des „zivilen Ungehorsams“ in der autonomen Publikation „infodienst münchen“ als „ernstgenommenen Versuch“, den Transport zu verhindern.

Neben den Castor-Transporten engagieren sich Autonome und Linksextremisten zunehmend gegen den Bau des Forschungsreaktors München II bei Garching. Deutlich wurde diese Entwicklung u.a. bei den Veranstaltungen zum zehnten Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl am 27. April in München. Bis zu 400 durchwegs linksextremistischen Organisationen wie PDS, MLPD und AB, Autonomen sowie Trotzlisten zuzuordnende Personen beteiligten sich an einem zusätzlich zur offiziellen Veranstaltung angemeldeten Aufzug. Elf Personen mußten von der Polizei wegen Auflageverstößen und Verteilen von Flugblättern strafbaren Inhalts vorläufig festgenommen werden. Dieser maßgeblich von Linksextremisten dominierte Aufzug stand unter dem Motto „Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen/kein FRM II“. Auch die mitgeführten Transparente und Plakataufschriften thematisierten den geplanten Neubau und griffen insbesondere Firmen an, die mit dem Bau betraut werden sollen.

*Protest gegen
Reaktorneubau*

Ein bundesweites Treffen der Antikernkraftbewegung am 22. Juni in Göttingen bekräftigte, dem DKP-Zentralorgan UZ vom 5. Juli zufolge, die Entschlossenheit, neben dem Widerstand gegen die Castor-Transporte auch den Widerstand gegen den Neubau des Forschungsreaktors in Garching aufzubauen. Die Versammlung, an der - dem Bericht zufolge - der umweltpolitische Sprecher der PDS im Bundestag und ein DKP-Mitglied teilnahmen, war sich einig, daß „Profitsucht der Energieversorgungsunternehmen und militärische Überlegungen wichtige Antworten auf die Frage nach dem Grund der Sturheit“ seien, „diese

menschenfeindliche Energieerzeugung weiterzuverfolgen". Künftig werde die Antikernkraftbewegung nicht nur reagieren, sondern agieren: „Auch von dieser Seite: Es wird ein heißer Herbst werden.“

Seit Anfang des Jahres wurde der Neubau des Forschungsreaktors München II mehrfach in linksextremistischen Publikationen thematisiert. Hauptangriffspunkt war dabei der beabsichtigte Betrieb mit hochangereichertem Uran, das auch für Kernwaffen Verwendung finden könne. Dabei wurde unterstellt, Deutschland würde versuchen, über den Betrieb des Forschungsreaktors Kernwaffen zu beschaffen. Die autonome Gruppierung „zusammen kämpfen“ rief in am 30. Juli in München verteilten Flugblättern zur Störung der Feiern zum 1. Spatenstich für den neuen Forschungsreaktor der Technischen Universität München in Garching auf. An einer von einem Bündnis gegen den Atomreaktor in Garching angemeldeten Gegenkundgebung am 1. August beteiligten sich bis zu 120 Personen. Bereits kurz nach Beginn der Veranstaltung verließ ein Großteil der Versammlungsteilnehmer die vom Landratsamt München und der Polizei festgelegte Versammlungsfläche und behinderte die Anfahrt der geladenen Gäste. Dabei beschädigten sie mehrere Fahrzeuge durch Faustschläge und Fußtritte. Während der Versammlung begaben sich ca. 60 Personen in kleineren Gruppen zum östlichen Teil des Bauzaunes. Dort störten sie die Festreden erheblich durch Trillerpfeifen und lautstarke Sprechchöre und rissen den Bauzaun teilweise aus der Verankerung. Weitere Beschädigungen konnten durch Polizeikräfte verhindert werden.

*Gewalt bei
1. Spatenstich*

*Führende Rolle
der Linksextremisten*

Unter maßgeblicher Mitwirkung Autonomer aus München protestierte in Garching am 24. November eine Arbeitsgemeinschaft „Forschungsreaktor München II - Nie!“ mit etwa 300 Teilnehmern gegen den laufenden Neubau. Neben themenbezogenen Flugblättern und Transparenten waren auch Sprechchöre zu hören wie „Siemensgangster, bald seid ihr weg vom Fenster“, „kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat“, „Feuer und Flamme für diesen Staat“ und „Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt“. Der Aufruf, für den ein PDS-Funktionär aus München mit Kontaktadresse im autonomen Info-Laden München verantwortlich zeichnete, wurde u.a. unterstützt von der PDS und mehreren autonomen Gruppen wie „zusammen kämpfen“ und Autonome Zelle „Erich Mühsam“.

In einem Diskussionspapier vom 25. November - veröffentlicht im autonomen Szeneblatt „INTERIM“ Nummer 400 vom 5. Dezember - rief

eine Gruppe aus dem Anti-Atom-Plenum Berlin für den 8. Februar 1997 zu einer Großdemonstration mit bundesweiter Beteiligung auf. Die Terminverschiebung des dritten Castor-Transports vom November 1996 auf 1997 ist nach Meinung der Gruppe ein schöner Erfolg, der zugleich Bestätigung und Ermunterung bedeute. Zwar habe sich die thematische Konzentration auf Gorleben und die Bahn AG bewährt, eine Thematisierung weiterer Schwerpunkte sei aber bereits jetzt für den Fall erforderlich, daß der „Gorleben Castor“ als Symbol nicht mehr zur Verfügung stehe:

„Die größte Atomschweinelei passiert gerade in München, bzw. Garching: Im August wurde dort begonnen, einen neuen ‚Forschungs‘-Reaktor (FRM II) ... zu bauen. Ungeachtet internationaler Proteste soll dieses Projekt durchgezogen werden. (...) Die offizielle Begründung ‚Forschungsbedarf‘ kann technisch schnell widerlegt werden. Wir wollen uns hier mehr den politischen Dimensionen widmen: Der wichtigste Hintergrund erscheint im Zusammenhang mit der angestrebten Weltmachtrolle Deutschlands: Den Zugriff auf die Atombombe zu besitzen um bei den zukünftig sich verschärfenden weltweiten Spannungen ... unabhängig agieren zu können.“

*Bundesweite
Thematisierung
des Reaktor-
neubaus*

6. Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1996 Bayern Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
---	--	---

1. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten

1.1 Kernorganisationen:

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 13 Bezirksorganisationen, aufgeteilt in Kreis- und Grundorganisationen 26.09.1968, Essen	600	6.000	Unsere Zeit (UZ) wöchentlich, 10.000 Marxistische Blätter zweimonatlich, 3.000
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) - neuer Name beschlossen auf SED-Parteitag am 16./17.12.1989 -, Berlin		107.000	Neues Deutschland (ND) - PDS-nahe Zeitung - werktäglich, 70.000 DISPUT zweimal im Monat, 11.000 PDS-Pressedienst wöchentlich, 2.200 UTOPIE-kreativ-Diskussion sozialistischer Alternativen monatlich, 600 Mitteilungen der Kommu- nistischen Plattform der PDS monatlich, 17.000
PDS Landesverband Bayern mit 7 Kreisverbänden und 20 Basisorganisationen 11.09.1990, München	450		TITEL (Informationsforum der PDS Bayern) unregelmäßig, 500
Verein für Arbeiterbildung Nordbayern 28.03.1993, Fürth	50		Nordbayerischer Landbote unregelmäßig, 100
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 1973, München	100	200	Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) monatlich, 3.500
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 10 Parteibezirke, über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte 17./18.06.1982, Essen	140	2.700	Rote Fahne wöchentlich, 7.500 lernen u. kämpfen (luk) monatlich, 1.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1996 Bayern	1996 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 7 Landesarbeitsgemeinschaften 20./21.09.1980, Köln	25	200	Politische Berichte vierzehntägig, 1.000
Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) 24./25.06.1995, Köln	25	150	Sozialistische Zeitung (SoZ) vierzehntägig, 2.000
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) Frankfurt am Main	25	210	Sozialismus von unten vierteljährlich, 3.500
Kommunistischer Bund (KB) Hamburg (aufgelöst am 20.04.1991) Nachfolgruppenn: Gruppe K Gruppe Mehrheit KB-Gruppe Nürnberg		100	analyse und kritik (ak) monatlich, 3.500
Marxistische Gruppe (MG) München 1969/70 AK Rote Zellen, München („aufgelöst“ zum 01.06.1991)	700	10.000	GEGENSTANDPUNKT Herausgeber: ehemalige Funktionäre der MG vierteljährlich, 7.000

1.2 Nebenorganisationen:

Nebenorganisation der DKP:

Sozialistische Deutsche
Arbeiterjugend (SDAJ)
Landesverbände, Kreisverbände
und Ortsgruppen
04./05.05.1968, Essen

50

200

position
zweimonatlich, 600

Nebenorganisation der MLPD:

Jugendverband REBELL

20

Rebell
- Beilage zur Roten Fahne -

1.3 Beeinflusste Organisationen:

DKP-beeinflußt:

Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes - Bund der Anti-
faschisten (VVN-BdA)
Landesvereinigungen mit
Kreis- und Ortsvereinigungen
15.-17.03.1947, Frankfurt am Main

650

8.000

antifa-rundschau
vierteljährlich, 9.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1996 Bayern	1996 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
MLPD-beeinflußt: Frauenverband Courage	20		Courage vierteljährlich
AB-beeinflußt: Antifaschistisches Komitee - Stoppt die schwarzbraune Sammelbewegung (AKS) in München und Regensburg	90		
BWK-beeinflußt: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) 06.10.1979, Köln	40	200	Mitteilungen vierteljährlich, 800
Trotzkistisch beeinflusst: Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Vorfeldorganisation der trotzkistischen „Sozialistischen Alternative VORAN“ (SAV) 1992, Köln	50	1.000	

2. Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Autonome	etwa 460	7.000	zum Teil unregelmäßig erscheinende Szeneblätter wie: radikal, INTERIM; auf lokaler Ebene u. a: wie weiter und Barricada
Antifaschistische Aktion/Bundes- weite Organisation (AA/BO) Juli 1992	40		unregelmäßig erscheinende Publikationen, für die die AA/BO als Herausgeber verantwortlich zeichnet

3. Von mehreren Strömungen des Linksextremismus beeinflusst

Münchner Bündnis gegen Rassismus München	30		
Aktionsbündnis gegen Rassismus Nürnberg	20		
Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee München	20		

3. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1. Allgemeines

Ausländergruppen werden als extremistisch eingestuft, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Dazu zählen insbesondere die Organisationen islamischer Extremisten, die als Endziel einen islamischen Staat, wie z.B. im Iran, auch in Deutschland durchsetzen und damit wesentliche Verfassungsgrundsätze beseitigen wollen. Extremistische Ziele verfolgen auch Gruppierungen, die eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Heimatland erstreben und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

*Einstufung als
extremistisch*

Die Zahl der in Bayern erkannten extremistischen Ausländerorganisationen ging auf 159 (1995: 162) zurück. Dabei hielten sich der Abwärtstrend islamisch-extremistischer und die Zunahme extrem nationalistischer türkischer Gruppen in etwa die Waage. Die Mitgliederzahl der extremistischen Ausländervereinigungen sank in Bayern von 9.900 im Jahre 1995 auf 9.700*. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatten dabei islamisch-extremistische türkische Gruppen. Wie im Vorjahr stellten die Organisationen extremistischer Türken (einschließlich kurdischer Volkszugehöriger) mehr als 90 Prozent aller ausländischen Extremisten in Bayern.

*Rückläufige
Tendenz*

Eine erhebliche Bedrohung der Inneren Sicherheit geht nach wie vor von linksextremistischen kurdischen und türkischen Gruppen aus. Von besonderem Gewicht sind dabei die Aktivitäten der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die sich wiederum als die weitaus aggressivste und gefährlichste Organisation ausländischer Extremisten erwiesen hat. Wie bisher kann sie in den westeuropäischen Ländern eine hohe Zahl kurdischer Volkszugehöriger als Sympathisanten mobilisieren. Das gegen die PKK in Deutschland verfügte vereins-

Gefährdungspotential

* Mit eingerechnet sind dabei auch rund 2.000 Anhänger der seit 26. November 1993 in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

rechtliche Betätigungsverbot hat neue Bekämpfungsmöglichkeiten versamlungs- und strafrechtlicher Art eröffnet, die zur weiteren Aufklärung und Unterbindung unzulässiger PKK-Aktivitäten beitragen. Außerdem hat die konsequente Durchsetzung des PKK-Verbots die öffentlichen Aktivitäten der PKK stark eingeschränkt. Auch ist es der PKK nach dem im Vorjahr verfügteten Verbot örtlicher Unterstützervereine nicht gelungen, sich in Bayern in offenen Strukturen neu zu formieren. Die Organisation arbeitet aber weiterhin konspirativ im Untergrund und ist nach wie vor zu Terrorakten in der Lage. Auch 1996 gelang es den Sicherheitsbehörden, verdeckt operierende Führungskader festzunehmen.

Die PKK versucht, trotz des in Deutschland bestehenden Betätigungsverbotese ihre Ziele konsequent unter Einsatz aller ihr geeignet erscheinenden Mittel durchzusetzen. Ihre ungebrochene Militanz kam insbesondere im Vorfeld des kurdischen Neujahrsfestes (Newroz) zum Ausdruck. Zahlreiche gewaltsame Übergriffe gegen eingesetzte Polizeikräfte machten dabei deutlich, daß die Anhänger der PKK entschlossen sind, auf staatliches Einschreiten mit brutaler Härte zu reagieren. Der PKK-Vorsitzende richtete erneut unverhüllte Drohungen gegen Deutschland, die er später wieder zurücknahm. Danach stellte die PKK ihre Anschläge auf Polizeistationen und türkische Einrichtungen ein und bemühte sich um einen politischen Dialog. Angesichts vorangegangener Drohungen, Anschläge und sonstiger militanter Aktionen und der anhaltenden Nötigung und Erpressung in Deutschland lebender Kurden ist indes dem vorgeblichen Willen der PKK zu friedlicher politischer Verständigung mit Skepsis zu begegnen. Tatsächlich betrieb die Organisation bisher eine Strategie teils subtil verborgener, teils offen propagierter und praktizierter Gewalt.

Auch im Bereich der revolutionär-marxistischen türkischen Gruppen ist keine wesentliche Entspannung erkennbar. Die unveränderte Militanz und kriminelle Energie dieser Gruppen manifestierte sich insbesondere in der Art der Sympathiebekundungen für hungerstreikende Gesinnungsgenossen in türkischen Haftanstalten.

Türkische Nationalisten verzeichneten einen leichten Aufwärtstrend und Werbeerfolge insbesondere bei Jugendlichen. Aus der Beteiligung islamischer Fundamentalisten an der Regierungsbildung in der Türkei konnten die hiesigen Anhänger kaum Nutzen ziehen und resignierten mittlerweile, nachdem sich ihre auf Ministerpräsident Erbakan und seine Partei gesetzten hohen Erwartungen nicht erfüll-

ten. Islamische Extremisten sind mit sicherheitsgefährdenden Aktionen in Bayern nicht in Erscheinung getreten. Sie bedürfen aber aufgrund der weltweiten Entwicklung des islamischen Fundamentalismus einer sorgfältigen Beobachtung.

Arabische und iranische Extremisten stellen derzeit kein akutes Sicherheitsrisiko dar. Gleiches gilt für Angehörige albanischer, bosnischer, kroatischer und serbischer Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Zahl und Stärke extremistischer Ausländerorganisationen

In der folgenden Übersicht sind die in Bayern bestehenden extremistischen Vereinigungen nach ihren ideologischen Standorten und politischen Zielsetzungen aufgeschlüsselt. Örtlich selbständige Gruppen sind dabei gesondert gezählt, auch wenn sie zu einer Dachorganisation gehören.

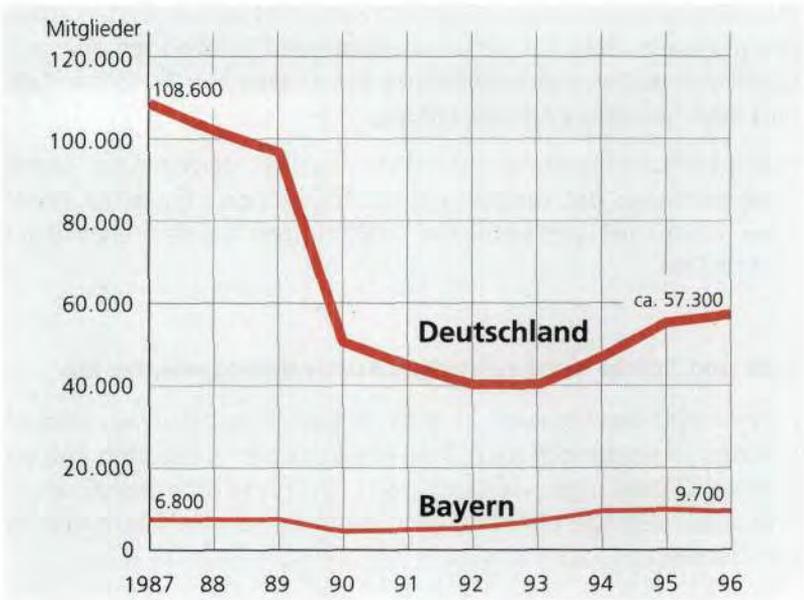
	Links- extremistische Gruppen	Extrem nation- alistische Gruppen	Islamisch- extremistische Gruppen	Gruppen insgesamt	Gesamtzahl Mitglieder
Araber ¹	-	-	3 (3)	3 (3)	270 (310)
Kurden	17 (18)	-	-	17 (18)	2.000 (2.150)
Türken	11 (12)	24 (19)	75 (81)	110 (112)	7.100 (7.190)
Sonstige ²	27 (27)	2 (2)	-	29 (29)	330 (250)
Gruppen insgesamt	55 (57)	26 (21)	78 (84)	159 (162)	
Gesamtzahl Mitglieder	2.690 (2.780)	1.490 (1.030)	5.520 (6.090)		9.700 (9.900)

In Klammern die Vergleichszahlen des Vorjahres

¹ Mitglieder der Arabischen Liga

² Sonstige: Albaner, Inder, Iraner, Srianker

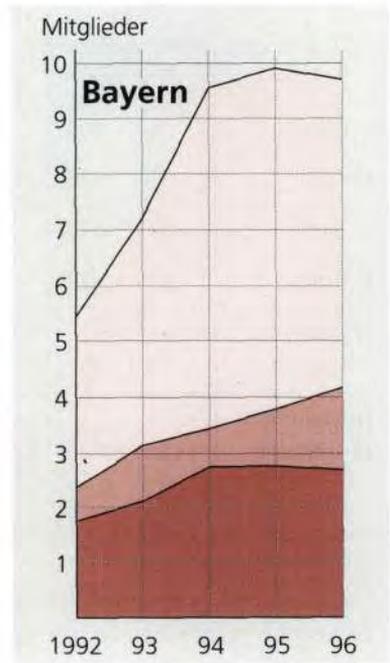
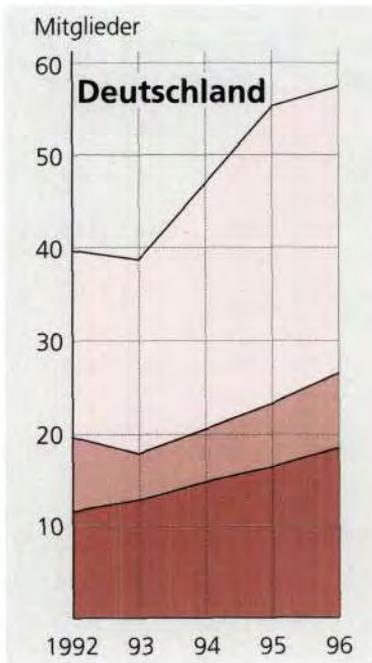
Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen



Entwicklung der einzelnen Bereiche

(Mitgliederzahlen in Tausend)

- Islamische Extremisten
- Extreme Nationalisten
- Links-extremisten



2. Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)

2.1 Ideologie und Organisation

Die in der Türkei verbotene PKK ist eine straff organisierte Kaderorganisation, die unbeeindruckt von den politischen Veränderungen in den ehemals kommunistischen Ostblockstaaten an ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie festhält. In ihrem Programm fordert sie einen „unabhängigen und demokratischen“ Kurdenstaat unter Führung der PKK. Zeitweise propagierte sie auch eine Föderation im Südosten der Türkei. Seit 1984 führt sie mit ihrer in den Kurdengebieten operierenden Guerillatruppe Volksbefreiungsarmee Kurdistan (ARGK) einen erbitterten Untergrundkampf gegen den türkischen Staat. In Deutschland unterliegt die PKK einem am 26. November 1993 vom Bundesministerium des Innern verfügten vereinsrechtlichen Betätigungsverbot.

Marxistisch-leninistische Kaderorganisation



Die Zentrale der hierarchisch gegliederten und äußerst konspirativ arbeitenden PKK befindet sich in Damaskus/Syrien; „Generalvorsitzender“ ist Abdullah Öcalan. Als „politischer Arm“ der Vereinigung unterstützt die 1985 gegründete, in das bundesweite Betätigungsverbot

Tarnorganisationen der PKK

einbezogene internationale Teilorganisation Nationale Befreiungsfront Kurdistan (ERNK) die Interessen und Ziele der PKK sowohl materiell als auch propagandistisch. Darüber hinaus bedient sich die PKK mehrerer rechtlich selbständiger, vom Verbot nur zum Teil erfaßter Nebenorganisationen, wobei sie bestrebt ist, deren personelle und organisatorische Verflechtungen mit der „illegalen“, d.h. konspirativ arbeitenden, Führungsebene zu tarnen. Mit solchen „legalen“ Verbänden versucht sie, sowohl in der Türkei als auch im westlichen Ausland ihren Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung zu festigen und für ihre Ziele zu werben. Zur Erweiterung ihres Einflusses auf nahezu alle Lebensbereiche der in Deutschland lebenden Kurden gründete die PKK außerdem als „Massenorganisationen“ die sogenannten „Y-Gruppen“ u.a. für Arbeiter, Frauen, Jugend und Intellektuelle, außerdem örtliche Vereine, die sich z.B. hinter angeblich kulturellen oder sportlichen Zwecken tarnen.



Alleinvertretungsanspruch

Die PKK verfolgt mit großer Aggressivität ihren vermeintlichen Anspruch auf alleinige politische Vertretung des kurdischen Volkes, obwohl ihr Sympathisantenpotential in Deutschland allenfalls etwa zehn Prozent der hier lebenden 500.000 Kurden umfaßt. Gemäßigten kurdischen Gruppen bleibt neben der PKK wenig Spielraum.

Finanzierung

Die PKK finanziert sich u.a. aus Mitgliedsbeiträgen und dem Verkauf von Publikationen. Eine wesentliche Einnahmequelle sind die Spenden der in Westeuropa lebenden Sympathisanten. Seit Jahren belegen zahlreiche Informationen, daß die von der PKK beauftragten Spendensammler psychischen Druck auf zahlungsunwillige Kurden ausüben. Die diesjährige Spendenkampagne sollte wie im Vorjahr rund 30 Millionen DM erbringen. Dieses Ziel wurde weit verfehlt. Auch in Bayern blieb das Spendenergebnis deutlich hinter den Erwartungen zurück: Von den geplanten 2,5 Millionen DM wurden nur etwa 30 % gesammelt. Ferner gibt es Hinweise, daß die PKK zumindest indirekt vom Rauschgifthandel profitiert, indem sie im Rahmen ihrer Spendensammlungen auch Gelder bei kurdischen Drogendealern abschöpft.



PKK und ERNK haben das gegen sie verfügte Betätigungsverbot nicht angefochten. Die Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) zog ihre Klage gegen das Verbot in der Hauptsache zurück, als das Bundesministerium des Innern die gegen ihre örtlichen Mitgliedsvereine verfügte Verbote Ende März aus formalen Gründen aufhob. Die Klagen der Berxwedan Verlags GmbH und der PKK-Nachrichtenagentur KURD-HA wurden vom Bundesverwaltungsgericht mit Gerichtsbescheid vom 20. September als unbegründet abgewiesen. Über die Klage des Kölner Kurdistan-Komitees e.V. ist noch nicht entschieden.

Trotz Verbots weiterhin aktiv

Das Verbot hat die Tätigkeit der PKK in Deutschland der Strafverfolgung unterworfen. Es konnte die PKK aber nicht völlig hindern, weiter aus dem Untergrund heraus zu operieren, obwohl auch ihre „illegalen“ Strukturen durch die Festnahme führender Kader teilweise blockiert sind. Nach wie vor sammelt die PKK Spenden und benutzt Deutschland als Rekrutierungsraum für Kämpfer. Die Zerschlagung „legaler“ Strukturen erschwert es ihr aber erheblich, bei den

hier lebenden Kurden und auch in der deutschen Öffentlichkeit für ihre Ziele zu werben und Aktivisten zu gewinnen. Die Anhänger und Sympathisanten der PKK sind deshalb bestrebt, durch Gründung von Einrichtungen, die nach außen keinen Bezug zur PKK erkennen lassen, neue organisatorische Strukturen aufzubauen.

So setzte die Anfang 1994 in Düsseldorf gewerberechtlich angemeldete Kurdisch-Deutsche Presseagentur (KURD-A) bis Mitte 1996 die Tätigkeit der verbotenen KURD-HA fort. Mutmaßliche Nachfolgerin ist die Nachrichtenagentur DEM in Köln. Das Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) in Köln führt seit Mai 1995 die Aktivitäten des im März 1995 vom Bundesministerium des Innern verbotenen Kurdistan Informationsbüros in Deutschland (KIB) fort. Das KIB hatte im Dezember 1993 nach dem Verbot des Kölner Kurdistan-Komitees e.V. dessen Tätigkeit übernommen. Die am 27. März 1994 gegründete Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) mit Sitz in Bochum nimmt mittlerweile die Funktion der verbotenen FEYKA-Kurdistan wahr. Außerdem verfolgt die PKK die Taktik, ursprünglich unpolitische Aktivitäten wie Kultur- und Sportveranstaltungen für ihre Zwecke zu nutzen und dort für ihre Ziele zu werben.

Neue organisatorische Strukturen

In Deutschland ist die PKK in acht „Regionen“ gegliedert. Die Region Bayern unterteilt sich in die „Gebiete“ München, Nürnberg und Ulm. Die Führer der nachgeordneten Teilgebiete und Ortsgruppen sind zu striktem Gehorsam gegenüber dem nächsthöheren Gremium verpflichtet. In Deutschland zählt die PKK weit über 9.000 (1995: 8.900) Anhänger, davon etwa 2.000 in Bayern mit Schwerpunkten in den Räumen Ingolstadt, München und Nürnberg. Wie bisher kann sie darüber hinaus in Deutschland und im benachbarten westlichen Ausland Zehntausende von Anhängern und Sympathisanten mobilisieren.

Organisation

2.2 Unterstützer der PKK

Nach wie vor findet die PKK die Unterstützung deutscher Linksextremisten, die insbesondere eine Aufhebung des Verbots fordern. Sogar Teile des demokratischen linken Spektrums sympathisieren mit der PKK. Für die Interessen der PKK setzen sich neben der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) bundesweit rund 30 „Kurdistan-Solidaritätsgruppen“ ein. In Bayern bestehen drei derartige Zusammenschlüsse, in denen auch Linksextremisten mitarbeiten. Ihr Spektrum reicht von der PDS und der DKP über den Bund Westdeutscher Kom-

munisten (BWK) und die Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) bis hin zu Autonomen. Die Gruppen treten durch Demonstrationen, mit Info-Tischen und bei Podiumsdiskussionen in Erscheinung. Bei diesen Veranstaltungen versuchen sie, Sympathisanten für die PKK zu gewinnen, indem sie auf deren Ziele aufmerksam machen. Von der Bundesregierung verlangen sie die Aufhebung des PKK-Verbots.

Das „Münchener Kurdistan-Solidaritätskomitee“ wurde im März 1994 auf Initiative des linksextremistisch beeinflussten „Münchener Bündnisses gegen Rassismus“ gegründet. Die führenden Personen sind ein DKP-Funktionär und eine PDS-Aktivistin. Das rund 20 Mitglieder zählende Komitee war bis Oktober 1996 Mitherausgeber des 14tägig erscheinenden „Kurdistan-Rundbriefs“. Diese Publikation veröffentlicht Informationen aus Kurdistan und Deutschland und vertritt in Kommentaren die Positionen der PKK. Vormaliger Herausgeber des „Kurdistan-Rundbriefs“ war das „Kurdistan-Komitee e.V.“ in Köln, eine seit November 1993 verbotene Nebenorganisation der PKK.

Der „Kurdistan-Solidarität Nürnberg/Erlangen“ gehören rund zehn Personen an. Die Gruppe wird nach außen von zwei Linksextremisten vertreten. Sie ist Mitherausgeberin der wöchentlich erscheinenden Schrift „Biji - Informationen aus Kurdistan und der BRD“, die in Kurzform Berichte aus anderen Publikationen, wie der PKK-nahen Tageszeitung „Özgür Politika“ (Freie Politik), veröffentlicht.

Das in Landshut gegründete „Südostbayerische Kurdistan-Solidaritätskomitee“ zählt fünf Mitglieder, darunter ein PDS-Anhänger. Die Gruppe zeigte bisher nur geringe Aktivitäten.

2.3 Doppelstrategie

*„Kurdisches
Exilparlament“*

Mit Hilfe eines von ihr initiierten „Kurdischen Exilparlaments“ versucht die PKK, politische Anerkennung und internationale Unterstützung zu erreichen. Diesem Gremium, das sich nach längeren Vorbereitungen am 12. April 1995 in Den Haag/Niederlande konstituierte, gehören 65 „Abgeordnete“ an. Es hat keinen festen Sitz und tritt jeweils aus aktuellem Anlaß kurzfristig zusammen. Bei diesem „Exilparlament“ handelt es sich weder um ein echtes, aus freien Wahlen hervorgegangenes Parlament, noch kann es für sich in Anspruch nehmen, im Namen aller Kurden zu sprechen. Vielmehr stellt es ein von der PKK maßgeblich gesteuertes Propagandainstrument dar. Die überwiegende Mehrheit der 65 Mitglieder des „Exilparlaments“

gehört der PKK, der ERNK, den sogenannten „Y-Gruppen“ (Massenorganisationen der PKK) sowie der PKK-nahen „Demokratie-Partei“ (DEP) an. Auch aus dem Programm des „Kurdischen Exilparlaments“ ist klar erkennbar, daß die PKK die dominierende Rolle spielt. Die Betonung liegt eindeutig auf der Unterstützung und Förderung des nur von der PKK geführten „nationalen Befreiungskampfs“, also der Anwendung von Gewalt - auch auf deutschem Boden - zur Durchsetzung politischer Ziele.

Die PKK versucht, trotz des in Deutschland bestehenden Betätigungsverbotes ihre Ziele konsequent unter Einsatz aller ihr geeignet erscheinenden Mittel durchzusetzen. Sie legt nach wie vor Wert darauf, zu bestimmten Anlässen - wie etwa dem kurdischen Neujahrsfest „Newroz“ (21. März) - Handlungsfähigkeit und Präsenz zu zeigen. Im Rahmen ihrer in Deutschland und Europa verfolgten Doppelstrategie will sie einerseits als vorgeblich moderate Gesprächspartnerin für die Lösung des Kurdenproblems akzeptiert werden. Zum anderen versucht sie, durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten ihre ungebrochene Schlagkraft zu demonstrieren. Ihr Ziel ist es, den von ihr propagierten bewaffneten „Befreiungskampf“ in der Türkei zu unterstützen, wobei die Hemmschwelle gegenüber der Anwendung von Gewalt unverändert niedrig liegt.

Unberechenbare
Gewaltbereitschaft

Ausschreitungen anlässlich des kurdischen Neujahrsfests markierten einen neuen Höhepunkt der PKK-Militanz und zeigten, daß die PKK-Anhänger nicht gewillt sind, das Recht des Gastlands zu achten. Vielmehr fühlen sie sich als „Sieger“, wenn bewußte Verstöße gegen das bestandskräftige PKK-Verbot nicht geahndet werden, und sind entschlossen, entgegen dem Betätigungsverbot auch künftig - selbst auf die Gefahr einer Eskalation hin - öffentlich ihre Symbole zu zeigen.

Die öffentlichen Verlautbarungen des PKK-Vorsitzenden pendelten wie schon früher zwischen unverhüllten Drohungen und scheinbar deeskalierenden Verhandlungsangeboten. Damit will er erreichen, daß die gewaltsamen Aktionen seiner Anhänger in Deutschland geduldet werden.

Drohungen

So erklärte Öcalan am 28. Januar in einem Interview mit dem PKK-beeinflußten Sender „MED-TV“:

„Wenn morgen 50 deutsche Touristenleichen in Deutschland ankommen, dürfen die Verantwortlichen nicht überrascht sein. Auch wenn in Deutschland unkontrollierte Ausschreitungen stattfinden sollten, sollten sie sich ebenfalls nicht wundern.“

Ferner drohte er für den Fall, daß ein von der PKK Mitte Dezember 1995 sowohl für die Türkei als auch für Deutschland verkündeter Waffenstillstand keine Resonanz finden sollte, mit einer „Massenerhebung“ insbesondere in Deutschland, die Hunderte von Todesopfern fordern werde.

Mäßigenden Einfluß dürfte dagegen nach vorangegangenen Ausschreitungen der PKK in Bonn und Dortmund ein am 20. März über „MED-TV“ gesendeter Appell Öcalans ausgeübt haben. Er rief seine Anhänger dazu auf, ihre Konflikte im Ausland mit friedlichen Mitteln beizulegen und nicht gegen die dortigen Gesetze zu verstoßen. Zugleich demonstrierte er aber unterschwellig Härte:

„Die Deutschen dürfen nicht den Eindruck haben, daß wir schwach sind. Auch in unserer Schwäche sind wir in der Lage, einiges zu leisten.“

In einer am 24. März über „MED-TV“ ausgestrahlten Sendung verschärfte Öcalan seine Drohungen. Er behauptete, der Völkermord in Kurdistan sei erst durch die von Deutschland geleistete militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Türkei möglich geworden, und erklärte dazu:

„Sollte Deutschland diese Politik fortsetzen, so können wir Deutschland auch Schaden zufügen. Jeder Kurde kann sich mit einer Bombe hochgehen lassen. (...) Ich wünsche, daß sich Deutschland von diesem schmutzigen Krieg zurückzieht.“

Öcalan wiederholte seine Positionen und Forderungen in einem mit der „Süddeutschen Zeitung“ am 28. März geführten Interview:

„Wenn Ankara jetzt nicht den Dialog mit der PKK sucht, werden wir die Kriegsführung ändern. Dann werden wir Selbstmordattentate in der gesamten Türkei und vor allem in den Tourismusregionen begehen. Und wenn Deutschland die Kurden dem faschistischen türkischen Staat ausliefert und mit Abschiebungen droht, dann könnte es auch in Deutschland zu solchen Selbstmordanschlägen kommen. Deutschland liefe Gefahr, zu unserem zweiten Kriegsgegner zu werden.“

Einige Wochen später nahm Öcalan unter dem Eindruck der Empörung in der deutschen Öffentlichkeit über die Gewalttaten der PKK die gegen Deutschland gerichteten Drohungen wieder zurück. In einem am 5. Mai vom „ZDF“ gesendeten sowie in einem am 20. Mai in der Zeitung „Die Welt“ veröffentlichten Interview bedauerte er die Ausschreitungen seiner Anhänger anläßlich des kurdischen Neujahrsfestes und kündigte an, die PKK werde sich künftig in Deutschland

jeglicher Gewalt enthalten. Ferner regte er einen kurdisch-deutschen Dialog auf allen Ebenen an, verbunden mit dem Wunsch, Deutschland möge eine Vermittlerrolle zwischen der PKK und der Türkei übernehmen. In weiteren Fernsehsendungen im August, September und November bekräftigte er seine Haltung, übte Selbstkritik und schlug zurückhaltende Töne gegenüber Deutschland an. Dabei gab er zu verstehen, daß er als Entgegenkommen Deutschlands die Aufhebung des PKK-Verbots erwarte.

Diese Aussagen Öcalans signalisieren die Bereitschaft zu einem Verzicht auf Anschläge in Deutschland. Allerdings waren dafür ausschließlich taktische Gründe maßgeblich. Öcalan hat offensichtlich erkannt, daß er verschiedene Faktoren in der Vergangenheit nicht richtig eingeschätzt hatte. So hatte er nicht mit den negativen Auswirkungen der Gewaltaktionen auf die Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Kurden gerechnet. Ferner mußte er feststellen, daß die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden in Deutschland zu einer Gefährdung des wichtigsten „Ruhe- und Rekrutierungsraums“ der PKK in Europa geführt hatten. Schließlich dürfte Öcalan auch erkannt haben, daß die PKK ihr Ziel mit „militärischen“ Mitteln nicht erreichen kann und die Türkei allenfalls auf anderen Wegen zu einer Änderung ihrer Politik in der Kurdenfrage zu bewegen sein könnte. Hierfür benötigt er die Hilfe anderer Staaten, die entsprechend Druck auf den NATO-Partner Türkei ausüben sollen, allen voran Deutschland. Solange die PKK hier aber Gewalt ausübt und dadurch die Innere Sicherheit gefährdet, ist dieses Ziel nicht erreichbar.

Es bleibt daher abzuwarten, ob der nunmehr propagierte Kurs nachhaltige Auswirkungen auf das Verhalten der Anhängerschaft in Deutschland hat. Noch gibt es keine Anzeichen, daß die PKK künftig von Spendengelderpressungen gegen hier lebende Kurden sowie von „Bestrafungsaktionen“ gegen Dissidenten absehen wird. Gerade im Hinblick auf die taktische Wandlungsfähigkeit der PKK ist eher davon auszugehen, daß die PKK zur Gewalt zurückkehrt, wenn ihr dies politisch opportun erscheint. So erklärte Öcalan am 3. November, die türkische Regierung, aber auch Staaten wie die USA und Deutschland müßten aus den Selbstmordanschlägen von PKK-Aktivistinnen in Tunceli, Adana und Sivas/Türkei die gebotenen Lehren ziehen. Wenn er die Anweisung zu solchen Aktionen erteilte, hätte dies weitreichende Folgen. Er scheue sich zwar noch vor dieser Art von Kriegsführung; falls notwendig, werde man jedoch die eigene Vorgehensweise gewalttätiger gestalten.

2.4 Aktivitäten

*Ausschreitungen
im Vorfeld des
kurdischen Neu-
jahrsfests*

Unter dem Motto „Freiheit für Kurdistan! Für einen weltweiten revolutionären Frauen/Lesbenbefreiungskampf!“ veranstaltete die vom Betätigungsverbot nicht erfaßte PKK-Frauenorganisation „Union der freien Frauen aus Kurdistan“ (YAJK) am 9. März in Bonn eine Demonstration anläßlich des „Internationalen Frauentages“. An der von einer Deutschen aus dem autonomen Spektrum angemeldeten Kundgebung beteiligten sich rund 1.200 Personen, überwiegend kurdische Frauen und Kinder. Die Demonstranten riefen PKK-Parolen und zeigten Fahnen mit PKK-Emblemen, wobei die Fahnenträgerinnen von Männern und Frauen mit Kinderwagen abgeschirmt wurden. Beim Versuch, PKK-Symbole zu beschlagnahmen, wurden die Einsatzkräfte mit Flaschen, Dosen und Pflastersteinen beworfen und mit Tränengas, Stangen und Brettern attackiert. Daraufhin löste die Polizei die Demonstration auf. Im Verlauf der Auseinandersetzungen erlitten 25 Polizeibeamte erhebliche Verletzungen. Die Einsatzkräfte nahmen 36 Personen fest.

Der Fernsehsender „MED-TV“ berichtete während einer vierstündigen Direktsendung zum „Internationalen Frauentag“ mehrfach über die Kundgebung in Bonn. Dort finde eine „Erhebung“, ein „Festival“ statt, an dem auch zahlreiche „deutsche Demokraten“ und „kurdische Patrioten“ teilnahmen. Die kurdischen Frauen bewiesen erneut, daß sie der Mission der ARGK vollständig gerecht geworden seien. Tapfer und selbstbewußt hätten sie ihre Parolen skandiert. Die Schlacht in Bonn zeige, daß die deutsche Regierung den Terror gegen die Kurden schon erklärt habe und in die Tat umsetze.

Am 16. März versammelten sich entgegen einem Demonstrationsverbot etwa 2.000 PKK-Anhänger in Dortmund. Trotz der von der Polizei rund um Dortmund eingerichteten Kontrollstellen gelangten sie in die Innenstadt. Einige führten eine Sitzblockade durch und bewarfen die polizeilichen Einsatzkräfte mit Pflastersteinen. Im Laufe des Tages kam es zu Brandanschlägen u.a. auf ein Reisebüro und ein Postamt. Die Polizei nahm rund 290 Personen fest und über 1.100 in Gewahrsam. Sicherheitskräfte hatten ferner bundesweit tausende PKK-Anhänger an der Anfahrt nach Dortmund gehindert. Dabei kam es teilweise zu schweren Auseinandersetzungen und Straßenblockaden. Insgesamt wurden rund 40 Polizei- und Grenzschutzbeamte verletzt.

Tags darauf erklärte der PKK-Vorsitzende Öcalan im Fernsehsender „MED-TV“, das bevorstehende kurdische Neujahrsfest bringe das

Blut des kurdischen Volkes zum Kochen. In Dortmund habe das kurdische Volk dem „großen Deutschland“ und seinem starken Aufgebot von Sicherheitskräften gezeigt, daß seine Macht die Kurden nicht daran hindern könne, ihr Fest zu feiern und von ihrem freien Willen Gebrauch zu machen.

Für die Zeit vom 19. bis 24. März waren bundesweit noch weitere Demonstrationen geplant, die aber überwiegend verboten wurden, so auch ein von einem PKK- und einem PDS-Aktivisten angemeldeter „Friedensmarsch“ am 21. März in Ingolstadt. Die übrigen Newroz-Feiern in Bayern verliefen trotz Teilnahme einiger PKK-Sympathisanten ohne nennenswerte Störungen.

Das Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) rief in einem Offenen Brief vom 24. April zum Boykott türkischer Urlaubsziele auf. Jede Mark, die ein deutscher Tourist in seinem Urlaub ausgabe, bedeute einen Schuß Munition. Jeder Tag seines Urlaubs könne mindestens einem Kurden oder einer Kurdin das Leben kosten. Der PKK-Vorsitzende habe folgendes erklärt:

Agitation des KIZ

„Wenn wir keine Antwort auf unseren Waffenstillstand bekommen, wenn kein politischer Dialog entwickelt wird, darf die Türkei von den Touristen wirklich nicht als Urlaubsland gewählt werden. Denn in diesem Fall werden wir den Tourismus zu unserem wichtigsten Angriffsziel machen ...“

Ein von Linksextremisten unterstütztes Aktionsbündnis „Frieden jetzt“ meldete unter dem Motto „Frieden jetzt! Für die Beendigung des Krieges und ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des kurdischen und türkischen Volkes“ für den 15. Juni in Hamburg eine Demonstration zur Kurdenfrage an. In Wirklichkeit wurde die Veranstaltung von der PKK organisatorisch vorbereitet und gesteuert mit dem Ziel, ein deutliches Zeichen der „Friedfertigkeit“ zu setzen. An der Kundgebung beteiligten sich rund 40.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem angrenzenden westlichen Ausland, darunter auch etwa 1.000 PKK-Anhänger aus Bayern. Die Demonstranten skandierten PKK-Parolen und zeigten neben Fahnen und Symbolen der PKK auch Bilder des PKK-Vorsitzenden Öcalan. Im Verlauf der Kundgebung wurde eine Rede Öcalans eingespielt, der betonte, die PKK stehe der deutschen Demokratie und Gesetzgebung respektvoll gegenüber. Wenn es gleichwohl Fehler der PKK gegeben habe, die letztlich zu ihrem Verbot geführt hätten, seien diese nur die Folge einer extrem aufgehetzten Atmosphäre gewesen. Mit der verständnisvollen Annäherung deutscher Freunde seien die Beziehungen

*Beachtliches
Sympathisanten-
potential*

nunmehr wieder in eine Phase der Normalisierung gelangt. Er sei überzeugt, daß die deutsche Regierung ähnlich empfinde und bald der Aufhebung der sinnlosen Verbote näheretrete. Der Verlauf der Veranstaltung, insbesondere die Möglichkeit, verbotene Embleme zu zeigen, wurde von der PKK als großer Erfolg gefeiert, der die Anhänger neu motiviere. Es ist zu befürchten, daß die PKK-Szene den Eindruck gewinnt, Öcalan habe die deutschen Sicherheitsorgane durch massive Drohungen zu Zugeständnissen zwingen können.

Als Erfolg bewertete die PKK auch ein am 21. September in Köln veranstaltetes „Friedensfestival Kurdistan“. Es zeigte erneut, daß die PKK in der Lage ist, über ihr eigenes Mitgliederpotential hinaus landes- und europaweit Zehntausende von Sympathisanten zu mobilisieren. Unter den rund 60.000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und den westeuropäischen Nachbarländern befanden sich etwa 1.200 aus Bayern. Im Stadion waren einzelne Fahnen der PKK und Transparente mit den Bildern gefallener PKK-Kämpfer angebracht. Ein Teil der Besucher führte PKK-Fahnen mit sich. Ein bei Beginn des Festivals entrolltes großflächiges Transparent mit dem Bild Öcalans wurde nach Intervention der Polizei entfernt. Großen Beifall fand ein Aufmarsch von etwa 100 Personen, darunter einige in der Uniform der PKK-Guerillaorganisation ARGK, die eine ARGK-Fahne und ein Öcalan-Transparent trugen. Gegen Ende der Veranstaltung wurde eine Rede Öcalans über Telefon ins Stadion eingespielt.

Mit einer bundesweiten Kampagne drängte die PKK Mitte November verstärkt auf die Aufhebung der gegen sie und einige ihrer Nebenorganisationen verfügten Verbote. PKK-Anhänger verbreiteten unter hier lebenden Kurden und bei deutschen Kurdistan-Solidaritätsgruppen Schreiben der ERNK an mehrere Innenminister der Länder. Darin hieß es, die Kurden hätten eine neue Phase des friedlichen Zusammenlebens und der Völkerverständigung begonnen. Sie erwarteten von der deutschen Regierung, daß sie dabei mit der Aufhebung des PKK-Verbots behilflich sei. Die Mehrheit der Kurden unterstütze den kurdischen Befreiungskampf unter der Führung der PKK. Verbote könnten diese Unterstützung nicht stoppen.

2.5 Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren

Das Landgericht München I verurteilte am 28. März, 11. April und 25. Juni drei PKK-Funktionäre, die am 14. Oktober 1995 anlässlich einer Regionalkonferenz der PKK in den Räumen des inzwischen ver-

*Kampagne gegen
das Verbot*

botenen Kurdischen Elternvereins e.V. in München festgenommen worden waren, zu Bewährungsstrafen zwischen sieben und neun Monaten wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.

Zum Gedenken an einen als „Märtyrer“ verehrten Gefallenen der PKK sollte am 20. Juli in München ein „Hüseyin-Celebi-Gedächtnisturnier“ mit insgesamt 16 kurdischen Fußballvereinen stattfinden. Das offensichtlich von der PKK initiierte Treffen wurde am 19. Juli von der Landeshauptstadt München verboten. Die Veranstalter hatten etwa 1.500 Teilnehmer und Besucher aus dem In- und Ausland erwartet. Bei Vorkontrollen stellte die Polizei insgesamt etwa 1.000 Personen fest, die trotz des Verbots aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren. Im Nahbereich der Sportanlage trafen etwa 300 jugendliche PKK-Anhänger ein. Annähernd 40 Personen blockierten kurzzeitig die zur Sportanlage führende Straße. Die Polizei nahm 23 Personen vorläufig fest und stellte in neun Fällen PKK-Schriften bzw. Gegenstände mit PKK-Emblemen sicher. In Fahrzeugen von drei Personen befand sich Material für Molotowcocktails.

Am 22. Oktober durchsuchte die Polizei in mehreren Bundesländern, vornehmlich in Süddeutschland, mehr als 50 Objekte mutmaßlicher PKK-Aktivisten. Die Einsatzkräfte beschlagnahmten zahlreiche Beweismittel, darunter PKK-Fahnen und -Symbole sowie sonstiges Propagandamaterial. Außerdem stellten sie Spendengeldquittungen in Höhe von rund 40.000 DM und Bargeld in Höhe von etwa 20.000 DM sicher. Gegen einen in Ulm festgenommenen Kurden bestand Haftbefehl wegen Verdachts der räuberischen Erpressung und gefährlichen Körperverletzung.

Dazu erklärte die ERNK in der PKK-nahen Tageszeitung „Özgür Politika“ (Freie Politik) vom 23. Oktober, die Angriffe müßten sofort gestoppt werden. Sie dienten dazu, die positive Haltung Öcalans gegenüber Deutschland ins Leere laufen zu lassen. Das kurdische Volk, das die Befreiung beschlossen habe, werde auf dem Weg zur Freiheit keine Hindernisse anerkennen. Falls die Übergriffe andauerten, werde die deutsche Regierung für die Folgen verantwortlich sein. Ähnlich äußerte sich die YEK-KOM im „Kurdistan-Rundbrief“ vom 4. November.

Zu einer Veranstaltung der PKK am 28. Dezember in Röthenbach a.d. Pegnitz fanden sich rund 450 Besucher ein. Im Lokal war ein Transparent mit dem Portrait Öcalans und dem Emblem der ERNK angebracht.

*Konsequentes
Vorgehen
in Bayern*

In Bayern führte das konsequente Vorgehen der Sicherheitsorgane zu einer erheblichen Verunsicherung der PKK-Anhängerschaft. Durch die Verbote örtlicher PKK-Vereine wurde der Organisation die Möglichkeit genommen, problemlos Funktionärstreffen durchzuführen und auf die hier lebende kurdische Bevölkerung einzuwirken. Insgesamt zeigte der starke Verfolgungsdruck durch die Strafverfolgungsbehörden deutlich präventive Wirkung und ließ die Bereitschaft kurdischer Volkszugehöriger, sich öffentlich für die PKK zu engagieren, erkennbar sinken. So ist es der PKK nicht gelungen, in Bayern neue legale Strukturen zu bilden. Die Beeinträchtigung der Basisarbeit durch Exekutivmaßnahmen wirkte sich u.a. auf die Spendeneinnahmen aus. Durch die Festnahme führender PKK-Funktionäre verlor die PKK an Wirkung, da erfahrene und bewährte Kader nicht ohne weiteres ersetzbar sind.

3. Türkische Gruppen

3.1 Linksextremisten

3.1.1 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

*Revolutionär-
marxistische
ideologie*

Die in Deutschland seit rund zwei Jahrzehnten aktive TKP/ML vertritt die Ideologie des Marxismus-Leninismus, ergänzt um die Ideen Mao Tse-tungs. Sie betont den bewaffneten Kampf als Grundform ihres Handelns und ist davon überzeugt, daß der einzige Weg zur „Befreiung“ des türkischen Volks über den bewaffneten Volkskrieg mit anschließender Bildung einer „Volksregierung“ führe. Ihr militärischer Zweig ist die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO).

*Basisorganisa-
tionen*

In Deutschland sind die rund 2.000 Anhänger der TKP/ML in den revolutionär-marxistischen Dachverbänden Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) und der Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) organisiert, die sich als „demokratische“ Massenorganisationen präsentieren und ihre Verbindungen zur TKP/ML weitgehend tarnen. In Bayern zählt die TKP/ML insgesamt rund 140 Mitglieder.

*Reduzierte
Aktivitäten*

Nach wie vor beeinträchtigt die Spaltung in zwei rivalisierende Flügel die öffentlichen Aktivitäten. An Gedenkveranstaltungen zu Ehren des TKP/ML-Gründers Ibrahim Kaypakkaya am 27. April und 18. Mai in

Köln beteiligten sich rund 6.000 bzw. 5.000 Personen aus dem In- und Ausland. Einen weiteren Aktionsschwerpunkt außerhalb Bayerns bildeten gewaltsame Proteste gegen die Situation von linksextremistischen Gesinnungsgenossen in türkischen Haftanstalten. Zu einer Kulturveranstaltung der ATIK am 5. Mai in Krumbach, Landkreis Günzburg, erschienen rund 150 Besucher. Im Herbst begann die TKP/ML ihre alljährliche Spendenkampagne, die der Finanzierung des bewaffneten Kampfes der TIKKO gegen den türkischen Staat dient.

In der Publikation „Özgür Gelecek“ (Freie Zukunft) bekannte sich der Partizan-Flügel der TKP/ML zur Liquidation sowohl von Repräsentanten des türkischen Staates als auch von Dissidenten und Kollaborateuren aus den eigenen Reihen durch „Militärkomitees“.

Die Spaltergruppe „Ostanatolisches Gebietskomitee“ (DABK) behauptete in einer Flugschrift, die imperialistische Angriffspolitik des deutschen Staates habe sich zum Staatsterror entwickelt. Das Verbot der PKK und ihrer Veranstaltungen mache deutlich, daß die deutschen Gesetze Unrecht seien und Deutschland jede Form von Unmenschlichkeit praktiziere.

3.1.2 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Zu den militantesten türkischen Extremistengruppen zählt die sowohl in Deutschland als auch in der Türkei verbotene revolutionär-marxistische Devrimci Sol. Sie versteht sich als eine an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtete Volksbewegung, die mit Hilfe einer bewaffneten Revolution auf die Zerschlagung des türkischen Staates zielt. Seit ihrer Gründung im Jahre 1978 verübte die terroristische Gruppe in der Türkei zahlreiche Schußwaffen- und Sprengstoffanschläge. 1993 spaltete sie sich in zwei Lager. Die Anhänger des Devrimci-Sol-Leiters Dursun Karatas nennen sich inzwischen „Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front“ (DHKP-C). Die Oppositionsgruppe führt die Bezeichnung „Türkische Volksbefreiungspartei/-front“ (THKP-C Devrimci Sol). Ihr Gründer Bedri Yagan wurde im März 1993 in der Türkei bei einem Polizeieinsatz getötet. Das Verhältnis beider Flügel ist durch gegenseitige Schmähungen und gewaltsame Übergriffe belastet. Die internen Flügelkämpfe erreichten jedoch nicht mehr das frühere Ausmaß. Bundesweit zählt die Gruppierung rund 1.050 (1995: 1.000) Anhänger, darunter 170 (1995: 110) in Bayern. Ortsgruppen des Karatas-Flügels mit insge-

Spaltung in zwei Flügel



Militante
Aktionen

samt rund 130 (1995: 85) Mitgliedern bestehen in Aschaffenburg, München und Nürnberg; der Yagan-Flügel ist in Bayern nur durch Einzelmitglieder vertreten.

Die DHKP-C verlagert ihre öffentlichen Treffen zunehmend ins Ausland, um Verbote durch deutsche Behörden zu vermeiden. So fanden am 30. März in Rotterdam/Niederlande und am 7. Dezember in Hasselt/Belgien Großveranstaltungen mit rund 4.000 bzw. 6.000 Besuchern statt.

Besetzungsaktionen und koordinierte Serien von Anschlägen auf türkische Einrichtungen belegen die anhaltende Gewaltbereitschaft der Devrimci Sol-Anhänger in Deutschland

(vgl. dazu 5. Abschnitt Nummer 1.3). Diese Aktivitäten entzündeten sich u.a. im Januar an Häftlingsrevolten von Gesinnungsgenossen in der Türkei und im Mai am Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte bei einer Kundgebung in Istanbul. So besetzten am 5. Januar 13 Sympathisanten der Devrimci Sol, darunter auch vier Personen aus Bayern, das Büro des türkischen Arbeitsattachés in Mainz. Anlässe weiterer Aktionen waren Anfang Juni ein Hungerstreik in türkischen Haftanstalten wegen einer Verschärfung des Strafvollzugs sowie der Tod mehrerer Häftlinge bei einer Meuterei am 24. September in einem Gefängnis in Diyarbakir/Osttürkei.

Ende 1996 begann die DHKP-C ihre alljährliche europaweite Spendenkampagne. Die teilweise unter Androhung von Gewalt gesammelten Spenden stellen - wie bei der PKK - die Haupteinnahmequelle der Gruppierung dar und dienen der Unterstützung ihrer in der Türkei aktiven Guerillakämpfer.

Kontakte zur PKK

Als ersten Schritt zum geplanten Aufbau einer „revolutionären Front“ in der Türkei unterzeichneten die DHKP-C und die PKK am 22. Dezember ein „gemeinsames Protokoll“. Demnach halten es beide Organisationen für notwendig, gemeinsam den Sturz des türkischen „Ausbeutungs- und Unterdrückungsregimes“ vorzubereiten. Da der Krieg in der Türkei mit Unterstützung des Imperialismus geführt werde, sei auch dieser zu bekämpfen. Alle „demokratischen, fortschrittlichen Organisationen“ seien aufgerufen, den schrittweisen Aufbau der revolutionären Front zu unterstützen.

Bisher gab es keine regelmäßige Kooperation zwischen der DHKP-C und der PKK. Das Papier versucht nun offensichtlich, eine gemeinsame Basis für eine zukünftige Zusammenarbeit zu definieren. Ob die Leiter beider Organisationen in der Praxis die erforderliche Kompromißfähigkeit aufbringen, ist derzeit nicht absehbar.

3.1.3 Aktionen türkischer Linksextremisten

Bei der Niederschlagung einer Häftlingsrevolte in Istanbul kamen am 4. Januar drei mutmaßliche Anhänger der Devrimci Sol ums Leben. Am nächsten Tag griffen die Auseinandersetzungen zwischen inhaftierten Linksextremisten und türkischen Sicherheitskräften auch auf Haftanstalten in anderen Städten der Türkei über. Türkische Linksextremisten im Bundesgebiet nahmen die Vorfälle zum Anlaß zahlreicher Brandanschläge und sonstiger Protestaktionen. So besetzten am 9. Januar zehn Anhänger der DHKP-C eine türkische Bank in Stuttgart. Sie wurden durch weitere vor dem Gebäude befindliche Sympathisanten unterstützt. Die Polizei räumte die Bank und nahm rund 30 Personen vorübergehend fest.

Schwere Ausschreitungen türkischer und kurdischer Linksextremisten begleiteten eine Kundgebung zum 1. Mai in Istanbul. Dabei wurden einige Teilnehmer erschossen. Anhänger der Devrimci Sol und der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) demonstrierten am 3. und 4. Mai in mehreren Städten des Bundesgebietes gegen das Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte.

Aus Protest gegen eine Verschärfung des Strafvollzugs begannen rund 1.500 in türkischen Gefängnissen Inhaftierte im Mai einen Hungerstreik. Revolutionär-marxistische türkische Gruppen solidarisierten sich mit den Häftlingen in einer bundesweiten Unterstützungskampagne. Daran beteiligten sich insbesondere Anhänger der DHKP-C, der TKP/ML und der MLKP. Neben Brandanschlägen (vgl. auch 5. Abschnitt Nummer 2.3.1). kam es u.a. zur Besetzung türkischer und deutscher Einrichtungen, Hungerstreiks und sonstigen demonstrativen Aktivitäten, so auch in München und Nürnberg. Die Gewalttaten eskalierten, als der zum „Todesfasten“ erklärte Hungerstreik am 21. Juli das erste von insgesamt zwölf Todesopfern forderte. Die Situation entspannte sich erst Ende Juli, nachdem die türkische Regierung in der Frage der Haftbedingungen zu Zugeständnissen bereit war und die Häftlinge daraufhin den Hungerstreik beendeten.

Weitere Protestaktionen türkischer und kurdischer Linksextremisten waren am 28. September in Berlin, Bremen, Köln und Stuttgart zu verzeichnen. Anlaß war eine Revolte im Hochsicherheitsgefängnis in Diyarbakir, bei der am 24. September mehrere Häftlinge ums Leben gekommen waren.

3.2 Extreme Nationalisten

Umbenennung

Die 1978 gegründete Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) mit Sitz in Frankfurt am Main hat sich am 5. Oktober auf ihrem 19. Bundeskongreß in Essen in „Deutsche Türk-Föderation“ (Almanya Türk Federasyon -ATF-) umbenannt und zugleich als nationale Teilorganisation eines neuen europäischen Dachverbandes konstituiert.

Nationalistische Ideologie mit islamistischen Positionen

Die ATF ist eng mit der türkischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) verbunden, die bei den Wahlen am 24. Dezember 1995 den Einzug in das türkische Parlament verfehlte. Ihre Ideologie vereint neuerdings Elemente des extremen Nationalismus mit islamistischen Positionen, also der Hinwendung zum Islam als staatskonstituierendem Element. Die ATF tritt für die Wiederherstellung der Türkei in der Größe des Osmanischen Reiches ein und propagiert den Vorrang und die Überlegenheit der türkischen Nation und Rasse. Teilweise sind auch antiwestliche Tendenzen erkennbar. So fordert die ATF von der türkischen Jugend in Deutschland Distanz zu westlich-„dekadenten“ Einflüssen und die Betonung ihrer türkischen Identität.



Aufwärtstrend in Bayern

Die ATF ist in eingetragenen Vereinen und teilweise losen Zusammenschlüssen organisiert. Sie zählt bundesweit knapp 7.000 Mitglieder mit steigender Tendenz. In Bayern verfügt sie über 24 (1995: 19) örtliche Untergliederungen mit insgesamt rund 1.400 (1995: 1.000) Mitgliedern.

Die ATF ist intensiv bemüht, die in Deutschland lebenden türkischen Jugendlichen für sich zu gewinnen. So bietet sie ein breites Sport- und Freizeitprogramm bei geringerer Betonung islamistischer Glaubenssätze an. Ihren geschulten Führungskräften gelingt es, Jugendliche rasch in den Verband zu integrieren und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dort als Türken anerkannt zu werden. Große Teile der Einnahmen werden für Zwecke der Jugendarbeit verwendet.

Zum 19. Jahreskongreß der ADÜTDF am 5. Oktober in Essen erschienen rund 10.000 Besucher aus Deutschland und dem angrenzenden europäischen Ausland. Wegen des sehr kurzfristig anberaumten Kongreßtermines konnte der Mobilisierungsgrad des Vorjahres bei weitem nicht erreicht werden. Auffallend waren das Fehlen von Plakaten und die Verschleierung zahlreicher weiblicher Teilnehmer. Einer der Ehrengäste war der aus der Türkei angereiste MHP-Vorsitzende Alparslan Türkeş, der in seiner Rede die erfolgreiche Arbeit der ADÜTDF würdigte. Weiter erklärte er, daß er den Kampf gegen den „Verräter Öcalan“ fortsetzen und den PKK-Vorsitzenden „auf den Friedhof schicken“ werde.

Jahreskongreß

Neben der Umwandlung der ADÜTDF in eine nationale Teilorganisation mit der Bezeichnung ATF beschlossen die Teilnehmer die Gründung einer „Konföderation der Türkischen Idealistenvereine in Europa“ (AÜTDK), die ihren Sitz voraussichtlich in Brüssel nehmen wird. Zum Vorsitzenden dieses Dachverbands aller nationalistischen Teilorganisationen in Europa wurde Prof. Dr. Ömer Aksu gewählt; einer seiner Stellvertreter ist der bisherige ADÜTDF-Vorsitzende Türkmén Onur aus Ulm. Zum neuen Bundesvorsitzenden der ATF wurde Mehmet Erdoğan bestellt.

*Neuer
Dachverband*

Die ATF-Führung hat ihre Mitglieder angewiesen, die Rechtsordnung des Gastlandes zu achten und sich von Anhängern der PKK und anderen türkischen Linksextremisten nicht provozieren zu lassen. Mit ihrer chauvinistisch-nationalistischen Ideologie gerät die ATF aber vermehrt ins Blickfeld militanter politischer Gegner. Auch in Bayern waren bereits Anschläge auf ATF-Vereine zu verzeichnen. Gewaltsame Reaktionen von ATF-Angehörigen sind bisher nicht bekanntgeworden.

3.3 Islamische Extremisten

3.3.1 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)

Die IGMG, die bis 1995 die Bezeichnung „Vereinigung der neuen Weltanschauung in Europa e.V.“ (AMGT) führte, ist ein Sammelbecken von Anhängern der islamisch-fundamentalistischen Wohlfahrtspartei (RP). Die RP ist seit den türkischen Parlamentswahlen im Dezember 1995 stärkste Partei im Parlament und stellt seit Juli 1996 mit ihrem Vorsitzenden Prof. Necmettin Erbakan den türkischen Ministerpräsidenten. Wie zu Zeiten der AMGT bestehen nach wie vor enge Verbindungen zwischen der IGMG und der RP. Bei Veranstaltungen der IGMG treten

*Islamisch-extremistische
Ideologie*

häufig RP-Funktionäre auf. Die IGMG vertritt das Gedankengut der RP unter den türkischen Muslimen in Deutschland. Ihr Nahziel ist die Einführung des Koran als Grundlage des Staatsaufbaus und als Verhaltenskodex staatlichen Zusammenlebens. Mittelfristig erstrebt sie die Abschaffung der laizistischen Staatsordnung in der Türkei, die mit Hilfe der RP durch ein islamisches System nach dem Beispiel des Iran



ersetzt werden soll. Fernziel der IGMG ist die weltweite Islamisierung im Sinn eines doktrinären Islam-Verständnisses. Zahlreiche Verlautbarungen zeigen einen Haß auf die Juden und den Staat Israel, der den Grundsätzen von Menschenwürde,

Toleranz zwischen den Religionen und dem Gedanken der Völkerverständigung zuwiderläuft:

„Ein Jude unterscheidet sich von dem Satan durch nichts. (...) Die Juden sind die Quellen der bösen Taten, die sich nicht nur gegen das Volk Palästinas, sondern auch gegen die ganze Menschheit richten ... Hinter allen üblen Ideen und Ideologien, die heute die ganze Welt erfaßt haben, stecken die Zionisten.“

(Milli Gazete vom 31. Januar 1994)

Latente Militanz

Bisher sind - zumindest in Bayern - keine politisch motivierten Gewalttaten von Anhängern der IGMG bzw. AMGT bekanntgeworden. Äußerungen in den vergangenen Jahren lassen jedoch darauf schließen, daß die IGMG Gewaltanwendung als Mittel zur Auseinandersetzung gegenüber Andersdenkenden entgegen den Beteuerungen in ihrer Satzung nicht grundsätzlich ablehnt.

Nach wie vor ist die IGMG bemüht, bestimmende islamische Kraft in Deutschland zu werden. Als bedeutendste islamische Gruppierung will sie sodann die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts erreichen. Sie erhofft sich davon umfangreiche staatliche Unterstützung und finanzielle Vorteile. Entgegen den in der Satzung erklärten Zielen lehnt die IGMG als überzeugte Vertreterin islamisch-extremistischer Positionen jegliche Integration in die deutsche Gesellschaft ab. Auch eine friedliche Koexistenz von Christen und Muslims ist ihren Vorstellungen zufolge nur partiell denkbar, vor allem aber nicht ernsthaft beabsichtigt.

Stagnierendes Engagement der Mitglieder

Die Entwicklung der IGMG hat mittlerweile eine stagnierende bis leicht rückläufige Phase erreicht. Ein Grund hierfür ist der Mangel an jungem Nachwuchs, der u.a. auf unzureichenden oder fehlen-

den Angeboten für Jugendliche sowie der Konkurrenz attraktiverer Organisationen beruht. Zudem ist die Mitgliedschaft der IGMG überaltert und die Finanzlage angespannt, nachdem die IGMG im Wahlkampf für die Parlamentswahlen im Dezember 1995 die RP mit erheblichen finanziellen Zuwendungen unterstützte. Inzwischen hat die Spendenfreudigkeit der Mitglieder nachgelassen. Dies liegt zum einen daran, daß Erbakan sein im Wahlkampf gegebenes Versprechen, die Bedeutung des Islam zu festigen, seit der Amtsübernahme als Ministerpräsident noch nicht eingelöst hat. Zum anderen herrscht unter vielen Mitgliedern die Meinung, daß für die IGMG mit der Regierungsbeteiligung der RP ein großes Ziel erreicht sei. Weitere Anstrengungen seien nun nicht mehr zwingend notwendig.

Mit bundesweit rund 26.500 (1995: 26.000) Mitgliedern ist die IGMG gleichwohl noch immer die stärkste und finanzkräftigste Organisation extremistischer Ausländer. Die im Vorjahr gebildete „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“ (EMUG) verwaltet den umfassenden Immobilienbesitz im Wert von rund 60 bis 80 Millionen DM. Den 70 (1995: 75) IGMG-Untergliederungen in Bayern gehören rund 5.000 (1995: 5.500) Mitglieder an. Der IGMG-Vorsitzende Osman Yumakogullari wurde bei den türkischen Parlamentswahlen im Dezember 1995 als Abgeordneter der RP in das türkische Parlament gewählt. Sein Nachfolger ist der bisherige IGMG-Generalsekretär Ali Yüksel.

*Rückläufige
Tendenz
in Bayern*

Am 1. Juni hielt die IGMG in der Dortmunder Westfalenhalle ihren Jahreskongreß ab. An der Veranstaltung nahmen über 20.000 Personen teil. Der RP-Vorsitzende Prof. Necmettin Erbakan, der in den vergangenen Jahren stets als Gastredner aufgetreten war, konnte aus Termingründen nicht teilnehmen und sprach über eine Konferenzschaltung zu den Besuchern. In der Eröffnungsrede erklärte der stellvertretende IGMG-Generalsekretär, der Verband sei inzwischen die größte zivile Organisation in der Welt und zähle über 161.500 Anhänger. Bei den deutschen Behörden gelte es, das Vorurteil auszuräumen, daß die IGMG die Macht an sich reißen wolle, sich gegen die Integration stelle und antisemitisch ausgerichtet sei.

Jahreskongreß

3.3.2 **Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)**

Der 1984 in Köln gegründete ICCB strebt kompromißlos die Weltherrschaft des Islam auf der Grundlage des Korans und der Scharia

*Weltherrschaft
des Islam*

(islamisches Rechtssystem) an. Als ersten Schritt dorthin zielt er auf den Sturz des türkischen Staatsgefüges. Dieses soll mittels einer Revolution nach dem Beispiel des Iran durch einen islamischen Gottstaat ersetzt werden, dem als geistliches und weltliches Oberhaupt der Kalif vorsteht.

Mitgliederverluste

Interne Konflikte hatten den ICCB schon vor dem Tod seines langjährigen Leiters Cemalettin Kaplan im Mai 1995 destabilisiert und zur Abspaltung etlicher Ortsvereine geführt. Mit der Wahl des Sohnes Metin Kaplan zum Nachfolger setzte sich diese Entwicklung fort. Differenzen wegen der Nutzungsrechte an Immobilien und Vereinsvermögen eskalierten mitunter zu gewaltsamen internen Auseinandersetzungen. Erneute Streitigkeiten entzündeten sich an den fehlenden Führungsqualitäten des jetzigen ICCB-Leiters, der sich als „Muhammed Metin Müftüoğlu Emir der Gläubigen und Kalif der Muslime“ bezeichnet. Im Gegensatz zu seinem charismatischen Vater ist er aber nicht in der Lage, zu Großveranstaltungen Tausende von Teilnehmern zu mobilisieren. Eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern wechselte zur IGMG. Auch das Potential der Sympathisanten hat sich in den letzten Jahren erheblich verringert.

Die Mitgliederzahl des ICCB ist nach Schätzung bundesweit um 50 % auf 1.500 (1995: 3.000) zurückgegangen. In Bayern gehören dem Verband fünf (1995: sechs) örtliche Untergliederungen mit insgesamt 250 (1995: 300) Mitgliedern an.

Aggressive Polemik

In seiner Publikation „Ümmet i Muhammed“ (Die Gemeinde Mohammeds) polemisiert der ICCB gegen das westliche System, die Demokratie, die Parteien, die Juden, den Parlamentarismus und die Integration von Muslimen in die westliche Gesellschaft. Zugleich postuliert er für den Islam einen absoluten, unabdingbaren Alleinvertretungsanspruch, der gleichzeitig jede politische Zusammenarbeit mit anderen islamistischen Organisationen generell ausschließt. Dissidenten werden offen zur Umkehr aufgefordert und im Falle der Weigerung massiv bedroht.

In der Verbandsarbeit tritt die Bezeichnung ICCB inzwischen in den Hintergrund. Statt dessen tritt der Verband als „Islamische Gemeinschaft“ oder „Kalifatsstaat“ bzw. als der 1992 proklamierte fiktive „Föderative Islamstaat Anatolien“ (A.F.I.D.) auf.

Gewaltbereitschaft

Hinsichtlich des Einsatzes von Gewalt unterscheidet der ICCB zwischen der derzeitigen ersten Phase der friedlichen Verkündung des

Islam und einer zweiten Phase der Gewalt, die beginnen werde, sobald die Zeit dazu reif sei. Dann sollten - so Metin Kaplan - „aus militärischer Sicht die Häuser und Wohnungen zu einem Stabsquartier und die Moscheen zu Kasernen umfunktioniert werden“.

„Die Fahne des Kalifatsstaates wird vom Turm in Ankara wehen. Seid bereit Männer, Frauen, Soldaten Allah's. Der Sieg gehört euch, möge euer Krieg, Feldzug gesegnet sein! Ihr müßt jeden Moment den Befehl erwarten und wachsam sein.“

Vollständig vereinnahmt und entmündigt werden die Mitglieder des ICCB durch eine im Verbandsorgan „Ümmet i Muhammed“ vom 15. Mai veröffentlichte Weisung Kaplans an die „Angehörigen des Kalifatsstaates“:

*Totalitäre
Tendenzen*

„Von nun an muß man, wenn man irgendwohin gehen oder reisen will, unbedingt die Erlaubnis der Zentrale einholen.“

Seinen alleinigen Herrschaftsanspruch auf die Türkei dokumentierte der ICCB in einer im Frühjahr 1996 an das „Bundespatentgericht“ in München gerichteten Klageschrift. Darin forderte er die „Rückgabe der kemalistischen Türkei“ und proklamierte einen „Kalifatsstaat“, der eine „theokratisch-diktatorische Staatsidee“ verwirklichen solle. Der zunehmende Realitätsverlust und die Unberechenbarkeit des ICCB bedeuten im Zusammenspiel mit der Befürwortung von Gewalt, aggressiver Polemik und der Tendenz zur totalitären Vereinnahmung der Mitglieder ein nicht zu unterschätzendes Gefährdungspotential für die Innere Sicherheit.

4. Iranische Gruppen

Die Anhänger der im Iran als Guerillakämpfer tätigen Volksmodjahedin haben sich im Bundesgebiet in der zum Teil konspirativ strukturierten und agierenden Iranischen Moslemischen Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV) zusammengeschlossen. Die Volksmodjahedin, eine Gruppierung islamischer Fundamentalisten mit marxistischer Prägung, waren maßgeblich an der Revolution gegen den Schah im Iran beteiligt, gerieten aber nach dem Umsturz zunehmend in Opposition zur neuen Regierung, die sie seit Juni 1981 durch bewaffneten Widerstand zu stürzen versuchen. Unter Federführung der Volksmodjahedin wurde im Juli 1981 der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI) als Zusammenschluß iranischer

Nationaler Widerstandsrat Iran

Oppositioneller gegründet. Er versteht sich als einzige demokratische Alternative zur iranischen Regierung.

„Exilparlament“

Im August 1993 konstituierte sich der NWRI zum „Exilparlament“ und wählte die Generalsekretärin der Volksmodjahedin Maryam Radjavi zur künftigen „Präsidentin“ des Iran. Die Bezeichnung „Volksmodjahedin“ findet seitdem kaum noch Verwendung. Mit dieser Strategie wollen sich die Volksmodjahedin anderen Oppositionsgruppen öffnen und sie unter ihrer Führung einigen. Der Machtanspruch der Volksmodjahedin, die fehlende innerparteiliche Demokratie und ihr Personenkult stoßen indes bei einem erheblichen Teil der iranischen Opposition auf Ablehnung.

Illegale Spendensammlungen

Die Volksmodjahedin halten sich vielfach nicht an Gesetze und behördliche Auflagen. Ihre hauptsächlich in Asylbewerberheimen angeworbenen Aktivisten sammeln oft unter Verstoß gegen ihre Aufenthaltsbeschränkung und ohne Sammlungserlaubnis im Namen von eigens gegründeten Tarnvereinen. Sie treten dabei aggressiv auf, fordern Mindestspenden, führen keine Sammelisten und benutzen keine Sammeldosen, sondern Überweisungsträger. Auf diese Weise verschleiern sie das Sammlungsergebnis. Der Schwerpunkt der Sammlungstätigkeit liegt in der Vorweihnachtszeit.

Tarnorganisationen der Volksmodjahedin

Um bei der Beantragung erforderlicher Erlaubnisse nicht selbst in Erscheinung treten zu müssen, bedient sich der NWRI mehrerer „Tarnvereine“, deren Bezeichnung keinen Bezug zu den Volksmodjahedin aufweist. In der Vergangenheit waren dies z.B. die Gruppierungen „Flüchtlingshilfe Iran e.V.“, „Frauen für Demokratie im Iran“, „Iranischer Kulturverein“, „Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V.“ (VIDA), „Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V.“, „Verein der Künstler und Schriftsteller des iranischen Widerstandes e.V.“ „Gesellschaft iranischer Flüchtlinge e.V.“ und „Verein zur Eingliederung iranischer Flüchtlinge e.V.“ (VEIF). Der NWRI bestreitet eine Verbindung dieser Organisationen zu den Volksmodjahedin. Die angeblich für humanitäre Zwecke bestimmten Spendengelder dienen in Wirklichkeit der Unterhaltung der weltweiten Strukturen der Volksmodjahedin sowie der Beschaffung von Waffen für ihre im Irak stationierte „Nationale Befreiungsarmee“ (NLA). Zur Verschleierung der Sammlungsaktivitäten wird bei den Behörden manchmal um Erlaubnis zum Verkauf von Publikationen nachgesucht.

Der NWRI veranstaltete am 27. November in Bonn eine Protestdemonstration zum Thema „Gegen den von den Mullahs gesteuerten

Terrorismus“. Anlaß war die Entwicklung im Berliner „Mykonos-Prozeß“, den der NWRI von Beginn an aufmerksam verfolgt und ausdrücklich begrüßt hatte. Unter den rund 700 Teilnehmern befanden sich auch Anhänger der Volksmodjahedin aus mehreren bayerischen Städten. Ein NWRI-Funktionär verurteilte die „staatsterroristischen Aktionen des iranischen Regimes“ und führte die bisherigen Erkenntnisse aus dem „Mykonos-Prozeß“ als Beweis für die „Brutalität und Skrupellosigkeit der iranischen Mullah-Regierung“ an.

Die relativ geringe Teilnehmerzahl verweist auf die schwindende Motivation der NWRI-Anhänger.

5. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
---	---

1. Arabische Gruppen

Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) marxistisch-leninistisch	Al Houriah (Die Freiheit) - wöchentlich -
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) marxistisch-leninistisch	Al Hadaf (Das Ziel) - wöchentlich - Democratic Palestine - zweimonatlich -
Volksfront für die Befreiung Palästinas -Generalkommando- (PFLP-GC) marxistisch-leninistisch	Ila-Al-Amam (Vorwärts) - wöchentlich -
Hizb Allah (Partei Gottes) schiitisch-extremistisch	Al-Ahd (Die Verpflichtung) - wöchentlich -

2. Iranische Gruppen

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV) revolutionär-marxistisch Sitz: Köln	Freiheit für Iran - monatlich - Schire Khorschid (Löwe und Sonne) - unregelmäßig - Iran Zamin (Iranische Erde) - wöchentlich -
Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) islamisch-extremistisch	Qods (Jerusalem) - unregelmäßig -

3. Kurdische Gruppen

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) marxistisch-leninistisch (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	Serxwebun (Unabhängigkeit) - monatlich - Kurdistan-Report - unregelmäßig -
---	---

Teilorganisationen der PKK:

Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)	
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	

Organisation,
ideologische Ausrichtung

Publikationen
(einschließlich Erscheinungsweise)

Nebenorganisationen der PKK:

Kurdistan-Komitee e.V., Köln
(in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)

Kurdistan-Rundbrief (Nachrichten
aus Kurdistan)
- unregelmäßig -

Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB)
(am 02.03.1995 verboten)

Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturver-
einigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik
Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)
(in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)

Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ)

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
(YEK-KOM)

Haus der kurdischen Künstler e.V. (bisher: HUNERKOM)

Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)
(bisher: Bewegung freier Frauen Kurdistans -TAJK-)

Jina Serbilind (Die stolze Frau)
- monatlich -

Union der Journalisten Kurdistans (YRK)

Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)

Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK)
(bisher: Union der patriotischen Intellektuellen Kurdistans)

Welate Me (Unsere Heimat)

Vereinigung der patriotisch-revolutionären Jugend
Kurdistans (YCK)

Sterka Ciwan (Stern der Jugend)
- monatlich -

Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)

Ronahi (Licht)
- dreimonatlich -

Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)

Zülfikar
- monatlich -

Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)

Baweri (Glaube)

Kurdischer Roter Halbmond (HSK)

Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans)

KOMKAR - Verband der Vereine aus Kurdistan e.V.
marxistisch-leninistisch

Denge KOMKAR (Stimme KOMKAR)
- unregelmäßig -

Informationsbulletin Kurdistan
- zweimonatlich -

KOMKAR-Info
- zweimonatlich -

Organisation,
ideologische Ausrichtung

Publikationen
(einschließlich Erscheinungsweise)

4. Türkische Gruppen

4.1 Linksextremisten

Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

„Partizan“-Flügel

İsci-Köylü Kurtuluşu (Arbeiter-
Bauern-Befreiung)
- monatlich -

Partizan (Der Partisan)
- monatlich -

Özgür Gelecek (Freie Zukunft)
- vierzehntägig -

„DABK“-Flügel
(Ostanatolisches Gebietskomitee)

Öncü Partizan (Der Avantgarde-
Partisan)
- monatlich -

Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)
Frontorganisation der TKP/ML

Basisorganisationen der TKP/ML:

Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.
(ATIF) Sitz: Duisburg

Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)
Zusammenschluß der ATIF und
ihrer Schwesterorganisationen

Mücadele (Kampf)
- monatlich -

Devrimci Sol

Spaltergruppen:

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C)
- Karatas-Flügel -

Halk İcin Kurtulus
- wöchentlich -

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Türkische Volksbefreiungspartei/-front
(THKP-C Devrimci Sol)
- Yagan-Flügel -

Devrimci Cözüm (Revolutionäre
Lösung)
- vierzehntägig -

Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)

Atilim (Der Angriff)
- wöchentlich -

Partinin Sesi (Stimme der Partei)

Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei (BP-KK/T)
(bisher: TKP/ML Bolsevik,
Abspaltung von der TKP/ML)

Bolsevik Partizan (Bolschewistischer
Partisan)
- unregelmäßig -

Organisation,
ideologische Ausrichtung

Publikationen
(einschließlich Erscheinungsweise)

4.2 Extreme Nationalisten

Deutsche Türk-Föderation (ATF)
(bisher: Föderation der Türkisch-Demokratischen
Idealistenvereine in Europa e.V. -ADÜTDF-)
Sitz: Frankfurt am Main

4.3 Islamische Extremisten

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)
Sitz: Köln

Publizistisches Sprachrohr:
Milli Gazete (Nationale Zeitung)
- täglich -

Milli Görüs & Perspektive
- monatlich -

Verband der islamischen Vereine und
Gemeinden e.V. (ICCB)
Sitz: Köln

Ümmet i Muhammed (Die Gemeinde
Mohammeds)
- fünfzehntägig -

4. Abschnitt

Scientology-Organisation

Neben den klassischen Beobachtungsfeldern Rechtsextremismus und Linksextremismus sowie dem aus dem Bereich Ausländerextremismus bekannten religiös motivierten Extremismus der Islamisten gibt es Anhaltspunkte dafür, daß ein anderer Extremismus neuer Art entstanden ist: Die Anfang der 50er Jahre durch den US-amerikanischen Science-Fiction-Autor L. Ron Hubbard gegründete und inzwischen weltweit aktive Scientology-Organisation. Es handelt sich um eine streng profitorientierte Organisation, die sich Kirche nennt und damit vortäuscht, eine Religionsgemeinschaft zu sein. Sie wendet Mittel der Psychomanipulation an und steht im Verdacht, mit Psychoterror und kriminellen Methoden letztlich totalitäre politische Ziele zu verfolgen.

Aus einer Reihe von Aussagen und Handlungsanweisungen des Gründers und aus dem Selbstverständnis und den Handlungsweisen der Organisation, wie sie vor allem von ehemaligen Angehörigen berichtet werden, ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen der Organisation, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Solche Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß die Scientology-Organisation, deren Welt- und Menschenbild den elementaren Prinzipien der Gesellschafts- und Wertordnung des Grundgesetzes widerspricht, nach der Macht im Staat strebt. Nach den Worten Hubbards fordert die Organisation „totale Disziplin“ und verfolgt das Ziel, „die Regierung und feindliche Philosophien oder Gesellschaften in einen Zustand völliger Gefügigkeit mit den Zielen der Scientology zu bringen“. Aussagen wie „wir haben dich lieber tot als unfähig“, Hinweise, wie mit Gegnern umzugehen sei, sowie die Bezeichnung von Kritikern als „schäbige Köter“, die man totfahren dürfe, sind Anhaltspunkte dafür, daß Scientology eine Gesellschaftsordnung anstrebt, in der die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte nichts mehr gelten.

Die Innenministerkonferenz befaßte sich deshalb schon mehrfach auch mit der Frage der Beobachtung der Scientology-Organisation durch die Verfassungsschutzbehörden. Zuletzt hatte sie in ihrer Sitzung am 21./22. November eine Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder eingesetzt, die die Aufgabe hat, die vorliegenden Materialien und Erkenntnisse systematisch auszuwerten und zu prüfen, ob die Organisation verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, das intensiv in der Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden mitarbeitet, beobachtet die Scientology-Organisation seit März unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um zu prüfen, ob sich die Anhaltspunkte für die Verfassungsfeindlichkeit der Organisation bestätigen.

5. Abschnitt

Terror* und sonstige politisch motivierte Gewalt

1. Entwicklung im Bundesgebiet **

Politisch motivierte Täter verübten 1996 in Deutschland insgesamt 1.704 Gewalttaten (1995: 1.685). Die Gesamtzahl dieser Gewalttaten ist damit um rund ein Prozent angestiegen. Unterschiedlich verlief die Entwicklung in den einzelnen Bereichen. Bei den rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten betrug der Rückgang rund sieben Prozent. Auch die Zahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten ist erstmals seit Jahren wieder rückläufig (um etwa fünf Prozent). Dagegen stieg die Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten um etwa 16 % an. In allen drei Bereichen liegt die Zahl der Gewalttaten aber weiter auf einem hohen Niveau. Politisch motivierte Gewalttäter sind damit unverändert eine Bedrohung für die Innere Sicherheit in Deutschland.

Bedrohung für die innere Sicherheit

Weiterer Rückgang rechtsextremistischer Gewalt

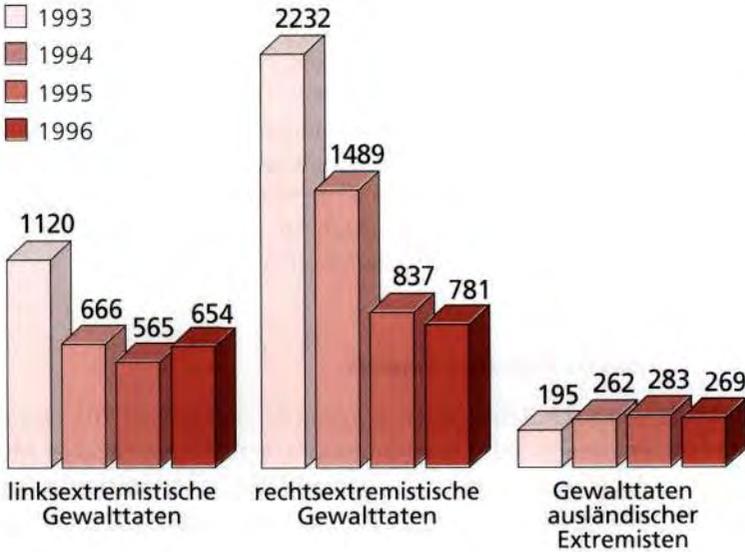
Der Rückgang rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten, vor allem bedingt durch den Rückgang fremdenfeindlicher Gewalt, dauert an. Gleichwohl forderten rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten nach derzeitigem Erkenntnisstand ein Todesopfer. Daneben zeigen auch weitere schwere Straftaten im Bundesgebiet eine erschreckend hohe kriminelle Energie rechtsextremistisch motivierter Täter. Rechts-

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben oder Eigentum Dritter, insbesondere durch Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

** Abweichungen der Vorjahreszahlen von den im Verfassungsschutzbericht Bayern 1995 genannten Zahlen beruhen im wesentlichen auf einem aktualisierten Erkenntnisstand.

Die für Deutschland genannten Zahlen beruhen auf Angaben des Bundesministeriums des Innern.

Entwicklung
politisch
motivierter
Gewalttaten
in Deutschland



terroristische Strukturen konnten jedoch nach wie vor nicht festgestellt werden.

Terroristische Aktionen waren weder von der Roten Armee Fraktion (RAF) noch von der Antiimperialistischen Zelle (AIZ) zu verzeichnen. Auf die Forderungen der inhaftierten terroristischen Gewalttäter Helmut Pohl und Birgit Hogefeld, die Auflösung der RAF zu erklären, reagierte die im Untergrund lebende Kommandoebene der RAF mit mehreren Erklärungen nur ausweichend.

*Keine Anschläge
von RAF und AIZ*

Die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten ist deutlich angestiegen. Im Brennpunkt der Anschläge standen insbesondere die Deutsche Bahn AG und sonstige Einrichtungen im Zusammenhang mit den Castor-Transporten. Auf diesen Bereich entfallen rund 44 % aller linksextremistischen Gewalttaten.

*Anstieg links-
extremistischer
Gewalttaten*

Die Zahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten ist erstmals seit längerer Zeit wieder rückläufig. Bei internen Flügelkämpfen wurden am 27. August in Duisburg ein Mitglied der türkischen Kommunistischen Partei-Aufbauorganisation (KP-IÖ) erschossen und ein Begleiter verletzt. Auch die blutigen Richtungskämpfe innerhalb der Devrimci Sol dauern an.

*Erstmals Rück-
gang der Gewalt
ausländischer
Extremisten*

Anhänger der verbotenen PKK begingen im Zusammenhang mit dem Newroz-Fest eine Reihe von Gewalttaten, hielten sich aber im weiteren Verlauf des Jahres an die Anordnung ihres Vorsitzenden Öcalan, keine Anschläge mehr zu verüben. Dies ist der wesentliche Grund für den Rückgang in diesem Bereich. Anhänger der ebenfalls verbotenen türkischen Devrimci Sol und der türkischen TKP/ML verübten verstärkt Anschläge gegen türkische Einrichtungen. Diese Gewalttaten waren Solidaritätsaktionen zugunsten in der Türkei revoltierender bzw. hungerstreikender inhaftierter Gesinnungsgenossen.

1.1 Rechtsextremistische Gewalt

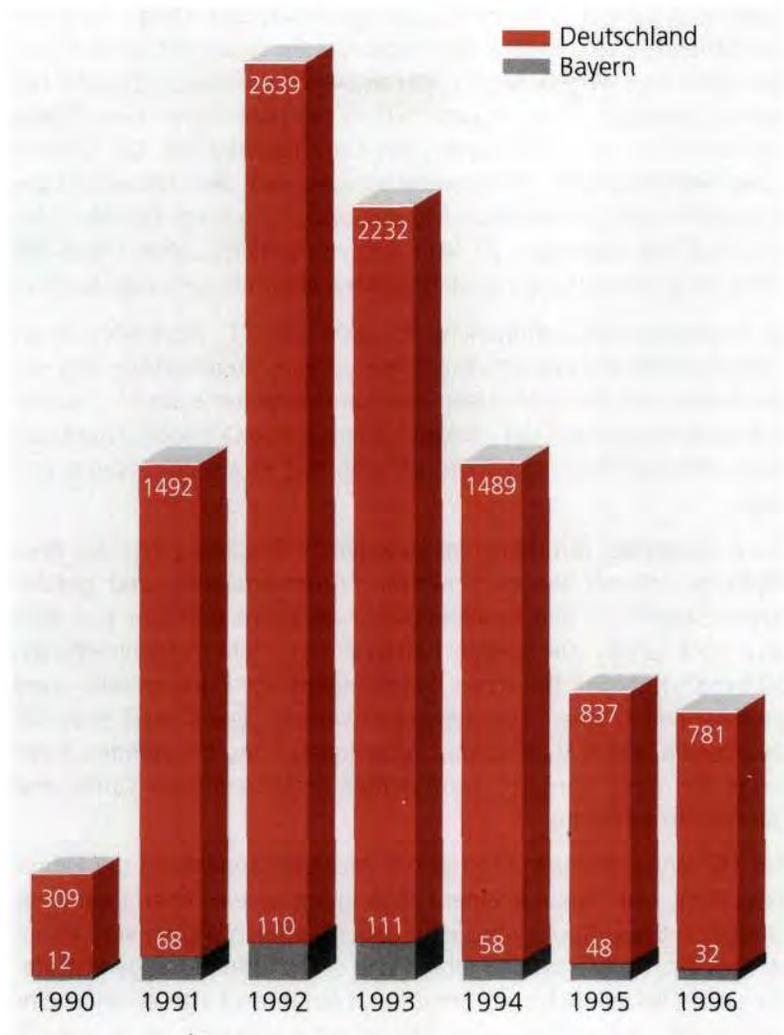
Die Verfassungsschutzbehörden registrierten bundesweit 781 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation; das bedeutet gegenüber den 837 Gewalttaten des Vorjahres einen Rückgang um rund sieben Prozent. Der Rückgang ist im wesentlichen auf eine deutliche Abnahme fremdenfeindlicher Gewalttaten von 540 im Jahr 1995 auf 441 zurückzuführen. Im Bereich der sonstigen rechtsextremistischen Gewalttaten, bei den Gewalttaten gegen politische Gegner und bei antisemitischen Gewalttaten waren dagegen Zunahmen festzustellen. Insgesamt zeigen ein vollendetes, mehrere versuchte Tötungsdelikte und eine hohe Anzahl weiterer schwerer Gewaltakte in Deutschland die nach wie vor erhebliche kriminelle Energie der Täter.

Erhebliche kriminelle Energie

Bei den 13 vollendeten bzw. versuchten Tötungsdelikten (1995: zehn Versuche) war nach derzeitigem Erkenntnisstand ein Todesopfer zu beklagen. Auch bei 33 (1995: 45) vollendeten bzw. versuchten Brandanschlägen sowie 578 Landfriedensbrüchen und Körperverletzungsdelikten wurde eine Vielzahl von Personen zum Teil schwer verletzt. Außerdem wurde bei 157 Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung Sachschaden in Millionenhöhe verursacht. Trotz des erneuten Rückgangs beträgt die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten mehr als das Doppelte der Gewalttaten von 1990 (309 Gewalttaten). Die polizeilichen Ermittlungen erbrachten bisher keine Erkenntnisse über eine überregionale Steuerung dieser Gewalttaten durch rechtsextremistische Organisationen. Überwiegend wurden die Gewalttaten nicht von Einzeltätern, sondern von mehreren gemeinschaftlich handelnden Personen verübt. Dabei entstand der Tatentschluß vielfach spontan aus gruppenspezifischen Prozessen, gefördert durch Alkohol oder Musik mit rechtsextre-

Keine überregionale Steuerung der Gewalttaten

Entwicklung
der rechtsextremistischen
Gewalttaten



mistischem Inhalt. Die Tatverdächtigen waren überwiegend jünger als 20 Jahre.

Die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten hat im Vergleich zum Vorjahr wiederum deutlich abgenommen. Insgesamt wurden bundesweit 441 (1995: 540) fremdenfeindliche Gewalttaten registriert. Dies bedeutet einen Rückgang um rund 18 %. Maßgebend für diese positive Entwicklung war u.a. der durch die Änderung des Asylverfahrens-

Weiterer Rückgang fremdenfeindlicher Gewalttaten

gesetzes anhaltend reduzierte Zugang von Asylbewerbern. Auch die weitgehende Zerschlagung der organisierten neonazistischen Gruppen durch Vereinsverbote und überraschende polizeiliche Zugriffe haben nachhaltig zu einer Verunsicherung der potentiellen Gewalttäter und damit zu einer Beruhigung der Lage beigetragen. Die gerichtlichen Feststellungen, daß Brandstiftungen auch den Tatbestand des versuchten oder vollendeten Mordes bzw. Totschlags erfüllen können, die Verurteilungen zu langjährigen Freiheitsstrafen sowie die breite Berichterstattung hierüber wirkten ebenfalls generalpräventiv.

Hohe Haftstrafen

So verurteilte das Landgericht Potsdam am 21. November einen 21jährigen Neonazi wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von sieben Jahren und sechs Monaten. Der Verurteilte hatte am 15. Februar in Brandenburg einen der „linken“ Szene zuzuordnenden 23jährigen Mann mit Fußtritten so schwer verletzt, daß er am 20. Februar verstarb.

Am 2. Dezember verurteilte das Landgericht Potsdam zwei 24- bzw. 18jährige Männer wegen schwerer Körperverletzung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr zu Freiheitsstrafen von acht bzw. fünf Jahren. Die beiden hatten am 16. Juni in Mahlow/Brandenburg farbige britische Staatsangehörige angepöbelt und anschließend in einer „Autohetzjagd“ verfolgt. Dabei warf einer der Verurteilten einen Stein in das Seitenfenster des flüchtenden Fahrzeugs. Bei dem hierdurch verursachten Unfall erlitt ein Opfer eine Querschnittslähmung.

Am 15. Januar versuchte in Flecken Zechlin/Brandenburg der Fahrer eines PKW, eine Türkin in einer Fußgängergruppe zu überfahren. Das Landgericht Neuruppin verurteilte den 19jährigen wegen versuchten Mordes am 14. Mai zu drei Jahren und sechs Monaten Jugendstrafe. Bei seiner Vernehmung im Ermittlungsverfahren hatte er seine Einstellung als „deutsch-national“ bezeichnet und erklärt, er sei bewußt auf die dunkelhäutige Person zugefahren.

Auch die in der Einführung genannte Aufklärungskampagne der Innenminister des Bundes und der Länder unter dem Motto „FAIRSTÄNDNIS - Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß“ hat zum Rückgang der Gewalttaten beigetragen.

Angriffe gegen politische Gegner

Die Zahl der Angriffe gegen politische Gegner ist auf 84 (1995: 68) und damit um etwa 24% angestiegen. Die Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene ist vor allem in der überwiegend von Neonazis getragenen Anti-Antifa-Kampagne ungebrochen. Aktionen

gegen tatsächliche und vermeintliche Linksextremisten werden geplant und letztlich auch durchgeführt, wie es von Linksextremisten bekannt ist und in deren Publikationen auch zum Teil beschrieben wird. Dazu gehörten u.a. die exakte Vorbereitung durch Ausspähung der persönlichen Verhältnisse (Adresse, Gewohnheiten usw.), Einschüchterungsaktionen, Schmier-, Flugblatt- und Plakataktionen, Desinformation der Presse oder auch des Arbeitgebers. Diese Aktionsmuster werden auch in rechtsextremistischen Broschüren, wie z.B. im „Sonnenbanner - Nationales Sozialistisches Schulungsblatt“ des Freundeskreises Nationaler Sozialisten/Aktion Volkswille, verbreitet. Zum Ursprung der Handlungsanweisungen heißt es: „... das Material wurde von Autonomen erstellt und von uns bearbeitet ...“.

Im Zusammenhang mit rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten führt der Generalbundesanwalt seit 1992 mehrere Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Existenz rechtsterroristischer Vereinigungen. Dabei konnten rechtsterroristische Strukturen in Deutschland bisher nicht festgestellt werden. Konkrete Erkenntnisse über Planungen von Terroranschlägen liegen nicht vor.

Die Gewalttaten werden in aller Regel von rechtsextremistisch motivierten Einzeltätern oder zumeist spontan entstandenen Gruppen verübt. Auf Dauer angelegte strukturierte Gruppen, die zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele schwere Straftaten wie Brand- und Sprengstoffanschläge oder Tötungsdelikte begehen, sind derzeit nicht erkennbar. Durch rechtzeitige Exekutivmaßnahmen konnten neonazistische Gruppen, die Waffen und Sprengstoff zur Durchführung von Gewalttaten vorrätig hielten, im Ansatz zerschlagen werden. So stellte die Polizei am 16. Februar bei Angehörigen einer neonazistischen „Kameradschaft Recklinghausen“ u.a. Waffen, Uniformen und Fahnen sicher. Die Betroffenen stehen u.a. im Verdacht, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung erfolgten am 7. Mai in mehreren Bundesländern Exekutivmaßnahmen gegen ehemalige Angehörige der im November 1994 verbotenen Wiking-Jugend e.V. (WJ). Dabei wurden Uniformen, WJ-Adressenmaterial und über zwei Kilo Sprengstoff beschlagnahmt; außerdem konnten in München zwei scharfe Schußwaffen sichergestellt werden.

*Keine rechts-
terroristischen
Vereinigungen in
Deutschland*

Bei der Durchsuchung der Wohnung eines Unteroffiziers in Klingenthal/Thüringen stellte die Polizei am 9. Oktober einen Revolver, 100 Patronen, acht Gewehr Magazine und fünf Kilogramm Schwarz-

*Waffen- und
Sprengstoffsicher-
stellungen*

pulver sicher. Nach Auswertung der aufgefundenen Unterlagen und drei Folgedurchsuchungen besteht der Verdacht, daß der Unteroffizier, zwei ehemalige Bundeswehrsoldaten und ein Rechtsextremist seit 1992 einer Wehrsportgruppe „Freikorps“ angehörten, die nach dem Vorbild der Waffen-SS organisiert war.

*Wehrsport-
gruppen*

Die bundesweit rückläufigen Aktivitäten rechtsextremistischer Wehrsportgruppen und wehrsportähnlicher Organisationen reichen von Geländespielen bis hin zu Schießübungen mit scharfen Waffen. In Bayern ist derzeit keine Wehrsportgruppe bekannt.

Wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung „Werwolf-Jagd-und-Sturmkommando“ durchsuchte die Polizei am 30. Oktober in Berlin und Brandenburg die Wohnungen von neun Personen im Alter von 15 bis 29 Jahren. Dabei wurden u.a. Sprengvorrichtungen, Sprengstoff, Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen, eine Vielzahl von Waffen, Uniformen, T-Shirts der verbotenen WJ, Personalcomputer und rechtsextremistisches Propagandamaterial sichergestellt. Die Gruppierung soll nach Polizeiangaben zahlreiche Wehrsportübungen durchgeführt und Straftaten begangen bzw. schwere Straftaten geplant haben. Ihr mutmaßlicher Anführer, ein ehemaliger Leiter des „Gaus Berlin“ der WJ, befindet sich in Haft.

1.2 Linksextremistische Gewalt

*Anstieg links-
extremistischer
Gewalt*

Bundesweit wurden 654 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender linksextremistischer Motivation festgestellt. Das bedeutet gegenüber den 565 Gewalttaten des Vorjahres einen Anstieg um etwa 16 %. Den Schwerpunkt bildeten dabei Angriffe gegen Einrichtungen und Firmen im Zusammenhang mit dem Transport abgebrannter Brennelemente aus Kernkraftwerken in Castor-Behältern. Insgesamt entfallen mit 291 Taten 44 % der gesamten linksextremistisch motivierten Gewalttaten auf diesen Bereich. Für Linksextremisten hat sich der Protest gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie wieder zu einem Aktionsfeld für unfriedliche Aktionsformen und Gewalttaten entwickelt. Dies ist auch der wesentliche Grund für den Anstieg links-extremistischer Gewalttaten. Die Zahl der Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten stieg auf 83 (1995: 81) und damit um zwei Prozent. Weitere Motive für gewalttätige Aktionen waren u.a. bauliche Umstrukturierungsmaßnahmen in Großstädten und Solidarität mit ausländischen extremistischen Gruppierungen.

*Angriffs-
schwerpunkt*



Terroristische Aktionen der RAF oder AIZ waren nicht zu verzeichnen. Die linksextremistischen Gewalttaten wurden zu über 80 % von Gruppen und Einzeltätern aus dem gewaltbereiten autonomen und anarchistischen Spektrum begangen. Ziel dieser und anderer in Deutschland gewalttätig agierender linksextremistischer Gruppen ist nach wie vor die gewaltsame Zerschlagung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, in der sie ein „Instrument zur Durchsetzung weltweiter kapitalistischer imperialistischer Ausbeuterinteressen“ sehen.

*Über 80 %
autonome
Gewalttaten*

Die hohe kriminelle Energie der Täter zeigt sich u.a. an den Anschlägen im Zusammenhang mit den Castor-Transporten. Im Rahmen der von Kernkraftgegnern gesteuerten Kampagne gegen die Castor-Transporte verübten militante Kernkraftgegner, insbesondere militante Linksextremisten, in zunehmendem Maße schwere Gewalttaten und Anschläge vor allem gegen Einrichtungen der Deutschen Bahn AG und Hochspannungsleitungen. Den Höhepunkt erreichten die Gewalttaten unmittelbar vor und während des Castor-Transports am 7./8. Mai von La Hague/Frankreich zum Zwischenlager in Gorleben/Niedersachsen. Es kam neben mehreren Brand- und Sprengstoff-

*Anschläge gegen
die Deutsche
Bahn AG*

anschlügen zu einer Vielzahl gefährlicher Eingriffe in den Bahnverkehr. Gewalttäter unterhöhlten Bahngleise, errichteten Barrikaden auf den Gleisen und legten Bombenattrappen auf den Bahnstrecken ab. Zahlreiche Schienen wurden an- bzw. durchgesägt und Signalkabel durchtrennt. Auch Strommasten wurden umgesägt.

Im Oktober war eine neue Serie von Gewalttaten gegen einen weiteren - ursprünglich für Herbst geplanten, dann aber auf 1997 verschobenen - Castor-Transport zu verzeichnen. In der Nacht zum 7. Oktober verübten Unbekannte in den Bundesländern Niedersachsen, Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg u.a. mit sogenannten Hakenkrallen eine Vielzahl gefährlicher Eingriffe in den Bahnverkehr. Es kam zu erheblichem Sachschaden und gravierenden Störungen des Zugverkehrs im gesamten Bundesgebiet. In einer fünfseitigen Erklärung, die am 8. Oktober bei zwei Presseagenturen in Magdeburg einging, übernahmen „Autonome Gruppen“ die Verantwortung für die Anschläge. In dem mit „Stop die Bahn - Stop den Castor!“ und „Für einen lebendigen und militanten Widerstand gegen den Castor“ überschriebenen Papier heißt es, damit hätten die Verfasser den „Bahnverkehr im gesamten Bundesgebiet lahmgelegt“. Es gehe darum, „den Druck so zu verstärken, daß die Herrschenden froh wären, mit einer Schließung von Gorleben davonzukommen“. Gleichzeitig sei das Selbstbeichtigungsschreiben ein „offener Brief“ an die „gewaltfreie“ Antikernkraftbewegung, die damit zu einer öffentlichen Diskussion eingeladen werde. Es könne nicht nur - wie die bisherige Forderung der Antikernkraftbewegung laute - um die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen gehen, sondern zugleich müsse die Überwindung des globalen Kapitalismus und der patriarchalen Herrschaftsverhältnisse angestrebt werden. Derzeit gebe es „reale Chancen“, nicht nur der „Atommafia kräftig in die Suppe zu spucken“; darüber hinaus sei es möglich, über den Kampf gegen den Castor-Transport Kapital und herrschende Politik ein Stück zurückzudrängen. Militante Aktionen seien ein notwendiges Mittel, um in diesem Staat grundsätzliche Veränderungen zu erkämpfen. Im Rahmen einer Kampagne „Stop die Bahn - Stop den Castor!“ müsse es jetzt darum gehen, „einen offensiven Angriff auf die Infrastruktur von Bahn-, Strom- und Staatseinrichtungen“ zu führen.

Diese Anschlagsserie war offensichtlich Ausfluß der „Herbstkonferenz“ der Anti-AKW-Bewegung vom 27. bis 29. September in Hamburg. Dort hatten Autonome ihre Bereitschaft bekräftigt, auch künftig militante Aktionen gegen Castor-Transporte durchzuführen. Im

Zusammenhang mit der Anti-Castor-Kampagne kam es am frühen Morgen des 23. Oktober in Schleswig-Holstein und Niedersachsen erneut zu Anschlägen auf den Bahnverkehr. Bei einem Anschlag in Niedersachsen wurde der Lokführer eines entgegenkommenden Zuges durch Glassplitter verletzt, als ein Teil der heruntergerissenen Oberleitung das Frontfenster des Zuges durchschlug.

1.3 Gewalttaten ausländischer Extremisten

Die Bedrohung der Inneren Sicherheit durch gewalttätige ausländische Extremisten ist zurückgegangen. Die Zahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten, überwiegend türkischer und kurdischer Linksextremisten, ist erstmals seit Jahren rückläufig. Insgesamt waren in Deutschland 269 Gewalttaten ausländischer Extremisten (1995: 283) zu verzeichnen. Dies bedeutet einen Rückgang um fünf Prozent. Der Rückgang ist im wesentlichen auf eine nach den Anschlägen im Zusammenhang mit dem kurdischen Newroz-Fest feststellbare Zurückhaltung der verbotenen PKK zurückzuführen. Andere Gruppen - wie die ebenfalls verbotene Devrimci Sol und die TKP/ML - zeigten dagegen gesteigerte Aktivitäten.

*Erstmals
Rückgang*

*Zurückhaltung
der PKK*



Entwicklung der
Gewalttaten
ausländischer
Extremisten

Die Gewalttaten ausländischer Extremisten werden in Bayern erst seit 1993 gesondert erfaßt.

Auslöser für die Gewalttaten waren in der Regel Konflikte in den Heimatländern, insbesondere in der Türkei. Bei der Niederschlagung einer Häftlingsrevolte in Istanbul kamen am 4. Januar drei mutmaßliche Anhänger der Devrimci Sol ums Leben. Am nächsten Tag griffen die Auseinandersetzungen zwischen inhaftierten Linksextremisten und türkischen Sicherheitskräften auch auf Haftanstalten in anderen Städten der Türkei über. Türkische Linksextremisten in Deutschland nahmen die Vorfälle zum Anlaß zahlreicher Brandanschläge und sonstiger Protestaktionen. So besetzten am 5. Januar Sympathisanten der Devrimci Sol, darunter auch vier Personen aus Bayern, das Büro des türkischen Arbeitsattachés in Mainz. Nach Abgabe einer Presseerklärung wurden die Beteiligten beim Verlassen des Gebäudes festgenommen.

*Gewalt wegen
verbotener
Newroz-Feier*

Signifikant war auch der Anstieg der Gewalttaten im Zusammenhang mit einer verbotenen Demonstration der PKK am 16. März in Dortmund und anderen verbotenen Newroz-Feierlichkeiten. Neben den massiven Ausschreitungen am 16. März in Dortmund richteten sich die Angriffe anschließend bundesweit zunächst gegen deutsche öffentliche Einrichtungen wie Polizeidienststellen, Einrichtungen der Post AG und Telekom sowie Geldinstitute. Nach diesen „Vergeltungsaktionen“ griff die PKK wieder bevorzugt türkische Reisebüros und Geschäfte an. In Bayern wurden derartige Angriffe jedoch nicht registriert. Nach den deeskalierenden Äußerungen des PKK-Führers Öcalan ist bundesweit eine gewisse Zurückhaltung spürbar. Auch wenn die PKK derzeit in Deutschland keine Anschläge gegen türkische Einrichtungen verübt, ist ihre Gewaltbereitschaft ungebrochen. Auch in der Vergangenheit hatte die PKK, wenn es ihr opportun erschien, bereits mehrfach für bestimmte Zeit auf Gewalttaten verzichtet. Es bleibt abzuwarten, ob der Aufruf Öcalans an seine Anhänger zur Mäßigung lediglich eine kurzfristige taktische Maßnahme oder auf Dauer angelegt ist.

*Anschläge wegen
eines Hunger-
streiks in der
Türkei*

Aus Protest gegen die Verschärfung des Strafvollzugs in der Türkei begannen rund 1.500 in türkischen Gefängnissen Inhaftierte im Mai einen Hungerstreik, der 69 Tage andauerte und an dessen Folgen zwölf Menschen starben. Revolutionär-marxistische türkische Gruppen solidarisierten sich mit den Häftlingen in einer bundesweiten Unterstützungskampagne. Daran beteiligten sich insbesondere Anhänger des Karatas-Flügels der verbotenen Devrimci Sol, der TKP/ML und der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLPK). Neben 71 Brandanschlägen und einem Sprengstoffanschlag

kam es u.a. zur Besetzung türkischer Einrichtungen. Am meisten betroffen waren mit zwei Dritteln aller Anschläge die Bundesländer Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In Bayern wurden in diesem Zusammenhang lediglich am 29. Juli zwei Brandanschläge auf türkische Einrichtungen in Allersberg und Altdorf verübt. Daneben kam es auch in Bayern zu demonstrativen Aktionen in München und Nürnberg sowie zu Plakat- und Schmieraktionen. Vereinzelt konnten an den Tatorten Embleme der Devrimci Sol und TKP/ML festgestellt werden.

Es ist davon auszugehen, daß die genannten - und andere linksextremistische türkische - Gruppierungen weiter zusammenarbeiten werden, um die Inhaftierten in der Türkei zu unterstützen. Die Devrimci Sol betrachtet die Vereinbarungen mit türkischen Stellen zur Verbesserung der Haftbedingungen „politischer Gefangener“ als Sieg der türkischen Linksextremisten. Sollten die Vereinbarungen gebrochen werden, oder sollten die Unruhen in türkischen Gefängnissen wieder aufflackern, muß auch in Deutschland mit weiteren entsprechenden Gewaltaktionen gerechnet werden.

Die blutigen Richtungskämpfe in der Devrimci Sol dauern an. Auch geht die Gruppe weiterhin mit Bestrafungsaktionen gegen Parteiabweichler vor. So griffen am 13. Mai in Hamburg mutmaßliche Angehörige des Karatas-Flügels zwei Anhänger des Yagan-Flügels tötlich an. Die Opfer wurden mit Knüppeln und Baseballschlägern lebensbedrohlich verletzt. Am 18. Mai kam es zu einem Schußwechsel, bei dem ein Unbeteiligter leicht verletzt wurde. Nach einer am Tatort aufgefundenen Flugschrift der „Devrimci Sol Gücler Hamburg“ dürfte es sich bei dem Angriff um einen Racheakt des Yagan-Flügels handeln.

Blutige Richtungskämpfe

Das Landgericht Köln verurteilte am 31. Mai einen Anhänger des Yagan-Flügels der Devrimci Sol wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von neun Jahren. Der Verurteilte hatte in Zusammenhang mit den Flügelkämpfen innerhalb der Devrimci Sol am 6. November 1994 in Bergisch Gladbach/Nordrhein-Westfalen einen Anhänger des Karatas-Flügels erschossen.

Auch zwischen der erst im Sommer 1995 gegründeten türkischen revolutionär-marxistischen MLKP und der bereits in der Gründungszeit von ihr abgespaltenen KP-IÖ toben blutige Richtungskämpfe. Am 27. August erschossen in Duisburg mutmaßliche Anhänger der MLKP einen Funktionär der KP-IÖ und verletzten einen Begleiter schwer.

Insgesamt sind 259 der bundesweit 269 registrierten Gewalttaten - und damit mehr als 96 % - ausländischen linksextremistischen Organisationen zuzurechnen. Für sieben (1995: neun) der bundesweit registrierten Gewalttaten sind extreme Nationalisten verantwortlich. Den türkischen Nationalisten ist es damit auch 1996 im wesentlichen gelungen, mäßigend auf ihre Anhänger einzuwirken und sich nicht von türkischen und kurdischen Linksextremisten provozieren zu lassen.

*Spendengeld-
erpressungen*

Zur Deckung ihres erheblichen Finanzbedarfs veranstalten die genannten linksextremistischen türkischen und kurdischen Gruppierungen jährlich „Spendenkampagnen“ bei Landsleuten, insbesondere Geschäftsleuten. Die Spendeneintreiber schrecken dabei selbst vor massiven Drohungen und schweren Gewalttaten nicht zurück, um zum Teil fünfstellige Geldbeträge zu erpressen.

Die Provisorische Irische Republikanische Armee (PIRA) verübte am 28. Juni einen Granatwerferanschlag auf eine Kaserne der britischen Armee in Osnabrück/Niedersachsen. Eine von drei auf das Kasernengelände abgefeuerten Granaten detonierte und verursachte erheblichen Sachschaden. Die PIRA, die im Februar nach 17monatiger Pause ihre Terroraktionen wieder aufgenommen hat, verübte damit erstmals seit Jahren wieder einen Anschlag auf britische Einrichtungen in Deutschland.

2. Politisch motivierte Gewalt in Bayern

*Deutlicher
Rückgang*

Die Gesamtzahl politisch motivierter Gewalttaten ist in Bayern auf 72 Vorfälle (1995: 93) und damit um 23 % gesunken. Der Anteil der in Bayern verübten Gewalttaten an der bundesweiten Zahl 1.704 ist mit 4,23 % relativ gering. Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten sind auf 32 (1995: 48) und damit um rund 33 % zurückgegangen. Linksextremistisch motivierte Gewalttaten sind auf 31 (1995: 18) um rund 72 % angestiegen. Die Gewalttaten ausländischer Extremisten sind auf neun (1995: 27) um rund 67 % zurückgegangen.

Auch 1996 forderte die politisch motivierte Gewalt in Bayern keine Todesopfer. Die Zahl der Brandanschläge, bei denen das angegriffene Ziel, die Tatausführung oder Selbstbezeichnungen auf politische Motive hindeuten, ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Insgesamt wurden 13 Brandanschläge (1995: 20 und ein Sprengstoffanschlag) verübt oder versucht. Bei allen fünf (1995: vier) Brandanschlägen mit rechtsextremistischem Hintergrund war ein fremden-

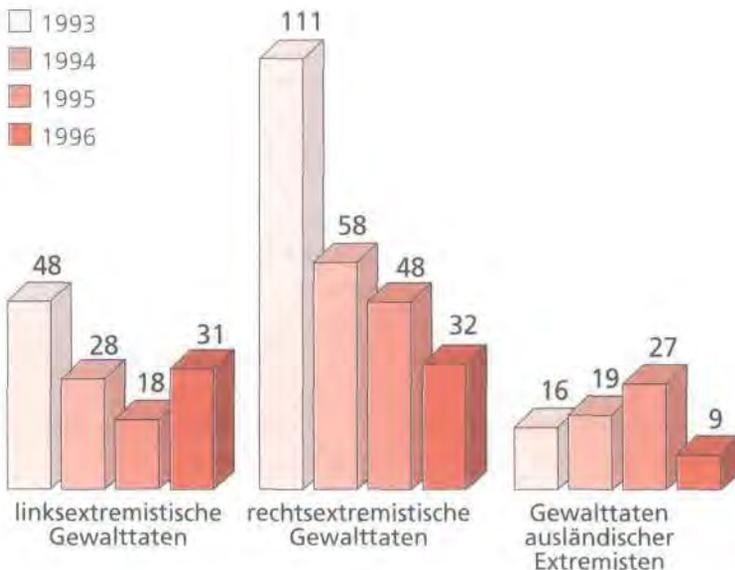
feindliches Motiv erkennbar bzw. zu vermuten. Linksextremisten verübten drei Brandanschläge (1995: zwei). Ausländische Extremisten waren für fünf Brandanschläge (1995: 15) verantwortlich.

2.1 Rechtsextremistische Gewalt

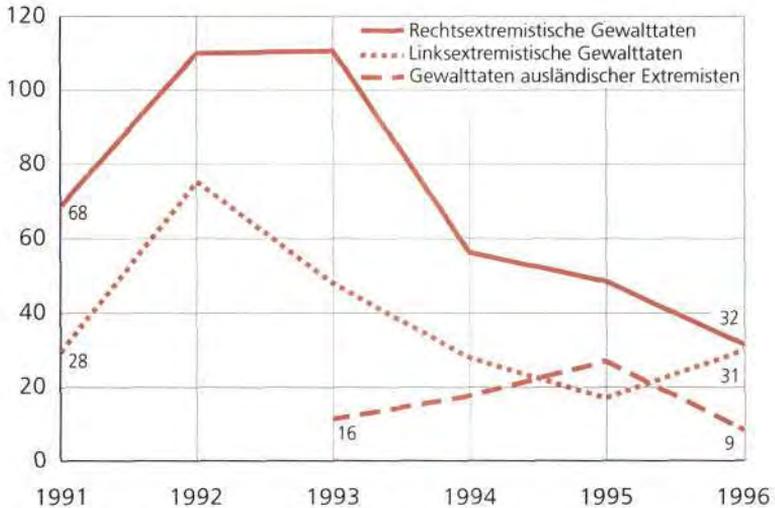
Die Gesamtzahl fiel um rund 33 % und betrug 32 (1995: 48); das sind 4,10 % (1995: 5,73 %) der bundesweit registrierten Zahl. Drei (1995: sechs) Gewalttaten richteten sich gegen politische Gegner. 16 (1995: 23) Gewalttaten hatten eine fremdenfeindliche Motivation. Damit ist die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten in Bayern 1996 erneut deutlich, nämlich um etwa 30 %, zurückgegangen. Dennoch zeigen insbesondere die fünf Brandanschläge (1995: drei), acht Angriffe (von insgesamt zwölf) auf Personen (1995: 15) und drei Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung (1995: drei) gegenüber Ausländern, daß im rechtsextremistischen Bereich weiterhin eine erhebliche und ernstzunehmende Gewaltbereitschaft besteht. Die Zahl der sonstigen fremdenfeindlichen Straftaten ohne Anwendung von Gewalt, wie Bedrohungen, Nötigungen und Propagandadelikte, ging von 198 auf 176 zurück.

Rückgang!

Entwicklung
politisch
motivierter
Gewalttaten
in Bayern



Entwicklung
politisch
motivierter
Gewalttaten
in Bayern



Die Gewalttaten ausländischer Extremisten werden in Bayern erst seit 1993 gesondert erfaßt.

Typisch für die 1996 festgestellten rechtsextremistischen Gewalttaten sind die folgenden Beispiele.

2.1.1 Brandanschläge

*Brandstiftung
in Asylbewerber-
heim*

In der Silvesternacht warfen 15 Jugendliche in Wassertrüdingen, Landkreis Ansbach, Feuerwerkskörper und leere Flaschen gegen ein Asylbewerberheim und riefen ausländerfeindliche Parolen. Zwei von ihnen warfen Feuerwerkskörper durch einen Nebeneingang in das Gebäude und verursachten dadurch einen Brand im Treppenhaus. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit von den Bewohnern gelöscht werden. Es entstand Sachschaden in Höhe von etwa 2.000 DM. Als Tatverdächtige konnten zwei Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren ermittelt werden. Sie gaben als Motiv Fremdenfeindlichkeit an. Das Amtsgericht Weißenburg verurteilte die beiden am 18. Juli u.a. wegen fahrlässiger Brandstiftung zu Jugendstrafen von einem Jahr bzw. neun Monaten, ausgesetzt zur Bewährung.

*Brand in Kultur-
zentrum*

Am 16. Februar setzten unbekannte Täter im Kulturzentrum der Gemeinde Ottobrunn, Landkreis München, in einem Seminarraum einen Vorhang in Brand. Es entstand Sachschaden in Höhe von 20.000 DM.

Am 19. Februar wurde im „Kummerbriefkasten“ des Rathauses ein nicht unterzeichnetes Selbstbeichtigungsschreiben gefunden, aus dem fremdenfeindliche Motive erkennbar waren.

Am 5. April drangen unbekannte Täter in Isen, Landkreis Erding, in die Asylbewerberunterkunft ein und verschütteten im ersten Stockwerk eine brennbare Flüssigkeit. Da die Täter gestört wurden, flüchteten sie, ohne Feuer zu legen.

Versuchte Brandstiftung

Am 1. Oktober versuchten vier Jugendliche in Eckenthal, Landkreis Erlangen-Höchstadt, einen vor einer Asylbewerberunterkunft geparkten PKW in Brand zu setzen. Zuvor hatten sie mit Steinen zwei Fenster des Heims eingeworfen. Die Täter konnten festgenommen werden. Es entstand Sachschaden von etwa 3.000 DM.

In Teublitz, Landkreis Schwandorf, schütteten unbekannte Täter zwischen dem 14. und 19. November eine brennbare Flüssigkeit durch eine Öffnung an der Haustür eines zur Unterbringung von Asylbewerbern vorgesehenen Hauses und entzündeten diese. Es entstand Sachschaden von etwa 4.000 DM.

*Brandstiftung
in Asylbewerber-
heim*

2.1.2 Sonstige rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten

Am 18. April drang ein stark alkoholisierter Deutscher in Passau in ein Asylbewerberheim ein. Dort richtete er eine Reizstoffwaffe auf einen Asylbewerber, gab vor, Polizeibeamter zu sein, und verlangte Ausweispapiere. Anschließend trat er eine Zimmertür auf und schoß in den Raum. Die Polizei konnte den Täter beim Verlassen der Unterkunft festnehmen. In der Vernehmung gab er fremdenfeindliche Motive an.

*Angriff auf
Asylbewerber*

Am 29. Juni überfielen in München etwa 30 Skinheads eine Gruppe von 25 Jugendlichen, die an der Isar ein Fest feierten. Sie griffen die Jugendlichen tätlich an und raubten Rucksäcke und Springerstiefel. Die Polizei nahm 20 Tatverdächtige fest, darunter den ehemaligen Vorsitzenden der am 24. Februar 1995 vom Bundesministerium des Innern verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) Friedhelm Busse. Die Skinheads hatten mit ihm im Uferbereich einen Geburtstag gefeiert.

Am 13. Juli griffen fünf angetrunkene Skinheads in München zwei Punker in einer Straßenbahn an. Die Skinheads schlugen auf die Punker ein und raubten ihnen Bekleidungsstücke. Beim Versuch zu

*Überfall auf
Jugendliche*

schlichten erlitten zwei weitere Jugendliche Verletzungen. Schon beim Einsteigen hatten die Skinheads „Sieg Heil“ gerufen und den „Deutschen Gruß“ gezeigt. Im Rahmen einer Sofortfahndung nahm die Polizei die fünf Täter fest.

In Isen, Landkreis Erding, warfen am 25./26. Juni zwei nachträglich ermittelte Täter mit Bierflaschen vier Fenster an einem von zwei türkischen Familien bewohnten Haus und am Anwesen des „Türkischen Vereins e.V.“ ein. Es entstand Sachschaden von etwa 400 DM.

*Angriff gegen
Punker*

Am Hauptbahnhof Würzburg griffen am 9. November Skinheads drei Punker tätlich an und verletzten diese. Die Polizei konnte zehn tatverdächtige Skinheads im Alter von 16 bis 20 Jahren ermitteln.

In Regensburg zwang am 1. Dezember ein Skinhead aus einer Gruppe heraus einen Italiener, sein Kraftfahrzeug anzuhalten. Danach beleidigte ein weiterer Skinhead das Opfer und versuchte, es aus dem Fahrzeug zu ziehen. Der anfahrende PKW geriet dadurch außer Kontrolle und prallte gegen eine Mauer. Am Fahrzeug entstand Sachschaden von etwa 5.000 DM. Die beiden Täter konnten kurz darauf vorläufig festgenommen werden, ebenso die übrigen Mitglieder der Gruppe, nachdem sie noch ein auf einem Betonsockel stehendes Verkehrszeichen umgeworfen hatten.

2.2 Linksextremistische Gewalt

In Bayern wurden insgesamt 31 (1995: 18) Gewalttaten mit linksextremistischer bzw. zu vermutender linksextremistischer Motivation begangen. Gegenüber dem Vorjahr ist damit die Zahl derartiger Gewalttaten um rund 72 % angestiegen. Der Anteil Bayerns an diesen Straftaten in ganz Deutschland beträgt 4,74 % (1995: 3,19 %). Linksextremisten waren für drei Brandanschläge verantwortlich (1995: einer). Acht (1995: sechs) der festgestellten Gewalttaten mit linksextremistischer Motivation richteten sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten bzw. deren Einrichtungen. Der Schwerpunkt liegt - ebenso wie im übrigen Bundesgebiet - mit zwölf Gewalttaten (1995: keine) bei Aktionen gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie. Dies ist auch der Grund für den deutlichen Anstieg linksextremistisch motivierter Gewalttaten in Bayern, obwohl die kriminelle Energie der Täter in diesem Bereich wie auch der angerichtete Schaden im Vergleich zu den Gewaltakten im übrigen Bundesgebiet derzeit noch begrenzt sind. Der Neubau eines Forschungs-

*Deutlicher
Anstieg*

reaktors für die Technische Universität München hat sich zu einem Kristallisationspunkt extremistischer Kernkraftgegner in Bayern entwickelt.

2.2.1 Brandanschläge

Am 25. März fand ein Angestellter einer örtlichen Niederlassung von Mercedes-Benz auf dem Werksgelände in Aschaffenburg einen Brandsatz, der rechtzeitig entschärft werden konnte. In der militanten autonomen Publikation „INTERIM“ vom 4. April bezichtigten sich die „AZ Militante MercedesfreundInnen“, den Anschlag versucht zu haben. Sie behaupteten, bereits Anfang März einen Anschlag auf dieselbe Niederlassung durchgeführt zu haben. Die Selbstbezeichnung zu diesem angeblichen Anschlag war in der „INTERIM“ vom 11. April abgedruckt und mit „Autonome Zelle - Militanter Mercedesfanclub“ unterschrieben. Der Generalbundesanwalt hat gegen die unbekanntenen Täter wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

*Anschlag gegen
Autohaus*

Am 28. April setzten unbekannte Täter in München mehrere Papiercontainer in Brand. Dabei entstand Sachschaden von 20.000 DM. In einem Selbstbezeichnungsschreiben, veröffentlicht in der militanten autonomen Publikation „INTERIM“, begründete eine bisher unbekannte „autonome gruppe münchen“ den Anschlag u.a. mit den Castor-Transporten, dem Verlauf einer am Vortag stattgefundenen Demonstration zum zehnten Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe und dem Widerstand gegen den geplanten Neubau des Forschungsreaktors München II.

*Brandstiftung
wegen Reaktor-
neubau*

Am 29. November verübten unbekannte Täter in Lohr am Main einen Brandanschlag auf das Haus eines ehemaligen FAP-Mitglieds. Der Geschädigte, der in der Wohnung schlief, erwachte durch den Brandgeruch und konnte das Feuer löschen, bevor es größeren Schaden anrichtete. Er war in der letzten Zeit telefonisch als „Fascho-Schwein“ beschimpft worden, hatte einen am 4. November in Aschaffenburg aufgegebenen Brief einer „Antifaschistischen Aktion“ erhalten, die Hauswand war mit „Pass auf Robert“ und mit dem „Sowjetstern“ beschmiert, ferner waren antifaschistische Aufkleber angebracht worden. Der Geschädigte war u.a. in der Schrift „Faschisten im Rhein-Main-Gebiet“ (November 1993) aufgeführt worden.

*Anschlag gegen
politischen
Gegner*

2.2.2 Sonstige linksextremistisch motivierte Gewalttaten

Unbekannte beschmierten in der Zeit vom 20. bis 22. Januar die Wände des Neubaus des Ausländeramts der Stadt Nürnberg, der am 22. Januar möbliert werden sollte, mit politischen Parolen. Zusätzlich rissen die Täter mehrere Steckdosen heraus und beschmutzten Teppichboden mit Fliesenkleber. Es entstand Sachschaden von über 30.000 DM. Am Tag zuvor hatten Unbekannte die Außenfassade eines anderen Dienstgebäudes des Ausländeramts aus Anlaß eines Brandanschlags am 18. Januar in Lübeck, bei dem zehn Menschen ums Leben kamen, mit der Parole besprüht: „Lübeck 18.01.96 Schreibtischmörder NAZIS morden Hand in Hand“.

Die von Kernkraftgegnern gesteuerte Kampagne gegen die Castor-Transporte ist insbesondere für gewaltbereite Autonome und andere Linksextremisten ein willkommener Anlaß zu Straf- und Gewalttaten. Ziel der Linksextremisten ist jedoch nicht nur, die Transporte zu verhindern, sondern vielmehr die Kampagne für ihre eigenen politischen Ziele zu mißbrauchen. So ziehen Autonome in der militanten Publikation „INTERIM“ das Fazit, daß sich Protest und Widerstand nicht nur gegen Atomanlagen richten könnten:

„Wir sehen die Auseinandersetzung gegen den Castor und damit für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen als Teil all jener Kämpfe, in denen sich Menschen gegen die herrschenden Verhältnisse auflehnen. Gegen Sozialabbau, Einschränkung von Freiheitsrechten genauso wie gegen Rassismus und patriarchale Strukturen“.

In Bayern begingen Autonome neben dem Brandanschlag am 28. April in München vor allem im Zusammenhang mit den Versammlungen zum zehnten Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe am 27. April in München und der Gegenkundgebung aus Anlaß des 1. Spatenstichs für den Neubau des Forschungsreaktors für die Technische Universität München in Garching am 1. August Körperverletzungen und Sachbeschädigungen.

Auch den durch einen Polizeieinsatz verursachten Tod eines Griechen am 4. Oktober in Nürnberg nahmen linksextremistische Gewalttäter zum Anlaß für eine Reihe von Sachbeschädigungen. So schlugen unbekannte Täter am 9. Oktober in Nürnberg mit einem Beil an einem Dienstgebäude der Polizei das Polizeihinweisschild bzw. dessen Kunststoffscheibe ein. Ferner warfen sie drei mit Ölfarbe gefüllte Glasflaschen an die Sandsteinfassade des Ge-

bäudes und sprühten mit schwarzem Farbspray die Schriftzüge „Mörder“ an Eingangstür und Fassade. Am 11. Oktober zerstörten unbekannte Täter am Bauverwaltungsamt der Stadt Nürnberg mit einem Pflasterstein die Verglasung der Eingangstür und ein Bürofenster. Die Fassade des Gebäudes beschmierten sie mit der Parole „Bullen = Mörder“.

2.3 Gewalttaten ausländischer Extremisten

Die Zahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten ist in Bayern deutlich zurückgegangen von 27 auf neun und damit um 67 %. Das sind 3,35 % der bundesweit registrierten Zahl. Ausländische Extremisten waren verantwortlich für fünf Brandanschläge. Der Rückgang ist u. a. auf eine momentane Zurückhaltung von Anhängern der verbotenen PKK, der lediglich drei der Gewalttaten (1995: 19) zugerechnet werden, sowie auf den konsequenten Vollzug des PKK-Verbots in Bayern zurückzuführen. Die Anhänger des Karatas-Flügels (DHKP-C) der ebenfalls verbotenen Devrimci Sol zeigten eine erhebliche Gewaltbereitschaft.

*Deutlicher
Rückgang*

2.3.1 Anschläge und Gewalttaten in Bayern

Die im folgenden dargestellten Gewalttaten müssen aufgrund der angegriffenen Objekte, des Spurenbildes am Tatort und des zeitlichen Zusammenhangs mit bundesweiten Anschlagsserien ausländischen Extremisten zugerechnet werden.

Unbekannte Täter warfen am 6. Januar zwei Brandsätze gegen den Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein in Erlenbach, Landkreis Miltenberg. Die Brandsätze durchschlugen die Scheibe nicht und erloschen von selbst. Am Tatort hinterließen die Unbekannten eine rote Fahne mit beidseitig aufgedrucktem gelben Stern, dem Symbol des Karatas-Flügels der Devrimci Sol (DHKP-C).

*Anschläge auf
türkische Einrich-
tungen*

In Neu-Ulm zerschlugen am 13. Januar zwei unbekannte Jugendliche mit einem Vorschlaghammer die Scheibe eines türkischen Reisebüros und warfen eine Brandflasche in den Geschäftsraum. Das Feuer verursachte einen Sachschaden von etwa 3.000 DM. Aufgrund der zeitlichen Nähe zu den bundesweit verübten Anschlägen im Zusammenhang mit den Häftlingsrevolten in der Türkei ist ebenfalls ein Bezug zur Devrimci Sol anzunehmen.

Racheakt

Am 26. Juni setzten zwei unbekannte Täter, nach Zeugenaussagen türkisch sprechende junge Männer, in Kaufbeuren den Imbißwagen eines Deutschen in Brand. Es entstand Sachschaden von etwa 1.500 DM. Der Geschädigte und dessen Sohn hatten in der Vergangenheit mehrfach Auseinandersetzungen mit Türken. Die Polizei vermutet eine Reaktion auf Brandstiftungen in Kaufbeuren am 3. Juni auf ein überwiegend von Ausländern bewohntes Haus und ein türkisches Geschäft am 24. Juni.

*Anschläge wegen
eines Hunger-
streiks in der
Türkei*

Am 29. Juli verübten Unbekannte Brandanschläge auf den Türkischen Kulturverein in Allersberg, Landkreis Roth, der als Treffpunkt nationalistischer jugendlicher Türken aus dem Nürnberger Umland bekannt ist, und auf ein türkisches Obstgeschäft in Altdorf, Landkreis Nürnberger Land. Es entstand ein Gesamtschaden von etwa 30.000 DM. Ein Zusammenhang mit der Anschlagswelle aufgrund des Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen ist zu vermuten.

2.3.2 Urteile gegen PKK-Anhänger

*Urteile gegen
Besetzer des
Kurdischen Eltern-
vereins e.V.
München*

In mehreren Verfahren verurteilten Münchner Gerichte Kurden wegen der Besetzung der versiegelten Räume des Kurdischen Elternvereins e.V. in München am 2. Dezember 1995. Am 27. Februar verurteilte das Schöffengericht München den ersten von insgesamt 33 angeklagten Kurden wegen Geiselnahme in einem minderschweren Fall, Siegel- und Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung sowie Herstellung verbotener Gegenstände nach dem Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten, ausgesetzt zur Bewährung. Vier weitere Mitangeklagte erhielten sieben Monate Freiheitsstrafe, jeweils ausgesetzt zur Bewährung. Gegen drei weitere wegen derselben Straftaten Beschuldigte verhängte der Jugendrichter am 24. April Freiheitsstrafen von acht Monaten bzw. gegen zwei der Beschuldigten Jugendstrafen von zwei Jahren, jeweils ausgesetzt zur Bewährung. Das Amtsgericht München verurteilte am 18. Oktober sechs mutmaßliche PKK-Anhänger wegen Geiselnahme, Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz. Gegen fünf Männer verhängte es Freiheitsstrafen von zwei Jahren und zwei Monaten bzw. bis zu drei Jahren. Ein sechster Angeklagter erhielt eine Geldstrafe in Höhe von 3.600 DM. Das Verfahren gegen zwei weitere Angeklagte war am 14. Oktober abgetrennt und wegen zu erwartender höherer Strafen an das Landgericht München I abgegeben worden. Dieses verurteilte am 25. Oktober fünf Kurden

als „Rädelsführer“ u.a. wegen Geiselnahme in den Räumlichkeiten des verbotenen Kurdischen Elternvereins e.V. zu Freiheitsstrafen von drei Jahren und fünf Monaten bzw. zwei Jahren und zehn Monaten. Am 4. November verurteilte das Landgericht München I einen Drahtzieher der Besetzung u.a. wegen Geiselnahme, Siegel- und Hausfriedensbruchs zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Der Verurteilte Yilmaz, nach Überzeugung des Gerichts ein Gesinnungstäter, war während der Besetzung als Sprecher der Täter gegenüber der Polizei aufgetreten. Die Verurteilten hatten in Reaktion auf das am 30. November 1995 vollzogene Verbot des Kurdischen Elternvereins e.V. durch das Bayerische Staatsministerium des Innern am 2. Dezember 1995 in München mit anderen Kurden, darunter auch Kleinkindern, gewaltsam die versiegelten Vereinsräume besetzt und für den Fall der Räumung mit Selbstverbrennung gedroht. Die Besetzer forderten damals die Aufhebung des PKK-Verbots sowie die Aufhebung des Verbots des Münchner Vereins. Die Polizei fand nach Beendigung der Besetzung in den Vereinsräumen etwa 50 Molotowcocktails.

Am 21. Mai verurteilte das Landgericht München zwei PKK-Anhänger wegen versuchter schwerer Brandstiftung und Vergehens gegen das Waffengesetz zu Freiheitsstrafen von drei Jahren und neun Monaten bzw. zwei Jahren und neun Monaten. Die Verurteilten hatten am 28. Februar 1995 Molotowcocktails in die Geschäftsräume eines türkischen Reisebüros in München geworfen. Dabei war Sachschaden von etwa 6.000 DM entstanden. Das Gericht wertete als strafmildernd, daß ein Täter die zwei Auftraggeber der Brandstiftung namentlich benannt hatte. Die Auftraggeber, zwei PKK-Funktionäre, konnten daraufhin ermittelt und festgenommen werden. Die Verurteilten hatten von den Auftraggebern ihre Instruktionen sowie die Tatmittel in den Räumen des Kurdischen Elternvereins e.V. erhalten.

*Urteil gegen
Brandstifter*

Das Bayerische Oberste Landesgericht verurteilte am 5. Dezember zwei ehemalige Gebietsverantwortliche der PKK für die Gebiete Freiburg und Nürnberg wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu Freiheitsstrafen von jeweils zwei Jahren, wobei die Reststrafen für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Der ehemalige Gebietsverantwortliche für das Gebiet München erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten ohne Bewährung. Er war am 14. Oktober 1995 in den Räumen des Kurdischen Elternvereins e.V. festgenommen worden. Diese Festnahme zeigte erneut die frühere zentrale Bedeutung des Kurdischen Elternvereins e.V. als Schaltzentrale für die PKK im Raum München.

*Urteil gegen
PKK-Gebiets-
verantwortliche*

2.3.3 Exekutivmaßnahmen gegen die PKK

*Festnahme von
PKK-Funktionären*

Am 13. April verhaftete die Polizei im Rahmen einer Routinekontrolle im Hauptbahnhof in Nürnberg den PKK-Verantwortlichen für das Gebiet Nürnberg.

Am 21. September konnte die Polizei in Neuhaus, Landkreis Passau, den ehemaligen Gebietsverantwortlichen für den Raum Mannheim bei der Einreise aus Österreich aufgrund eines Haftbefehls des Generalbundesanwalts wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festnehmen.

Auch in anderen Bundesländern gelangen den Ermittlungsbehörden zahlreiche Festnahmen von teilweise wichtigen PKK-Funktionären. So konnten u.a.

- am 4. Januar in Hannover der Gebietsverantwortliche der PKK für das Gebiet Hannover,
- am 20. Januar in Heidelberg der mutmaßliche Regionsverantwortliche der PKK für die Region Süd,
- am 11. Februar in Leonberg/Baden-Württemberg die mutmaßliche Gebietsverantwortliche für das Gebiet Stuttgart,
- am 26. März in Mainz der Gebietsverantwortliche für Mainz,
- am 11. April in Ludwigsburg/Baden-Württemberg der Verantwortliche für die Vereinigung der patriotisch-revolutionären Jugend Kurdistans (YCK),
- am 16. Juni in Celle/Niedersachsen der Europakoordinator der PKK, Mitglied der europäischen Frontzentrale der PKK, als einer der ranghöchsten PKK-Funktionäre in Europa und
- am 25. Oktober in Frankfurt am Main der Regionsverantwortliche der YCK

festgenommen werden.

Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erließ in den vorstehenden Fällen jeweils Haftbefehl wegen Rädelsführerschaft in bzw. Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Ferner nahm die Polizei am 26. April den stellvertretenden Gebietsbeauftragten für Stuttgart wegen Verabredung von Verbrechen und Vergehen fest. Er soll u.a. zu Gewaltaktionen und Brandstiftungen aufgerufen haben, falls die Polizei am 12. Februar während einer europaweiten Aktion der PKK eingreife.

2.3.4 Spendengelderpressungen durch die PKK

Die PKK versucht - wie auch andere türkische linksextremistische und terroristische Gruppierungen, insbesondere Devrimci Sol und TKP/ML - ihre Finanzierung durch Spenden sicherzustellen. Die Spendeneintreiber gehen dabei häufig mit Drohungen gegen die Opfer vor und versuchen so, möglichst hohe Geldbeträge zu erpressen. Am 21. Februar wurde ein türkischer Staatsangehöriger in der Fußgängerzone von Passau zur Zahlung von 500 DM für die PKK erpreßt und im Falle der Weigerung damit bedroht, daß ihm etwas zustoßen könnte. Auch aus anderen Bundesländern liegen Erkenntnisse vor, nach denen die PKK ihre Spenden unter Androhung von Gewalt eintreibt. In mehreren Fällen gelang der Polizei die Festnahme von Geldeintreibern. Dabei wurden mehrfach Spendenlisten, Quittungen und schriftliche Unterlagen sowie Bargeld sichergestellt. Besonders spektakulär ist die Erpressung eines Familienvaters, der am 11. Mai anlässlich einer Veranstaltung in Bonn aufgefordert wurde, der PKK den ältesten Sohn der Familie als Kämpfer zur Verfügung zu stellen. Der Vater, der dem Ansinnen entschlossen widersprach, wurde in der Folgezeit wiederholt von zwei Kurden bedrängt. Sie bekräftigten die Forderung, boten dann aber an, den Sohn gegen Zahlung von 10.000 DM von diesem Auftrag freizukaufen. Einer der Erpresser konnte am 12. Juni in Münster festgenommen werden; gegen ihn erging Haftbefehl.

Das Landgericht Bamberg verurteilte am 1. Oktober zwei Kurden wegen versuchter räuberischer Erpressung und Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu einer Jugendfreiheitsstrafe von drei Jahren bzw. wegen Beihilfe zu diesen Straftaten zu einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung. Die Verurteilten hatten am 28. Dezember 1995 in Haßfurt, Landkreis Haßberge, von einem Türken eine Spende von 5.000 DM für die PKK zu erpressen versucht. Bei einem erneuten Besuch des Opfers am nächsten Tag waren sie festgenommen worden.

*Urteil gegen
Spendenerpresser*

3. Rote Armee Fraktion (RAF)

3.1 Überblick

Die vor rund 25 Jahren entstandene RAF verfolgte ursprünglich das Ziel, als Avantgarde des revolutionären Kampfes durch terroristische Aktionen der „Stadtguerilla“ im „antiimperialistischen Kampf“ und im „strategischen und taktischen Zusammenwirken mit den Befreiungskämpfen der unterdrückten Nationen“ eine Solidarisierung der

Massen und eine revolutionäre Situation herbeizuführen. Ihren revolutionären Kampf führte sie in einer koordinierten antiimperialistischen Front, die drei Ebenen „Guerilla“ (Kommandoebene), „Widerstand“ (RAF-Umfeld) und „Gefangene“ (inhaftierte terroristische Gewalttäter) umfaßte. In drei umfangreichen Erklärungen vom April, Juni und August 1992 räumte die RAF eine Reihe aus ihrer Sicht schwerwiegender Fehleinschätzungen der Vermittelbarkeit ihrer Aktionen und ihrer Strategie ein und kündigte eine vorläufige Einstellung der Mordanschläge an. Gleichzeitig bekräftigte die RAF, daß sie sich unter bestimmten Bedingungen die Wiederaufnahme der Anschläge gegen Personen und solcher Anschläge, die zum „Zurückdrängen des Staates“ in bestimmten Bereichen erforderlich seien, vorbehalte. Als einen solchen Anschlag bewertete die RAF-Kommandoebene auch den am 27. März 1993 - als bisher letzte terroristische Aktion der RAF - registrierten Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Darmstadt-Weiterstadt, der einen Sachschaden von 116 Millionen DM verursacht hatte. Noch in der Erklärung vom 6. März 1994 bekräftigte die RAF diesen Vorbehalt und den Anspruch auf eine „vollständige Umwälzung der herrschenden Verhältnisse“, der sie mit dem Aufbau einer „sozialen Gegenmacht von unten“ näherkommen wolle. Die RAF als Teil dieser „Gegenmacht“ war bereit, ihre Erfahrungen zur Verwirklichung dieses Ziels mit einzubringen. Versuche des linksextremistischen-/terroristischen Spektrums, bundesweite Organisationsstrukturen aufzubauen, sind jedoch nach derzeitigem Erkenntnisstand entweder gescheitert oder haben nicht die erforderliche Resonanz erfahren.

*Vollständige
Umwälzung der
herrschenden Ver-
hältnisse*

3.2 Entwicklung der RAF

Die Bedeutung der RAF als Integrationsfaktor für das terroristische Umfeld nimmt ab. In den Diskussionen und sonstigen Aktivitäten, wie z.B. der Betreuung von inhaftierten terroristischen Gewalttätern, ist die RAF zwar nach wie vor Thema; die Weiterentwicklung der Politik der RAF war dagegen in den Diskussionen kaum von Bedeutung. Insgesamt war festzustellen, daß sich die Anhänger des terroristischen Umfelds anderen Themen zuwenden. Insbesondere im sogenannten antiimperialistischen Widerstand ist auch unter Beteiligung ehemals inhaftierter RAF-Mitglieder eine zunehmende Internationalisierung und intensive Kontaktpflege mit anderen Linksextremisten und terroristischen Gruppen, wie z.B. der PKK, feststellbar.

*Abnehmende
Bedeutung*

3.2.1 Äußerungen früherer RAF-Mitglieder

Der inhaftierte terroristische Gewalttäter Helmut Pohl übte in einem Interview im Februar massive Kritik an den Anschlägen der RAF ab Mitte der 80er Jahre. Die Morde der RAF seit dieser Zeit seien „nur noch eine Aneinanderreihung von Erschießungen“ gewesen. „Wenn man sie auf einen politischen Kern reduziert, bleibt nichts übrig als Bestrafungsaktionen“, so Pohl. Demgegenüber hätten die meisten der Gefangenen in den bewaffneten Aktionen immer eine „strategische Funktion“ gesehen. Nachdem nach der Deeskalationserklärung der RAF im Jahre 1992 die politische Auseinandersetzung darüber, wie es künftig weitergehen könne, überhaupt nicht in Gang gekommen sei, forderte Pohl auch im Namen der anderen Inhaftierten die RAF-Kommandoebene auf, ihre Auflösung zu erklären.

*Aufforderung
zur Auflösung
der RAF*

Kritisch zur RAF äußerte sich auch das frühere RAF-Mitglied Heinrich „Ali“ Jansen auf einer Veranstaltung am 10. Mai in einer Gaststätte in Nürnberg zum 20. Todestag von Ulrike Meinhof. Die Veranstaltung war ursprünglich im Kommunikationszentrum (KOMM) der Stadt Nürnberg geplant, wurde jedoch vom KOMM nach Androhung einer Abmahnung durch die Stadt Nürnberg abgesagt. Jansen bezeichnete die Morde der ersten RAF-Generation als richtig und legitim. So sei die „Liquidierung“ von Jürgen Ponto, Siegfried Buback und Dr. Hanns-Martin Schleyer richtig und aus damaliger Sicht absolut gerechtfertigt gewesen. Im Gegensatz dazu bezeichnete Jansen die Anschläge auf Prof. Dr. Karl-Heinz Beckurts, Dr. Ernst Zimmermann und Dr. Alfred Herrhausen als Morde. Die RAF habe es versäumt, bei diesen Taten ihr politisches Konzept zu vermitteln. Insgesamt sei bei der RAF die Politik ab Ende der 70er Jahre immer mehr in den Hintergrund getreten. Damit konnten die „Liquidationen“ nicht mehr politisch vermittelt werden. Ihnen sei keinerlei Strategie und Ideologie vorangegangen. Letztendlich sei das Konzept der RAF seit Anfang der 80er Jahre gescheitert.

Kritik an RAF

Damit verurteilen Jansen und Pohl zwar die Morde der zweiten und dritten RAF-Generation. Jedoch rechtfertigt Jansen politisch motivierte Morde ausdrücklich, wenn sie in das politische Gesamtkonzept einer Gruppierung paßten. So glorifiziert er insbesondere die Morde der ersten RAF-Generation als richtig und legitim.

*Rechtfertigung
von Morden*

Die in Berlin erscheinende „tageszeitung“ (taz) vom 7. August veröffentlichte als „Dokumentation“ einen auf Februar 1992 datierten Brief Helmut Pohls. Dieser versuchte, mit dem Brief und einer Anmerkung

zum Motiv der Veröffentlichung sich selbst und die übrigen noch inhaftierten ehemaligen RAF-Mitglieder als Initiatoren und Vordenker für die gemäßigtere Linie der RAF seit April 1992 darzustellen. Erneut behauptete Pohl, wie schon in seinem Interview vom Februar, die Inhaftierten hätten bereits 1987 die Notwendigkeit einer „Zäsur“ erkannt, die letztlich die „Aufhebung der RAF“ zur Folge haben müßte.

Hogefeld-
Erklärung

Unter dem Titel „Ein längst überfälliger Schritt“ veröffentlichte die taz in ihrer Ausgabe vom 30. Oktober eine gekürzte Fassung der umfangreichen Prozeß-Schlußerklärung der mittlerweile verurteilten Birgit Hogefeld, die diese am Vortag vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main abgegeben hatte. Hogefeld bringt darin zum Ausdruck, daß sie das Kapitel RAF als mehr oder weniger abgeschlossen ansieht:

„Der Kampf, wie ihn die RAF Anfang der 70er Jahre begonnen hat, gehört einer vergangenen Epoche an!“

Spätestens 1977 hätte eine Selbstreflexion einsetzen müssen; statt dessen habe die RAF aber eine Auseinandersetzung mit dem Staat betrieben, bei der die Gesellschaft, aber auch ein Großteil der Linken, außen vor stand. Als Konsequenz forderte sie von den im Untergrund lebenden RAF-Mitgliedern:

Bekräftigung der
Auflösungsforderung

„Deshalb finde ich die Aufforderung von Helmut Pohl an die Illegalen, ihre Auflösung als RAF zu erklären, richtig - dieser Schritt ist lange überfällig.“

Die Forderung nach Auflösung der RAF wurde von Hogefeld noch nie öffentlich erhoben. Bisher hatte sie stets die von ihr „draußen“ mit entwickelte „neue RAF-Politik“ vertreten und als Grundlage einer Neubestimmung revolutionärer Politik propagiert. Dies scheint sie inzwischen als unrealistisches Vorhaben aufgegeben zu haben; offenbar sieht sie nunmehr die Auflösung der RAF als einzige Möglichkeit und als Voraussetzung an, den von ihr geforderten anderen - politischen - Umgang des Staates mit der RAF und den Inhaftierten zu realisieren. Insoweit decken sich hier die Absichten Hogefelds mit denen der übrigen Inhaftierten aus der RAF um Pohl.

3.2.2 Erfolg des Aussteigerprogramms des Bundesamts für Verfassungsschutz

In Begleitung seines Rechtsanwalts stellte sich am 22. November Christoph Seidler freiwillig der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe. Der

seit Jahren, insbesondere nach dem Mord an dem Sprecher der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen, am 30. November 1989 in Bad Homburg, gesuchte 38jährige Christoph Seidler bestreitet, an dem Attentat auf Dr. Herrhausen beteiligt und Mitglied der RAF gewesen zu sein. Seidler hielt sich angeblich zur fraglichen Zeit im Libanon auf. In einem Interview hatte Seidler bereits im Vorfeld in einem Nachrichtenmagazin angekündigt, er wolle sich der Bundesanwaltschaft stellen. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof hob den Haftbefehl gegen Seidler mangels dringenden Tatverdachts am 22. November auf.

3.2.3 Erklärungen der RAF-Kommandoebene

Im Anschluß an die Selbststellung und die Aussagen Seidlers gab die RAF erstmals seit 1994 wieder mehrere Erklärungen ab. Während die RAF in ihrer Erklärung vom April 1992 noch gedroht hatte,

„wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre eliten auch nicht leben können.“

sind in den jüngsten Verlautbarungen derartige Äußerungen nicht mehr enthalten.

Am 4. Dezember ging verschiedenen Nachrichtenagenturen und Zeitungsredaktionen ein fünfseitiges Papier der RAF vom 29. November zu. Darin bekräftigten die Verfasser, Christoph Seidler sei nie Mitglied der RAF gewesen. Die Gruppe habe nichts mit seiner Rückkehr in die Legalität unter Nutzung des Aussteigerprogramms des Verfassungsschutzes zu tun. Dies wie auch die Zeugenschaft Siegfried Nonnes seien Konstrukte des Staatsschutzes, mit denen Illegale oder Gefangene dazu gebracht werden sollten, ihre Genossen und ihre eigene Geschichte zu verraten. In diesem Zusammenhang bestätigen die Verfasser, in der Vergangenheit verschiedentlich auch Nicht-RAF-Mitgliedern bei ihrem Untertauchen geholfen zu haben. Die Linke brauche sich nicht zu wundern, daß der Staat trotz ihrer derzeitigen Schwäche mit unverminderter Härte gegen sie vorgehe. Dies sei Ausdruck der Militarisierung im Innern als staatliche Antwort auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, die strukturell so gewalttätig seien wie nie seit dem Nazifaschismus. Die Repression richte sich inzwischen als Begleitwerkzeug zum sozialen Kahlschlag gegen immer größere Teile der Gesellschaft; am härtesten betroffen von dieser Entwicklung seien „Immigrantinnen“ und „Nichtweiße“. Diesen Bedingungen

Neubestimmung
revolutionärer
Politik

habe sich die Linke heute zu stellen und über die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte Erkenntnisse für die Zukunft, das heißt für eine Neubestimmung revolutionärer Politik und Neuformierung einer radikalen Linken zu gewinnen.

Die Szene-Zeitschrift „INTERIM“ druckte in Ausgabe Nummer 401 ein einseitiges Schreiben der RAF ab. Anlaß für dieses mit „für die INTERIM“ betitelten Papiers war ein offener Brief von Andrea Wolf, die im Zusammenhang mit dem RAF-Anschlag auf die JVA Weiterstadt im März 1993 gesucht wird. Die RAF wiederholte in diesem Schreiben eine Reihe bereits in der RAF-Erklärung vom März 1994 enthaltene Aussagen zum V-Mann des Verfassungsschutzes Klaus Steinmetz und betonte, daß er keinen Einfluß auf die Aktionen der RAF gehabt habe.

Ausweichende
Antwort auf Auf-
lösungsforderung

Die in Berlin erscheinende Tageszeitung „junge Welt“ veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 14./15. Dezember ein weiteres Schreiben der RAF mit zaghaften Versuchen, auf die Auflösungsforderung von Hogefeld und Pohl zu antworten. Die Verfasser äußern ausweichend, daß für einen großen Teil der Linken die RAF und illegale Organisation bereits Geschichte sei,

„während wir uns nicht in Luft auflösen können und werden. Und es ist auch ganz unabhängig von uns nicht richtig, jetzt davon auszugehen, daß es nie wieder illegale Strukturen geben muß!“

Dies erforderten schon die gewalttätigen Verhältnisse und die „Abwehrreflexe des Staates gegen systemüberwindende Vorstellungen und emanzipatorische Politik“.

Die Zukunft der RAF bestehe jedoch nicht darin, einfach weiterzumachen:

Überholtes
RAF-Konzept

„Das RAF-Konzept ist überholt. Das ist objektiv so. Dabei bleibt es also auch. (...) Es kann auch keine modifizierte Neuauflage des Alten geben.“

Die RAF wolle insgesamt dazu beitragen, aus der Geschichte neue Erkenntnisse zu gewinnen.

3.3 Verurteilungen

Lebenslange
Haft für Birgit
Hogefeld

Am 5. November verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main das Mitglied der RAF, Birgit Hogefeld, nach fast zweijähriger Verhandlungsdauer zu lebenslanger Haft. Das Gericht ahndete damit

ihre Beteiligung an dem Mord an dem US-Soldaten Edward Pimental sowie an dem Bombenanschlag auf die US-Airbase am Frankfurter Flughafen im August 1985, bei dem zwei Personen getötet worden waren. Der Strafsenat verurteilte Birgit Hogefeld auch wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und sah ihre Mittäterschaft an dem fehlgeschlagenen Anschlag auf den damaligen Staatssekretär im Finanzministerium Hans Tietmeyer (September 1988) sowie an der Sprengung des Neubaus der Justizvollzugsanstalt in Weiterstadt (März 1993) als erwiesen an. Bei letzterem Anschlag war ein Sachschaden von 116 Millionen DM entstanden. Insgesamt erkannte das Gericht auf besondere Schwere der Schuld. Birgit Hogefeld war am 27. Juni 1993 im Rahmen einer Polizeiaktion in Bad Kleinen/Mecklenburg-Vorpommern festgenommen worden. Bei dem dabei entstandenen Schußwechsel erschöß Wolfgang Grams, ebenfalls mutmaßliches RAF-Mitglied, den Grenzschutzbeamten Armin Newrzella und tötete anschließend sich selbst. Von dem Vorwurf der Mittäterschaft an diesem Mord wurde Hogefeld freigesprochen.

Am 19. November verurteilte das Oberlandesgericht Hamburg die Palästinenserin Souhaila Andrawes wegen der Beteiligung an der Entführung des Lufthansa-Flugzeuges „Landshut“ und der Ermordung des Flugkapitäns Jürgen Schumann im Oktober 1977 zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe. Das Gericht sah es als erwiesen, daß sie die „Hinrichtung“ des Piloten bei einer Zwischenlandung in Aden (damals Süd-jemen) überwacht und gebilligt hatte. Strafmildernd wandte das Gericht die Kronzeugenregelung an, obwohl Andrawes diese Regelung nicht für sich in Anspruch nehmen wollte. Vor Prozeßbeginn hatte sie die derzeit in Frankfurt am Main angeklagte Monika Haas belastet, Waffen und Sprengstoff für die Flugzeugentführung nach Mallorca gebracht zu haben, war später aber nicht mehr bereit, diese Aussage vor Gericht zu wiederholen. Sie wird ihre Freiheitsstrafe voraussichtlich in Norwegen verbüßen. Sie ist die einzige Überlebende des vierköpfigen palästinensischen Terrorkommandos „Martyr Halimeh“, das die Lufthansa-Maschine mit 87 Menschen an Bord auf dem Rückflug von Mallorca nach Deutschland entführt hatte, um im Zusammenhang mit der Entführung des Präsidenten des Arbeitgeberverbands Dr. Hanns-Martin Schleyer u.a. die Forderung der RAF nach Freilassung von elf inhaftierten Gesinnungsgenossen zu unterstützen. Einen Tag nach der Erstürmung der „Landshut“ am 19. Oktober 1977 wurde Dr. Schleyer, ermordet durch das „Kommando Siegfried Hausner“ der RAF, in Mulhouse/Elsaß aufgefunden.

*Hohe Haftstrafe
für Palästinenserin*

3.4 Ausblick

*Anschläge der
RAF unwahr-
scheinlich*

Die unmittelbare Bedrohung der Inneren Sicherheit durch Terroranschläge ist geringer geworden, da die RAF nach Einschätzung der bayerischen Sicherheitsbehörden zumindest als funktionsfähige terroristisch handelnde Gruppierung nicht mehr besteht. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Anschläge einzelner oder anderer Gruppen des linksextremistischen terroristischen Spektrums grundsätzlich ausgeschlossen werden können. So bedürfen insbesondere die Aktivitäten des antiimperialistischen Widerstands, in dem auch Angehörige des ehemaligen RAF-Umfelds mitarbeiten, der aufmerksamen Beobachtung, um einer Gefahr für die Innere Sicherheit rechtzeitig begegnen zu können.

4. Antiimperialistischer Widerstand

*Festhalten am
„bewaffneten
Kampf“*

Teile des RAF-Umfelds lehnten die 1992 begonnene Neuorientierung der RAF mit dem Ziel des Aufbaus einer „Gegenmacht von unten“ von Anfang an ab. Sie forderten statt dessen, aus den Fehlern der RAF zu lernen, aber dennoch an den früheren Prinzipien der RAF und am bewaffneten Kampf, der die Begehung von Mordanschlägen einschließt, festzuhalten. Wenngleich die Anhänger dieses „antiimperialistischen Widerstands“ - von wenigen Ausnahmen abgesehen - kaum schwere Gewaltakte verübten, stellt dieser Bereich dennoch eine Gefahr für die Innere Sicherheit dar. Dies zeigen u.a. intensive Kontakte mit linksextremistischen und auch linksterroristischen ausländischen Gruppen, wie z.B. der PKK, und das Festhalten am „bewaffneten Kampf“. Auch die Beteiligung von Personen aus dem früheren RAF-Umfeld und ehemals inhaftierter terroristischer Gewalttäter an den Diskussionen zur Entwicklung künftiger Perspektiven insbesondere zur Internationalisierung des Widerstands zeigt die Attraktivität dieser Zusammenhänge.

4.1 Antiimperialistische Zelle (AIZ)

Als militante Gruppierung des sogenannten antiimperialistischen Widerstands trat bereits 1992 eine Gruppierung auf, die sich zunächst als „Antiimperialistische Widerstandszelle Nadja Shehadah“ und später als „Antiimperialistische Zelle“ (AIZ) bezeichnete. Die AIZ lehnt die Deeskalations-Politik der RAF-Kommandoebene scharf ab

und hält an der Strategie und Praxis der RAF vor 1992 fest. Die AIZ geht davon aus, daß die gegenwärtige Realität durch patriarchale, rassistische und kapitalistische Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse gekennzeichnet sei.

Während die AIZ im Jahre 1995 noch insgesamt vier Sprengstoffanschläge verübte, wurden 1996 keine Anschläge mehr verzeichnet. Ursache hierfür dürfte die Festnahme zweier mutmaßlicher AIZ-Mitglieder am 25. Februar in Witzhave bei Hamburg gewesen sein. Beiden wird vorgeworfen, u.a. am Anschlag auf das peruanische Honorarkonsulat in Düsseldorf am 23. Dezember 1995 beteiligt gewesen zu sein. Mit dieser Verhaftung gelang den Sicherheitsbehörden offensichtlich ein entscheidender Schlag gegen die AIZ. Zwei jeweils vierwöchige Hungerstreikaktionen der beiden inhaftierten AIZ-Mitglieder vom 19. April bis 17. Mai und vom 3. Oktober bis 3. November blieben in der linken Szene ohne größere Resonanz.

Keine weiteren
Anschläge

4.2 Internationale Zusammenhänge im antiimperialistischen Widerstand

Die Aktivitäten im antiimperialistischen Widerstand konzentrierten sich überwiegend auf die Weiterentwicklung theoretischer Perspektiven. Wesentlich waren dabei die Bemühungen, Kontakte mit anderen linksextremistischen bzw. terroristischen Gruppen zu knüpfen, um eine internationale Basis für künftige Aktivitäten zu schaffen. Grundlage für diese Bestrebungen bildet die Erklärung der RAF vom 6. März 1994. Diese legte damals neben dem Aufbau einer „Gegenmacht von unten“ besonderen Wert auf ihre internationalen Verpflichtungen:

internationalisierung

„heute kann die vordringliche aufgabe internationalistischer politik der linken in deutschland nur sein: das kräfteverhältnis hier in dieser gesellschaft zu unseren gunsten zu entwickeln, das verlangen genossinnen aus dem trikont von uns, womit sie recht haben, da fängt der internationalismus an, das ist unsere verantwortung.“

Die RAF sprach sich dafür aus, daß künftig der soziale Sinn „revolutionärer Kämpfe“ sichtbar gemacht wird.

Festzustellen sind mittlerweile enge Kontakte zur PKK und ihr nahestehenden Organisationen. Diese Kontakte dienen in erster Linie der Absprache und Vorbereitung gemeinsamer Aktionen. Der „kurdische Befreiungskampf“ soll in Deutschland durch Solidaritätsveranstaltungen

Kontakte zur PKK

gen der „Linken“ ständig präsent sein. Zudem gibt es in der Szene Überlegungen, den kämpfenden Kurden in der Türkei praktische Unterstützung zu leisten.

Ein weiterer Schwerpunkt, zumindest in Bayern, waren Veranstaltungen zum Thema „Naher Osten“. So initiierte die „Antiimperialistische Gruppe im Infobüro Nürnberg“ (AIG) am 18. März, am 29. April und zuletzt am 4. November öffentliche Diskussionsveranstaltungen zur „Situation der Palästinenser in Israel“.

Die Situation der „politischen Gefangenen“ wird zunehmend „internationalisiert“ und insbesondere an dem in den USA zum Tode verurteilten Mumia Abu-Jamal diskutiert. So fanden in Nürnberg zwei Veranstaltungen zum Thema „Freiheit für Mumia Abu-Jamal und alle anderen politischen Gefangenen weltweit“ am 19. Oktober und am 7. Dezember statt.

Weiteres Thema „antiimperialistischer Politik“ waren Aktionen der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN in Mexiko. Ein „Interkontinentales Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus“ fand vom 27. Juli bis 3. August in Chiapas/Mexiko statt. An diesem sowie einem großen Vorbereitungstreffen in Berlin (30. Mai bis 2. Juni) nahmen zahlreiche „Antiimps“ aus dem gesamten Bundesgebiet teil. In Bayern fanden Informationsveranstaltungen in Nürnberg und Bamberg statt.

Angehörige des antiimperialistischen Widerstands pflegten zudem intensive Kontakte zu Vertretern südamerikanischer Guerillabewegungen sowie zu Angehörigen aus der Terrorszene Italiens und Spaniens.

5. Revolutionäre Zellen (RZ) und Frauengruppe Rote Zora

Die erstmals im Jahre 1972 in Erscheinung getretenen Revolutionären Zellen (RZ) sind unabhängig voneinander operierende Kleingruppen, die sich als antiimperialistisch und sozialrevolutionär bezeichnen. Ihre Taktik besteht im allgemeinen darin, mit Anschlägen bei möglichst geringem Einsatz und Risiko möglichst hohen Sachschaden anzurichten, der nach ihrer Auffassung den betroffenen Einrichtungen bzw. Unternehmen mehr schadet als der Ausfall einer Führungsperson. Im Gegensatz zu den Angehörigen der RAF-Kommandoebene agieren die Mitglieder aus streng abgeschotteten Zellen heraus. Sie leben

jedoch nicht im Untergrund und sind deshalb auch nicht darauf angewiesen, sich eine konspirative Logistik zu schaffen. Anschläge der Revolutionären Zellen bzw. der aus den RZ abgespaltenen autonomen Frauengruppe Rote Zora waren im Berichtszeitraum im gesamten Bundesgebiet nicht zu verzeichnen. Die Prozesse gegen die beiden „Topterroristen“ der RZ, Illich Ramires Sanchez, alias „Carlos“, in Paris sowie Johannes Weinrich in Berlin, dauern an.

Keine Anschläge

6. Abschnitt

Spionageabwehr

1. Ausgangslage

Frühere Ostblockstaaten sowie Länder des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens versuchen, Informationen aus Politik, Wirtschaft und Technologie zu gewinnen. Zugenommen hat vor allem die Wirtschaftsspionage. Deutschland und speziell Bayern sind hier als Sitz bedeutender High-Tech-Unternehmen bevorzugtes Ausspähungsziel für Länder, deren Wirtschaft mit unseren Unternehmen konkurriert, und für Staaten, die versuchen, technologischen Rückstand aufzuholen. In letzter Zeit mehren sich Hinweise, daß sich russische Dienste wieder zunehmend für Militärtechnologie interessieren. Begünstigt werden die Aktivitäten fremder Nachrichtendienste durch die Öffnung der Grenzen, den internationalen Reiseverkehr, die internationale Zusammenarbeit auf vielen Gebieten und den oft weltweiten Verbund der Datensysteme.

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Methoden der Spionage teilweise geändert. Statt des aggressiven Vorgehens, wie z.B. der Gewinnung von Informanten durch Nötigung und psychischen Druck, wird zunehmend versucht, Informationen über gesellschaftliche Kontakte und harmlos erscheinende Gespräche zu gewinnen.

Für manche Staaten ist es kein Widerspruch, sich im Rahmen der politischen Annäherung auf verschiedenen Gebieten um Zusammenarbeit und Unterstützung zu bemühen, gleichzeitig aber Deutschland weiterhin auszuspähen. Ungarn und die Tschechische Republik haben offiziell erklärt, künftig auf jegliche Spionagetätigkeit gegen Deutschland zu verzichten; gegenteilige Erkenntnisse wurden nicht gewonnen.

2. Die Nachrichtendienste Rußlands

Mit sieben Nachrichten- und Sicherheitsdiensten, die mit unterschiedlicher Gewichtung fast alle im In- und Ausland operieren, besitzt Rußland zwischenzeitlich wieder einen der größten und mächtigsten Geheimdienstapparate der Welt. Die bedeutendsten Dienste sind SWR, FSB, GRU und FAPSI.

*Schwerpunkt
Wirtschafts-
spionage*

*Neue Methoden
der Informations-
gewinnung*

Der russische Auslandsnachrichtendienst (SWR) ist der Tradition vorangegangener Dienste treu geblieben. Daß die russische Führung Spionage für „unverzichtbar“ und für ein notwendiges Instrument zur Lösung einer Reihe wichtiger Aufgaben hält, bestätigen die Äußerungen Präsident Jelzins:

Tradition der UdSSR-Dienste

„Die Verstärkung der Wirtschaftsspionage ist notwendig, um den technologischen Abstand zu den entwickelten Ländern des Westens zu reduzieren.“

Der Präsident des SWR Trubnikow erklärte:

„Wir stehen in operativer Hinsicht viel fester auf den Beinen als vor Jahren.“

Der Inlandsnachrichtendienst FSB, vormals FSK, erhielt wesentlich mehr Aufgaben und Kompetenzen. Neben seiner Zuständigkeit für die zivile Spionageabwehr, die innere Sicherheit der Streitkräfte sowie der anderen russischen Sicherheitsdienste ist der FSB nun befugt, im Interesse der russischen Wirtschaft auch Auslandsaufklärung zu betreiben.

Ausweitung der Kompetenzen

Der militärische Aufklärungsdienst GRU blieb seit Auflösung der UdSSR nahezu unangetastet. Sein Aufgabenprofil wurde in den letzten Jahren erweitert. So betätigt sich dieser Dienst nicht mehr nur in Bereichen der militärspezifischen Informationsbeschaffung, sondern versucht, auch in zivile Aufklärungsbereiche vorzudringen. Hierbei ist er besonders an wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-technologischen Informationen interessiert. Bevorzugtes Interesse gilt den Entwicklungs- sowie Forschungsdaten und den Produkten mit ziviler und militärischer Anwendungsmöglichkeit (Dual-Use-Products).

Der für Chiffrierung, Fernmelde- und elektronische Aufklärung zuständige Nachrichtendienst FAPSI konnte seine Bedeutung innerhalb der Dienste stärken und ausbauen. So stellt der Dienst seine Fernmeldenetze, die mit modernster westlicher Technik bestückt sind, auch Dritten zur Verfügung und ist zugleich Genehmigungsbehörde für Fernmeldeanlagen. Er hat damit als Dienstanbieter den direkten Zugang zum Netz und zu den übermittelten Informationen. Aufgrund seiner rechtlichen und technischen Stellung ist dieser Fernmeldedienst in der Lage, alle auf seinen Netzen übermittelten Informationen, z.B. Angebote, Leistungsdaten, personenbezogene Daten, Verhandlungspositionen in Rußland tätiger Firmen, mitzuschneiden. Vertrauliche Informationen sollten deshalb nicht offen auf fremden Netzen übermittelt werden.

FAPSI Dienstleistungsunternehmen und Nachrichtendienst in einem

3. Sonstige Nachrichtendienste des ehemaligen Ostblocks

3.1 Polen

Die kurz nach der Wende neu strukturierten Nachrichtendienste Polens - der zivile Nachrichten- und Sicherheitsdienst UOP und der militärische Nachrichtendienst WSI - unterhalten nach wie vor an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland nachrichtendienstlich besetzte Residenturen. Welchen Stellenwert Polen der Ausspähung Deutschlands zumißt, zeigt die Errichtung einer ausschließlich auf Deutschland gerichteten Organisationseinheit bei dem UOP. Von besonderem Interesse für die Dienste Polens sind Aktivitäten der dort lebenden Deutschstämmigen und deren Kontakte nach Deutschland.

*Interesse an
der Ausspähung
Deutschlands*

3.2 Rumänien

Im heutigen Rumänien operieren mindestens sechs verschiedene Nachrichtendienste, die teils miteinander konkurrieren; prowestliche Strömungen arbeiten gegen östlich orientierte, nationalistisch-kommunistische Kräfte. Bei ihrer Neustrukturierung wurde überwiegend auf die Kader des früheren Geheimdienstes SECURITATE zurückgegriffen. Die Furcht vor der Allmacht der Dienste hat in der rumänischen Gesellschaft offenbar nur wenig gegenüber den Zeiten der früheren SECURITATE nachgelassen.

*Kaum veränderte
Macht der
Geheimdienste*

Sowohl der Auslandsdienst SIE als auch der militärische Aufklärungsdienst DIM haben den Auftrag, Informationen über Deutschland zu sammeln. Dem SIE obliegt dabei vornehmlich die Aufklärung mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Technik und Wissenschaft. Der DIM hingegen steuert den Auslandseinsatz der Militärattachés an den rumänischen Auslandsvertretungen.

*Widerspruch
zwischen
Erklärungen und
Wirklichkeit*

Rumänien ist an einer Annäherung an EU und NATO interessiert. Dieser Prozeß soll nicht durch zu offensive und damit erkennbare Aktivitäten rumänischer Nachrichtendienste gestört werden. Die rumänischen Dienste unterhalten jedoch an ihren offiziellen Vertretungen in Deutschland weiter personalstarke nachrichtendienstliche Residenturen. Ihnen obliegt auch die Informationsbeschaffung durch offene Gesprächsaufklärung und die Nutzung von frei zugänglichen Informationszentren.

3.3 Bulgarien

Die Republik Bulgarien unterhält seit 1993 zwei Auslandsnachrichtendienste,

- den zivilen Nachrichtendienst NIS und
- den militärischen Nachrichten- und Sicherheitsdienst RUMNO.

Beide Dienste sind auch weiterhin an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen Bulgariens in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Ihre Interessen richten sich weiterhin vorwiegend auf bulgarische Emigranten, aber auch auf die deutsche Wirtschaft.

*Beobachtung von
Emigranten*

3.4 Ehemaliges Jugoslawien

In den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien haben sich zwischenzeitlich zahlreiche nachrichtendienstlich operierende Sicherheitsorgane entwickelt, die auch im westlichen Ausland tätig sind. Sie befassen sich in erster Linie mit ihren dort aufhaltenden Landsleuten.

In der Bundesrepublik Jugoslawien haben sich neben dem Bundesstaatssicherheitsdienst und den militärischen Abwehr- und Aufklärungsdiensten auch in den Republiken Montenegro und Serbien nationale Staatssicherheitsdienste etabliert.

In Bosnien-Herzegowina existieren für die drei Volksgruppen der Serben, Kroaten und moslemischen Bosniaken jeweils nationale Staatssicherheitsdienste sowie militärische Abwehr- und Aufklärungsdienste. Ebenso gibt es in den Staaten Kroatien und Mazedonien jeweils gleichartige Sicherheitsorgane.

4. Nachrichtendienstliche Bedrohung aus dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten

4.1 Allgemeines

Die Aktivitäten der Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie der Volksrepublik China in Deutschland haben nicht nachgelassen. Sie bemühen sich weiterhin intensiv um die Beschaffung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Informationen. Die Länder Iran, Syrien, Irak und Libyen verfügen über eine Vielzahl verschiedener Nachrichtendienste, die in Deutschland Residenturen unterhalten. Zu

*Zunehmende
Bedrohung*

den Aufgaben dieser Nachrichtendienste gehört auch die Ausspähung und Überwachung oppositioneller Emigranten in Deutschland. Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeiten der Nachrichtendienste dieser Staaten bildet der für die jeweiligen nationalen Rüstungsprogramme erforderliche (illegale) Technologie- und Gütertransfer.

4.2 Iran

Im Bereich der Auslandsaufklärung des Iran konnten folgende Schwerpunkte festgestellt werden:

- Beobachtung und Ausforschung der iranischen Opposition,
- Beschaffung von Rüstungstechnologie und High-Tech-Wissen,
- Propagierung der im Iran praktizierten schiitisch-islamischen Herrschafts- und Gesellschaftsform (Revolutionsexport),
- Ausforschung der Politik (Erstellung von Meinungsbildern, Beobachtung von iranbezogenen Veröffentlichungen).

Es gibt eindeutige Anhaltspunkte, daß insbesondere der Iran erhebliche Anstrengungen unternimmt, Exportbeschränkungen zu umgehen und verbotene Waren zu beschaffen. Bei der Beschaffung von sensiblen Rüstungsgütern, insbesondere westlicher Herkunft, nutzt der Iran Drittstaaten als Transitländer, um den Endverbleib zu kaschieren.

Es ist davon auszugehen, daß darüber hinaus weitere, bisher noch nicht erkannte Institutionen, Unternehmen oder Organisationen für die verschleierte Beschaffung benutzt werden.

4.3 Irak

Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Irak werden aus seiner Legalresidentur in Bonn gesteuert. Besonders hohes Interesse besteht an High-Tech- und Rüstungsgütern sowie an der Abklärung von in Deutschland lebenden irakischen Staatsangehörigen. Die illegale Beschaffung von Technologie ist jedoch aufgrund des bestehenden Embargos gegen den Irak erheblich behindert.

4.4 Libyen

Deutschland ist auch für die libyschen Nachrichtendienste ein attraktives Operationsgebiet. Ihre Aktivitäten steuern sie aus getarnten Stützpunkten in den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen.

*Umgehung der
Exportbeschrän-
kungen*

*Beschaffung von
High-Tech- und
Rüstungsgütern*

Ein weltweit operierendes Netz von Einzelfirmen wird in starkem Maß für den Erwerb von Technologie für A-, B- und C-Waffen genutzt. Neben der illegalen Beschaffung von Rüstungsgütern und Hochleistungstechnologie besteht die Hauptaufgabe in der Aufklärung, Ausforschung und Überwachung von hier lebenden Landsleuten, die dem politischen System in ihrem Heimatland kritisch gegenüberstehen.

4.5 **Syrien**

Syrien verfolgt ähnliche Ziele wie Libyen. Dazu unterhalten die syrischen Nachrichtendienste hier Stützpunkte, aus denen heraus sie ihre Aktivitäten planen und steuern. In ihrer Arbeitsweise gehen sie zum Teil genauso rigoros vor wie die als Vorbild dienenden ehemaligen Dienste der Ostblockstaaten. Bei der Anwerbung von Informanten greifen sie auf Druckmittel zurück, wie die Androhung von Repressalien gegenüber in Syrien lebenden Angehörigen oder das Verbot der Einreise ins Heimatland, falls eine nachrichtendienstliche Mitarbeit verweigert wird.

Rigorese Agentengewinnung

4.6 **Pakistan**

Pakistan betreibt neben einem zivilen auch ein militärisches Nuklearprogramm. Ziel ist die Beherrschung des nuklearen Brennstoffkreislaufs. Dazu bemüht sich das Land intensiv um die Beschaffung der notwendigen Technologien und Grundstoffe. Es nutzt ein weitverzweigtes Beschaffungsnetz, in das eine Vielzahl von unauffälligen Unternehmen und Institutionen eingebunden ist, die sich um Kontakte zu deutschen Firmen bemühen.

A-Waffen-Programme

4.7 **Volksrepublik China**

Das Ministerium für Staatssicherheit der Volksrepublik China (MSS) hat seit 1990 seine Personalstärke verdoppelt. Die Aufklärungsmaßnahmen sind sehr langfristig angelegt. Die Werbung von Agenten geschieht vielfach auf die „sanfte Art“, weniger durch Druck als durch die Gewährung von Vorteilen. Gesammelt wird alles an Informationen, was ohne besondere konspirative Anstrengungen aus Wissenschaft, Technik und Politik beschafft werden kann. Der Gewinnung von möglichst vielen Informationen in Gesprächen und

gesellschaftlichen Kontakten wird dabei Priorität eingeräumt. Eine wesentliche Rolle spielen die Legalresidenturen an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen wie dem Generalkonsulat in München. Hierfür eignen sich insbesondere Landsleute, die als Studenten, Doktoranden oder Praktikanten Zugang zu deutschen Unternehmen erhalten. Eingesetzt werden auch Außenhandelsunternehmen, Joint Ventures, Luftfahrtgesellschaften und Presseagenturen. Deutsche Geschäftsleute müssen in China damit rechnen, daß ihre dortigen Kontakte zur Informationsgewinnung genutzt und sie in Hotels und Konferenzräumen abgehört werden. Das MSS ist gehalten, aktiv an der Verwirklichung des „Programms der Vier Modernisierungen“ mitzuwirken, mit dessen Hilfe die Volksrepublik China versucht, bis zum Jahr 2000 auf den Gebieten der Wissenschaft, Technik, Industrie und Landesverteidigung mit den wichtigsten Ländern der Erde gleichzuziehen.

*Aufholjagd mit
Hilfe der Wirtschaftsspionage*

5. Ausblick

Wirtschaft und Wissenschaft sind nach wie vor Hauptziel der Spionage. Die Spionage fremder Staaten in Deutschland wird auch in nächster Zeit vorrangig darauf gerichtet sein, wirtschaftlich und militärisch nützliche Informationen zu gewinnen. Ausspähungsobjekte sind vor allem Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen. Begünstigt werden die Aktivitäten fremder Nachrichtendienste durch wachsenden internationalen Güter- und Informationsaustausch. Gerade Wirtschaft und Wissenschaft in Deutschland profitieren davon. Doch sollten bei aller Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Weitergabe eigenen Wissens die eigenen Interessen nicht verkannt werden. Oft mit erheblichem personellem und finanziellem Aufwand erarbeitetes Wissen darf nicht außer Landes gegeben werden, wenn es auf dem Weltmarkt konkurrierenden Ländern dazu dienen kann, die deutsche Wirtschaft als Mitbewerber auszuschalten und wenn es Ländern wie Iran, Irak, Libyen, Syrien oder Pakistan ermöglicht, in den Besitz der für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen nötigen Technologie zu gelangen.

7. Abschnitt

Organisierte Kriminalität

Aufgabe des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz im Bereich der Beobachtung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist nicht die Ermittlung einzelner Delikte, sondern die langfristige Aufklärung von Strukturen der Organisierten Kriminalität. Ziel der Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz ist es, die Hintermänner der agierenden Kriminellen aufzuspüren, ihre Führungsstrukturen aufzuklären und ihre auch internationalen Verflechtungen mit anderen Strukturen der Organisierten Kriminalität aufzuzeigen. Dabei anfallende Erkenntnisse über einzelne Delikte werden, soweit dies die Strukturaufklärung nicht behindert, der Polizei übergeben. Diese am 1. August 1994 eingeleiteten Maßnahmen zu Strukturaufklärungen im Bereich der Organisierten Kriminalität und die Weitergabe der daraus gewonnenen Erkenntnisse an die Strafverfolgungsbehörden führten zur Festnahme einer Vielzahl von Personen sowie zur Sicherstellung von Drogen, Waffen und Falschgeld in Millionenhöhe.

*Aufgabe des
Verfassungsschutzes*

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat seit dem 1. August 1994 über 200 Vorgänge in die Sachbearbeitung aufgenommen und geht aufgrund entsprechender Hinweise den Spuren von mehr als einem Dutzend Gruppierungen allein aus den GUS-Staaten nach, die in ihrer Heimat in den Bereichen Kfz-Verschleppungen, Rauschgifthandel und Schutzgelderpressung aktiv sind. Diese Organisationen waren bemüht, ihre kriminellen Machenschaften auch auf Bayern auszuweiten, zeigten jedoch hier keine Beständigkeit und zogen sich nach aktuellen Erkenntnissen wieder zurück. Auch Erkenntnisse über Strukturen von rumänischen Gruppierungen, die sich hauptsächlich mit dem Diebstahl und der Verschleppung von Kraftfahrzeugen sowie mit Wohnungseinbrüchen befassen, sind angefallen und veranlassen die Polizeidienststellen zu weiteren Ermittlungen. Gerade die Strukturen rumänischer Gruppierungen zeigen internationale Verflechtungen auf, u.a. nach Ungarn, Italien und Spanien.

*Erfolgreiche
Tätigkeit*

Der Schwerpunkt der Beobachtungstätigkeit des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz liegt in der sogenannten Ost-Mafia, ohne

die klassischen mafiosen Organisationen aus Italien zu vernachlässigen. Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Nach einer vertraulichen Mitteilung, die an den Verfassungsschutz und nicht an die Polizei ging, weil sich der Mitteilende sonst selbst der Gefahr einer Strafverfolgung ausgesetzt hätte, sollten italienische Staatsangehörige in Bayern falsche DM-Noten anbieten. Verdeckten Ermittlern des Landesamts für Verfassungsschutz gelang es, Kontakt zu den „Blüten“-Verkäufern zu finden sowie eine Beziehung zu ihnen aufzubauen und über Monate hinweg zu festigen. Diese Vertrauensbeziehung führte schließlich mit Hilfe eines befreundeten italienischen Nachrichtendienstes zur eindeutigen Identifizierung der Hintermänner als Angehörige einer bedeutenden „Camorra“-Familie aus Italien. Aufgrund dieser Sachlage konnte der Fall an die Strafverfolgungsbehörden abgegeben werden, ohne den Informanten nennen zu müssen. Die dann zuständigen Polizeidienststellen hatten aufgrund der Angaben des Landesamts für Verfassungsschutz die Möglichkeit weiterer Ermittlungen und schließlich der Festnahme mehrerer Tatverdächtiger und der Sicherstellung von falschen DM-Noten im Wert von über einer Million. Ergebnis dieser Aktion war die Zerschlagung eines international agierenden Falschgeldrings.

Ausgehend von einem Hinweis eines fremden Nachrichtendienstes auf zwei in Bayern wohnhafte Italiener, die der Camorra angehören sollten, ermittelte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, daß die beiden als „Strohänner“ für einen weiteren Italiener tätig waren. Sie betrieben für ihn hier eine Briefkastenfirma. Die vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz auf die Firma aufmerksam gemachte Steuerfahndung ermittelte, daß die beiden Betreiber Mehrwertsteuerrückerstattungen von rund 100.000 DM in betrügerischer Weise erschlichen hatten. Nach Abschluß weiterer Ermittlungen, in die auch die Polizei eingeschaltet war, konnte der Hintermann festgenommen werden. Ihn erwarteten Steuernachforderungen in Millionenhöhe. Einer der „Strohänner“, der in Italien wegen Zugehörigkeit zur Camorra, Falschgeldhandel und Betrug gesucht wurde, konnte dort festgenommen werden.

Gerade diese Fälle zeigen die Möglichkeiten des Einsatzes des Landesamts für Verfassungsschutz im Bereich der Beobachtung der Organisierten Kriminalität und die sich daraus ergebenden Vorteile.

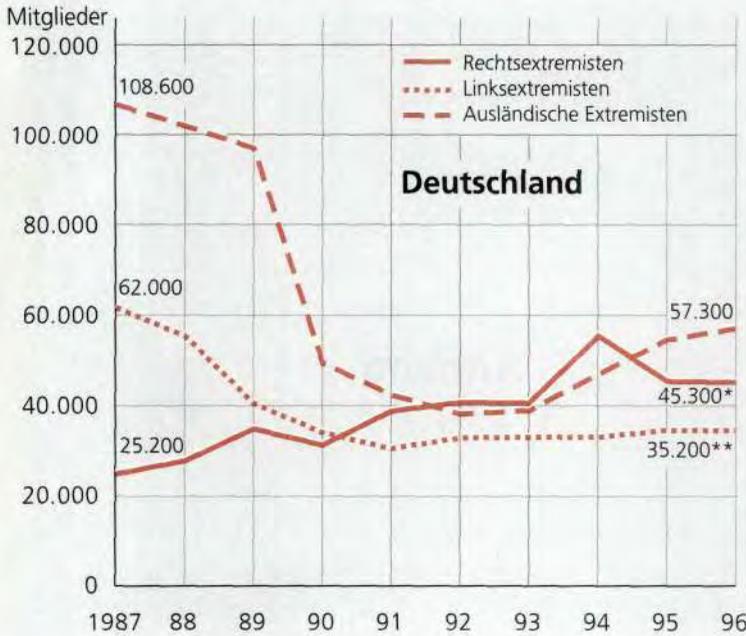
Weil der Verfassungsschutz keine Strafverfolgungsbehörde ist, bekommt er leichter Informationen von Personen, die sich selbst strafbar gemacht haben. Diese Informationen kann er dann mit seinen eigenen Mitteln so verifizieren, daß sie ohne Nachteil für den Informanten der Exekutive übermittelt werden können. Die Fälle zeigen ferner, daß die Verbindungen des Verfassungsschutzes zu den befreundeten Diensten im Ausland zur Aufklärung solcher Fälle erheblich beitragen können, denn in allen wichtigen europäischen Staaten ist die Aufklärung der Organisierten Kriminalität auch Aufgabe der dortigen Inlandsnachrichtendienste. Deshalb wäre eine Übertragung dieser Aufgabe auch auf die anderen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder in Deutschland sehr wichtig. Der Verfassungsschutz kann zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität einen nicht unerheblichen Beitrag leisten. Auf diese Möglichkeit sollte nicht verzichtet werden. Auch der nachfolgende Rauschgiftfall aus dem Bereich der Ost-Mafia konnte nur deshalb ermittelt werden, weil der Erst-Informant bereits ein Vertrauensverhältnis zum Landesamt für Verfassungsschutz hatte:

*Bundesweite
Aufklärung
erforderlich*

Eine aus anderem Anlaß zum Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz in einem Vertrauensverhältnis stehende Person teilte mit, daß sie von einer ihr seit langem bekannten Person aus dem Baltikum gebeten worden war, für sie eine größere Menge Rauschgift vorübergehend zu verwahren. Aufgrund der Sachlage war unverzüglich die Polizei einzuschalten, der es gelang, mit Hilfe der Kontaktperson das Rohopium sicherzustellen und den Täter festzunehmen. Er wurde mittlerweile zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

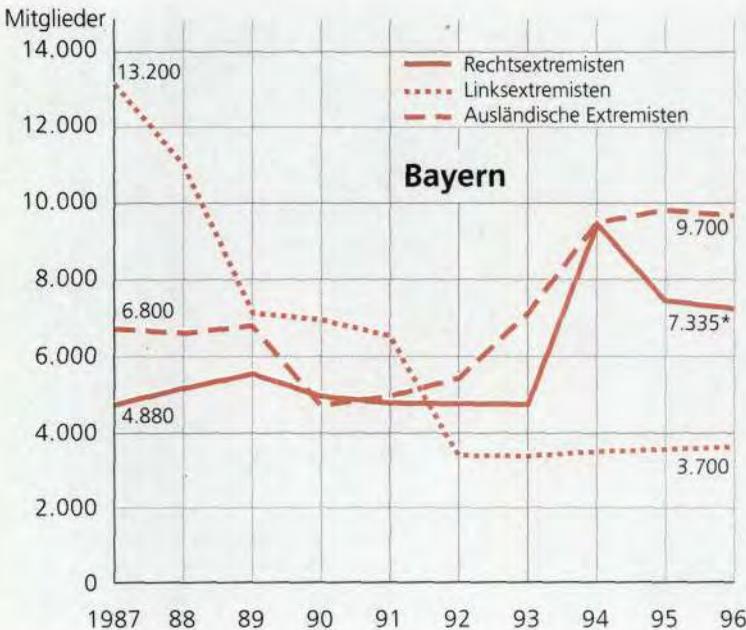
Anhang

Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen



* Die Republikaner 1994 erstmals erfaßt
 ** Die Kurve beruht auf Zahlen des Bundesamts für Verfassungsschutz, das von Mitgliedern der PDS nur die der Kommunistischen Plattform (KPF) erfaßt.

Die Zahlen für 1996: PDS Deutschland insgesamt 107.000, davon KPF 5.000



* Die Republikaner 1994 erstmals erfaßt

Bayerisches Verfassungsschutzgesetz

(BayVSG)

Vom 24. August 1990 (GVBl S. 323, BayRS 12-1-I)

Geändert durch Art. 38 Abs. 6 Bayerisches Datenschutzgesetz vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 498), Gesetz vom 8. Juli 1994 (GVBl S. 551) und Art. 41 Bayerisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 27. Dezember 1996 (GVBl S. 509)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

I. Abschnitt Organisation und Aufgaben des Verfassungsschutzes

Art. 1 Organisation des Verfassungsschutzes, Verhältnis zur Polizei

(1) ¹Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder besteht in Bayern ein Landesamt für Verfassungsschutz. ²Es dient auch dem Schutz vor Organisierter Kriminalität.

(2) ¹Freiheitliche demokratische Grundordnung nach Absatz 1 ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. ²Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung gehören mindestens: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem

Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

(3) Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- unter Einflußnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

(4) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Behörde. ²Das Landesamt und Dienststellen der Polizei dürfen einander nicht angegliedert werden. Dem Landesamt für Verfassungsschutz steht ein Weisungsrecht gegenüber Dienststellen der Polizei oder die Befugnis zu polizeilichen Maßnahmen nicht zu.

Art. 2 Zuständigkeit

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die gesetzlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen. ²Dazu gehört auch die Zusammenarbeit Bayerns mit dem Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

(2) Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder dürfen in Bayern nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Maßgabe dieses Gesetzes tätig werden.

Art. 3 Aufgaben

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes

zu beobachten; solche Bestrebungen und Tätigkeiten können von Gruppierungen oder Einzelpersonen ausgehen. Das Landesamt hat in Erfüllung dieser Aufgabe Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten. Die notwendige Koordinierung mit den anderen Sicherheitsbehörden und den Strafverfolgungsbehörden wird in Richtlinien des Staatsministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz geregelt. Über diese Richtlinien wird die Parlamentarische Kontrollkommission gemäß Art. 20 Abs. 1 Satz 1 unterrichtet.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. nach Maßgabe des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder

verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,

3. an technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte, mitzuwirken.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe, amtliche Auskünfte zu erteilen

1. im Rahmen der Überprüfung der Verfassungstreue von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben,
2. nach Maßgabe des Art. 14, insbesondere in Einbürgerungs- und Ordensverfahren zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland - mit Ausnahme der Verdienstmedaille - und des Bayerischen Verdienstordens, sowie nach Art. 15.

II. Abschnitt Allgemeine Befugnisse und Datenverarbeitung

Art. 4 Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz die dazu erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten auch ohne Kenntnis der betroffenen Gruppierung oder Person erheben und in Akten und Dateien verarbeiten, diese Informationen nutzen sowie aus Akten und Dateien übermitteln, soweit nicht nachfolgend besondere Bestimmungen gelten.

(2) Die Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 1 sind im Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 27. Dezember 1996 (GVBl S. 509) geregelt; Art. 6 Abs. 1 Satz 4 bleibt unberührt. Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, an einer Überprüfung nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 2 nur mitwirken und nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 nur Auskunft erteilen, wenn die betroffene Person der Durchführung der Überprüfung zugestimmt hat; werden der Ehegatte oder die Person, mit der die betroffene Person in eheähnlicher oder gleichgeschlechtlicher Gemeinschaft lebt, in die Überprüfung mit einbezogen, so ist auch deren Zustimmung erforderlich.

(3) Sind für die Erfüllung einer Aufgabe verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für

Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die die betroffene Gruppierung oder Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. ²Eine Maßnahme unterbleibt, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

Art. 5

Erhebung personenbezogener Daten

¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten erheben, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. ²Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten jedoch nur im Rahmen von Nachermittlungen erheben, soweit das zur Überprüfung von Informationen erforderlich ist, die bei den Verfassungsschutzbehörden bereits vorliegen.

Art. 6

Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) ¹Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz darf das Landesamt für Verfassungsschutz auch nachrichtendienstliche Mittel anwenden. ²Sie dienen der verdeckten Informationsgewinnung und der Sicherheit des Landesamts für Verfassungsschutz und seiner Mitarbeiter. ³Nachrichtendienstliche Mittel sind Maßnahmen zur Tarnung, der Einsatz geheimer Mitarbeiter und andere Maßnahmen, die verbergen sollen, daß das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen erhebt. ⁴Bei Sicherheitsüberprüfungen (Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 2) darf das Landesamt für Verfassungsschutz nur das nachrichtendienstliche Mittel der Tarnung von Mitarbeitern anwenden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nach Art. 5 durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel erheben, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder auf diese Weise Erkenntnisse über Nachrichtenzugänge gewonnen werden können oder
2. das zur Abschirmung der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Nachrichtenzugänge des Landesamts für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(3) ¹Personenbezogene Daten dürfen durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nur erhoben werden, wenn die Daten nicht auf eine andere geeignete Weise gewonnen werden können, die die betroffene

Person weniger beeinträchtigt. ²Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. ³Sie ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich ergibt, daß er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(4) ¹Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes in Abwesenheit einer für die Verfassungsschutzbehörde tätigen Person ist unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gemäß Absatz 3 nur zulässig, wenn

1. die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz) vom 13. August 1968 (BGBl I S. 949), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 1992 (BGBl I S. 997), in der jeweils geltenden Fassung vorliegen oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, daß jemand Bestrebungen nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 oder 3 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach §§ 129, 130 oder 131 des Strafgesetzbuchs (StGB) verfolgt oder
3. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, daß jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach § 100a der Strafprozeßordnung (StPO), §§ 261, 263 bis 265, 265b, 266, 267 bis 273, 331 bis 334 StGB oder § 92 Abs. 2 des Ausländergesetzes (AuslG) verfolgt

und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. ²Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund von Tatsachen anzunehmen ist, daß sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder daß der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält. ³Für das Verfahren beim Einsatz der Mittel nach Satz 1 gelten die für Verfassungsschutzbehörden der Länder maßgeblichen Bestimmungen des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz und des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522), zuletzt geändert durch Art. 23 des Gesetzes vom 24. August 1990 (GVBl S. 323), in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. ⁴Erkenntnisse und Unterlagen, die durch Maßnahmen nach Satz 1 gewonnen wurden, dürfen zur

Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten sowie nach Maßgabe des § 7 Abs. 3 des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz verwendet werden.

(5) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz bleibt unberührt.

Art. 7

Speicherung und Veränderung personenbezogener Daten

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz personenbezogene Daten in Dateien speichern und verändern, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 an Überprüfungen mitwirkt.

²In den Fällen des Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 dürfen personenbezogene Daten in Dateien nur gespeichert werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen.

(2) ¹Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht in Dateien gespeichert werden. ²Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, daß weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind. ³Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, daß weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit. ⁴Für Akten, die zu einer minderjährigen Person geführt werden, gelten die vorstehenden Prüfungs- und Lösungsfristen entsprechend.

⁵(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Dauer der Speicherung in Dateien und in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, auf das Maß festzulegen, das zur Erfüllung seiner Aufgabe nach diesem Gesetz erforderlich ist.

(4) Werden Bewertungen über Betroffene gespeichert, muß erkennbar sein, wer die Bewertung vorgenommen hat und wo die Informationen gespeichert sind, die der Bewertung zugrunde liegen.

Art. 8

Berichtigung und Löschen von Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, ist dies zu vermerken.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung nach Art. 7 unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Erfüllung seiner gesetzlich festgelegten Aufgaben nicht mehr erforderlich ist; Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, sind unter diesen Voraussetzungen zu vernichten. ²Ob die Voraussetzungen der Löschung und Vernichtung nach Satz 1 vorliegen, ist bei jeder Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen zu entscheiden. ³Die Löschung oder Vernichtung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden. ⁴In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur noch mit Einwilligung der betroffenen Person übermittelt werden.

(3) ¹Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Bayerischen Archivgesetzes. ²Die Anbieterspflicht bestimmt sich nach Maßgabe der nach Art. 6 Abs. 2 BayArchivG abzuschließenden Vereinbarung.

Art. 9

Errichtungsanordnung

(1) ¹Für den erstmaligen Einsatz einer automatisierten Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, hat das Landesamt für Verfassungsschutz in einer Errichtungsanordnung, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Betroffener Personenkreis,
4. Art der zu speichernden Daten,
5. Eingabeberechtigung,
6. Zugangsberechtigung,
7. Regelmäßige Übermittlungen,
8. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
9. Protokollierung des Abrufs.

²Nach der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern ist die Errichtungsanordnung dem Landesbeauftragten für den Datenschutz unverzüglich mitzuteilen. ³Entsprechendes gilt für wesentliche Änderungen des Verfahrens.

(2) Die Zustimmung des Staatsministeriums des Innern darf nur erteilt werden, wenn die Speicherung personenbezogener Daten auf das erforderliche Maß beschränkt ist.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung seiner Dateien zu prüfen.

Art. 10

Geltung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der gesetzlich festgelegten Aufgaben durch das Landesamt für Verfassungsschutz finden die Art. 10 bis 13, 15 bis 23 und 26 bis 28 des Bayerischen Datenschutzgesetzes keine Anwendung.

Art. 11

Auskunftserteilung

(1) ¹Ein Anspruch auf Auskunft über die beim Landesamt für Verfassungsschutz in Dateien oder Akten gespeicherten Informationen besteht nicht. ²Hat eine Person ein besonderes Interesse an einer Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, so entscheidet das Landesamt für Verfassungsschutz nach pflichtgemäßem Ermessen über das Auskunftsbegehren.

(2) Soweit eine Person einer Sicherheitsüberprüfung nach Art. 3 Abs. 2 unterzogen wird oder zu einer Person Auskunft nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 erteilt wird, hat diese Person abweichend von Absatz 1 einen Anspruch auf Auskunft über die Daten des Landesamts für Verfassungsschutz, die es im Rahmen der Erfüllung dieser Aufgaben übermittelt hat.

(3) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Erfüllung der Aufgaben nach Art. 3 durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamts für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder

4. die Information oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden muß.

(4) ¹Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung. ²Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist der Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, daß er sich hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten an den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. ³Dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, daß dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. ⁴Mitteilungen des Landesbeauftragten an den Betroffenen dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamts für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

III. Abschnitt

Übermittlungsregelungen

Art. 12

Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden, Gerichte hinsichtlich ihrer Register, Gebietskörperschaften und andere der staatlichen Aufsicht unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Stellen des Freistaates Bayern haben von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekanntgewordenen Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 1 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes erforderlich sein kann.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die übermittelten Informationen nach ihrem Eingang unverzüglich darauf zu überprüfen, ob sie für die Erfüllung seiner in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlich sind. ²Ergibt die Prüfung, daß sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. ³Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Tren-

nung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall dürfen die nicht erforderlichen Informationen nicht verwendet werden.

Art. 13
Informationsübermittlung
an das Landesamt für Verfassungsschutz
auf Ersuchen

(1) ¹Die in Art. 12 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekanntgewordenen Informationen zu übermitteln, soweit das zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach diesem Gesetz erforderlich ist. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Ersuchen nach Satz 1 nur stellen, wenn die Information auf andere Weise nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Gruppierung oder Person stärker belastende Maßnahme gewonnen werden kann. ³Das Landesamt für Verfassungsschutz hat Ersuchen zu begründen, es sei denn, daß eine Begründung dem Schutz der betroffenen Gruppierung oder Person zuwiderläuft oder den Zweck der Maßnahme gefährden würde. ⁴Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtlich geführte Dateien unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 einsehen, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Dateien den Zweck der Maßnahme gefährden, einen übermäßigen Aufwand erfordern oder das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen unnötig beeinträchtigen würde. ²Über die Einsichtnahme in amtlich geführte Dateien hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die eingesehene Datei hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(3) ¹Hält eine in Art. 12 Abs. 1 genannte öffentliche Stelle das Ersuchen nach Absatz 1 oder die Einsichtnahme nach Absatz 2 für unzulässig, so teilt sie das dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. ²Besteht dieses auf dem Ersuchen oder der Einsichtnahme, so entscheidet darüber die oberste fachliche Aufsichtsbehörde, die für die ersuchte Stelle zuständig ist.

(4) Art. 12 Abs. 2 gilt entsprechend.

Art. 14
Personenbezogene Datenübermittlung
durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen übermitteln, wenn das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist oder wenn die öffentliche Stelle die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Strafverfolgung benötigt. ²Gleiches gilt, wenn der Empfänger die personenbezogenen Daten zur Erfüllung anderer ihm zugewiesener Aufgaben benötigt, sofern er dabei auch zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beizutragen oder Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit oder auswärtige Belange zu würdigen hat. ³Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden, es sei denn, daß das Landesamt für Verfassungsschutz einer anderen Verwendung für Zwecke nach Satz 1 und 2 zugestimmt hat. ⁴Satz 1 gilt auch für die Übermittlung personenbezogener Daten innerhalb des Landesamts für Verfassungsschutz.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Dienststellen der Stationierungstreitkräfte im Rahmen von Art. 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl II 1961 S. 1183) personenbezogene Daten übermitteln. ²Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(3) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes sowie an über- oder zwischenstaatliche öffentliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. ²Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Person entgegenstehen. ³Sie ist aktenkundig zu machen. ⁴Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(4) ¹Personenbezogene Daten dürfen an andere Empfänger als öffentliche Stellen nicht übermittelt wer-

den, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist und das Staatsministerium des Innern seine Zustimmung erteilt hat; die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl von gleichartigen Fällen vorweg erteilt werden. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. ³Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. ⁴Das Landesamt für Verfassungsschutz hat den Empfänger darauf hinzuweisen.

(5) ¹Übermittlungspflichten nach bundesrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz kann andere Verfassungsschutzbehörden auch dadurch unterrichten, daß es diesen den Abruf von Daten im automatisierten Verfahren ermöglicht, soweit deren gesetzliche Aufgaben identisch sind.

Art. 15

Unterrichtung der Öffentlichkeit

¹Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1. ²Dabei dürfen der Öffentlichkeit personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn das Interesse der Öffentlichkeit an der Unterrichtung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person an der Wahrung ihrer Anonymität überwiegt.

Art. 16

Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn das zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

Art. 17

Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz nach den Art. 4 und 14 hat zu unterbleiben, wenn

1. erkennbar ist, daß unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegt, oder
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

(2) Besondere Rechtsvorschriften, die Informationsübermittlungen zulassen oder verbieten, bleiben unberührt.

IV. Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle

Art. 18

Parlamentarische Kontrollkommission

(1) ¹Die Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission. ²Die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) ¹Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern. ²Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission werden zu Beginn jeder neuen Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte gewählt. ³In gleicher Weise wird für jedes Mitglied ein Stellvertreter gewählt. ⁴Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(3) ¹Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission; Absatz 4 bleibt unberührt. ²Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet. ³Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Stellvertreter.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch über das Ende der Wahlperiode des Landtags solange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

Art. 19

Geheimhaltung

(1) ¹Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. ²Die Mitglieder und ihre Stellvertreter sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. ³Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) ¹Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. ²Jedes

Mitglied kann die Einberufung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen. ¹Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und gibt sich eine Geschäftsordnung.

Art. 20

Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission und Berichtspflicht der Staatsregierung

(1) ¹Die Staatsregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. ²Die Staatsregierung berichtet zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamts für Verfassungsschutz, sofern die Parlamentarische Kontrollkommission dies wünscht.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Staatsregierung bestimmt.

(3) ¹Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz bleibt der in Art. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) genannten Kommission nach den dortigen Bestimmungen vorbehalten. ²Der Parlamentarischen Kontrollkommission ist auf Anforderung, mindestens aber einmal im Jahr, der Bericht nach Art. 3 AGG 10 zu erstatten.

V. Abschnitt Schlußvorschriften

Art. 21

Erfüllung bundesrechtlicher Aufgaben

Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

Art. 22

Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes kann das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 des Grundgesetzes und Art. 106 Abs. 3 der Verfassung eingeschränkt werden.

Art. 23

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz

Das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12-2-1) wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 3 Satz 6 erhält folgende Fassung:
„⁴Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes bedarf.“
2. In Art. 3 werden die Worte „den für Sicherheitsfragen zuständigen Ausschuß des Landtags“ durch die Worte „die Parlamentarische Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ ersetzt.

Art. 24

Inkrafttreten

¹Dieses Gesetz tritt am 1. November 1990 in Kraft.*
²Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Das Gesetz über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz (BayRS 12-1-1),
2. Art. 8 Abs. 2 Nr. 5 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayRS 204-1-1).

* Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 24. August 1990 (GVBl S. 323). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

Sachwortregister

Agitare bene	125	Arbeitsgemeinschaft PDS/Linke Liste Westliche Bundesländer (AG West)	95
Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)	45	Autonome	120
Aktion Oder-Neiße (AKON)	45	Autonome Antifa (M)	127
Aktionsbündnis gegen die nationalen Einheitsfeiern	140	Autonome Zelle „Erich Mühsam“	132
Aktionsbündnis gegen Rassismus	150		
analyse & kritik (ak)	149	Barricada	131
Anti-Antifa-Bewegung	50	Bayern-Stimme	75
Antifa-Jugendinfo	123	Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ)	51
antifa-rundschau	118	Berxwedan-Verlag	156
Antifaschistische Aktion München (AA München)	127	Bewegung freier Frauen Kurdistans (TAJK)	179
Antifaschistische Aktion Passau (AA Passau)	127	Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei (BP-KK/T)	180
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)	127	Bund Frankenland	75
Antifaschistische Jugendfront Passau (AJF)	124	Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	149
Antifaschistisches Komitee - Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung (AKS)	150		
Antiimperialistische Gruppe im Infobüro Nürnberg (AIG)	216	Castel del Monte Verlag	76
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah (AIW)	214	Courage	150
Antiimperialistische Zelle (AIZ)	214		
Antiimperialistischer Widerstand	214	Das Freie Forum	76
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	119	DEM-Nachrichtenagentur	157
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	155	Demokratie-Partei (DEP)	159
Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus und Antirassismus	95	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)	178
Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS	95	Denk mit!	76
Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS	95	Denk mit!-Verlag	76
Arbeitsgemeinschaft Cuba sí	95	Der Aktivist	75
Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS (AG Junge GenossInnen)	102	Der Republikaner	75
		Der Scheinwerfer	76
		Der Wurfanker	125
		Deutsch-Philippinische Freunde	119

Deutsche Alternative (DA)	51	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)	170
Deutsche Geschichte	76	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	157
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	112	Forum der Neuen Europäischen Linken	107
Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG)	61	Französische Kommunistische Partei	107
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	58	Frauen für Demokratie im Iran	176
Deutsche National-Zeitung (DNZ)	45	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	50
Deutsche Nationalisten (DN)	51	Freundeskreis Franz Schönhuber	26
Deutsche Stimme	75	Freundeskreis Ulrich von Hutten	61
Deutsche Türk-Föderation (ATF)	170	Fünf-Punkte-Papier der PDS	84
Deutsche Volksunion (DVU)	41		
Deutsche Volksunion e.V. (DVU)	75	GEGENSTANDPUNKT	149
Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ)	45	„Germania“-Rundbrief	64
Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur	45	Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)	60
Deutsches Kolleg (DK)	61	Gesellschaft iranischer Flüchtlinge e.V.	176
Deutschland Report	65	Gesellschaften für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH (GNN)	111
Devrimci Sol	167	Gruppe K	149
Die Bauernschaft	70	Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung	120
Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)	75	Gruppe Mehrheit	149
Die Republikaner (REP)	21		
DISPUT	148	Haus der kurdischen Künstler e.V.	179
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)	66	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	75
Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten	45	Hizb Allah	178
Einheit und Kampf	75	Huttenbriefe	61
EinSatz	128		
Europäische Moscheenbau- und Unterstützungsgemeinschaft (EMUG)	173	Info-Läden der Autonomen	129
„Faustrecht“	55	Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)	45
Flüchtlingshilfe Iran e.V.	176	Initiative neue ArbeiterInnen-Bewegung	133
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)	166	Institute for Historical Review (IHR)	65
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)	156	INTERIM	130
		Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V.	176
		Iranische Moslemische Studenten- Vereinigung Bundesrepublik Deutsch- land e.V. (IMSV)	175

Iranischer Kulturverein	176	Kurdisches Exilparlament	158
Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)	179	Kurdisches Informations-Zentrum (KIZ)	157
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)	171	Kurdistan Haber Ajansi - News Agency (KURD-HA)	156
Janus BBS	72	Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB)	157
Journal of Historical Review	65	Kurdistan-Komitee e.V., Köln	156
Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)	150	Kurdistan-Solidarität Nürnberg/Erlangen	158
Junge Nationaldemokraten (JN)	39	Kurdistan-Solidaritätsgruppen	157
Junges Franken	51		
Kameradschaft Franken	75	lernen und kämpfen (luk)	148
Kameradschaften	49	„Leuchter-Bericht“	63
KB-Gruppe Nürnberg	149	Liberaldemokratische Partei Rußlands (LDPR)	46
Knallrot e.V.	97	Libertäres Forum bei der PDS	95
K.O.M.I.T.E.E.	130	Mailbox „Spinnennetz“	129
KOMKAR - Verband der Vereine aus Kurdistan e.V.	179	Mailboxen	72
Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)	148	Marx-Engels-Stiftung e.V.	110
Kommunistische Partei - Aufbauorganisation (KP-IÖ)	195	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	180
Kommunistische Partei Böhmens und Mährens	107	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	118
Kommunistische Partei der Russischen Föderation	107	Marxistische Blätter	148
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/DDR)	99	Marxistische Gruppe (MG)	149
Kommunistische Partei Österreichs	107	Marxistisches Forum (MF)	104
Kommunistische Plattform (KPF)	99	MED-TV	159
Kommunistischer Bund (KB)	149	Media World	65
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)	166	Mensch und Maß	76
Konföderation der Türkischen Idealistenvereine in Europa (AÜTDK)	171	Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS	148
Kraftwerk BBS	72	Münchener Bündnis gegen Rassismus	139
Kurdisch-Deutsche Presseagentur (KURD-A)	157	Münchener Kurdistan-Solidaritätskomitee	158
Kurdischer Elternverein e.V., München	204		
Kurdischer Roter Halbmond (HSK)	179	Nachrichten der HNG	75
		Nation Europa Verlag GmbH	67
		Nation und Europa - Deutsche Monatshefte	67
		Nation-Europa-Freunde e.V.	68

National Journal	65	Regionale Arbeitsgruppen (RAG)	40
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	30	Republikanische Jugend (RJ)	27
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	75	Republikanischer Bund der Frauen (RBF)	27
Nationale Befreiungsarmee (NLA)	176	Republikanischer Bund der öffentlichen Bediensteten (RepBB)	27
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	155	Revisionismus	62
Nationale Info-Telefone	72	Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C)	167
Nationale Liste (NL)	* 60	Revolutionäre Zellen (RZ)	216
Nationale Partei Litauens - Junges Litauen (NPL)	36	Rote Antifa Nürnberg (RAN)	127
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	175	Rote Armee Fraktion (RAF)	207
Neues Deutschland (ND)	148	Rote Fahne	148
Nordbayerischer Landbote	148	Rote Hilfe e.V.	139
NS Kampftruf	69	Rote Zora	217
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	69	„Rudolf-Gutachten“	64
Odal-Verlag	76	Samisdat Publishers Ltd.	70
Organisierte Autonomie	134	Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV)	76
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)	167	Scientology-Organisation	182
Partei der Nationalen Bewegung (MHP)	170	Skinheads	51
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	80	Skinheads Allgäu	53
PDS-Pressedienst	148	Solidarität International (SI)	119
Politische Berichte	149	Sozialismus von unten	149
position	149	Sozialistische Alternative VORAN (SAV)	150
Proletarischer Internationalismus	107	Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	149
Provisorische Irische Republikanische Armee (PIRA)	196	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	149
radikal	130	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	80
radikalender	122	Sozialistische Zeitung (SoZ)	149
REBELL	149	Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)	61
Recht und Wahrheit	75	SPARTAKUS-A.O.	136
		Staatsbriefe	76
		Ständiger Rat marxistischer Parteien	102
		„Sturmflagge“	55

Süddeutsche Allgemeine - Zeitung der nationalen Erneuerung	51	Verein der Künstler und Schriftsteller des iranischen Widerstandes e.V.	176
Südostbayerisches Kurdistan-Solidaritätskomitee	158	Verein für Arbeiterbildung Nordbayern	148
Thule-Netz	72	Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA)	176
TITEL - Informationsforum der PDS Bayern	98	Verein zur Eingliederung iranischer Flüchtlinge e.V. (VEIF)	176
TKP/ML Bolsevik	180	Vereinigte Linke	107
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)	166	Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT)	171
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	166	Vereinigung der patriotisch-revolutionären Jugend Kurdistans (YCK)	179
Türkische Volksbefreiungspartei/-front (THKP-C Devrimci Sol)	167	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	117
Tuu Matsch Nazis	124	Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP)	149
Ukrainische Nationalversammlung (UNA/UNSO)	36	Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG	76
Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)	179	VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH	76
Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)	179	Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)	155
Union der Journalisten Kurdistans (YRK)	179	Volksbewegung gegen antideutsche Propaganda (VOGA)	45
Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)	179	Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	178
Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)	178	Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando - (PFLP-GC)	178
Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK)	179	Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)	150
Unsere Zeit (UZ)	148	Volksmodjahedin	175
UTOPIE - kreativ - Diskussion sozialistischer Alternativen	148	Vorderste Front	75
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)	173	Werwolf-Jagd- und Sturmkommando	190
Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)	179	Widerstand BBS	72
		wie weiter	131
		Wiking-Jugend e.V. (WJ)	25
		Wohlfahrtspartei (RP)	171
		zusammen kämpfen	127